Bewegung für den Sozialismus
BFS, Postfach 8707, 8036 Zürich
www.bfs-zh.ch - info@bfs-zh.ch

Globalisierung und Widerstand

In Bewegung zum G8-Gipfel 2007

Diskussionsreihe der Bewegung für den Sozialismus (BFS) Zürich

Programm und Vorbereitungstexte

Globalisierung und Widerstand

In Bewegung zum G8-Gipfel 2007: Diskussionsreihe der Bewegung für den Sozialismus (BFS) Zürich

Anfang Juni 2007 treffen sich die Regierungschefs der sieben mächtigsten Industrieländer und Russlands zum G8-Gipfel im Ostseebad Heiligendamm in der Nähe von Rostock. Nicht nur die Mächtigen bereiten sich auf Heiligendamm 2007 vor: Ein breites internationales Bündnis von sozialen Bewegungen ruft dazu auf, im Juni gegen die Dominanz der durch die G8 geprägten Welt zu protestieren – einer Welt der Kriege, des Hungers, der Umweltzerstörung und der Mauern gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. Der Diskussionszyklus "Gloalisierung und Widerstand" begleitet die Mobilisierung auf den G8-Gipfel in Deutschland. Wir wollen ein Forum bieten, das einerseits versucht, die aktuelle Entwicklung des Kapitalismus kritisch zu fassen und andererseits die Frage nach Widerstand zu reflektieren. Wir möchten theoretische Fragestellungen diskutieren, aber auch Erfahrungen von sozialen Kämpfen thematisieren. Und wir möchten einen Beitrag leisten zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel.

Die aktuelle Entwicklung des Kapitalismus hat die soziale und ökologische Frage neu auf die Tagesordnung gesetzt. Die “Global Leaders” vertreten zwar weiterhin die neoliberale Irrlehre, dass Liberalisierung, freier Kapitalverkehr und die Privatisierung der öffentlichen Dienste zu einem wahren Goldregen für alle führe. Die Fakten sehen jedoch anders aus: Die Goldberge türmen sich zwar auf – auf der Seite jener, die Profitmaximierung betreiben, daneben türmen sich aber die Leichenberge.

Im Süden führt die Politik der Liberalisierung und die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank dazu, dass viele Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren. In der Hoffnung, Migration in den Norden führe sie aus ihrem Elend, versuchen sie, die „Festung Europa“ zu erreichen. Der Weg dorthin führt über das grösste Massengrab Europas, das Mittelmeer, in dem täglich Dutzende von Menschen ertrinken.

Auch im Norden wird die Privatisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, des Lebens selbst, vorangetrieben. Diese Politik beinhaltet die Zerstörung des Sozialstaats und wird durch den Ausbau des Sicherheitsstaats, den Abbau bürgerlicher Freiheitsrechte sowie durch militärische Interventionen flankiert.

Im Namen der Standortkonkurrenz werden Lohnabhängige und Arbeitsuchende auf der ganzen Welt zunehmend gegeneinander ausgespielt. Firmen handeln immer stärker global: Die Unternehmer drohen, Produktionsbereiche dorthin zu verlagern, wo die Lohnabhängigen am wenigsten Rechte haben, wo es keine starken Gewerkschaften und möglichst wenige Umwelt- und Sozialauflagen gibt.

Die Konsequenz dieser neoliberalen Politik erfahren wir tagtäglich: Eine zunehmende Prekarisierung unserer Lebensverhältnisse, erzwungene Migration, eine neue Phase imperialer Kriege und die Unfähigkeit, die Klimaveränderung einzudämmen.

In jüngerer Zeit haben soziale Bewegungen und politische Organisationen eine Globalisierungskritik formuliert, die den Kapitalismus in Frage stellt. Damit ist ein Diskussionsrahmen gegeben, der es – jenseits einer sozialpolitischen Zähmung des Kapitalismus – erlaubt, an linken Traditionen seit der 68er-Bewegung anzuknüpfen. Während die Neoliberalen vom notwendigen Sieg des Kapitalismus sprechen und damit die herrschenden Verhältnisse als gegeben hinnehmen, weist die Kritik auf den produzierten Charakter des Elends der Welt hin. Die Politisierung der sozialen Frage eröffnet einen Handlungsspielraum, der verdeutlicht, dass die von Menschen produzierten Verhältnisse von diesen auch verändert werden können.

Hier möchten wir anknüpfen. Die Veranstaltungsreihe will aktuelle Themen wie Krieg und Imperialismus, Gesundheit, Ökologie und Migration aufnehmen, aber auch danach fragen, welche sozialen Kämpfe an verschiedenen Orten der Welt geführt werden. Dies führt uns zu grundsätzlichen Fragen nach Widerstand und politischer Organisation. Die aktuellen Wahlerfolge linker Parteien in Süd- und Mittelamerika zum Beispiel werfen die Frage nach dem Verhältnis von sozialen Bewegungen und linken Regierungsprojekten auf, die sich gegen den Neoliberalismus wenden. Ist die Politik dieser Parteien nur Teil der Erneuerung des neoliberalen Projekts oder weist sie tatsächlich auf eine mögliche Überwindung des Kapitalismus hin?

Programm

Imperialismus / Krieg

Datum: Donnerstag, 15. März 2007, 19.00 Uhr

Ort: Restaurant Cooperativo, Strassburgstr. 5, 8004 Zürich, Saal 1. Stock

Nach dem dem Tod von Karl Marx haben sich die Strukturen und Ströme der Weltwirtschaft rasant und nachhaltig verändert. Um die Strukturveränderungen der „ersten Globalisierungswelle“ nach 1870 zu verstehen, musste die Marxsche Theorie erweitert werden. Wie haben Rosa Luxemburg und Wladimir Iljitsch Lenin die veränderten Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise und der Weltpolitik theoretisch erfasst?
Globalisierung - kaum ein Begriff hat nach dem Ende der bipolaren Weltordnung in der Folge von 1989 die öffentliche Debatte so geprägt. Die zunehmende Internationalisierung und Integration der Weltwirtschaft sowie eine multilateral gestaltete, kooperative Weltordnung sollten ein Zeitalter des Friedens und weltweiten Wohlstandes einleiten. Ist die Welt zu Beginn des 21. Jh. wirklich friedlicher, sicherer und gerechter geworden? Welche Rolle spielt der Imperialismus heute und wie hat er sich allenfalls verändert?

Vorbereitungstexte: David Harvey: Der neue Imperialismus, Kapitel 1: Es geht nicht nur um Öl
Ernest Mandel: Einführung in den Marxismus: 7.Kapitel, Das imperialistische Weltsystem

Einleitung: Markus Christen, Bewegung für den Sozialismus (BFS)

Gesundheit

Datum: Mittwoch, 28. März 2007, 19.00 Uhr

Ort: Universität Zürich Hauptgebäude, Rämistrasse 71, 8006 Zürich
Zimmer des Fachvereins Philosophie, F116, 1. Stock

Die aktuelle Diskussion, ob der „Gesundheitssektor“ in der Schweiz „zu teuer“ sei, geht weitgehend am eigentlichen Problem vorbei. In Wahrheit dreht es sich darum, dass mit dem Kostenargument und der gleichzeitig initiierten Debatte um „Eigenverantwortung“ der Weg geebnet werden soll zur Zurichtung dieses höchst profitablen Sektors als „ganz normalen“ Gesundheitsmarkt, auf dem die entsprechenden Leistungen als gewöhnliche Ware vertrieben und der Zugang dazu einzig und allein von der finanzielle Potenz der „KundInnen“ abhängig ist.

Vorbereitungstexte: Der Markt bedroht die medizinische Ethik und die Gesundheit
Reines Gewissen… und K(l)assenbewusstsein,
Die anstehenden „Reformen“: das verschwiegene Übel
Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen: für wen?
Ja zu den demokratischen und sozialen Rechten der Versicherten

Einleitung: Urs Zuppinger, Bewegung für den Sozialismus (BFS)

Globalisierung und Migration:

Wie aus Menschen Wegwerfbeschäftigte werden

Datum: Donnerstag, 26. April 2007, 19.00 Uhr

Ort: Restaurant Cooperativo, Strassburgstr. 5, 8004 Zürich, Saal 1. Stock

In der aktuellen Diskussion über Migration bleibt die Frage nach den Ursachen von Migrationsbewegungen ungestellt oder wird sehr verkürzt beantwortet: Migrierende aus dem Süden und dem Osten wollen sich lediglich auf den sozialen Hängematten der Wohlstandsinseln ausruhen. Dass dieser Wohlstand aber zu einem grossen Teil auf der in kolonialen Verhältnissen fortgeführten Ausbeutung der anderen beruht, wird ausgeblendet. Die offizielle Migrationspolitik unterscheidet zwischen kulturell intergrierbaren, ökonomisch verwertbaren und nützlichen bzw. nicht integrierbaren, nicht verwertbaren und überflüssigen „AusländerInnen“. Sofern es die Migrantinnen von ausserhalb der EU trotz immer höherer Mauern und Stacheldrahtzäunen bis hierhin schaffen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich illegal und unter äusserst prekären Bedingungen als rechtlose und beliebig erpressbare Arbeitskräfte zu verdingen, sei es als Putzfrau oder Kindermädchen im Privathaushalt, als temporär auf Abruf Beschäftigter bei einer obskuren Vermittlungsfirma oder als Bauarbeiter auf hiesigen Baustellen. Dieser rechtlose Status entspricht den Erfordernissen einer nach neoliberalen Prinzipien restrukturierten Arbeitswelt. Wir untersuchen den Zusammenhang von Globalisierung, Migration und allgemeiner Prekarisierung der Lebensverhältnisse, diskutieren über die aktuelle Migrationspolitik, die Lebensverhältnisse von MigrantInnen in der Schweiz und über ihre Kämpfe und fragen nach Alternativen einer solidarischen und demokratischen Zuwanderungspolitik.

Vorbereitungstexte: Tobias Pieper: Das dezentrale Lagersystem für Flüchtlinge Scharnier zwischen regulären und irregulären Arbeitsmarktsegmenten.

Gegen Blocher und den unsozialen Angriff von Arbeitgebern und Behörden.
Eine gemeinsame Antwort ist nötig. (Flyer der BFS/MPS vom 18: Juni 2005)

Einleitung: Sarah Schilliger, Soziologin, Bewegung für den Sozialismus (BFS)

Ökologie

Datum: Mittwoch, 9. Mai 2007, 19.00 Uhr

Ort: Restaurant Cooperativo, Strassburgstr. 5, 8004 Zürich, Saal 1. Stock

Vor dem Hintergrund einer zunehmend wahrnehmbaren Klimaveränderung haben der jüngste IPCC - Klimabericht und die Diskussion eines neuen AKWs in der Schweiz zu einem Aufflammen der ökologischen Debatte geführt. In der Veranstalltung soll eine Nachhaltigkeit jenseits der kapitalistischen Ausbeutung natürlicher Resourcen, der Kommerzialisierung von Emissionen und des Anhäufens radioaktiver Abfälle diskutiert werden.

Vorbereitungstext: Ökologie und Sozialismus: Entwurf zur Vorlage an den Weltkongress der IV.Internationale.

Einleitung: Hanspeter Gysin und Andi Hasler, Bewegung für den Sozialismus (BFS)

Staaten versus transnationale Unternehmen

Datum: Donnerstag, 24. Mai 2007, 19.00 Uhr
Ort: Restaurant Cooperativo, Strassburgstr. 5, 8004 Zürich, Saal 1. Stock

Wie funktionieren kapitalistische Staaten? Hat deren Stellung und Macht durch die ‚Globalisierung' zugunsten von multinationalen Unternehmen tatsächlich abgenommen? Welche Rolle spielen also Staaten in einer durch Globalisierung und Imperialismus geprägten Welt?
Wir möchten in dieser Veranstaltung auf diese Fragen eingehen und versuchen, gemeinsam Antworten zu entwickeln.

Vorbereitungstexte: Chris Harman: Globalisierung: Kritik einer neuen Orthodoxie
Wladimir Iljitsch Lenin: Staat und Revolution, I. Kapitel: Klassengesellschaft und Staat

Einleitung: Lorenzo, Bewegung für den Sozialismus (BFS)

Die Erkundung des linken Kontinents: zur Lage in Süd- und Mittelamerika

Datum: Donnerstag, 28. Juni 2007, 19.00 Uhr
Ort: Restaurant Cooperativo, Strassburgstr. 5, 8004 Zürich, Saal 1. Stock

Über die letzten Jahre hat eine linksgerichtete Kontinentaldrift eine Mehrheit der lateinamerikanischen Länder erfasst. Wie weit nach links die Reise bislang ging und wie weit sie mittelfristig noch gehen kann, ist allerdings sehr umstritten. Auf der einen Seite ist es in gewissen Fällen zur Verstaatlichung von Betrieben und bisweilen sogar zur Einbindung der Arbeiterschaft in Planungs- und Entscheidungsprozesse gekommen. Andererseits kristallisieren sich bereits wieder „klassische" Probleme heraus, die z. B. in den (möglichen) Spannungsfeldern von Partei und Revolution oder etablierter Arbeiteraristokratie und der Arbeiterklasse als ganzer angesiedelt sind. Ausserdem fahren mehrere Regierungen einen unverhüllt reformistischen Kurs und orientieren sich dabei auch an Zielen wie der Schaffung eines anregenden Investitionsklimas. Und schliesslich machen sich auch allenthalben die imperialistischen Interessen einiger westlicher Industrienationen geltend, welche nicht zuletzt um das Dogma des alternativlosen Kapitalismus' besorgt scheinen.
Vor dem Hintergrund dieser Problemlage erweist es sich, dass eine Beschäftigung mit den politischen Entwicklungen in Süd- und Mittelamerika nicht nur einem geographisch eingegrenzten Phänomen unserer Tage gelten kann – sondern vielmehr den linken Kontinent als ganzen in den Blick bekommen muss.

Vorbereitungstext: AGM, AL: Thesen zu Mittel- und Südamerika

Einleitung: Charles-André Udry, Bewegung für den Sozialismus (BFS)

Vorbereitungstexte

Inhaltsverzeichnis:

Imperialismus

David Harvey	Der »neue« Imperialismus: Kapitel 1, Es geht nicht nur um Öl	Seite: 06
Ernest Mandel	Einführung in den Marxismus: 7.Kapitel, Das imperialistische Weltsystem	Seite: 18

Gesundheit

BFS	Der Markt bedroht die medizinische Ethik und die Gesundheit	Seite: 22
	Reines Gewissen… und K(l)assenbewusstsein,	Seite: 23
	Die anstehenden „Reformen“: das verschwiegene Übel	Seite: 24
	Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen: für wen?	Seite: 26
	Ja zu den demokratischen und sozialen Rechten der Versicherten	Seite: 28

Migration

Tobias Pieper	Das dezentrale Lagersystem für Flüchtlinge - Scharnier zwischen regulären und irregulären Arbeitsmarktsegmenten	Seite: 30
BFS	Gegen Blocher und den unsozialen Angriff von Arbeitgebern und Behörden Eine gemeinsame Antwort ist nötig.	Seite: 39

Ökologie

IV. Internationae	Ökologie und Sozialismus: Entwurf zur Vorlage an den Weltkongress der IV.Internationale 2001	Seite: 41

Staaten versus transnationale Unternehmen

Chris Harman	Globalisierung: Kritik einer neuen Orthodoxie	Seite: 58
Wladimir Iljitsch Lenin	Staat und Revolution I. Kapitel: Klassengesellschaft und Staat	Seite: 77

Die Erkundung des linken Kontinents: zur Lage in Süd- und Mittelamerika

AGM, AL	Thesen zu Mittel- und Südamerika	Seite: 85

:

David Harvey

Der neue Imperialismus

VSA-Verlag 2005

Kapitel 1

Es geht nicht nur um Öl

Meine Absicht ist es, den gegenwärtigen Zustand des globalen Kapitalismus zu betrachten und zu prüfen, welche Rolle ein »neuer« Imperialismus darin möglicherweise spielt. Das tue ich aus der Perspektive der Langfristigkeit und durch die Linse dessen, was ich den historischgeographischen Materialismus nenne. Ich möchte einige der tiefgreifenden Veränderungen aufdecken, die unterhalb all der oberflächlichen Turbulenzen und Unstetigkeiten stattfinden, und damit das Terrain für die Diskussion öffnen, wie wir unsere heutige Situation am besten interpretieren und auf sie reagieren könnten.

Der längste Zeitabschnitt, den irgendwer von uns tatsächlich erfahren kann, ist natürlich ein Menschenleben. Mein erstes Verständnis der Welt wurde während des Zweiten Weltkriegs und seinen unmittelbaren Nachwirkungen geprägt. Damals hatte der Ausdruck Britisches Empire noch Klang und Bedeutung. Die Welt schien mir offen zu stehen, weil so viele Gebiete auf der Weltkarte rot gefärbt waren, ein Reich, in dem die Sonne nie unterging. Wenn ich noch weitere Beweise für die Besitzverhältnisse brauchte, konnte ich sie in meiner Briefmarkensammlung finden der Kopf des britischen Monarchen zierte die Briefmarken aus Inden, Sarawak, Rhodesien, Njassaland, Nigeria, Ceylon, Jamaika ... Doch bald musste ich erkennen, dass die britische Macht dahinschwand. Das Empire zer-bröckelte in einem erschreckenden Tempo. Großbritannien hatte die Weltmacht an die USA abgetreten, und die Farben auf der Weltkarte änderten sich, während die Geschwindigkeit der Entkolonialisierung zunahm. Die traumatischen Ereignisse der Unabhängigkeit und Teilung Indiens von 1947 bezeichneten den Anfang vom Ende. Zunächst wurde mir zu verstehen gegeben, das Trauma sei ein typisches Beispiel dafür, was geschieht, wenn die »vernünftige« und »faire« briti-sche Herrschaft durch irrationale Leidenschaften der Einheimischen und den Rückfall in althergebrachte Vorurteile ersetzt wird (ein bemerkenswert hartnäckiges Denkmuster des Weltverständnisses, das nicht auf Großbritannien beschränkt war und ist). Doch mit der zunehmenden Intensität der Kämpfe um die Entkolonialisierung trat auch die dunklere und niederträchtigere Seite der Imperialherrschaft deutlicher zutage. Den Höhepunkt stellte, für mich und viele andere meiner Generation, der englischfranzösische Versuch von 1956 dar, den Suezkanal zurückzuerobern. Damals rügten die USA Großbri-tannien und Frankreich dafür, dass sie auf das Mittel des Krieges zurückgriffen, um mit Nasser ein arabisches Staatsoberhaupt zu stür-zen, das in den Augen des Westens ganz genau so bedrohlich und »böse« war, wie Saddam Hussein heute dargestellt wird. Eisenhower zog eine friedliche Politik der Eindämmung einem Krieg vor, und man kann zu Recht sagen, dass das weltweite Ansehen der Füh-rungskraft der USA ebenso jäh anstieg wie das von Großbritannien und Frankreich sank. Nach der Suezkrise fiel es mir schwer, die perfide Seite eines unverhüllt eigennützigen und rapide schwindenden, doch unverkennbar britischen Imperialismus zu bestreiten.

Einem jungen Studenten aus der Bronx, der in den frühen 1960er Jahren nach Oxford kam, stellten sich die Dinge ganz anders dar. Marshall Berman dokumentiert, wie unerträglich er sie fand, diese »matten jungen Männer, die aussahen wie Komparsen aus Brideshead Revisited, die in Smokings herumlümmelten (oft in einem Zustand, als hätten sie darin geschlafen) und dahinvegetierten, während ihren Vätern das Britische Empire und die Welt gehörte. Oder zumindest gebärdeten sie sich, als gehörte ihren Vätern die Welt. Ich wusste, wie viel davon in Wirklichkeit nur Gebärde war: das Empire war am Ende; die Kinder seiner herrschenden Klasse lebten von Treuhandfonds, die jedes Jahr weniger wert waren, und würden Firmen erben, die pleite gingen... ich wusste zumindest, dass ich in der Welt aufstieg.«1 Ich frage mich, wie er jetzt darüber denkt, wo all diese gescheiterten Firmen des neuen

1 M. Berman, »Justice/Just Us: Rap and Social Justice in America«, in: A. Merrifield und E. Swyngedouw (Hrsg.), The Urbanization of Injustice (New York: New York University Press, 1997), S. 148.
2 M. Ignatieff, ,. The Burden«, New York Times, 5. Januar 2003, Sunday Magazine S. 2254, Wiederabdruck als »Empire Lite«, in: Prospect (Februar 2003), S. 3643. Siehe auch ders., »How to Keep Afghanistan from Falling Apart: The Case for a Committed American Imperialism«, New York Times, 26. Juli 2002, Sunday Magazine, S. 2658.

Markts die US-amerikanische Landschaft verschandeln, angesichts der Buchführungsskandale, des katastrophalen Niedergangs an den Börsen, der einen guten Teil der Rentenansprüche vieler Menschen zerstört hat, und plötzlicher streitlustiger Parolen am auffallendsten die auf der Titelseite des Maga-zins der New York Times vom 5. Januar 2003: »American Empire: Get Used to It« (»Das amerikanische Imperium: Gewöhnt euch dran«).2 Für mich ist es überaus merkwürdig, während des Niedergangs des einen Imperiums Weltbewusstsein zu erlangen und zum Zeitpunkt einer so .öffentlichen Ausrufung der offiziellen Geburt eines anderen ins Pensionsalter zu kommen.

Michael Ignatieff, der Autor des New York TimesArtikels, wiederholt eindringlich eine frühere Behauptung (ebenfalls im Magazin der New York Times, vom 28. Juli 2002): »Amerikas gesamter Krieg gegen den Terrorismus ist eine Ausübung von Imperialismus. Das mag für Amerikaner, die ihr Land nicht gerne als Imperialmacht se-hen, ein Schock sein. Aber wie sollte man die US-amerikanischen Legionen von Soldaten, Spionen und Spezialeinheiten, die den Globus umspannen, sonst nennen?« Die USA, argumentiert er, könnten sich nicht länger auf ein Empire »lite« versteifen oder erwarten, es auf die billige Tour erledigen zu können. Sie sollten bereit sein, eine ernsthaftere und dauerhaftere Rolle zu übernehmen und eine langfristigere Politik zu verfolgen, um wichtige Ziele und große Veränderungen zu realisieren. Dass eine MainstreamPublikation den Gedanken eines amerikanischen Imperiums so in den Vordergrund stellt, ist bedeutsam. Und Ignatieff steht mit seinen Forderungen nicht allein. Max Boot, einer der Herausgeber des Wall Street Journal, meint, »eine Dosis US Imperialismus ist vielleicht die beste Reaktion auf den Terrorismus«. Amerika müsse expansiver sein, sagt er: »Afghanistan und andere Länder in Schwierigkeiten schreien nach der Art von aufgeklärter Verwaltung aus dem Ausland, wie selbstsichere Engländer in Jodhpurhosen und Tropenhelmen sie einst stellten.«

Nach dieser so nostalgischen Darstellung ihrer vornehmen imperia-listischen Traditionen begannen die Briten auch mitzumischen. Der konservative Historiker Niall Ferguson (dessen Fernsehserie und Begleitbuch auf wahrhaft patriotische Weise nicht nur die heroischen Taten der Erbauer des britischen Imperiums dokumentieren, sondern auch den Frieden, den Reichtum und das Wohlergehen, den das Empire der Welt angeblich brachte) empfiehlt, die USA müssten entschlossener handeln, das Geld herausrücken und »den Übergang von der inoffiziellen zur offiziellen Imperialmacht vollziehen«. Ein »neuer Imperialismus«, so behaupten inzwischen viele, sei bereits im Gange, erfordere aber ein ausdrücklicheres Eingeständnis und ein massiveres Engagement, wenn er eine Pax Americana stiften sol-le, die der Welt denselben Nutzen bringen könne wie die Pax Britannica in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.3

Zu diesem Engagement ist Präsident Bush offenbar gern bereit, trotz seiner Erklärung in der West Point Rede, »Amerika hat kein Imperium, das es vergrößern und keine Utopie, die es errichten will. Der 11. September, so schrieb er in einem Leitartikel für die New York Times zum Jahrestag der Tragödie, habe die Rolle der Vereinig-ten Staaten in der Welt klargestellt und großartige Möglichkeiten eröffnet. »Wir werden unsere Position beispielloser Stärke und noch nie da gewesenen Einflusses dazu nutzen, eine Atmosphäre der internationalen Ordnung und Offenheit zu schaffen, in der Fortschritt und Freiheit in vielen Nationen gedeihen können. Eine friedliche Welt wachsender Freiheit dient den langfristigen Interessen Amerikas, spiegelt die dauerhaften amerikanischen Ideale wider und vereint Amerikas Verbündete. ... Wir streben einen gerechten Frieden an«, schrieb er, während er den Krieg vorbereitete, »in dem Unterdrückung, Ressentiments und Armut von der Hoffnung auf Demokratie, Entwicklung, freie Märkte und freien Handel abgelöst werden«, wobei die letzten beiden »ihre Fähigkeit, ganze Gesellschaften aus der Armut zu ziehen, unter Beweis gestellt« hätten. Die USA, behauptete er, »werden sich für Mäßigung, Toleranz und die unverhandelbaren Erfordernisse der Menschenwürde einsetzen Rechtsstaatlichkeit, Beschränkung der Machtbefugnisse des Staates und Respekt für Frauen, Privateigentum, freie Meinungsäußerung und Gleichheit vor dem Gesetz«. Heute, so schloss er, hielte »die Menschheit die Chance in den Händen, den Triumph der Freiheit über all ihre uralten Feinde zu ermöglichen. Die Vereinigten Staaten tragen mit Freude die Verantwortung ihrer Führungsrolle bei dieser gro-ßen Mission.« Genau dieselbe Sprache las man in der Vorrede zu dem Dokument zur Nationalen Sicherheitsstrategie, das kurze Zeit später erschien4 Das kommt keiner offiziellen Ausrufung eines Im-periums gleich, ist aber ganz sicher eine Erklärung, die nach imperialistischen Absichten riecht.

Es hat viele verschiedene Arten von Reichen gegeben (das römische, das osmanische, das chinesische Kaiserreich, das russische, das sowjetische, ÖsterreichUngarn, das napoleonische, das britische,

3 Viele dieser Zitate sind praktischerweise zusammengestellt in B. Bowden, "Reinventing Imperialism in the Wake of September 11 «, Alternatives: Turkish Journal of International Relations, 1/2 (Sommer 2002). Dies ist online zugänglich unter http://alternatives.jounaLfatih.edu. tr/Bowden.htm

4 G. W. Bush, "Securing Freedom's Triumph«, New York Times, 11. Septem-ber 2002, S. A33. The National Security Strategy of the United States of Ameri-ca findet sich auf der Webseite www.whitehouse.gov/nsc/nss. Ignatieff, "The Burden«, eröffnet seine Argumentation (S. 22) mit einer Diskussion von Bushs West Point Rede.

das französische, usw.). Aus diesem bunt zusammengewürfelten Haufen können wir leicht ersehen, dass die Antworten auf die Frage, wie ein Imperium aufgefasst, verwaltet und aktiv aufgebaut werden sollte, stark variieren. Verschiedene und manchmal auch konkurrierende Imperiumsbegriffe können sogar in ein und demselben Raum existieren. Das chinesische Kaiserreich durchlief eine Phase starker Expansion und der Erforschung der Meere, nur um sich plötzlich und mysteriöserweise in sich selbst zurückzuziehen. Der amerikanische Imperialismus schlittert und schlingert seit dem Zweiten Weltkrieg von einem vagen (weil nie diskutierten) Imperiumsbegriff zum anderen. Während Bush, der Jüngere, einen gewissen napoleo-nischen Impuls an den Tag legt, wenn er auf Bagdad marschieren will und danach vielleicht auf Teheran (wohin, wie einige der Falken in der Regierung anscheinend glauben, »echte Männer« wahrhaft gehören), ähnelte Clintons Ansatz (von der BushRegierung interessanterweise »feminin« getauft) eher dem des Osmanischen Reichs auf dem Höhepunkt seiner Macht. Stark zentralisiert innerhalb des USamerikanischen Finanzministeriums, wo Rubin und später Summers die tonangebenden Figuren waren, wurde der soft power der Vorzug gegenüber der hard power gegeben, und der Rest der Welt wurde mit großer multikultureller Toleranz behandelt. Politik wurde eher auf multilaterale denn auf unilaterale Weise betrieben. Der Aufbau amerikanischer imperialer Macht unter Roosevelt, Truman und Eisenhower bis hin zu Nixon spiegelte dagegen am ehesten den sowjetischen Ansatz der untergeordneten Satellitenstaaten wider, mit dem Unterschied, dass Japan, anders als Ungarn oder Polen, die Freiheit belassen wurde, seine eigene Wirtschaft zu entwikkeln, voraus gesetzt, es blieb in politischer und militärischer Hinsicht den US-amerikanischen Wünschen gegenüberwillfährig. Das tatsächlich existierende amerikanische Imperium wurde, so legt Ignatieff nahe, nicht in einem Anfall von Geistesabwesenheit erworben (wie die Briten gerne für sich in Anspruch nahmen), sondern in einer Haltung der Selbstverleugnung: Weder durften imperialistische Handlungen auf Seiten der USA als solche benannt werden, noch ließ man zu, dass sie in die innenpolitische Situation hineinspielten. Das war es, was ein »Empire lite« hervorbrachte, anstelle eines Imperiums mit massiven, langfristigen Verpflichtungen.5

Innerhalb dessen, was man die »traditionelle Linke« nennen könnte, existiert vielfach die Meinung, die USA seien seit mindestens einem Jahrhundert oder länger eine Imperialmacht. In den 1960er Jahren kursierten übertriebene Analysen des amerikanischen Imperialismus, die sich besonders auf die Rolle der USA in Lateinamerika und Südostasien konzentrierten. Es kam zu heftigen Disputen zwischen den Vertretern der damals neu entwickelten Dependenztheorie (wie Frank) und denjenigen, die eher geneigt waren, Hobson, Hilferding, Lenin, Luxemburg und andere Denker der Jahrhundertwende beim Wort zu nehmen. Und Mao sah den US-amerikanischen Imperialismus sicherlich als den primären Widerspruch an, mit dem er fertig werden musste. Aber die Publikation von Hardt und Negris Empire (2000) und die Kontroverse darum stellte traditionelle Diskussionen in Frage und legte nahe, dass die linke Opposition überdacht werden müsse in Bezug auf die dezentrale Struktur eines Imperiums, das viele neue (postmoderne) Qualitäten aufweist. Obgleich viele dieser Argumentationsrichtung kritisch gegenüberstanden, begann man innerhalb der Linken zu erkennen, dass die Mächte der Globalisierung (man diese auch analysieren mag) eine neuartige Situation schufen, die eine neue Rahmenstruktur für die Analyse erforderlich machte.6 Die offene Selbstbezichtigung des Imperiums und des Imperialismus von Seiten der Rechten wie auch von Libera-len war daher eine willkommene Bestätigung einer schon lange existenten Tatsache. Gleichzeitig ließ sie aber auch erahnen, dass der Im-perialismus nun einen ganz anderen Reiz bekommen könnte. Das eben Beschriebene hat bewirkt, dass die Fragen des Imperiums und des Imperialismus quer durch das politische Spektrum zum Thema offener Diskussionen geworden sind (es ist erwähnenswert, dass die Mainstream-Medien der Arbeit Hardt und Negris Beachtung schenkten). Doch daraus ergibt sich dann die weitere Frage: Was, wenn überhaupt, ist an alledem neu?

Ich nähere mich dieser Frage zunächst durch eine Untersuchung aktueller Ereignisse. Die USA haben, unterstützt von Großbritannien, Spanien und Australien und mit dem Einverständnis diverser anderer Staaten, einen Krieg gegen den Irak angefangen. Doch

5 In M. W. Doyle, Empires (Ithaca, NY: Comell University Press, 1986), findet sich eine interessante vergleichende Studie über Imperien. Für den Fall der USA siehe auch W. A. Williams, Der Welt Gesetz und Freiheit geben. Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik (Hamburg: Junius, 1984).

6 Das Thema »neuer Imperialismus« ist von linker Seite angeschnitten wor-den in L. Panitch, »The New Imperial State«, New Left Review, 11/1 (2000), S. 520; siehe auch P. Gowan, L. Panitch und M. Shaw, »The State, Globalization and the New Imperialism: A Round Table Discussion«, Historical Materialism, 9 (2001), S. 338. Andere interessante Kommentare sind J. Petras und H. Velt-mcycr, Globalization Unmasked: Imperialism in the 21st Century (London: Zcd ßooks, 2001), R. Went, »Globalization in the Perspektive of Imperialism«, SOe1/CC and Society, 66/4 (2002/3), S. 47397; S. Amin, »I~perialism and Globa-1i7.ation«, Monthly Review Quni 2001), S. 110; und M. Hardt und A. Negri, f:mplrc: die neue Weltordnung (Frankfurt a.M.: Campus, 2002).

taten sie dies unter dem entschiedenen Widerstand mehrerer traditioneller Verbündeter, vor allem Frankreichs und Deutschlands, sowie langjähriger Gegner, vor allem Russlands und Chinas. Überall auf der Welt kam es zu breiten Mobilisierungen gegen den Krieg und viele Menschen fragen sich erstaunt, warum die BushRegierung sich auf dieses Vorgehen fixiert hat. Das Beweismaterial legt nahe, dass hier etwas tieferliegendes eine Rolle spielt, es lässt sich aber nur schwer erkennen, was das ist. Diese tieferen Bedeutungen müssen unter einem unglaublichen Schaum aus irreführender oberflächlicher Rhetorik und Desinformation freigelegt werden.

Eine Geschichte aus zwei ölproduzierenden Ländern

Der Putsch, der im April 2002 Präsident Chavez von Venezuela stürz -te, stieß in Washington auf große Euphorie. Der neue Präsident ein Geschäftsmann wurde sofort anerkannt und man verlieh der Hoffnung Ausdruck, Stabilität und Ordnung würden in das Land zurückkehren und damit die Basis für eine solide künftige Entwick-lung schaffen. Der Leitartikel der New York Times sprach dieselbe Sprache. Die meisten Menschen in Lateinamerika jedoch erkannten sofort die Handschrift des CIA und erinnerten sich an das, was die Chilenen jetzt ironisch »ihren kleinen 11. September« von 1973 nennen, als der demokratisch gewählte Sozialist Salvador Allende durch einen brutalen Putsch von General Augusto Pinochet gestürzt wur-de. Im Archiv des US-Außenministeriums über den Fall existiert ein CIA-Telegramm, das lautet: »Feste und anhaltende politische Absicht ist, dass Allende durch einen Putsch gestürzt werden soll... Zu diesem Zweck werden wir weiterhin maximalen Druck ausüben und jedes geeignete Mittel einsetzen. Es ist unbedingt erforderlich, dass diese Aktionen geheim und sicher durchgeführt werden, so dass die Beteiligung der Regierung der Vereinigten Staaten und Amerikas verborgen bleiben.«7 Man kann sich leicht vorstellen, dass ähnliche Telegramme mit Bezug auf Venezuela später einmal die Webseite des Außenministeriums zieren werden.

Der Putsch endete drei Tage später damit, dass Chavez wieder an die Macht kam. Das US-Außenministerium leugnete schlicht jegliche vorherige Kenntnis und bezeichnete das Ganze als interne Angelegenheit. Es ließ verlauten, man komme hoffentlich zu einer friedlichen, demokratischen und verfassungsgemäßen Lösung der Schwie-rigkeiten. Der Leitartikel der New York Times folgte diesem Beispiel und fügte lediglich hinzu, da einer der fundamentalen Werte der USA die Unterstützung der Demokratie sei, sei es vielleicht keine so gute Idee, allzu entgegenkommend auf den Sturz einer demokratisch gewählten Regierung, wie unausstehlich auch immer, zu reagieren.

Die Parallele zum Irak, zufällig ebenfalls ein wichtiges Mitglied der OPEC, ist aufschlussreich. Dort haben die USA angeblich ein Interesse an der Errichtung einer Demokratie. Natürlich stürzten sie einst, 1953, den demokratisch gewählten Mossadegh im Iran und inthronisierten den diktatorischen Schah von Persien. Vermutlich sind es also nur bestimmte demokratisch gewählte Regierungen, die toleriert werden. Aber in diesem Fall war die vorgebliche Absicht, den Irak und die ganze Region demokratisieren zu wollen, nichts als eine von unzähligen, oft widersprüchlichen Erklärungen dazu, warum die Bereitwilligkeit, einen Krieg zu beginnen, so wichtig war. Die meisten Menschen, sogar die Befürworter, waren über die Rationali-sierungen verblüfft und verwirrt. Es erwies sich als schwierig, den Wirrwarr aus Desinformation und ständig neu zurechtgelegter Argumentation zu durchschauen. Ein früher Versuch, den Irak mit den Anthrax-Angriffen in den USA in Verbindung zu bringen, scheiterte kläglich. Der Irak hat zwar eine grauenerregende Vorgeschichte, was den Einsatz biologischer und chemischer Waffen angeht, doch zu diesem kam es größtenteils zu der Zeit, als die USA den Irak gegen den Iran unterstützten, und das US-Außenministerium machte die Weltöffentlichkeit in dem Wissen, dass dies nur der Irak tat, fälschlich glauben, beide Seiten hätten damals auf solche verabscheuungswürdigen Methoden zurückgegriffen.8 Die ebenso entsetzliche Vorgeschichte in Sachen Menschenrechte ist ein berechtigter Gesichtspunkt, doch ergibt dies politisch kaum einen Sinn, wenn die US Regierung Algerien militärische Hilfe anbietet einem Land, das, was seine brutalen Menschenrechtsverletzungen zur Unterdrückung der islamistischen Opposition angeht, mit dem Irak wetteifert (man schätzt 120.000 Todesfälle im Laufe der letzten acht Jahre). William Burns, der für den Nahen Osten zuständige stellvertretende Staats-sekretär im Außenministerium, ging sogar so weit zu sagen, »was die Beherrschung des Terrors angeht, können wir viel von den Alge-riern lernen«.9 Das erklärt vielleicht, warum die Frage, wann Folter möglicherweise berechtigt sei (der die N ew York Times ebenfalls ei-nen herausragenden Ort einräumte) in den USA plötzlich zum The-ma der öffentlichen Diskussion wurde.

Dann ist da das Problem der Massenvernichtungswaffen. Was

7 Im Original zitiert in C. Johnson, Blowback: The Costs and Consequences 0/ Amencan Empire (New York: Henry Holt, 2000), S. 18.

8 J Ililtnman, .Halabja: America Didn't Seem to Mind Poison Gas«, Inter-nll/IMIII1 Hemld Tribune, 17. Januar 2003, S. 8

9 Wiedergegeben in R. Fisk, »The Case Against War: A Conflict Driven by the SelfInterest of America«, Independent, 15. Februar 2003, S. 20.

der Irak tatsächlich hat, ist schwer zu sagen, doch seine militärischen Kapazitäten wurden während und nach dem Golfkrieg so stark dezimiert, dass selbst CIA-Berichte das Land nicht als echte Bedro-hung für den Frieden in der Region einstuften. Dies ließ die Beteuerungen, der Irak stelle eine Bedrohung für die USA dar (in denen Präsident Bush sich bizarrerweise zu der Behauptung verstieg, ein irakischer Angriff auf die USA würde der US Wirtschaft großen Schaden zufügen), töricht klingen. Die CIA kam zu dem Schluss, Saddam würde biologische und chemische Waffen, sollte er welche haben, nur einsetzen, wenn er provoziert würde. Das machte es doppelt schwer zu erklären, warum die USA zu einer solchen Provoka-tion so entschlossen schienen. Höchstwahrscheinlich versucht der Irak, Nuklearmacht zu werden, allerdings gilt das auch für viele an-dere Länder, etwa Nordkorea, das dies öffentlich bekannt gibt. Als die Waffeninspektoren schließlich ins Land gelassen wurden, konn-ten sie nicht sehr viel finden. In jedem Fall war ursprünglich der Regierungswechsel das Ziel, und die Entwaffnung erhielt als Grund nur Bedeutung, um sich auf die Vollmacht der Vereinten Nationen berufen zu können, denn Präventivangriffe verbietet die UNChar-tao Und wenn nicht aus diesen Gründen, dann musste Saddam weg, weil er ein Lügner war (eine Bezeichnung, die so vielen Politikern anhaftet, dass sie schnell zu einem Witz wurde), unbarmherzig (allerdings ist Scharon das auch), leichtsinnig (nicht bewiesen) oder eine Inkarnation des Bösen, die bekämpft werden musste, als sei der Krieg im Mittleren Osten die Episode eines mittelalterlichen Moralstücks mit vielen Folgen (in dem Saddam als Sauron auftritt und Bush als der tapfere Frodo, begleitet von Blair als sein treuer Sam). Schließlich ließ man das Ganze klingen, als hätten die USA und Großbritannien sich zu einer großartigen moralischen Mission verpflichtet, das irakische Volk, was auch geschehe, zu befreien und dem Mittleren Osten Aufklärung im amerikanischen Stil einzuimpfen.

Bei alldem konnte man sich schwerlich des Eindrucks erwehren, etwas sehr Wichtiges werde unter einer ganzen Reihe von Deckmänteln gehalten. Zunächst schien es plausibel, dass es geheime Informationen gab, die nicht aufgedeckt werden durften, aber jeder Versuch, etwas aus dem Geheimarchiv aufzudecken, brachte entweder etwas Triviales, etwas leicht zu Widerlegendes oder wie im Fall der britischen Enthüllungen, die ohne Quellenangabe aus einer fünf Jahre alten Dissertation abgeschrieben worden waren (von der ein Teil bereits in Foreign Affairs gestanden hatte) etwas so schlampig Recherchiertes zum Vorschein, dass man es kaum ernst nehmen konnte. Aus den Geheimdiensten sickerte durch, einige ihrer Mitglieder seien unzufrieden über die Art, wie ihre Informationen von der Regierung verfälscht würden. Es kann kaum verwundern, dass die Weltöffentlichkeit trotz einer kriegslustigen Presse (die weltweit 175 in Murdochs Besitz befindlichen Zeitungen, deren Chefredakteure angeblich ihrer Unabhängigkeit wegen ausgewählt wurden, priesen den Krieg einmütig als eine gute Sache, dasselbe taten diverse andere im Besitz von Mediengiganten) und des Tyrannisierens durch Politiker insgesamt skeptisch blieb oder den Krieg rundheraus ablehnte.

Was geht nun wirklich vor? Die angegebenen Gründe überzeugen nicht; sie ergeben schlicht keine zwingenden Argumente. Was tim konnten die nicht angegebenen Gründe sein? Und hier müssen wir möglicherweise der Tatsache ins Auge sehen, dass nicht einmal die Hauptakteure des Dramas diese Gründe richtig verstehen, oder dass die Gründe, wo man sie versteht, aktiv unterdrückt oder geleugnet werden.

Die innere Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft der USA

Kurz vor den deutschen Bundestagswahlen von 2002 verursachte die deutsche Justizministerin einen Skandal, als sie andeutete, die Bush-Regierung versuche durch ihre gewagten Unternehmungen im Ausland von ihren innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Ihr Fehler war hinzuzufügen, auch Hitler habe diese Taktik angewandt, und dafür musste sie gehen. Leider verhinderte dies jede ernsthafte Diskussion des ersten Teils ihrer Aussage.

Tatsächlich hat der Versuch von Regierungen in innenpolitischen Schwierigkeiten, ihre Probleme entweder durch Abenteuer im Ausland oder durch die Erfindung ausländischer Bedrohungen als Mittel zur Festigung heimischer Solidarität zu lösen, eine lange Geschichte. In diesem Fall ist der Gedanke ein berechtigter Gesichtspunkt, denn die innenpolitische Lage der USA war 2002 in vielerlei Hin-sicht so prekär wie seit langem nicht mehr. Die Rezession, die Anfang 2001 eingesetzt hatte (und durch den Schock vom 11. September vorangetrieben wurde), wollte nicht vorübergehen. Die Arbeits-losigkeit stieg und die wirtschaftliche Unsicherheit war spürbar. Es regnete

10 "Hawkish members« die Unterscheidung von hawks (Falken) und doves (Tauben) in der Sprache der amerikanischen Internationalen Politik bezieht sich auf die Gegensatzpaare Unilateralismus/Multilateralismus, hard power/ soft power und mehr oder weniger auch auf die paradigmatische Unterschei-dung Realismus/Idealismus. (Anm. d. Red.)

Firmenskandale und scheinbar solide Riesenunternehmen lösten sich buchstäblich über Nacht in Nichts auf. Ein Versagen der Buchführung (sowie ausgemachte Korruption) und ein Versagen der Regulative brachten die Wall Street in Verruf und Aktien und andere Vermögenswerte stürzten ab. Die Rentenfonds verloren zwischen einem Viertel und einem Drittel ihres Werts (wenn sie nicht vollkommen verschwanden wie im Fall der Fonds der Enron-Angestellten), und die Aussichten der Mittelschicht für ihre Pensionierung erhielten einen empfindlichen Schlag. Die Gesundheitsfürsorge steckte in großen Schwierigkeiten, die staatlichen Überschüsse auf Bundes, Staats und kommunaler Ebene schwanden schnell dahin und das Defizit türmte sich immer bedrohlicher auf. Der aktuelle Saldo gegenüber der restlichen Welt geriet in immer stärkere Schieflage und die USA wurden zum größten Schuldnerstaat aller Zeiten. Die soziale Ungleichheit hatte schon lange ständig zugenommen, doch die Steuersenkungsmanie der Regierung schien direkt darauf abzuzielen, sie weiter zu vergrößern. Der Umweltschutz lag völlig am

Boden, und es bestand ein tiefer Widerwille, dem Markt erneut irgendeine regulierende Struktur aufzuerlegen, sogar noch angesichts eindeutiger Belege für ein Versagen des Markts. Als Krönung all dessen war der Präsident eher in einer Fünfzuvier-Abstimmung vom Obersten Gerichtshof gewählt worden als vom Volk. Am Vorabend des 11. September wurde seine Legitimität von mindestens der Hälfte der Bevölkerung in Frage gestellt. Das einzige, was die völlige politische Niederlage der Republikaner verhinderte, war die äußerst große Solidarität an der Grenze zur nationalen Wiedererweckung nach den Ereignissen vom 11. September und dem Anthrax-Schrecken (letzterer ist seltsamerweise immer noch nicht aufgeklärt und im Großen und Ganzen vergessen, außer als Vorbote der Dinge, die Saddam uns nur zu bereitwillig zufügen würde). Während Afghanistan sich der US-amerikanischen Macht schnell und (für die Amerikaner) unblutig ergab, war Osama nicht »tot oder lebendig« auf-gegriffen worden und der Krieg gegen den Terrorismus hatte an spek-takulären Ergebnissen nicht sehr viel vorzuweisen. Welcher Moment wäre also besser geeignet, die Konzentration auf den Irak zu richten, als eine der Hauptsäulen einer »Achse des Bösen«, der die Falken 10 in der Bush-Regierung schon seit dem unbestimmten Ausgang des Golfkriegs mit militärischen Mitteln nachstellen wollten? Dass die Ablenkungstaktik funktionierte, zumindest kurzfristig, ist Ge-schichte. Die amerikanische Öffentlichkeit akzeptierte größtenteils die Vorstellung, es hätte irgendeine Art von Verbindung zwischen AlQaida und Saddams Regierung gegeben und letztere sei jedenfalls ein ausreichend gefährlicher und bösartiger Feind gewesen, um Militäraktionen zu ihrer Entfernung zu rechtfertigen. Und en passant gelang es den Republikanern, durch die Kongresswahlen die politische Macht zu konsolidieren, und der Präsident konnte den Geruch der Unrechtmäßigkeit, der seiner Wahl angehaftet hatte, loswerden.

Aber möglicherweise ist hier etwas weitaus Tieferliegendes am Werk, das den scheinbaren flachen politischen Opportunismus in eine zwingende und dauerhafte politische Kraft in der geopolitischen Geschichte der USA verwandelt. Zunächst einmal hatte die Angst vor der Macht des Iraks und vor einer potenziell Unruhe stiftenden panarabischen Bewegung schon mehrere aufeinanderfolgende US-Regierungen geplagt. Colin Powell hatte bereits vor dem ersten Golfkrieg militärische Notfallpläne in Bezug auf den Irak geschmie-det. Paul Wolfowitz, später Bushs stellvertretender Verteidigungs-minister, war schon 1992 explizit für einen Regierungswechsel im Irak eingetreten und erklärte das die 1990er Jahre hindurch öffentlich. In der Clinton-Regierung wurde dies die allgemein akzeptierte Politik. Eine Gruppe von Neokonservativen, die sich 1997 unter der Überschrift »Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« zu-sammentat, bekräftigte, der Regierungswechsel im Irak sei das wich-tigste Ziel und drang darauf, es mit militärischen Mitteln zu verfolgen. Rumsfeld, Wolfowitz, Armitage, Perle und einige andere, die den Kern von Bushs Verteidigungs und Außenpolitik team bilden sollten, waren Mitglieder dieser Gruppe. Geostrategisch hatten sie den Irak also lange Zeit im Blick gehabt. Aber in einem Bericht von 1999 gestanden sie ein, dass »ein katastrophales und katalysierendes Ereignis, wie ein neues Pearl Harbor« nötig wäre, um einen militäri-schen Schlag international und innenpolitisch akzeptabel zu machen. Der 11. September bot diese Gelegenheit, wenn es nur gelänge, eine Verbindung zwischen Saddam und AlQaida herzustellen.11 Angesichts der Gleichgültigkeit und Unwissenheit eines großen Teils der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber praktisch allem Geogra-phischen, konnte man die Jagd auf Terroristen leicht dazu nutzen, Saddam zur Strecke zu bringen und zu beseitigen. Der Rest der Welt war nicht so überzeugt.

Diese interne Dynamik hat noch eine weitere Dimension, deren Verständnis wichtig ist. Die USA sind eine recht außergewöhnliche multi-

11 Bericht in R. Fisk, ,. This Looming War isn't about Chemical Warheads 01' Human Rights: !t's about Gil«, Independent, 18. Januar 2003, S. 18. Siehe auch die Web seite www.newamericancentury.org.
12 H.Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft (München: Piper, 2005), S. 323f.

kulturelle Einwanderergesellschaft, angetrieben von einem star-ken, vom Konkurrenzdenken geprägten Individualismus, der das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben ständig revolutioniert. Diese Kräfte machen die Demokratie chronisch instabil, schwierig, wenn nicht unmöglich zu beherrschen, außer durch die Bestechung mit finanzieller Macht. Es gibt Zeiten, in denen das gan-ze Land so ungebärdig wirkt, dass es scheint, als könne man es nicht regieren. Hannah Arendt erfasst, worum es bei einer solchen bür-gerlichen Gesellschaft genau geht: »Ein auf diese Art Macht begrün-detes Gemeinwesen konnte in der Ruhe der Stabilität nur zerfallen. So wie das Individuum in der Gesellschaft in seinem Konkurrenz-kampf nie erlahmen darf, will es nicht von anderen an die Wand und aus dem Spiel gespielt werden, so muss ein auf diese Gesellschaft gegründeter Staat, der seine Macht erhalten will, dauernd danach streben, mehr Macht zu erwerben. Nur in der dauernden Machter-weiterung, im Prozess der Machtakkumulation, kann er sich stabil erhalten. Ein ewig schwankendes Gebäude, ist er darauf angewiesen, dass er dauernd von außen neue Stützen erhält, soll er nicht über Nacht zusammenstürzen in das zweck und prinzipienlose Nichts,
aus dem er entstand. Dies stellt sich politisch in der Theorie von dem Naturzustand dar, in welchem die Staaten gegeneinander verbleiben und der als Krieg aller gegen alle einen dauernden Machtzuwachs auf Kosten anderer Staaten ermöglicht.«12

Der Kalte Krieg war vorbei und die Bedrohung durch mit Schnee an ihren Stiefeln durch ganz Kanada heruntergestapft kommende Russen nicht mehr glaubwürdig. Während der 1990er Jahre gab es keinen eindeutigen Feind und die boomende Wirtschaft in den USA hätte in allen außer den am stärksten unterprivilegierten und marginalsierten Teilen der bürgerlichen Gesellschaft ein nie da gewesenes Maß an Zufriedenheit garantieren müssen. Doch wie Arendt vorausgesagt hätte, erwiesen sich die 1990er Jahre als eines der unerfreulichsten Jahrzehnte in der Geschichte der USA. Die Konkurrenz war brutal. Repräsentanten der New Economy wurden über Nacht zu Millionären und protzten mit ihrem Reichtum, Gaunerei-en und betrügerische Machenschaften griffen um sich, man weidete sich überall an Skandalen (echten wie eingebildeten), unheilvolle Gerüchte über Mordkomplotte im Weißen Haus kursierten, es wur-de versucht, den Präsidenten durch ein Impeachment-Verfahren sei-nes Amtes zu entheben, die Talkshow-Moderatoren Howard Stern und Rush Limbaugh standen für die völlig außer Kontrolle gerate-nen Medien, in Los Angeles brachen Unruhen aus, Waco und Okla-homa wurden zum Symbol für einen lange nur latent vorhanden gewesenen Hang zu innerem Widerstand und Gewalt, Teenager er-schossen ihre Klassenkameraden in Columbine, irrationale Überschwänglichkeit gewann gegenüber gesundem Menschenverstand die Oberhand und die Korruption des gesamten politischen Prozesses war eklatant. Die bürgerliche Gesellschaft war, kurz gesagt, weit davon entfernt, zivil zu sein. Die Gesellschaft schien in alarmieren-dem Tempo zu zerfallen und auseinander zu driften. Es schien, als stürze sie allmählich zusammen, wie Arendt sagen würde, in das zweck und prinzipienlose Nichts.

Ich vermute, teilweise beruhte George Bushs Anziehungskraft bei der Wahl von 2000 auf seinem Versprechen, einer allmählich außer Kontrolle geratenden bürgerlichen Gesellschaft einen willensstarken und robusten moralischen Kompass zur Verfügung zu stellen. Auf alle Schlüsselpositionen berief er Neokonservative mit einer Vorlie-be für ein autoritäres Vorgehen des Staats, wie John Ashcroft als Justizminister. Der Neokonservatismus ersetzte die Art von Neoliberalismus, für die Clinton eingetreten war. Aber was den Anstoß gab, die Zügellosigkeit der 1990er Jahre aufzugeben, war natürlich der 11. September. Er bot die politische Chance, nicht nur nationale Entschlossenheit zu beteuern und landesweite Solidarität auszurufen, sondern auch der bürgerlichen Gesellschaft im Land Ordnung und Stabilität aufzuzwingen. Der Krieg gegen den Terror, rasch ge-folgt von der Aussicht auf den Krieg gegen den Irak, ermöglichte dem Staat die Akkumulation von Macht. Viel mehr als eine bloße Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten war der Kampf im Irak eine großartige Gelegenheit, dem Land ein neues Gefühl der sozialen Ordnung zu oktroyieren und das Gemeinwesen an die Kandare zu nehmen. Kritik wurde als unpatriotisch zum Schweigen ge-bracht. Der böse äußere Feind wurde zur wesentlichen Kraft, mit deren Hilfe die im Inneren lauernden Teufel ausgetrieben oder ge-zähmt werden sollten. Diese Beziehung zwischen den internen und externen Bedingungen der politischen Macht spielte eine wichtige, wenn auch größtenteils verborgene Rolle in den Dynamiken, die den Konflikt mit dem Irak anfachten. Im Folgenden werden wir mehr als einmal Gelegenheit haben, auf sie zurückzukommen.

Es geht nur um Öel

In der Darstellung der Gegner des

13 N.Banerjee, “Energy Companies Weigh their Possible Future in Iraq”, New York Times, 26. Oktober 2002 S. C3.

14 M. Klare, Resource Wars: The New Landscape 0/ Global Conflict (New York: Henry Holt, 2001), bietet einen Überblick über die Geopolitik des Öls.

Irakkriegs geht es bei dem Konf-likt häufig nur um Öl. Die USRegierung tut diese Behauptung ent-weder als absurd ab oder ignoriert das Thema völlig. Es ist keine Frage, dass Öl äußerst wichtig ist. Aber gen au wie und in welchem Sinn, ist nicht so leicht zu bestimmen.

Eine eingleisige Verschwörungsthese beruht auf der Vorstellung, die Regierung in Washington sei nichts als eine Ölmafia, die sich der öffentlichen Domäne bemächtigt habe. Dieser Gedanke wird durch die engen Beziehungen von Bush und Cheney zu Vertretern von Ölinteressen unterstützt, in Verbindung mit Berichten, nach denen Halliburton, VizePräsident Cheneys alte Firma, unmittelbar nach Kriegsende durch Verträge für Dienste im Bereich der Ölgewinnung fast eine Milliarde Dollar einnehmen wird.13 Das wird sie zwar nicht schmerzen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass das gesamte politisch-militärische Establishment oder Vertreter von Firmeninteressen im Allgemeinen aus solchen Gründen einen Krieg gutheißen würden. Es stimmt natürlich, dass US-amerikanische und britische Ölfirmen aus dem Irak ausgeschlossen waren und dass man französischen, russischen und chinesischen Firmen den Vorzug gegeben hatte. Die Opposition gegen Krieg anstelle von friedlicher Entwaffnung war am deutlichsten von den Ländern artikuliert worden, die bereits eine Konzession hatten. Wäre die Entwaffnung bestätigt
worden, hätte man die UN-Sanktionen aufgehoben und die existierenden Konzessionäre hätten profitiert. Nach einem Regierungs-wechsel durch Krieg wird über die Konzessionen praktisch mit Si-cherheit neu verhandelt werden. Aber der Irak besitzt das Öl und die Aussichten für die Ölfirmen sind auch nach einem Regierungswechsel nicht unbedingt rosig. Das einzige Szenario, das funktionierte, wäre die Übernahme der irakischen Ölfirma durch eine US-amerikanische Nachkriegsverwaltung oder die Errichtung einer Tarn-organisation etwa eines internationalen Konsortiums, in dem die USA, wie im IWF, Vetorecht hätte , um die Gewinnung und Nut-zung des Öls zu kontrollieren. Doch all dies auszuhandeln, ohne dabei starke Feindseligkeiten sowohl des Iraks als auch der kapita-listischen Mächte auf sich zu ziehen, wäre für die USA schwierig.

Man kann die Ölfrage jedoch aus einem noch größeren Blickwinkel betrachten. Dieser lässt sich in die folgende Aussage fassen: Wer immer den Mittleren Osten kontrolliert, kontrolliert den globalen Ölhahn, und wer immer den globalen Öl hahn kontrolliert, kann zumindest in naher Zukunft die Weltwirtschaft kontrollieren.14

Wir sollten daher nicht allein an den Irak denken, sondern die geopolitischen Verhältnisse im gesamten Mittleren Osten und seine geopolitische Bedeutung für den weltweiten Kapitalismus berücksichtigen. Dieses Argument taucht auch in der offiziellen Rhetorik auf. Der Plan für einen Regierungswechsel im Irak stellt unverhoh-len fest, dass der Einfluss einer demokratischen und proamerikani-schen Regierung für die ganze Region zuträglich wäre und vielleicht sogar ähnliche Regierungswechsel woanders begünstigen würde (wobei der Iran und Syrien die naheliegendsten Ziele sind, dicht gefolgt von Saudi-Arabien). Einige Mitglieder der Regierung sind so-gar so anmaßend zu glauben, ein allgemeiner Flächenbrand in der Region biete Gelegenheit, die ganze Landkarte des Mittleren Ostens neu zu gestalten (ähnlich wie in der alten Sowjetunion und Jugosla-wien). Die Staatenbildung in der Region war schließlich größtenteils Nebenwirkung des Versailler Vertrags nach dem Ersten Weltkrieg.

Es ist allgemein anerkannt, dass dieser Vertrag die arabischen Interessen verriet und der Region eine Staatenstruktur aufzwang, die die imperialistischen Interessen der Briten und Franzosen widerspiegelte. Diese Struktur könnte man als anachronistisch und in ihrer Funktion gestört ansehen. Ein umfassendes Übereinkommen würde mög-licherweise separatistische Interessen bedienen (beispielsweise ein Bundesland Kurdistan in einem föderalisierten Irak und vielleicht die Abtrennung eines südlichen schiitischen Staats vom Irak mit Hauptstadt in Basra). Aber vor allem könnte es durch die Bildung eines größeren palästinensischen Staates, der Jordanien und vielleicht einen Teil Saudi-Arabiens umfasste, eine Einigung in der israelisch-palästinensischen Frage einschließen. Dagegen sprechen sehr entschiedene Meinungen in den Vereinten Nationen, der Erhalt der territorialen Integrität des Iraks, wie er heute existiert, müsse in jegli-chem Nachkriegsabkommen vorrangiges Ziel sein, und dem haben die USA zumindest nominell zugestimmt.

Die USA haben ein lange bestehendes geopolitisches Interesse an der Region. Wesentlich für das ganze Konzept der weltweiten Kontrolle, wie es während des Zweiten Weltkriegs erarbeitet wurde, war die Kontrolle des Mittleren Ostens, der als Teil des alten Britischen Empire und absolut unverzichtbar für die wirtschaftliche, militärische und politische Kontrolle der Welt galt nicht

15 “U.S. Imperial Ambitions and Iraq«, Monthly Review, 54/7 (2002), (2002)

zuletzt, weil dort der größte Teil der nachgewiesenen Ölvorkommen der Welt lagert. Die USA begannen also in den 1950er Jahren mit einer langen Reihe offener und geheimer Operationen in der Region, indem sie zunächst die demokratisch gewählte Mossadegh-Regierung im Iran stürzten, die in ausländischem Besitz befindliche Ölfirmen verstaatlicht hatte.

Der Erfolg der US-Offensive war eindeutig. Zwischen 1940 und 1967 erhöhten US Firmen ihre Kontrolle über Ölreserven im Mittleren Osten von 10% auf knapp 60%, während die Vorräte unter britischer Kontrolle im gleichen Zeitraum von 72% auf 30% abnahmen.15

In den späten 1960er Jahren gaben die Briten die militärische Präsenz östlich von Suez auf und überließen den USA die alleinige Kontrolle. Wegen Vietnam beschlossen die USA, die Ersatzstaaten Iran und Saudi-Arabien dafür einzusetzen, sich um ihre stark zunehmen-den Anteile in der Region zu kümmern. Sie zählten auch darauf, dass ihre besonders entschiedene, fast bedingungslose Unterstützung Israels dort einen stabilen Vorposten amerikanischer Stellvertreter-macht in der Region schaffen würde. Doch der von der OPEC 1973 organisierte Ölboykott mit anschließender Preiserhöhung und der Sturz des Schahs im Iran 1979 machten diese Lösung der indirekten Herrschaft durch Stellvertreter unhaltbar. Präsident Carter formulierte die Doktrin, die USA würden unter keinen Umständen zulas-sen, dass der Ölzufluss aus der Golfregion unterbrochen würde. Damit verpflichteten sich die USA dazu, die Straße von Hormus passierbar zu halten (denn das System der Liefer und Verteilungs-wege hat in jeder Hinsicht dieselbe Bedeutung wie die Ölfelder selbst), eine ständige militärische Präsenz in der Region aufrechtzu-erhalten sowie eine schnelle Eingreiftruppe zu bilden, um auf Zwi-schenfälle reagieren zu können. Die USA förderten und unterstützten heimlich den brutalen und tödlichen Krieg des Iraks gegen den Iran, doch die wachsende Macht des Iraks führte lange vor der Kuwait-Invasion zur (von Colin Powell initiierten) Planung eines Kon-flikts mit dem Irak. Warum der US-amerikanische Botschafter dem Irak signalisierte, die USA würden auf einen irakischen Einmarsch in Kuwait nicht militärisch reagieren, ist immer noch umstritten, wobei eine Falle anstelle eines schlichten, wenn auch katastrophalen Missverständnisses eine mögliche Erklärung darstellt.

Auch wenn der Golfkrieg im Bezug auf den Irak ohne Ergebnis blieb, zog er doch eine viel stärkere militärische Präsenz der USA in der Region nach sich. Sie bestand während der Clinton-Regierung unvermindert fort. Gemeinsame Patrouillen mit den Briten in den »Flugverbotszonen« brachten ständige leichte Luftgefechte und Raketenangriffe auf irakische Militäreinrichtungen mit sich. Joseph Nye, ein Mitglied der Clinton-Regierung und im Allgemeinen ein Befürworter der »soft power« erklärte kategorisch, die USA würden ohne zu zögern militärische Gewalt in der Golfregion einsetzen und dies falls nötig auch allein tun, wenn US-amerikanische Interessen in irgendeiner Weise gefährdet seien.16 1997/98 war eine starke Massierung der US Truppen nötig, um den Einlass der ersten Runde der Waffeninspektoren in den Irak zu erzwingen, die sicherstellen sollte, dass die Bedingungen des Friedensabkommens über die Entwaffnung des Iraks eingehalten wurden. Die Raketenangriffe und Luftgefechte eskalierten. Um ihre Bemühungen zu unterstützen, richteten die USA den Golf-Kooperationsrat ein, mit Saudi-Arabien, Kuwait und anderen Staaten, denen sie als Reserve für die US-Truppen in der Region militärische Ausrüstung verkauften (während der neunziger Jahre kam es zu einem Waffentransfer im Wert von netto 42 Mrd. USDollar23 Mrd. US-Dollar allein an Saudi-Arabien). US-Truppen wurden während der 1990er Jahre in der Region vorpostiert und in Kuwait, Qatar und Saudi-Arabien wurden große Vorratslager für militärische Ausrüstung eingerichtet, um den USA die Möglichkeit zu schnellen Bewegungen zu geben. Da der Kalte Krieg vorbei war, verlagerte sich die militärische Planung darauf, zwei regionale Kriege gleichzeitig zu führen, und der Irak und Nordkorea wurden als Planungsübung ausgewählt. In den späten 1990er Jahren waren über 20.000 Angehörige des Militärs in der Region stationiert, die Kosten dafür betrugen jährlich vier bis fünf Mrd. US-Dollar.

Ich gebe hier einen kurzen Überblick über diese Geschichte, um zwei grundlegende Argumente vorzubringen. Seit 1945 nimmt das US-amerikanische Engagement in der Region ständig stark zu, wobei nach 1980 ein signifikanter Bruch festzustellen ist, denn seit dieser Zeit basiert es immer mehr auf ei-

16 J.Nye, Das Paradox der amerikanischen Macht: warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht (Hamburg: Europäische VerlagsAnstalt

17 T.Friedmann, „A War for Oil?, 5New York Times, 5. Januar 2003, Sektion Week in Review, S. 11

ner direkten Militärpräsenz. Zweitens besteht der Konflikt mit dem Irak schon viele Jahre, und an einem Plan für die eine oder andere militärische Lösung wurde schon lange vor dem Beginn des letzten Golfkriegs gearbeitet. Der einzige Unterschied zwischen den Clinton-Jahren und heute ist, dass die Maske gefallen ist und die Kriegslust eine gewisse Zurückhaltung ersetzt hat, teilweise aufgrund der Atmosphäre innerhalb der USA nach dem 11. September, die offene und unilaterale militäri-sche Aktionen politisch akzeptabler macht. Geopolitisch und lang-fristig betrachtet schien eine Konfrontation mit dem Irak unvermeid-lich, es sei denn, der Irak wäre ein Schützling der USA geworden, wie Saudi-Arabien. Aber warum dieser geopolitische Vorwärtsdrang ? Bei der Antwort geht es erneut nur um Öl.

Der Status der weltweiten Ölreserven beruht zu jeder gegebenen Zeit auf Mutmaßungen. Ölfirmen sind notorisch zurückhaltend in ihren Äußerungen über ihre Kenntnisse und gelegentlich führen sie absichtlich in die Irre. Schätzungen über Vorkommen liegen oft sehr weit auseinander. Die meisten Berichte legen jedoch nahe, dass die Geschwindigkeit der Ausbeutung der Ölvorräte die Rate der Entdeckungen etwa 1980 überschritten hat. Öl wird allmählich immer knapper. Wir wissen, dass viele Felder ihren Höhepunkt überschrit-ten haben und dass innerhalb etwa eines Jahrzehnts viele der heuti-gen Ölfelder der Welt erschöpft sein werden. Das gilt für die Pro-duktion im US-amerikanischen Inland, in der Nordsee, in Kanada, Russland und (unheilverkündender) in China. Andere Ölfelder haben zwar eine längere Lebensspanne, doch die einzigen Felder, die allem Anschein nach mit Sicherheit fünfzig Jahre oder länger vor-halten, sind die im Iran, im Irak, in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait. Neue Entdeckungen könnten dieses Bild verändern, doch vorerst müssen die Strategen sich mit der im Lauf der Zeit steigenden Bedeutung des Mittleren Ostens als Schlüssellieferant für Öl auseinander setzen. Auf der Nachfrageseite sehen wir, dass die USA zunehmend von Importen aus dem Ausland abhängig sind, dass es den dynamischen Zentren wirtschaftlichen Wachstums in Ost und Südostasien an jeglichen signifikanten Öl-vorkommen fehlt (während die Nachfrage in China jetzt mit einer phänomenalen Rate ansteigt) und dass Europa (mit Ausnahme von Großbritannien und Norwegen) ebenfalls vollkommen von Ölimporten abhängig ist. Alternativen zum Öl werden erforscht, aber die Chance, dass diese vor Ablauf mehrerer Jahrzehnte ernsthafte Kan-didaten werden, ist (angesichts der von Ölfirmen und anderen finanziell Beteiligten errichteten Hindernissen), sehr gering. Der Zugang zum Öl aus dem Mittleren Osten ist heute daher eine entscheidende Sicherheitsfrage für die USA ebenso wie für die gesamte Welt-wirtschaft.

Dies führt unmittelbar auf das Problem, mit welcher Motivation die USA, wenn nötig allein, eine engere militärische und strategische Kontrolle anstreben. Thomas Friedman beispielsweise vertritt die Auffassung, es hätte »nichts illegitimes oder unmoralisches, wenn die USA besorgt sind, dass ein bösartiger, größenwahnsinniger Diktator übermäßigen Einfluss auf die natürliche Ressource gewinnt, die die industrielle Basis der Welt antreibt«. Aber wir müssen sorgfältig darauf achten, dass wir der Öffentlichkeit vermitteln und der Welt versichern, dass die Absicht ist, »das Recht der Welt auf wirt-schaftliches Überleben zu schützen«, und nicht unser eigenes Recht, uns etwas zu gönnen, dass die USA »zum Nutzen des Planeten han-deln, nicht einfach, um die amerikanischen Exzesse mit Nahrung zu versehen. .. .Wenn wir den Irak besetzten und einfach einen US-freundlicheren Autokraten einsetzten, um die irakische Tankstelle IU betreiben (wie wir es in anderen arabischen Ölstaaten getan ha-hen), dann wäre dieser teilweise für Öl geführte Krieg unmoralisch.« [17] Kurz gesagt, wenn die USA Führungskraft ausüben und versuchen, die Nutzung des mittelöstlichen Öls zu regulieren, tun sie dies in jedermanns Interesse mit allgemeiner Einwilligung? Oder streben sie nach Dominanz, um ihre eigenen, viel engeren strategischen Interessen durchzusetzen? Friedman möchte gern an das erste glauben. Aber was, wenn das letztere zutrifft?

Wenn die USA erfolgreich den Sturz von Chavez und Saddam einfädeln, wenn sie eine bis an die Zähne bewaffnete saudiarabische Regierung, die momentan auf den losen Sand einer autoritären Herrschaft gebaut ist (und in nahe bevorstehender Gefahr, in die Hände des radikalisierten Islams zu fallen), stabilisieren oder reformieren können, wenn sie (wie sie es anscheinend anstreben werden) vom Irak zum Iran voranschreiten, eine strategische Militärpräsenz in den zentralasiatischen Republiken festigen und so die Ölvorkommen im Kaspischen Becken dominieren können, dann können sie, dadurch, dass sie den globalen Ölhahn fest unter ihrer Kontrolle haben, hoffen, die nächsten fünfzig Jahre lang wirksam die Weltwirtschaft zu kontrollieren. Europa und Japan sowie Ost und Südostasien (inzwischen, was ausschlaggebend ist, einschließlich China) sind stark vom Golföl abhängig und bilden jeweils regionale Formationen po-litischwirtschaftlicher Macht, die momentan für die globale Hege-monie der USA in den Bereichen Produktion und Finanz eine Her-ausforderung darstellen. Wie könnten die USA diese Konkurrenz besser abwehren und ihre eigene hegemoniale Position sichern, als indem sie den Preis, die Bedingungen und die Verteilung der wirtschaftlichen Schlüsselressource kontrollieren, auf die diese Konkurrenten angewiesen sind?

Und wie könnten sie das besser tun als mit Hilfe der einen Art von Machtausübung, in der die USA immer noch allmächtig sind durch militärische Überlegenheit? Dieses Argu-ment hat auch einen militärischen Aspekt. Das Militär wird mit Öl betrieben. Nordkorea mag eine hochentwickelte Luftwaffe haben, aber es kann sie nicht oft einsetzen, weil es ihnen an Treibstoff fehlt. Die USA müssen nicht nur die Versorgung ihres eigenen Militärs sichern, sondern jeder künftige militärische Konflikt mit, beispiels-weise, China wird einseitig sein, wenn die USA die Macht haben, ihrem Gegner den Ölhahn abzudrehen. Doch eine solche Argumen-tationsweise ergibt nur einen Sinn, wenn die USA Anlass zu der Befürchtung haben, dass ihre dominante Position innerhalb des welt-weiten Kapitalismus irgendwie bedroht ist. Es ist eher die wirtschaft-liche als die militärische Dimension dieser Frage, der ich mich in Kapitel 2 dieser Untersuchung zuwende.

Ernest Mandel

Einführung in den Marxismus (1971)

7. Kapitel
Das imperialistische Weltsystem

1. Kapitalistische Industrialisierung und das Gesetz der ungleichen und kombinierten Entwicklung

Der moderne Industriekapitalismus wurde in England geboren. Während des 19. Jahrhunderts breitete er sich nach West- und Mitteleuropa aus, dann nach den USA und später nach Japan. Die Existenz einiger bereits industrialisierter Länder schien nicht hin-derlich filr die weitere Ausdehnung des industriellen Kapitalismus und sein Eindringen in einige Länder, die sich im Prozeß der Industrialisierung befanden.

Allerdings wurde die vorkapitalistische Produktionsweise (handwerkliche und Heimindustrie) in den letztgenannten Ländern durch die billigen Produkte der britischen, französischen und belgischen Industrie rücksichtslos vernichtet. Aber das britische, belgische und französische Kapital fand noch weite Investitionsbereiche im eigenen Land. Deshalb war es im allgemeinen die moderne nationale Industrie, die zunehmend an die Stelle der von der Konkurrenz der billigen Güter aus anderen Ländern ruinierten Handwerker trat. Dies galt besonders für die Textilerzeugung Deutschlands, Italiens, Japans, Spaniens, Österreichs, Böhmens, des zaristischen Rußland einschließlich Polens, der Niederlande usw.

Diese Situation änderte sich grundlegend mit dem Beginn der Ära des Imperialismus und Monopolkapitalismus. Seitdem begünstigte der kapitalistische Weltmarkt nicht mehr die „normale“ kapitalistische Entwicklung und vor allem das Vordringen der Industrialisierung in unterentwickelte Länder, er bremste sie vielmehr. Marxens Formel, wonach jedes entwikkelte Land dem weniger entwickelten seine Zukunft weise, verlor die Gültigkeit, die sie während der Zeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz hatte Drei wesentliche Faktoren (und viele andere, die wir hier nicht erwähnen) bestimmen diesen fundamentalen Wandel im Funktionieren der internationalen kapitalistischen Wirtschaft.

a) Der Umfang der Massenproduktion vieler Erzeugnisse in den imperialistischen Ländern führte dazu, daß sie gegenüber der einheimischen Industrie der unterentwickelten Länder einen derartigen Vorteil in der Arbeitsproduktivität und hinsichtlich der Verkaufspreise schuf, daß es letzterer nicht länger möglich war, sich zu behaupten und mit den ausländischen Erzeugnissen zu konkurrieren. Immer mehr profitierten die westlichen Industrieländer (und später Japan) von diesem fortschreitenden Ruin der Handwerker, der Heimindustrie und der Manufaktur in den osteuropäischen Ländern, in Lateinamerika, Asien und Afrika.

b) Das überschüssige Kapital, das in den industriellen kapitalisti-schen Ländern mehr oder weniger ununterbrochen vorhanden war und immer mehr unter die Kontrolle von Monopolen geriet, löste eine breite Bewegung des Kapitalexports in unterentwickelte Länder aus, um dort Produktionsbereiche zu entwickeln, die nicht in einem Konkurrenzverhältnis zur westlichen Industrie standen, sondern sie ergänzten. So führte die Vorherrschaft fremden Kapitals über die Wirtschaft dieser Länder dazu, daß sie sich vorwiegend auf die Rohstofferzeugung beschränkten. Hinzu kam, daß, je mehr diese Länder Schritt für Schritt einen kolonialen oder halbkolonialen Status erreichten, der Staat vor allem die Interessen des fremden Kapitals verteidigte. Und es gab oft auch nicht die beschei-densten Maßnahmen zum Schutz einer sich entwickelnden Indu-strie gegen die Konkurrenz der eingeführten Güter.

c) Die Beherrschung der Wirtschaft der von ausländischem Kapital abhängigen Länder schuf eine wirtschaftliche und soziale Situation, in der der Staat die Interessen der alten herrschenden Klassen festigte und aufrechterhielt und sie mit den Interessen des imperialistischen Kapitals verflocht, anstatt sie radikal zu entmachten, wie dies in den großen bürgerlich-demokratischen Revolutionen Westeuropas und der USA geschehen war.

Die neue Entwicklung der internationalen kapitalistischen Wirtschaft in der imperialistischen Epoche läßt sich in dem Gesetz der ungleichen und kombinierten Entwicklung zusammenfassen. In den zurückgebliebenen Ländern -zumindest in den meisten - ist die soziale und wirtschaftliche Struktur in ihren Grundzügen weder typisch feudalistisch noch kapitalistisch. Unter dem Druck des imperialistischen Kapitals ergibt sich eine außergewöhnliche Kom-bination von feudalen, halbfeudalen, halbkapitalistischen und kapitalistischen Zügen.

Die beherrschende gesellschaftliche Kraft ist das Kapital - aber es ist normalerweise ausländisches Kapital. Die Masse der Bevölkerung setzt sich nicht aus Lohnempfängern oder Leibeigenen zusammen, sondern aus armen Bauern, die in unterschiedlichem Maße der Ausbeutung durch halbfeudale oder halbkapitalistische Landbesitzer, Wucherer, Händler und Steuereintreiber unterworfen sind. Obwohl sie bis zu einem gewissen Grad außerhalb der Warenproduktion und sogar außerhalb der Geldwirtschaft tätig sind, leidet diese große Masse dennoch unter den verheerenden Auswirkun-gen von Schwankungen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, wegen der mittelbaren Folgen der globa-

len Auswirkungen dieser Schwankungen auf die nationale Wirtschaft.

2. Die Ausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Länder durch das imperialistische Kapital

Während der folgenden Jahrzehnte führt das Eindringen ausländischen Kapitals in abhängige koloniale oder halbkoloniale Länder zu Raub, Ausplünderung und zur Unterdrückung von mehr als einer Milliarde Menschen durch imperialistisches Kapital. Dies ist eines der größten Verbrechen, für die das kapitalistische System verantwortlich ist. Wenn, wie Marx sagte, der Kapitalismus schweiß- und bluttriefend zur Welt kam, dann trifft diese Aussage nirgends so wörtlich zu wie in den abhängigen Ländern.
Die imperialistische Epoche ist vor allem durch koloniale Eroberungen charakterisiert. Der Kolonialismus geht dem Imperialismus voraus. Die spanischen und portugiesischen »Conquistadores« hatten schon ihren blutigen Zug durch die kanarischen und kapverdischen Inseln und durch die Länder Mittel- und Südamerikas gemacht, wobei sie überall einen Teil - wenn nicht die Gesamtheit - der eingeborenen Bevölkerung vernichteten. Die weissen Kolonisatoren in Nordamerika verfuhren mit den Indianern kaum humaner. Die Eroberung Indiens durch Großbritannien war begleitet von Greueltaten, wie sie später auch Frankreich in Algerien beging. Die Schrecken des Sklavenhandels und der weiten Verbreitung von Sklavenarbeit in Amerika waren mit die Hauptquelle der ursprünglichen Akkumulation von Kapital.

Mit dem Beginn der imperialistischen Ära breiteten sich diese Greuel auf einen großen Teil von Afrika, Asien und Ozeanien aus: Massaker, Deportationen, Vertreibungen von Bauern, die Einführung von Zwangsarbeit, wenn nicht gar faktische Sklaverei. Rassisten »rechtfertigten« diese unmenschlichen Praktiken mit der Behauptung von der Überlegenheit und der »historischen und zivilisatorischen Mission« der weißen Rasse. Dieser Rassismus beraubte die Kolonialvölker ihrer eigenen Geschichte und nahm ihnen gleichzeitig ihren nationalen Reichtum und einen grossen Teil der Früchte ihrer Arbeit weg.

Wenn die Kolonialsklaven es wagten, gegen ihre Ausplünderung zu rebellieren, wurden sie mit unvorstellbarer Grausamkeit niedergeschlagen. In den Indianerkriegen in den USA wurden Frauen und Kinder der Indianer massakriert; »rebellische« Hindus wurden vor die Rohre von feuernden Kanonen gebunden; im Nahen Osten wurden ganze Stämme von der britischen Luftwaffe erbarmungslos bombardiert; Zehntausende von algerischen Zivilisten wurden als» Vergeltung« für die nationale Erhebung im Mai 1945 niedergemacht. Diese Grausamkeiten ließen die schlimmsten Verbrechen der Nationalsozialisten vorausahnen, einschließlich des eindeutigen Völkermordes, bzw. sie wiederholten diese. Als die amerikanische und europäische Bourgeoisie sich schließlich über Hitler empörte, tat sie das, weil er diese Exzesse gegen die weiße Rasse richtete und an den Völkern Europas die gleichen Greuel beging, die an Völkern Asiens, Amerikas und Afrikas jahrhundertelang durch den Weltimperialismus verübt worden waren.
Alle Bereiche der Wirtschaft abhängiger Länder sind den Interessen und dem »Diktat« fremden Kapitals unterworfen. In vielen dieser Länder verbindet die Eisenbahn die Zentren der exportorientierten Produktion mit den Häfen, aber sie verbindet nicht die wichtigsten Städte des Landes miteinander. Die Infrastruktur dient der Sicherung von Export und Import; dagegen sind Schulen, Krankenhäuser und kulturelle Einrichtungen in erschreckendem Maße unterentwikkelt. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Analphabetentum, Unwissenheit und Armut.

Natürlich erlaubt das Eindringen ausländischen Kapitals auch eine gewisse Entwicklung der Produktivkräfte, bringt einige große Industriestädte hervor, schafft die Ansätze eines mehr oder weniger bedeutsamen Proletariats in den Hafenstädten, den Bergwerken, auf den Plantagen, bei der Eisenbahn und in der öffentlichen Verwaltung. Aber man kann ohne Übertreibung sagen, daß während eines dreiviertel Jahrhunderts vom Beginn der Kolonisation der gesamten unterentwickelten Welt bis zum Sieg der chinesischen Revolution der Lebensstandard der Bevölkerung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (von einigen privilegierten Ländern abgesehen) im Durchschnitt stagnierte oder sank. In einigen wichtigen Ländern ist er sogar katastrophal gefallen. Periodische Hungersnöte haben Millionen Inder und Chinesen buchstäblich hinweggerafft.

3. Der »herrschende Machtblock« in halbkolonialen Ländern

Man kann die Art und Weise, wie die imperialistische Vorherr-schaft die Entwicklung kolonialer und halbkolonialer Länder »eingefroren« und eine normale Entwicklung eines Kapitalismus westlichen Typs verhindert hat, besser verstehen, wenn man die Natur des »Blocks der gesellschaftlichen Klassen« begreift, der in der Ära des »klassischen« Imperialismus in diesen Ländern an der Macht war, und die Konsequenzen erkennt, die dieser »Block« für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nach sich zog.
Als das ausländische Kapital mit Macht in die kolonialen und halbkolonialen Länder eindrang, bestand die einheimische herrschende Klasse meist aus Grundbesitzern (halbfeudale und kapitalistische in unterschiedlichem Verhältnis, je nach dem betreffenden Land) im Verbund mit Handels-, Bank- oder Wucherkapital. In den rückständigen Ländern (wie in Schwarzafrika) traf es auf Stammesgesellschaften, die sich als späte Auswirkung des Sklavenhandels in einem Zerfallsprozeß befanden.

Ausländisches Kapital verbindet sich in der Regel mit den herrschenden Klassen, indem es sie als Mittler bei der Ausbeutung der einheimischen Bauern und Arbeiterinnen benutzt, wobei die Ausbeutungsverhältnisse gegenüber dem eigenen Volk noch verfestigt werden. Mitunter verschärft das ausländische Kapital noch die vorkapitalistische Form der Ausbeutung und kombiniert sie mit neu eingeführten kapitalistischen Formen. Die britischen Kolonialherren machten die »Zamindari« in Bengalen, die einfache Steu-ereintreiber im Dienste der Mogulen-Kaiser waren, zu direkten Eigentümern der Ländereien, von denen sie die

Steuern einholten.

Auf diese Weise entwickelten sich drei zwitterhafte Klassen in der Gesellschaft unterentwickelter Länder, die der Blockierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihren Stempel aufdrückten.

- Die Kompradoren-Bourgeoisie, eine einheimische Bourgeoisie,in erster Linie die Agenten der ausländischen Import-Export-Firmen, die zu Reichtum kommen und allmählich unabhängige Geschäftsleute werden. Aber ihre Geschäfte sind im wesentlichen auf den kommerziellen Bereich und entsprechende »Dienste« beschränkt. Ihre Profite werden gewöhnlich im Handel, im Wuchergeschäft, im Grundstückskauf und der Grundstücksspekulation investiert.

- Die Klasse der Händler und Wucherer. Das allmähliche Eindrin-gen der Geldwirtschaft ruiniert den Selbsthilfemechanismus in der Dorfgemeinschaft. Die soziale Differenzierung im Dort schreitet in der Folge guter und schlechter Ernten auf fruchtbaren und we-niger fruchtbaren Böden unaufhaltsam fort. Reiche und arme Bauern gruppieren sich in zwei Lager, wobei die Armen immer abhängiger von den Reichen werden. Wenn die Ernte nicht ausreicht, um die elementaren Bedürfnisse zu befriedigen, müssen die armen Bauern Schulden machen, um Saatgut und das Notwendigste kaufen zu können. Sie werden abhängig von den Geldverleihern, Händlern und reichen Bauern, die sich Stück für Stück ihre Felder aneignen und sie zahllosen Verpflichtungen unterwerfen.

- Das ländliche Halbproletariat. das sich später durch Landflucht auch auf die Städte ausdehnt. Die ruinierten, von ihrem Land vertriebenen Bauern finden wegen der Unterentwicklung keine Arbeit in der Industrie. Sie müssen in den ländlichen Gebieten bleiben und sich bei den Großbauern verdingen oder ein Stück-chen Land pachten und gegen einen Pachtzins oder für einen Ernteanteil eine armselige Existenz aus dem Boden kratzen. Der Pachtzins wird immer maßloser. Je schlimmer ihr Elend ist und je weniger Aussicht auf Beschäftigung sie haben, desto mehr müssen sie für die Überlassung eines Stück Landes bezahlen. Je höher die Grundrente, desto geringer das Interesse der besitzenden Klassen, Kapital in der Industrie zu investieren. Statt dessen verwenden sie ihr Geld zum Kauf von Land. Je größer die Armut der Massen armer Bauern, desto geringer wird der innere Markt für Konsumgüter, was wiederum die Industrialisierung verzögert. Und je rückständiger die industrielle Entwicklung, desto größer die Unterentwicklung.

Die Unterentwicklung ist also nicht das Ergebnis von absolutem Kapitalmangel oder Mangel an Ressourcen. Im Gegenteil stellt der Anteil des gesellschaftlichen Mehrprodukts in unterentwickelten Ländern oft einen höheren Prozentsatz des Nationaleinkommens als in den industrialisierten Ländern. Unterentwicklung ist viel mehr das Ergebnis von sozialen und wirtschaftlichen Strukturen als Folge der imperialistischen Herrschaft. Und dies bedeutet, daß die Akkumulation von Geldkapital nicht unbedingt direkt in die Industrialisierung oder in produktive Investitionen fließt, was wiederum zu einer immensen Unterbeschäftigung (sowohl quantitativ als auch qualitativ) im Vergleich zu imperialistischen Ländern führt.

4. Die nationale Befreiungsbewegung

Auflange Sicht war es unvermeidlich, dass Hunderte von Millionen Menschen sich nicht widerstandslos einem Ausbeutungssystem unterwarfen und eine Unterdrükkung erduldeten, die von einer Handvoll Großkapitalisten der imperialistischen Länder zusammen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Unterdrückungsapparat ausgeübt wird. Eine nationale Befreiungsbewegung beginnt in den Reihen der jungen Intelligenz von Lateinamerika, Asien und Afrika zu wachsen. Sie nehmen bürgerlich-demokratische oder sogar sozialistische oder halbsozialistische Ideen des Westens auf, um die Fremdherrschaft in ihren Ländern zu beseitigen. Der Nationalismus der abhängigen Länder, der eine antiimperialistische Orientierung hat, drückt die unterschiedlichen Interessen von drei gesellschaftlichen Kräften aus:

- Vor allem wird er von der jungen nationalen Industriebourgeoisie aufgenommen, wo immer sie eine reale materielle Basis hat, die es ihr erlaubt, ihre Interessen denen der beherrschenden imperialistischen Macht entgegenzusetzen. Das typischste Beispiel ist das der von Gandhi geführten Kongreßpartei, die von großen indischen Industriegruppen unterstützt wurde.
- Dank des Einflusses der russischen Revolution kann der Nationalismus von der aufkommenden Arbeiterbewegung. vor allem als Instrument zur Mobilisierung der städtischen und dörflichen Massen gegen die etablierte Macht, genutzt werden. Die typischsten Beispiele sind die Kommunistische Partei Chinas in den zwanziger Jahren und die indochinesische KP in den folgenden Jahrzehnten.
- Der Nationalismus kann den Ausbruch von Revolten des städtischen Kleinbürgertums und speziell der Bauern fördern und die Fonn eines nationalistischen Populismus annehmen. Die mexikanische Revolution von 1910 ist das beste Beispiel dieser Form einer antiimperialistischen Bewegung.

Allgemein gesagt erhielt die nationale Befreiungsbewegung in abhängigen Ländern starke Impulse durch Ereignisse, die aus der wachsenden Krise des imperialistischen Weltsystems und der in ihm aufeinanderfolgenden Erhebungen erwuchsen: die Niederlage des zaristischen Rußland im Krieg gegen Japan 1904-1905; die russische Revolution von 1905; der Erste Weltkrieg; die russische Revolution von 1917; das Erscheinen der indischen und chinesischen Massenbewegungen auf der politischen Bühne; die Weltwirtschaftskrise von 1929-32; der Zweite Weltkrieg; die anfänglichen Niederlagen des westlichen Imperialismus im Kampf gegen den japanischen Imperialismus vor 1945. Ihre entscheidende Stärkung erhielten die nationalen Befreiungsbewegungen durch den Sieg der chinesischen Revolution im Jahre 1949.

Die taktischen und strategischen Probleme, die sich für die internationale Arbeiterbewegung und für die einheimische Massen-

bewegung in den abhängigen Ländern aus dem Auftauchen der nationalen Befreiungsbewegungen in kolonialen und halbkolonialen Ländern ergaben, werden im Kapitel 11, Abschnitt 4 und im Kapitel 13, Abschnitt 4 ausführlicher behandelt. Hier wollen wir nur noch einmal unterstreichen, daß die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern verpflichtet ist, jede Bewegung und jede tatsächliche Massenaktion, die sich in den kolonialen und halbkolonialen Ländern gegen die von den imperialistischen Mächten verursachte Ausbeutung und Unterdrückung richtet, bedingungslos zu unterstützen. Diese Pflicht schließt auch eine klare Unterscheidung zwischen imperialistischen Kriegen - reaktionären Kriegen - und nationalen Befreiungskriegen ein. Hier handelt es sich um gerechte Kriege, die die unterdrückten Völker führen. Dabei spielt es keine Rolle, welche politische Kraft sie führt und in welchem Stadium sich der Kampf befindet. Das Weltproletariat muß sich für den Sieg dieser unterdrückten Völker einsetzen.

5. Der Neokolonialismus

Der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg veranlaßte den Imperialismus, seine Herrschaftsformen in den rückständigen Ländern zu ändern. An die Stelle der direkten trat die indirekte Beherrschung. Die Zahl der von der Kolonialmacht direkt verwalteten Kolonien ging stark zurück. Innerhalb von zwei Jahrzehnten fiel sie von etwa siebzig auf eine Handvoll. Die italienischen, holländischen, britischen, französischen, belgischen, portugiesischen und spanischen Kolonialreiche brachen fast vollständig zusammen.

Natürlich ging das Verschwinden der Kolonialreiche nicht ohne konterrevolutionären Widerstand bedeutender Teile des imperialistischen Kapitals vor sich: Es gab die blutigen Kolonialkriege des holländischen Imperialismus in Indonesien, des britischen Imperialismus in Malaysia und Kenia, des französischen Imperialismus in Algerien und Indochina, wie auch die jüngsten nicht weniger blutigen »Expeditionen« wie die von Suez gegen Ägypten im Jahre 1956. Aber historisch gesehen sind diese finsteren Unternehmungen Rückzugsbewegungen. Der direkte Imperialismus ist tot.

Sein Verschwinden bedeutet keineswegs die Auflösung des imperialistischen Weltsystems. Es besteht fort, wenn auch in veränderter Form. Die große Mehrzahl der halbkolonialen Länder bleibt auf den Export von Rohstoffen angewiesen. Sie leiden nach wie vor an all den ungünstigen Folgen eines ungleichen und ausbeutenden Warenaustausches. Die Kluft zwischen ihrem Entwicklungsgrad und jenem der imperialistischen Länder wächst weiter. Der Unterschied im Pro-Kopf-Einkommen und im Lebensstandard der Bevölkerung im »nördlichen« und »südlichen« Teil der Welt ist heute größer als in der Vergangenheit.

Indessen führt der Übergang von direkter zu indirekter imperialistischer Vorherrschaft in den unterentwickelten Ländern zu einer stärkeren Identifikation der »nationalen« Industriebourgeoisie mit der Ausbeutung der Arbeitermassen dieser Länder, wie auch zu einer gewissen Belebung des Industrialisierungsprozesses. Beides ergibt sich aus dem veränderten Gleichgewicht politischer Kräfte (d.h. es handelt sich um eine unvermeidliche Konzession des Systems angesichts des wachsenden Druckes der Massen) und aus einem Wandel in den fundamentalen Interessen der bedeutendsten imperialistischen Gruppen.

In der Tat ist eine wichtige Änderung im Export der imperialistischen Länder vor sich gegangen. Jetzt nehmen Maschinenausrüstungen und Transportgüter die führende Position ein, die vorher Konsumgüter und Stahl innehatten. Es ist den mächtigen monopolistischen Trusts natürlich unmöglich, immer mehr Maschinen in die abhängigen Länder zu exportieren, ohne dort zugleich gewisse Formen der Industrialisierung zu fördern, die aber im allgemeinen auf die Konsumgüterindustrie beschränkt bleibt.

Darüber hinaus sind die multinationalen Gesellschaften im Rahmen ihrer Weltstrategie daran interessiert, sich in einigen abhängigen Ländern niederzulassen, damit sie bei vorauszusehenden steigenden Lohnkosten von vornherein eine günstige Position haben. So ist es in diesen Ländern allgemein üblich, Unternehmen mit gemischter Beteiligung zu gründen (Joint ventures), mit imperialistischem Kapital, »nationalem« Industriekapital, privatem und staatlichem Kapital. Das ist charakteristisch für die halbkoloniale Struktur. Wegen der teilweisen Industrialisierung nimmt das Gewicht der Arbeiterklasse in diesen Ländern zu.

Diese Struktur bleibt eingebettet in einen einschränkenden und ausbeuterischen imperialistischen Zusammenhang. Die Industrialisierung bleibt begrenzt, und der »einheimische Markt« umfaßt kaum mehr als zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent der Bevölkerung, die Reichen, die Mittelklassen und die reichen Bauern. Die Armut der Massen bleibt nahezu so groß wie zuvor. Die sozialen Widerspruche wachsen eher, als daß sie geringer werden. Die Folge ist ein weiterbestehendes Potential für dauernde revolutionäre Explosionen in diesen Ländern.

Unter diesen Bedingungen gewinnt eine neue gesellschaftliche Schicht an Bedeutung: die Staatsbürokratie, die gewöhnlich einen wesentlichen Teil des verstaatlichten Sektors der Wirtschaft kontrolliert. Gegenüber den Interessen fremder Nationen gibt sie sich als Vertreterin der nationalen Interessen aus, während sie in Wirklichkeit durch ihr Führungsmonopol in großem Maßstab die private Akkumulation begünstigt. Ein neuer »herrschender Machtblock «entsteht, der ausländische Monopole, »nationale« Industrielle und diese Staatsbürokratie (oft in Gestalt der Armee) verbindet. Das Gewicht der klassischen Oligarchien von Grundbesitzern und »Compradores« ist im Schwinden begriffen.

bfs

Bewegung für den Sozialismus

JA zur sozialen Einheitskasse am 11. März

Der Markt bedroht die medizinische Ethik und die Gesundheit

Hintergrund der Diskussionen um die „soziale Einheitskasse“ sind zwei gegensätzliche gesundheitspolitische Ausrichtungen. Eine 12seitige Werbereportage mit Lobliedern auf die Privatkliniken Beilage der Wochenzeitung Cash macht deutlich worum es geht: Der Graben zwischen „Gesundheit für alle“ und „Spitzenmedizin in Gesundheitshotels“ soll grösser werden. Das Ergebnis: ein grösser werdender lukrativer Markt für Personen mit respektablem Einkommen.

◆ Die erste Ausrichtung setzt auf den Markt. Das führt schliesslich zu einem minimalen Service. Mit Leuten, die ein „Recht“ auf eine minimale Basisversorgung für schwerwiegende Krankheiten haben. Und mit minderbemittelten Menschen, die „unterstützt“ werden, mit der ganzen Schuldzuweisung, die damit verbunden ist und die ihren Teil zur Verschlechterung des Gesundheitszustands beitragen kann.

Die möglichen oder wirklichen Kranken mit ausreichendem Einkommen (oder mit grosser Opferbereitschaft) werden für die Krankenkassen (und Zusatzversicherungen) gute Kunden sein.

Die Menschen, deren verfügbares Einkommen (was nach den Steuern, den Prämien für Versicherungen und Krankenkasse und der Miete übrig bleibt) Jahr für Jahr sinkt, werden „Kunden“ zweiter oder dritter Klasse sein.

Das Pflegepersonal wird direkt oder indirekt einer inakzeptablen Macht der beratenden Ärzte im Dienst der Krankenkassen unterstellt. In den Spitälern wird das Personal immer mehr unter grossem Zeitdruck arbeiten müssen. Erschöpfte „Pflegemaschinen“. Professor Henri Bounameaux vom Genfer Universitätsspital erzählt: Wenn 8 Patienten in einem 5erZimmer untergebracht werden, führt das zu Problemen

mit der Promiskuität und der Sicherheit. Das Personal muss dann immer schneller arbeiten, mit allen Risiken, die das mit sich bringt. In dieser Sichtweise wird das Spital „für alle“ als ein „Güter“ produzierendes Unternehmen betrachtet.

◆ Die zweite Ausrichtung verlangt, dass jede Person unabhängig von ihrem Einkommen und von den Kosten der Behandlung gepflegt werden muss, wenn diese Behandlung medizinisch gerechtfertigt ist. Die Gesundheit ist ein umfassender Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und besteht nicht nur aus der Abwesenheit von Krankheit; so heisst es in der Französischen Verfassung von 1948.

Die Krankenversicherung muss zum Bestandteil eines umfassenden, nicht bürokratischen und diesen Namen verdienenden Systems der sozialen Sicherheit gemacht werden.

Dafür braucht es: eine öffentliche Kontrolle; eine Verbindung von medizinischer und paramedizinischer Spezialisierung; ein Zusammenspiel zwischen der (liberalen) Medizin in Stadt und Dorf und der Spitalmedizin. Um „den Kranken ins Zentrum zu stellen“, wie es so schön heisst, braucht es ausreichend Personal, das über genügend Zeit verfügt, um sich umfassend um ihn zu kümmern. Eine umfassende Präventionspolitik ist notwendig. Die Patienten müssen als Partner der Pflegenden betrachtet werden. Die BezügerInnen müssen bei der Entwicklung einer sozialen Krankenversicherung mitreden können.

Ein kommerziell ausgerichtetes Gesundheitssystem zerstört letztlich die medizinische Ethik. In der Schweiz sind ausreichende materielle Mittel vorhanden, um ein Gesundheitswesen für alle zu errichten, welches die PatientInnen ebenso respektiert wie das Pflegepersonal. ■

Reines Gewissen… und K(l)assenbewusstsein

Bei der Auseinandersetzung über die Initiative für eine „soziale Einheitskasse“ geht es nicht nur um die Abstimmungsvorlage vom 11. März. Das zeigt ein Blick darauf, wer diese Initiative mit millionenschweren Mitteln bekämpft.

Die einflussreiche Neue Zürcher Zeitung Sprachrohr der Banken, Versicherungen und der Industrie unterstützt die Verwirrungskampagne der Gegner. Die Presse ist voll von Anzeigen, die zum Nein aufrufen. Darauf sind die Gesichter derer zu sehen, die im eidgenössischen Parlament die Massnahmen des Sozialabbaus organisieren und unterstützen.

Pascal Couchepin der Bundesrat mit guten Beziehungen zur Groupe Mutuel, dem erfolgreichen Krankenversicherer aus Martigny bekämpft die Initiative „bis zum Tod“, wie er selbst sagt. Der einstige kleine König von Martigny will ausserdem: die IV (Invalidenversicherung) zerstören; das gesetzliche Rentenalter auf 67 erhöhen; die direkte Bundessteuer durch die unsoziale Mehrwertsteuer ersetzen; die Rechte der Erwerbslosen noch stärker abbauen; die Erwerbsersatzordnung angreifen. All dies will er Hand in Hand mit seinen Komplizen im Bundesrat umsetzen: HansRudolf Merz (FDP), Christoph Blocher (SVP) Doris Leuthard (CVP), und das „obligate und kollegiale“ Schweigen der anderen Mitglieder.

Couchepin steht „im Dienst des Landes“: er arbeitet also für die Wirtschaftsbarone, die das Land führen. Deshalb darf er auch „das Volk“ täuschen. So hat er im Hinblick auf die Abstimmung vom 11. März behauptet, dass die Krankenkassenprämien im Jahr 2007 durchschnittlich um 2.2% steigen werden. Und er könne beinahe garantieren (was für eine interessante Formulierung), dass bei den meisten Kassen der Anstieg in den darauf folgenden zwei Jahren in derselben Grössenordnung ausfallen werde (Tribune de Genève, 15.1.2007). Der Gesundheitsökonom Alberto Holly (Uni Lausanne) sieht sich gezwungen, richtig zu stellen, es gebe keinerlei Garantie dafür, dass die Prämien in den Jahren 2008 und 2009 nur um 2.2% steigen werden. Solche Prognosen könnten höchstens für das laufende Jahr gemacht werden, aber sicher nicht darüber hinaus (Le Temps, 17.1.2007). In Genf sind die jährlichen Prämien für eine Familie mit zwei Kindern in zehn Jahren um 5'000 Franken gestiegen.

Die Chefs der Banken, der Versicherungen und der Pharmaunternehmen, etwas im Hintergrund, unterstützen das Nein. Sie haben keine Probleme beim Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung. Daniel Vasella von Novartis hat 2006 etwa 44 Millionen Franken verdient. Er spart 3,5 Millionen Steuern durch die Wahl der richtigen Wohngemeinde (SonntagsBlick, 21.1.2007). Franz Humer von Roche hat 2006 etwa 15 Millionen kassiert (SonntagsZeitung, 24.12.2006).

Auch den Direktoren der Krankenkassen, die von unseren Prämien leben, geht es nicht schlecht. Couchepins Busenfreund, PierreMarcel Revaz von Groupe Mutuel, erhält etwa eine Million Franken. Niemand weiss es ganz genau. Sein Sprecher Yves Seydoux hält fest, dass das Unternehmen keine Zahlen veröffentlicht (Le Matin Dimanche, 21.1.2007). Der Direktor von Helsana, Manfred Manser, verdient 580'000 Franken. Die 10 Mitglieder des Verwaltungsrats verteilen unter sich insgesamt 1,8 Millionen Franken pro Jahr (SonntagsBlick, 4.2.2007). Der Verwaltungsrat trifft sich 10 Mal im Jahr. Was für ein Stress! Roland Schaer von der KPTCPT, die sich mit Concordia reorganisiert, kriegt 500'000 Franken (Cash, 11.2.2006).

Ausgerechnet mit unseren Prämien finanzieren diese Betrüger, die durch das KVG (Krankenversicherungsgesetz) eine offizielle Funktion erhalten, die Kampagne gegen „ihre“ Versicherten!

In Wirklichkeit verteidigen sie einfach ihre Klassen und Kasseninteressen. Ihr Ziel: aus dem „Gesundheitswesen“ ein lukratives Geschäft zu machen. Anders gesagt: ein sozial selektives Gesundheitssystem statt einem, das allen einen gleichen Zugang garantiert. ■

Die anstehenden „Reformen“: das verschwiegene Übel

Die KVGRevision, die am 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist, zeigt was uns erwartet. Seither dürfen die Krankenkassen die Bezahlung von Leistungen bei den Versicherten einstellen, gegen die juristisch vorgegangen wird, weil sie ihr Prämien oder die Kostenbeteiligung nicht beglichen haben. Dabei greift die Sozialhilfe erst ein, wenn die Insolvenz festgestellt wurde.

Diese Massnahme führte zu derart schwerwiegenden Folgen, dass sogar die Presse darüber berichten musste. Tausende Patienten sind seit Monaten von der medizinischen Versorgung ausgeschlossen. Professor Hans Wolff und sein Kollege Christophe Marti von der Polyklinik der Genfer Spitäler haben in einem Artikel in der Revue médicale suisse von dramatischen Situationen berichtet, denen sie bei der Arbeit begegnen. Sie haben eine klare Meinung, welche sozialen Schichten davon betroffen sind. Bei den Opfern dieses Systems handelt es sich sehr überwiegend um Personen aus so genannten bescheidenen Verhältnissen, die meistens unter chronischen Krankheiten leiden.

Bei dieser KVGRevision wurden ausserdem die Prämien für Kinder in Haushalten mit mittleren oder tiefen Einkommen auf die Hälfte reduziert. Der entsprechende Betrag wird seit Januar 2006 durch die öffentliche Hand im Rahmen der Prämienverbilligungen übernommen. Das ist aber kein wirklicher Fortschritt. Denn falls die Initiative für eine Einheitskasse am 11. März angenommen wird, werden die Prämien für Kinder schlicht und einfach gestrichen. Die Initiative verlangt nämlich, dass die Prämien abhängig vom Einkommen der Versicherten festgelegt werden.

Bei einem Nein am 11. März: die bittere Medizin des Bundes

Aber die laufende KVGRevision wird uns bald weitere unangenehme Überraschungen bereiten.

Am 26. Mai 2004 hat der Bundesrat vorgeschlagen, die Kostenbeteiligung der Versicherten für Ausgaben oberhalb der Franchise von 10% auf 20% zu erhöhen. Die Obergrenze der Kostenbeteiligung soll bei 700 Franken bleiben. Falls diese Massnahme umgesetzt wird, führt sie zu einer deutlichen Erhöhung der finanziellen Belastung der Versicherten im Krankheitsfall. Denn bei einer Kostenbeteiligung von 20% würde die Obergrenze schon bei Gesundheitsausgaben von 3800 Franken in einem Jahr erreicht. Heute müssen dagegen noch 7600 Franken ausgegeben werden, um diese Obergrenze zu erreichen. Die Kommission des Nationalrats hat bereits im September 2004 entschieden, dieses Projekt aufzuschieben. Wir gehen davon aus, dass es rasch wieder aus der Schublade geholt wird, falls die Initiative für eine Einheitskasse am 11. März abgelehnt wird.

Betreffend die Finanzierung der Alters und Pflegeheime sowie der Pflege zu Hause (Spitex) sieht es ähnlich aus. Der Bundesrat schlägt vor, dass die Patienten, die solche Pflegedienste in Anspruch nehmen, einen Teil (etwa 20%) der Kosten der Grundversorgung übernehmen, welche zur Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse (sich anziehen, sich waschen, sich ernähren) erbracht wird.

Weil Versicherte aus bescheidenen Verhältnissen eine solche zusätzliche Belastung schlicht und einfach nicht ertragen könnten, hat der Bundesrat vorgeschlagen, zu diesem Zweck auf die Ergänzungsleistungen der AHV/IV zurückzugreifen.

Doch im September 2006 hat der Ständerat entschieden, die Kostenbeteiligung der Versicherten auf sämtliche Behandlungen auszudehnen. Dies würde zu einer stärkeren Belastung der mehrheitlich betagten Patienten führen. Sie und ihre Kinder müssten zahlen, so lange sie über entsprechende Mittel verfügen. Der Nationalrat wird sich mit diesem Vorschlag in den nächsten Monaten befassen.

„Die Kosten senken“ und die Profite der Kassen befreien

Die übrigen Aspekte der KVG-Revision betreffen die Grundlagen des schweizerischen Gesundheitssystems. Das offizielle Ziel besteht daraus, die Kosten zu senken. Die Folgen: die Preisgabe der öffentlichen Kontrolle des Gesundheitswesens und eine Vormachtstellung der Krankenkassen, die zu Lasten der Qualität der Grundversorgung geht. Dies wird zwangsläufig mehr Nutzer dazu bringen, Zusatzversicherungen abzuschliessen. Mit diesen Versicherungen fahren die Kassen ganz legal ihre Gewinne ein.

Ausserdem will der Bundesrat die Versicherten dazu bringen, einem Gesundheitsnetzwerk beizutreten. Sie müssen ihre Gesundheit einer begrenzten Zahl von Leistungserb ringern anvertrauen und kommen dafür in den Genuss tieferer Prämien. Solche Netzwerke hatten in der Schweiz bisher wenig

Erfolg. Auch die Massnahmen, die das eidgenössische Parlament im Dezember 2006 beschlossen hat, werden nicht viel daran ändern. Aber die Anhänger der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens werden sicher bald schon einen neuen Anlauf nehmen.

Die Spitäler werden durch die Kassen überwacht

Die Reform der Spitalfinanzierung plant der Bundesrat in zwei Schritten.

1. Kurzfristig sollen alle Spitäler, die Leistungen der Grundversicherung erbringen, gleich behandelt werden. Unabhängig davon, ob es sich um öffentliche, subventionierte oder private Einrichtungen handelt.

Die öffentliche Hand soll die Verantwortung für die Investitionen der öffentlichen und subventionierten Spitäler abgeben. Der Staat soll sich darauf beschränken, die Spitalplanung auf kantonaler Ebene zu erstellen und die Spitäler zusammen mit den Krankenkassen je zur Hälfte zu finanzieren.

In der Grundversicherung ist vorgesehen, mit allen Spitälern Leistungsvereinbarungen abzuschliessen, bei denen die Finanzierung nicht mehr auf den tatsächlichen Kosten sondern auf Kostenpauschalen für verschiedene Behandlungen beruht.

In Deutschland wurde dieses System bereits vor einigen Jahren eingeführt. Es verursachte eine scharfe Konkurrenz unter den Spitälern. Viele Spitäler sind bereits verschwunden. Bei den Überlebenden hat sich die Qualität der Leistungen ebenso verschlechtert wie die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals. Niemand hat die Bürgerinnen und Bürger gefragt, ob sie zu diesen Bedingungen unters Messer kommen wollen.

2. Auf der zweiten Stufe will der Bundesrat die Spitalfinanzierung ganz in die Hände der Krankenkassen legen. Dieses Ziel versteckt sich hinter dem barbarischen Ausdruck der „monistischen Finanzierung“. Unter einem solchen Regime werden die wirtschaftlichen Kriterien zwangsläufig bei der Grundversorgung in den Spitälern immer mehr den Ausschlag geben. Die Spitalversorgung wird zu einem Teil des Gesundheitsmarkts.

Die Verabschiedung der Massnahmen für den ersten Schritt der Finanzierungsreform durch das eidgenössische Parlament ist in den Monaten nach der Abstimmung vom 11. März geplant. Aber der Bundesrat hat bereits angekündigt, spätestens drei Jahre danach dem Parlament ein Gesetz vorzulegen, das der „monistischen“ Finanzierung (das heisst der Kontrolle durch die Krankenkassen) im Bereich der Grundversorgung in den Spitälern den Weg ebnet.

„Die Freiheit“ des Fuchses im Hühnerstall

Auch bei den ambulanten Behandlungen will der Bundesrat die Leistungserbringer dem Diktat der Krankenkassen unterstellen. Deshalb soll der bestehende „Vertragszwang“ durch eine neue „Vertragsfreiheit“ ersetzt werden. Konkret geht es dabei um Folgendes. Heute muss eine Krankenkasse jede Rechnung begleichen, die durch einen anerkannten Arzt für Leistungen im Bereich der Grundversicherung ausgestellt wurde. Unter den Bedingungen der Vertragsfreiheit müsste die Kasse nur noch Rechnungen von Ärzten und anderen Leistungserbringern begleichen, mit denen sie einen Vertrag geschlossen hat.

Die Versicherten verlieren durch diese „Vertragsfreiheit“ (der Krankenkassen) ihre Freiheit bei der Ärztewahl. Das erklärte Ziel dieser Neuerung besteht in der Reduktion der Anzahl der Ärzte und anderen Leistungserbringern in den Gebieten, in denen es davon scheinbar zu viele gibt, das heisst in den Städten und Agglomerationen. In diesen Gebieten werden nur diejenigen Leistungserbringer überleben, welche die Bedingungen der Krankenkassen akzeptieren (siehe die zwei Kasten nebenan).

Diese Massnahme ist für die durch den Bundesrat beabsichtigte KVGRevision von zentraler Bedeutung. Der Ausgang ist offen. Natürlich wurde die Diskussion im Parlament auf die Zeit nach der Abstimmung vom 11. März verschoben… ■

Eine schwarze Liste der „schlechten Zahler“

Am 5. Januar 2007 berichtete die Gratiszeitung 20 Minutes von der „Todesgefahr im Falle nicht bezahlter Krankenkassenprämien“. Dr. Hans Wolff vom Genfer Universitätsspital erläuterte, was dies im Falle einer Nierentransplantation bedeutet: Wenn der Patient die Behandlung während einem Monat unterbricht, gefährdet er sein Leben, und der gesamte Eingriff war nutzlos.

Bis im November 2006 waren auf der Polyklinik 260 Personen bei insgesamt 426 Fällen von einem Unterbruch der Krankenversicherungsdeckung betroffen. Oft handelt es sich um chronische Krankheiten, meistens um Menschen aus benachteiligten sozialen Gruppen. Bei 40% der Fälle kann der Unterbruch der medizinischen Behandlung schwerwiegende oder fatale Auswirkungen haben.

Im TagesAnzeiger vom 7. Februar 2007 war zu lesen, dass in der Schweiz 150'000 Menschen ohne Schutz einer Krankenkasse dastehen. Allein im Kanton Zürich sind es 17'000; im Kanton Aargau 10'000. Keine Kasse, kein Arzt: vor allem chronisch Kranke sind davon betroffen.

Nun wollen die Direktoren von Helsana und CSS (die Kasse mit dem so unpassenden Namen: Christlichsoziale Krankenkasse der Schweiz) eine zentrale schwarze Liste der „schlechten Zahler“ erstellen. Denn das wird die Zahlungsmoral verbessern, wie ein CSSDirektor zu behaupten wagte (SonntagsBlick, 11.2.2007). ■

Freiheit für einen neuen Markt

Nach welchen Kriterien wird der Vertragszwang abgeschafft? Ganz nach dem Geschmack der Krankenkassen. Ein Patient, der Jahre lang seine Prämien bezahlte, kann deshalb daran gehindert werden, zu seinem bisherigen Arzt zu gehen sofern er nicht superreich ist oder zu dem Zweck sein Erspartes ausgeben will.

Wir fragen uns, wie es juristisch möglich ist, die Abschaffung des „Vertragszwangs“ zu rechtfertigen und gleichzeitig die „Versicherungspflicht“ zu erhalten?

Mit dieser Drohung, die durch Couchepin unterstützt wird, versuchen die Krankenkassen die Ärzte in die Knie zu zwingen. Und gleichzeitig öffnen sie einen neuen Markt. Zum Beispiel hat die Groupe Mutuel nach der Streichung gewisser Alternativmedizinen aus der Grundversicherung den Versicherten angeboten, diese Leistungen gegen eine Zusatzprämie weiterhin zu übernehmen. Wir können sicher sein, dass die Versicherten in Zukunft gegen eine höhere Prämie für die Zusatzversicherung zu einem „schwarzen Schaf“ gehen können, das nach der Abschaffung des Vertragszwangs von der Ärzteliste gestrichen wurde. Ein lukrativer Markt. ■

Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen: für wen?

Das sozial ungerechteste Finanzierungssystem in ganz Europa

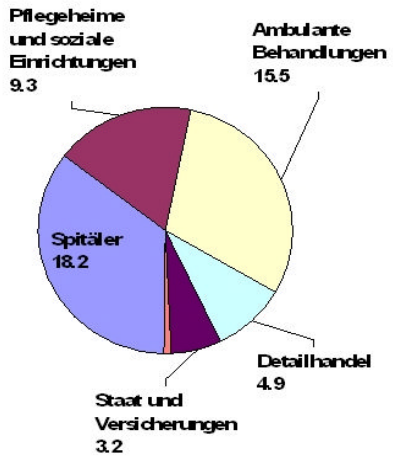
Tag für Tag stimmen die Kantons und Bundesbehörden, die Krankenkassen und ein Teil der Ärzte dasselbe Klagelied an: „Die Gesundheitskosten explodieren, das können wir uns nicht mehr leisten."

Was steckt hinter diesem Geschwätz? Die Graphik 1 stellt die Aufteilung der „Kosten des Gesundheitswesens" auf die Anbieter von Leistungen und Gütern dar.

Die insgesamt 51,6 Milliarden Franken im Jahr 2004 verteilten sich folgendermassen:

Verteilung der Kosten des Gesundheitswesens nach Leistungserbringern 2004 1

Quelle: Bundesamt für Statistik



- Spitäler: 18,2 Milliarden
- soziale Einrichtungen und Pflegeheime (für betagte Personen, Behinderte, Drogenabhängige, usw.): 9,3 Milliarden
- ambulante Behandlungen: 15,5 Milliarden, davon 8,8 für die Ärzte
- Detailhandel: 4,9 Milliarden, davon 3,5 für die Apotheken
- Ausgaben des Staates (Verwaltung, Prävention) und der Krankenkassen (Verwaltung, Amortisation): 3,2 Milliarden.

Unablässig wird wiederholt, dass diese Kosten 11,5% des Bruttoinlandprodukts (BIP) im Jahr 2004 entsprechen.

Das ist die magische Prozentzahl des BIP, welche die Schweiz weltweit auf dem zweiten Rang hinter den USA platziert. Alle unsozialen Massnahmen im Namen des „Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz" werden dadurch gerechtfertigt (siehe auf Seite 3 die bevorstehenden Massnahmen im Gesundheitsbereich).

Trügerische Vergleiche

Der Vergleich der Gesundheitskosten geht von unterschiedlichen Situationen aus und täuscht deshalb in mehrfacher Hinsicht. Ein Beispiel: In der Schweiz werden die langfristigen Ausgaben für betagte Menschen und chronische Krankheiten zu den Gesundheitskosten gezählt. In den nordischen Ländern ist das nicht der Fall. Die Gesundheitsausgaben liegen in Dänemark bei 8,9%, in Schweden bei 9,1% und in Norwegen bei 9,7% des BIP.

Im Jahr 2004 (Bezugsjahr für alle hier genannten Zahlen) lagen aber diese langfristigen Pflegekosten in der Schweiz bei 6,4 Milliarden, was etwa 1,4% des BIP entspricht.

Wird nur schon diese Zahl berücksichtigt, schrumpft der Unterschied bei den Gsundheitsausgaben zwischen der Schweiz und Schweden oder Norwegen beträchtlich zusammen. Die (sehr oft trügerischen) internationalen Vergleiche beeindrucken und lähmen das kritische Denken. Die herrschenden Klassen aller Länder nutzen dies systematisch aus.

Vergessen und täuschen

Die Ausgaben für die Wohnungsmieten sind in der Schweiz deutlich höher als im europäischen Durchschnitt. Den Banken, Versicherungen, Immobilienfirmen, Hauseigentümern und übrigen Parasiten der Bodenrente kommt es dennoch nicht in den Sinn, eine tagtägliche Kampagne gegen die Kostenexplosion der Mieten für die Mehrheit der Bevölkerung zu führen. Sie verlangen nicht, dass die Mieten gesenkt werden. Tatsächlich liegt beinahe die ganze Last der Mieten auf den Schultern der Mieter und Familien. Dieses Ziel streben die bürgerlichen Parteien, die Versicherungen und die Unternehmen auch im Gesundheitsbereich an.

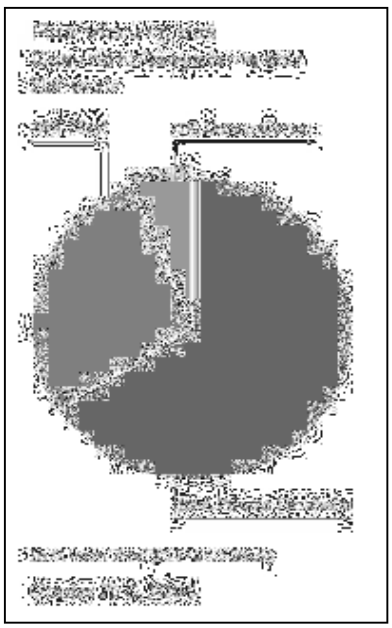
Die Gegner der sozialen Einheitskasse aus dem politischen und wirtschaftlichen Lager tragen ohne Ende ihre Weisheiten zur Kostenexplosion vor. Warum? Weil sie Änderungen einführen wollen, die einerseits einen grösseren Anteil der Gesundheitskosten auf die Haushalte abwälzen und anderseits die Leistungen für zahlungskräftige Kunden ausbauen und rentabler gestalten. Auch wenn dies dazu führt, dass ein Teil der Bevölkerung den Gürtel noch enger schnallen muss. Die Krankenkassen und ihre Verbündeten (Privatkliniken, usw.) wollen aus den verfügbaren Mitteln der Bevölkerung noch mehr Profit schöpfen, so wie es die Hauseigentümer auch tun.

Wer trägt die Kosten?

Wenn die Kosten unerträglich sind, dann sind sie es für die Haushalte, das heisst für die meisten lohnabhängigen Familien.

Denn in kaum einem anderen Land finanzieren die Lohnabhängigen einen so grossen Anteil der Gesundheitskosten wie in der Schweiz: 67% (siehe Graphik 2). Dafür gibt es vier Gründe:

1. Ganze Bereiche werden durch die obligatorische Krankenversicherung nicht



gedeckt: zum Beispiel die Zahnarztkosten. Das führt zu einer Situation, in der man sich den Zahnarzt nur leistet, wenn alles Wichtige bereits bezahlt ist.

Die Aufenthalte in sozialen und Pflegeheimen sind schlecht versichert. Zahlreiche Medikamente werden nicht bezahlt, und deren Preis liegt erst noch weit über dem europäischen Durchschnitt.

Im Jahr 2004 erreichten die direkt durch die Haushalte bezahlten Gesundheitsausgaben, die von den Krankenkassen nicht beglichen werden, 13,6 Milliarden Franken. Hier spricht aber niemand von Kostenexplosion.

2. Hinzu kommen die Franchisen und Kostenbeteiligungen, wie sie im KVG vorgesehen sind: 2,8 Milliarden Franken im Jahr 2004, Tendenz steigend.

3. Das Kopfprämiensystem (individuelle Prämie für Erwachsene und Kinder, unabhängig vom Einkommen) führt dazu, dass die Haushalte unter der Last der Krankenversicherung leiden: 18,9 Milliarden Franken im Jahr 2004, davon 14,4 für die Grundversicherung.

In den anderen europäischen Ländern wird die Krankenversicherung meistens durch einkommensabhängige Lohnabzüge (zur Hälfte durch die Unternehmen) finanziert, und/oder durch Steuern.

Auch in dieser Hinsicht spricht das helvetische Establishment nicht von einer unerträglichen Belastung. Das stimmt natürlich auch für die Eliten selbst.

Ausserdem wird alles Mögliche getan, um jedes Gefühl von Gleichheit zu unterdrükken. Dieses Gefühl könnte auf zwei Formeln gebracht werden. Erstens: „Es ist normal, bei einer obligatorischen Versicherung einen Beitrag zu bezahlen, der vom Einkommen oder von den verfügbaren Mitteln des Haushalts abhängig ist." Zweitens: „Ich verdiene vielleicht weniger als mein Chef oder als ein Regierungsrat, aber ich möchte nicht medizinisch schlechter versorgt werden als diese Personen."

Die ganze Kampagne der Individualisierung der Prämien, deren Vervielfachung (70'000 verschiedene Prämien in der Schweiz!) und der Mythos des Patienten als einem Kunden, dem es gelingt, die beste Prämie und Franchise herauszufinden, indem er ohne Ende die Angebote der Krankenkassen vergleicht, dienen der Zerstörung jeder solidarischen Haltung und des Widerstands gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitsbereichs.

4. Seit den 1970er Jahren wurde der Anteil der Steuern an der Finanzierung der Gesundheitsausgaben deutlich gesenkt: von 39,5% im Jahr 1972 auf 27,3% im Jahr 2004. Sogar das Bundesamt für Statistik muss anerkennen, dass der Staatsanteil am Ende der 1990er Jahre bei einem historischen Minimum liegt. Ausserdem ist zu bedenken, dass die direkten Steuern bei den höchsten Einkommen nicht mehr progressiv sind und Vermögen kaum erfassen.

All dies führt zu folgender Schlussfolgerung: Wenn die grossen Vermögen, die sehr hohen Einkommen, das Kapital und die Unternehmer nichts oder nur sehr wenig zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben beitragen, erdrücken diesen das Budget der lohnabhängigen Familien.

Der Anstieg der Krankenkassenprämien wird jedoch beim Index der Konsumentenpreise nicht berücksichtigt, der jeweils dem Teuerungsausgleich der Löhne zu Grunde liegt. Nur schon die Erhöhung der Krankenkassenprämien führt deshalb dazu, dass das verfügbare Einkommen (was nach den obligatorischen Ausgaben übrig bleibt) Jahr für Jahr sinkt: 0.5% im Jahr 2002, 0,5% im Jahr 2003, 0,4% im Jahr 2004, 0,2% im Jahr 2005, 0,3% im Jahr 2006 (Bundesamt für Statistik).

Die Ablehnungsfront gegen die soziale Einheitskasse beruht wesentlich auf der Tatsache, dass sie dieses System ein bisschen in Frage stellt, das allen grundlegenden Gedanken sozialer Gerechtigkeit widerspricht. Denn die Initiative öffnet den Weg zu Prämien, die von den finanziellen Mitteln der Haushalte abhängig sind. Diesen Grundsatz lehnen diejenigen ab, welche die Schweiz wirklich regieren. ■

Die Reichen sind bei guter Gesundheit

Die Diskussion über eine soziale Einheitskasse konzentriert sich auf das folgende Thema, um die wichtigsten Fragen zu vermeiden: „Wird der Mittelstand mehr Prämien bezahlen?" Lassen wir die Frage, was überhaupt der „Mittelstand" ist. Eine Führungskraft (oder jemand, der sich als eine solche betrachtete) einer Bank oder einer Versicherung, die im Alter von 55 Jahren entlassen wurde, könnte uns darüber etwas Interessanteres erzählen als zahlreiche Soziologen; von den Journalisten gar nicht zu sprechen.

Lassen wir also den „Mittelstand" und kommen wir zur real existierenden herrschenden Klasse. Sie verfügt über grosses Kapital, investiert an den Finanzmärkten und beteiligt sich an Holdinggesellschaften, durch die sie ganze Netzwerke von Unternehmen in Industrie und Dienstleistungsbereichen kontrolliert. Vor einigen Jahrzehnten hielten sich die Mitglieder dieser Klasse diskret im Hintergrund. Heute treten sie in Davos oder an den exklusiven Cocktailparties in Zürich, Basel oder Genf öffentlich in Erscheinung.

Ein Abbild dieser sozialen, wirtschaftlichen und politischen Macht der herrschenden Klasse lieferte die vergoldete Ausgabe der Monatszeitschrift Bilanz im Dezember 2006. Die 300 reichsten in der Schweiz wohnhaften Personen verfügten 2006 insgesamt über ein Vermögen von 450 Milliarden Franken. Von 2005 auf 2006 ist dieses Vermögen um 55 Milliarden gewachsen, das heisst so viel die die gesamten Gesundheitskosten. Von diesen 300 teilen sich 118 Milliardäre den grössten Teil des Kuchens auf. Es wäre besser, darüber zu diskutieren, anstatt die Zeitungen mit Spekulationen über die zukünftigen Prämien des Mittelsstands zu füllen, während ein richtiges Prämienmodell für die Einheitskasse gar nicht vorliegt.

Die eidgenössische Steuerverwaltung hat eben erst ihre Statistiken für 2003 veröffentlicht. Der Ergebnis ist unglaublich: 68,35% der Steuerpflichtigen (mit weniger als 100'000 Franken Vermögen) besass 5,57% des gesamten Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügten 0,14% der Steuerpflichtigen mit einem (angegebenen!) Vermögen von über 10 Millionen über 19,73% des gesamten Vermögens. Und 3,73% der Steuerpflichtigen mit einem Vermögen von über 1 Million besassen 54,11% des gesamten (angegebenen!) Vermögen in der Schweiz. Diese Statistik berücksichtigt allerdings nicht einmal den tatsächlichen Wert von Immobilien (die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren stark gestiegen).

Das Recht „etwas zu kosten“

Je nach dem individuellen Lebenslauf und dem ausgeübten Beruf kann jemand mit 75 Jahren noch sehr jung sein und fähig, sich selbst zu pflegen. Andere sind in diesem Alter abhängig und benötigen Unterstützung durch Krankengymnastik oder Fusspflege. Dieser Gruppe von Personen wird auf skandalöse Weise vorgeworfen, „viel zu kosten“. Doch diese Menschen haben völlig Recht, sich einer Behandlung gegen Bluthochdruck zu unterziehen oder Schmerzmittel gegen Arthrosenleiden zu nehmen, usw.

Das therapeutische Überangebot für betagte Menschen kann sicher kritisiert werden. Das gilt aber auch für die therapeutische Unterversorgung. Ein Grossteil der Menschen im hohen Alter stirbt im Spital. Sie haben ein Anrecht auf die bestmögliche Behandlung. Dafür braucht es ausreichend Pflegepersonal, das gut ausgebildet ist und entsprechend bezahlt wird. Das körperliche und seelische Wohlbefinden im hohen Lebensalter ist das gute Recht aller Menschen.

Die so genannten Gesundheitsökonomen, die das Spital als ein Unternehmen betrachten, und das Pflegepersonal als Maschinen sehen, die mit maximaler Produktivität Behandlungen erbringen, sind Söldner im Dienste der Krankenkassen. Im hohen Lebensalter verliert die Technik an Bedeutung, und die Beziehung zwischen Pflegepersonal und kranken Menschen wird noch wichtiger. Es geht darum, ein würdiges Lebensende ohne unnötige Schmerzen sicherzustellen. Angesichts der „Kosten“ des Alterns stellt der Lebensabschnitt um die 50 Lebensjahre einen entscheidenden Moment dar, um Krankheiten im hohen Alter vorzubeugen, wie Oliver SaintJean festhält, der Leiter der Geriatrie im Spital Georges-Pompidou (Libération, 9.2.2007). Drei Tätigkeiten sind in dieser Hinsicht wichtig: 1. so lange wie möglich einen reichhaltigen sozialen Austausch zu pflegen; 2. eine regelmässige körperliche und sportliche Betätigung; 3. eine gesunde und abwechslungsreiche Ernährung. Diese drei Aspekte erklären laut O. SaintJean im Wesentlichen den Unterschied zwischen der Situation der reichen und armen betagten Menschen. ■

Ja zu den demokratischen und sozialen Rechten der Versicherten

Die Gegner der Initiative für eine soziale Einheitskasse schiessen aus allen Rohren gegen das Recht des Pflegepersonals und der Patienten, sich an der tripartiten Verwaltung dieser neuen Einrichtung zu beteiligen. Der Patron von Gottes Gnaden bleibt einer der höchsten Werte in der „ältesten Demokratie der Welt“, so wie Heiligkeit des helvetischen Mannes bis zur Einführung des Frauenstimmrechts… im Jahr 1971.

Es kommt die absolute Macht der Kassen

Das Informationsblatt Patrons des Unternehmerzentrums (Centre Patronal) im Kanton Waadt schreibt (Januar 2007): Die neue Kasse würde zwei Organe enthalten: einen Verwaltungsrat und einen Kontrollrat. In beiden Gremien würden je gleich viele Vertreter der öffentlichen Hand, der Leistungserbringer und der Versichertenorganisationen Einsitz nehmen. Diese tripartite Verwaltung durch Akteure mit unterschiedlichen Interessen wird unweigerlich beträchtliche Führungsschwierigkeiten verursachen.

Was ist aber vom Erfolg der einheitlichen Führung durch die schweizerische Elite zu halten, welche die Swissair ins Grounding geführt hat? Und von den Unternehmensfürsten der schweizerischen Uhrenindustrie, von Omega über Zenith bis zu Tissot, die ins Debakel der 1980er Jahre geführt haben? Und von der Führung der Schweizerischen Volksbank durch die Berner Patrizierfamilien, die in letzter Minute durch die Credit Suisse gerettet wurde? Was ist von der zentralisierten und militärischen Führung der Gruppe Tavaro aus Genf (Elna Nähmaschinen und 100% subventionierte Produktion für die Armee) zu halten, die das Unternehmen in den Konkurs geführt hat? Es könnte noch viele weitere Beispiele genannt werden.

Dass sich der Centre Patronal Vaudois so äussert, überrascht uns nicht. Aber einige Leser und Leserinnen waren vielleicht überrascht vom Editorial in der Tageszeitung Le Temps vom 12. Februar 2007, in dem JeanJacques Roth die Initiative unter Beschuss nahm. Der wichtigste Schwachpunkt liege in dem Verwaltungskonzept mit Delegierten der Kantone, der Versicherten und der Ärzte. Wenn auf diese Weise die Kostenexplosion eingedämmt werden solle, könnte man in seinen Augen genau so gut die Feuerwehrautos einem Verein von Brandstiftern anvertrauen!

Der Direktor und Chefredaktor von Le Temps weiss sicherlich Bescheid, wie viel Geld die verschiedenen Gegner der Initiative für die Einheitskasse durch ihre Anzeigen in die Kasse seiner Zeitung fliessen lassen. Aber er wäre sicherlich nicht fähig, ein ökonometrisches Modell betreffend den Zusammenhang zwischen „dem Angebot und der Nachfrage“ im Gesundheitsbereich zu verstehen. Verlangen wir nicht zu viel von einem Propagandisten und Verfasser

von Spottschriften.

Trotzdem ist sich Rot einer Sache sicher: Man muss „die Kosten senken"! Und zu diesem Zweck das Geschäft denen überlassen, die sich auskennen: die Kassendirektoren, ihre Experten, das Departement Couchepin, die Pharmalobby, die Versicherungen, usw.

J.J. Roth hat zweifellos nicht vergessen (auf der Ebene der Werbungen und Inserate), dass die Bevölkerung, je länger sie lebt, auch Bedürfnisse der Altersvorsorge (Pensionskassen, Dritte Säule und Vermögensverwaltung) und Pflege zum Ausdruck bringt.

Patienten als Partner und aktive BürgerInnen

Die Einwände gegen die tripartite Verwaltung verdienen die vier folgenden Antworten:

1. Die Ärzte, das Pflegepersonal und die Angestellten der Heime wissen, dass die aktive Teilnahme des Patienten einen sehr wichtigen Beitrag zur Heilung leistet. Die Patienten müssen Partner sein. Dies umso mehr bei chronischen Krankheiten, bei denen die Pflegenden mit den Strategien der Patienten und den vorgeschriebenen Behandlungen umgehen müssen. Der Chef der medizinischen Polyklinik von Genf, Hans Stalder, erklärte das in Le Temps am 23. Januar 2007 sehr gut.

2. Diese aktive Teilnahme und Partnerschaft müssen auch auf der Ebene der Organisation und der Kontrolle des Gesundheitssystems umgesetzt werden, um ein ganz wichtiges Ziel zu erreichen: Die Gesundheitsbedürfnisse aller Menschen müssen als soziale Rechte anerkannt werden. Das ist der Ausgangspunkt, um die notwendigen Mittel zu bestimmen, in der Gesellschaft vorzufinden und im Sinne einer richtigen öffentlichen Gesundheitspolitik zu verteilen.

3. Ein gewisses Informations und Kontrollrecht der Patienten und Pflegenden entspricht einem grundlegenden demokratischen Prinzip. Dies gilt umso mehr, wenn alle Seiten sich der Tatsache weitgehend bewusst sind, dass die Verwaltung der Krankenkassen und des Gesundheitswesens sehr undurchsichtig funktioniert.

PierreMarcel Revaz, der Chef von Groupe Mutuel, ist der Meinung, die Forderung nach Transparenz der Buchhaltung entspringe einer Neugier in schlechter Absicht, welche die Privatsphäre der Versicherten verletzt (Le Temps, 20.1.2007). Er bezieht sich auf einen Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichts (EVG) vom 4. Dezember 2006. Das Gericht verpflichtet die Groupe Mutuel und deren Krankenkassen dazu, ihre Buchhaltung der Justiz zugänglich zu machen (24heures, 12.1.2007). Anders gesagt sehen sich die Richter des EVG nicht in der Lage zu wissen, wie die Groupe Mutuel ihre Leistungen verrechnet und die Prämien ihrer 14 Krankenkassen erhebt. Welcher Betrag umfasst die Verwaltungskosten? Wie schlägt sich dieser in den Prämien nieder? Werden diese 14 Mal erhoben? Wenn alles genau gleich verwaltet wird, warum gibt es denn verschiedene Prämien?

Diese Fragen zeigen auf, warum Revaz die Neugier der Versicherten nicht mag. Und warum der Sprecher von Groupe Mutuel und Santésuisse (Dachverband der Krankenkassen) zum angesprochenen Fall sagt, das Geschäftsgeheimnis bleibe gewahrt, und in keinem Fall werde ein unbegrenzter Zugang zur Buchhaltung garantiert (24heures, 12.1.2007).

4. Sogar die OECD stellte in ihrem Bericht von 2006 über das Gesundheitssystem in der Schweiz die Undurchsichtigkeit der Buchführung fest. Der Ökonom Alberto Holly von der Uni Lausanne muss ausserdem anerkennen, dass die Experten der OECD den Finger auf ein weiteres helvetisches Übel gelegt haben: Es gibt keine ausreichenden statistischen Daten für eine adäquate Kontrolle des Systems (Le Temps, 19.10.2006).

Vor dem Hintergrund dieser Feststellungen, der Erklärungen der Verantwortlichen von Groupe Mutuel und des Entscheids des EVG ist es einfach die Gründe zu verstehen, weshalb so viel Widerstand gegen ein bescheidenes tripartites Gremium vorgetragen wird. Tatsächlich hören die demokratischen Rechte in der Schweiz zu existieren auf, so bald man in ein Unternehmen tritt. Das „Geschäftsgeheimnis" ist mit einem weniger brüchigen Beton zu gemauert als das einstige Réduit National von General Guisan.

Die Versicherten müssen sich organisieren

Das ist ein weiterer Grund, der Initiative für eine soziale Einheitskasse zuzustimmen. Und nach dem 11. März 2007 müssen die Versicherten einen eigenen Dachverband organisieren. Vergessen wir nicht, dass der schweizerische Mieterverband im Zusammenhing mit der ersten Initiative für das Recht auf Wohnraum 1971 gegründet wurde. So war es möglich, die Forderungen der Mieter ein wenig voran zu bringen.

In dem langen Kampf für das Recht auf einen gleichen Zugang aller zu qualitativ hoch stehender medizinischer Versorgung wird die Organisation der Patienten in Zusammenarbeit mit dem medizinischen Pflegepersonal von entscheidender Bedeutung sein, um soziale und demokratische Rechte umzusetzen, deren Notwendigkeit sehr viele Menschen verspüren. ■

Kontakte

www.bfszh.ch www.sozialismus.ch
www.alencontre.org www.labreche.ch

BFS, Postfach 2002, 4001 Basel, bfsbs@bluewin.ch
BFS, Postfach 129, 3000 Bern 23, bfsbe@bluewin.ch
BFS, Postfach 8707, 8036 Zürich, info@bfszh.ch
MPS, CP 209, 1211 Genève 4, mpsge@bluewin.ch
MPS, CP 120, 1000 Lausanne 20 mpsvd@fastnet.ch

Das dezentrale Lagersystem für Flüchtlinge - Scharnier zwischen regulären und irregulären Arbeitsmarktsegmenten

Tobias Pieper (2004) in: Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 136, 34. Jg., 2004, Nr. 3.

Der Artikel von Tobias Pieper beschäftigt sich mit der Frage, ob das bundesdeutsche Lagersystem für MigrantInnen neben der Kontroll und sozialen Degradierungsfunktion auch eine ökonomische Funktion hat, inwieweit also das Lagersystem in das kapitalistische Produktionsverhältnis integriert ist. Er zeigt, dass das Lagersystem ein gesetzlich regulierter Puffer für den lokalen Arbeitsmarkt ist und eine Scharnier und Selektionsfunktion zwischen formellem und informellem Arbeitsmarkt wahrnimmt. Er zeigt aber auch, dass die Flüchtlinge und die "Sans Papiers" in ihrer Rechtlosigkeit quasi die Prototypen der neoliberal konstituierten ArbeiterInnen darstellen. Der (gekürzte) Artikel behandelt die Situation in Deutschland, es bestehen aber viele Parallelen zur Schweizerischen Migrationspolitik.

In der BRD erfolgt die Unterbringung von Menschen, die hierhin fliehen und einen Asylantrag stellen, in dezentral gelegenen Gemeinschaftsunterkünften. Dies betrifft auch diejenigen Menschen, deren Anträge nach meist mehrjähriger Bearbeitungszeit abgelehnt wurden, die aber aufgrund der "Genfer Flüchtlingskonvention" oder der "Europäischen Menschenrechtskonvention" wegen zu erwartender Folter, Verfolgung oder Tod , aufgrund ungeklärter Identität oder der Aufnahmeverweigerung ihrer Herkunftsländer nicht abgeschoben werden können. Diese Menschen unterliegen de facto einem Arbeitsverbot und sind so auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen, die vorrangig in Sachleistungen ausgezahlt wird. Das System ihrer Unterbringung, dessen wichtigste Komponente die dezentralen Gemeinschaftsunterkünfte sind, bezeichne ich als dezentrales Lagersystem. Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Frage, ob das dezentrale Lagersystem neben der Kontrolle und sozialen Degradierung seiner Insassen auch eine ökonomische Funktion übernimmt, ob es also in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse eingebettet ist und wie sich diese Einbettung sowohl charakterisieren als auch quantifizieren lässt. Dazu wird zunächst die Entstehung dieses Systems Mitte der 70er Jahre dargestellt. Anschließend wird untersucht, ob eine Veränderung der ökonomischen Ausrichtung des dezentralen Lagersystems im Rahmen der derzeitigen als neoliberal bezeichneten Umstrukturierungen der Produktionsverhältnisse stattgefunden hat. Der derzeitige gesetzliche Rahmen sieht die Möglichkeit der Einbindung der BewohnerInnen der dezentralen Lager in den regulären Arbeitsmarkt vor. Dabei können die lokalen Arbeitsämter in Abstimmung mit den Anforderungen der lokalen Wirtschaft entscheiden, inwieweit im Landkreis Arbeitskräfte gebraucht werden und Flüchtlinge dann für bestimmte Arbeiten eine Erlaubnis bekommen oder ob sie von bestimmten Arbeiten generell ausgeschlossen werden sollen. In der bundesdeutschen Wirtschaft bildete sich, ähnlich wie in anderen EULändern, seit den 70er Jahren kontinuierlich ein irregulärer Arbeitsmarkt für MigrantInnen heraus. Diese irregulären Sektoren sind in bestimmten Bereichen der Wirtschaft zur notwendigen Basis für die Produktion geworden. Mit seinem unteren migrantischen Arbeitsmarktsegment bildet der irreguläre Arbeitsmarkt den ökonomischen Rahmen, in denen das dezentralen Lagersystems eingebettet ist. Davon ausgehend stelle ich die These auf, dass das dezentrale Lagersystem spezifisch auf die lokalen Arbeitsmärkte abgestimmt ist und diesen in erster Linie "unqualifizierte" Arbeitskräfte zur Verfügung stellt. Gleichzeitig will ich zeigen, dass das Lagersystem als Arbeitskräftereservoir eine Scharnier oder Regulationsfunktion zwischen den unteren Segmenten des regulären Arbeitsmarktes und dem Bedarf der kapitalistischen Ökonomie an irregulären ArbeiterInnen übernimmt.

Das dezentrale Lagersystem

Ganz allgemein versteht man unter einem Lager einen "für das vorübergehende Verbleiben einer größeren Anzahl Menschen eingerichteter (provisorischer) Wohn oder Übernachtungsplatz" (Das Bedeutungswörterbuch 1985: 404), wobei hier qualitativ unterschiedliche Lager wie "Auffangs, Durchgangs, Flüchtlings, Internierungs, Konzentrations, Quarantäne, Trainings, Zeltlager" (ebd.: 404) zusammengefasst werden. Von einer ähnlichen Kategorisierung von Lagern geht auch Dünnwald in seiner Analyse der BRD als Lagergesellschaft aus

(Dünnwald 2002: 28). Gemeinsam ist allen Definitionen, dass es sich um eine behelfsmäßige, vorübergehende, provisorische Unterbringungsstätte für viele Menschen handelt, wobei sich das Behelfsmäßige und Provisorische über die unzureichende und nur für eine kurze Verweildauer angelegte Ausstattung definieren lässt. Dies trifft auch auf die Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge zu, die zwischen 150 und 800 Personen fassen, nur dass das Lagerkonzept kurzfristige Übergangslösung bis zur schnellen Entscheidung über den Asylantrag im Kontrast zur Realität der jahrelangen Unterbringung steht. Als die Unterbringung für Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften 1982 im Rahmen der Neuordnung des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) beschlossen wurde, sprachen PolitikerInnen noch offen über "Lager", doch wurde der Begriff aufgrund der negativen Konnotation in Hinblick auf die deutsche Vergangenheit bald aus dem Gesetz und dem politischen Sprachgebrauch getilgt. Die vermeintliche Effektivität der Zielsetzung, also die Dürftigkeit des Lagerlebens und die damit verbundene Herabsetzung des Lebensstandards, fasst der damalige badenwürttembergische Ministerpräsident Lothar Späth zum einjährigen Bestehen der ersten Sammellager zusammen: "die Zahl der Asylbewerber sei erst gesunken, als die Buschtrommeln signalisiert haben – geht nicht nach Baden Württemberg, dort müsst ihr ins Lager' " (Schwäbisches Tagblatt 5.5.1982). Die Gesamtheit der Unterkünfte bilden ein dezentrales System, Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist der Systemcharakter der Lager, zu verstehen als ein sich dezentral über den Raum der BRD spannendes Netz der Unterbringung und Verwaltung, welches sich aus unterschiedlichen Komponenten zusammensetzt – den Zentralen Aufnahmestellen, den zur langfristigen Unterbringung angelegten Gemeinschaftsunterkünften, dem neuen Bindeglied "Ausreisezentrum" als "Illegalisierungsmaschinerie" und Experimentierfeld staatlicher Repressionen und Zermürbungstaktiken sowie schließlich dem Abschiebegewahrsam. Zentrales Regulativ für die Dezentralität des Lagersystems ist das weltweit "einmalige" Gesetz der Residenzpflicht. Dieses Gesetz regelt nach der bundesweiten Verteilung der asylsuchenden Menschen auf die einzelnen Landkreise deren dortigen Verbleib, indem es deren Verlassen unter Geld oder auch Haftstrafe stellt. Erst die Residenzpflicht in Kombination mit der Wohnortsverpflichtung in den Heimen durch die Ausländergesetzgebung macht aus den einzelnen Gemeinschaftsunterkünften ein zusammenhängendes Unterbringungssystem von Lagern. Dies bildet als gesetzlicher Rahmen die strukturelle Grundlage für das bundesdeutsche dezentrale Lagersystem. Wie durch ein virtuelles Netz wird der Raum parzelliert, die Flüchtlinge gleichmäßig über diesen verteilt, verwaltet und festgehalten, wobei die Kontrolle der einzelnen Menschen im Raum lokal "vor Ort" organisiert wird. Die politische Begründung der generellen Lagerunterbringung von Flüchtlingen war die gewollte Abwertung der Lebensbedingungen dieser Menschen im Rahmen populistischrassistischer Stimmungsmache im politischen Diskurs Ende der 70er, der über das Konstrukt des "Missbrauch des Asylrechts im großen Stil" (Höfling Seminar 1995: 120) konstituiert wurde. Mit der Dezentralität der Lager wurde zugleich dem Wunsch der deutschen Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften entsprochen. So wurde Ende 1974 die Verteilung von AsylbewerberInnen vor Abschluss ihres Verfahrens auf die Länder und Kommunen beschlossen, Anfang 1975 wurden sie zum Arbeitsmarkt zugelassen. "Der Beschluss der Innenministerkonferenz und der Erlass des Bundesarbeitsministers folgten Nützlichkeitserwägungen' von Bund und Ländern: Mit der Vorwegverteilung wurde auf die Überfüllung des Flüchtlingslagers in Zirndorf reagiert und damit seinem Ausbau nach Maßgaben des Ausländergesetzes ausgewichen. Mit der Zulassung zum Arbeitsmarkt wurde der nach dem Anwerbestopp 1973 gewachsene Bedarf an ausländischen Arbeitskräften bedient" (ebd.: 117). Es lassen sich also ergänzende Gründe für die Installation eines dezentralen Lagersystems erkennen: die Kombination der Bereitstellung eines lokalen Arbeitskräftereservoirs und einer effektiven dezentralen Verwaltung bereits 8 Jahre vor der Installation des Lagersystems. Die lokalen, nach ökonomischen Kriterien installierten Arbeitskräftereservoire bildeten dann die Basis für die gewollte Abwertung und Degradierung der dort untergebrachten Menschen mit prekärem Aufenthalt. In dieser Kombination bildete sich das dezentrale Lagersystem heraus. Die einzelnen Komponenten sind dezentrale, mehr oder weniger halboffene "Kleinlager" für bis zu 800 Personen, wobei das Feld "Gesamtraum Kleinlager" die durch die Residenzpflicht getrennten Landkreise umfasst. Verbunden sind die einzelnen Komponenten durch eine über die Länder organisierte zentrale Verwaltung und die gleichmäßige bundesweite Verteilung der Menschen. Die ökonomische Einbettung der einzelnen "Kleinlager" in den regulären Arbeitsmarkt findet lokal in den Landkreisen statt, die Struktur irregulärer Arbeitsmarktsegmente bildet die bundesweite ökonomische Einbettung des Lagersystems. Regulativ zur Kontrolle des Lagerraums sind die zur Einhaltung der Residenzpflicht stattfindenden und

nach rassistischen Merkmalen ausgerichteten Polizeikontrollen in Kombination und Zusammenarbeit mit rassistischen gesellschaftlichen Strukturen. Die Segregation der einzelnen Lager wird durch eine "Strategie des Verschwindens aus der Öffentlichkeit" und der Wahl von Gebäudetypen forciert, die nicht zum Wohnen konzipiert sind und ihre zwangsuntergebrachten BewohnerInnen beständig degradieren. Die Lager befinden sich in der Regel in abgelegenen Wäldern oder verlassenen Industriegebieten; die Gebäude bestehen in der Mehrzahl aus alten Kasernen, Wohncontainern oder umgebauten funktionsuntüchtigen Schiffen.

Der reguläre Arbeitsmarkt für MigrantInnen

Um den ökonomischen Rahmen des dezentralen Lagersystems quantitativ zu erfassen, wird zuerst der reguläre Arbeitsmarkt für MigrantInnen in der BRD dargestellt sowie dessen fließenden Übergänge zu irregulären Beschäftigungsverhältnissen. Die Größe des irregulären Arbeitsmarktes wird im nächsten Abschnitt umrissen wird. Im Rahmen des kapitalistischen Wiederaufbaus der BRD nach dem Ende des NS Faschismus wurden von der Wirtschaft vermehrt Arbeitskräfte für die schlechter bezahlten körperlichen Fabrikarbeiten gesucht. Dem kam die Politik durch die Anwerbung billiger, ausländischer ArbeiterInnen, sog. "GastarbeiterInnen" nach, die nur eine begrenzte Zeit bleiben sollten. Bis zum Anwerbestopp 1973 durchliefen mehr als 12 Millionen MigrantInnen dieses Rotationsprinzip. Ein Großteil der 1973 arbeitenden 2,6 Millionen "GastarbeiterInnen" blieben jedoch im Land und holten ihre Familien nach. Da die angeworbenen Arbeitskräfte in erster Linie in den schlecht bezahlten Bereichen körperlicher Arbeit eingesetzt wurden, zeigte sich in den aufkommenden Krisenzeiten "[...] die Kehrseite der Unterschichtung'. Ausländische Arbeitskräfte mit vorwiegend niedriger Qualifikation waren vor allem in den Wirtschaftsbereichen beschäftigt, die in besonderer Weise von der Strukturkrise der westdeutschen Wirtschaft seit Mitte der 70er Jahre betroffen waren, etwa dem Stahl und Metallsektor, dem Baubereich oder der Textilindustrie" (Herbert 2001: 237). Aufgrund der ethnischen Schichtung des Arbeitsmarktes funktionierten die krisenbedingten Entlassungen als rassistische Segregationsmechanismen, deren Wirkung sich direkt in der Arbeitslosenstatistik ablesen ließ. In Zeiten des "Wirtschaftswunders" wurde für alle gesellschaftlichen Bereiche Vollbeschäftigung verkündet, in den folgenden Jahren spaltete sich die Statistik auf: Anfang der 70er waren 1,2 % der deutschen und 0,8 % der ausländischen Bevölkerung arbeitslos gemeldet, 10 Jahre später waren es bereits 5,5 % zu 8,2 % und heute ist die Arbeitslosenquote ausländischer Menschen ca. doppelt so hoch wie bei den Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft 2002 9,8 % zu 19,9 %, in den östlichen Bundesländern ca. 18 % zu 38 %. (ebd.: 237). Trotz der Arbeitsmarktbeschränkungen, den ethnischen Segregationsmechanismen der Ökonomie und den administrativen Bemühungen, den Zuzug zu verhindern und die hier bleibenden AusländerInnen loszuwerden, zogen seit Anfang der 70er Jahre weitere 4 Millionen MigrantInnen in die BRD (2002 gab es ca. 7,3 Millionen MigrantInnen, ca. 9 % der Gesamtbevölkerung). Insgesamt waren 2002 in der BRD ca. 3.012.000 MigrantInnen erwerbstätig, davon ca. 2.000.000 in sozialversicherungspflichtigen Verhältnissen, ca. 111.000 als Selbstständige in Betrieben mit Angestellten, ca. 147.000 in selbständigen Einmann/Einfrau-Betrieben, ca. 26.000 waren in Betrieben mithelfende Familienmitglieder, weitere 100.000 Jugendliche in Ausbildung und ca. 628.000 MigrantInnen arbeiteten in prekären nichtsozialversicherungspflichtigen Minijobs. Die Beschäftigungsquote ging von über 60 % Anfang der 70er auf ca. 40 % 2002 zurück, bei der deutschen Bevölkerung ist die gegenteilige Entwicklung feststellbar, von ca. 40 % auf über 50 % (alle Zahlen aus: Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002). Insgesamt kann aufgrund der Zahlen davon ausgegangen werden, dass es seit den 70er Jahren zu einer vermehrten irregulären Beschäftigung unter den legal hier lebenden MigrantInnen gekommen ist. Hinzu kommen noch nicht in den Statistiken auftauchende MigrantInnen: "Die potentiell Erwerbstätigen, die zum Zeitpunkt der Erhebung kein Arbeitsangebot vorlegen, bilden die 'stille Reserve'. Das ausländische Erwerbspersonenpotential addierte sich im Jahr 1999 nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) auf 4,104 Mio. Personen" (ebd.: 302). Da MigrantInnen bei Bezug von Sozialhilfe ihren Aufenthaltsstatus verlieren können, ist davon auszugehen, dass ein großer Teil dieser "stillen Reserve" von 550.000 MigrantInnen (1,1 Millionen der potentiellen nicht arbeitenden Erwerbspersonen minus 450.000 arbeitslosen MigrantInnen) direkt auf irreguläre Arbeit angewiesen ist und dass auch ein Teil der "Mitversorgten" zur Unterstützung der niedrigen Einkommen irreguläre Teilzeitarbeit verrichtet. Weiter ist davon auszugehen, dass große Teile der ca. 600.000 MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen zusätzlich nicht gemeldet arbeiten. Der bundesdeutsche Arbeitmarkt ist nach ethnischen Kriterien segmen-

tiert. Die Grenzen der Segmente sind durch den aufenthaltsrechtlichen Status begründet. Durch den de facto Ausschluss von staatlichen Sozialleistungen stehen MigrantInnen mit einem befristeten Aufenthalt (ca. 2 Mill. Menschen, ebd.: 400) immer unter dem Zwang, irgendwie arbeiten zu müssen und bilden so die unteren Segmente des ethnisierten Arbeitsmarktes. Die Konkurrenz innerhalb dieser unteren ethnisierten Segmente des Arbeitsmarktes wird durch die jährliche, gesetzlich geregelte Anwerbung von einer halben Millionen Saison und WerkvertragsarbeiterInnen forciert. Rechtlich bestehen für die deutschen ArbeitgeberInnen drei Möglichkeiten, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. Erstens als SaisonarbeiterInnen für höchstens drei Monate in Zeiten erhöhten Bedarfs (z.B. Erntezeiten oder hohe Auftragslage). 2002 sind im Rahmen dieser Regelungen ca. 320.000 Saisonarbeitskräfte in die BRD eingereist und haben als billige Arbeitskräfte in erster Linie körperlich schwere "unqualifizierte" Arbeiten übernommen. Zweitens können im Rahmen von Subunternehmen Aufträge an ausländische Firmen weiter gegeben werden, diese können dann ihre inländischen Arbeitskräfte für maximal drei Jahre in die BRD schicken. Das Kontingent an Werkverträgen ist limitiert und ändert sich mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt – mit jedem Prozentpunkt der Arbeitslosenstatistik erhöht oder verringert sich das Beschäftigungskontingent um 5 % nach oben oder unten. Für 2001 wurde das Kontingent auf 56.690 festgelegt, wobei sich aber aufgrund der maximalen dreijährigen Arbeitszeit 2002 188.144 WerkvertragsarbeiterInnen in der BRD befanden. Drittens gibt es auch weiterhin ein Kontingent an "GastarbeiterInnen" von jährlich 10.000, das aber aufgrund seiner für die ArbeitgeberInnen schlechten Bedingungen nur zur Hälfte ausgeschöpft wird. Diese Regelungen gelten nur für Nicht-EU-Firmen, da im Rahmen des EU-weiten Marktes sowohl Gleichheit bei der Auftragsvergabe für EU-Firmen als auch eine europaweite freie Ortswahl im Rahmen einer regulären Arbeit für EU-BürgerInnen besteht. 2002 waren in der BRD ca. 490.000 ausländische Arbeitskräfte im Rahmen eines kurzfristigen Aufenthaltes beschäftigt, wobei Menschen aus Polen mit 377.904 erteilten kurzfristigen Arbeitserlaubnissen nach § 285 SGB III (Sozialgesetzbuch III) das Gros (77,12 %) der Arbeitskräfte stellten. 267.245 polnische Arbeitskräfte reisten 2002 zur Arbeitsaufnahme als Saison oder WerkvertragsarbeiterInnen neu in die BRD ein, gefolgt von 28.667 neu eingereiste Arbeitskräften aus Rumänien. Die meisten befristeten Arbeitsgenehmigungen für MigrantInnen, die sich bereits in der BRD befanden gingen 2002 mit 110.659 an Polinnen, gefolgt von Menschen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien (66.038) und der Türkei (27.531). Nur ein knappes Drittel der Genehmigungen ging an Frauen erteilt. Die verrichtete Arbeit verteilt sich auf die Landwirtschaft (260.439 erteilten Arbeitsgenehmigungen nach § 285 SGB III), das Gastgewerbe (105.758), die Erbringung von "Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen" (53.378) und mit je zwischen 15.000 und 20.000 Arbeitsgenehmigungen auf das Baugewerbe, "Kultur, Sport und Unterhaltung", die Erbringung "sonstiger Dienstleistungen", die privaten Haushalten und das Ernährungsgewerbe. Den größten Arbeitskräftebedarf weist NRW mit 232.410 Arbeitsgenehmigungen nach § 285 SGB III auf, gefolgt von den Bundesländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils ca. 120.000. Die östlichen Bundesländer haben nur einen Bedarf zwischen 4260 (Sachsen-Anhalt) und 12.765 (Brandenburg) Arbeitskräften. Es ist anzunehmen, dass ein großer Teil der SaisonarbeiterInnen zusätzlich noch irregulär arbeitet, da es sich sowohl für sie selber als auch für die ArbeitgeberInnen anbietet, auf bereits eingearbeitete Personen zurückzugreifen und alle Beteiligten davon profitieren, wenn staatliche Abgaben gespart werden. Die SaisonarbeiterInnen stellen als sog. "Overstayer" ("Überschreiter" der Aufenthaltserlaubnis) einen Teil der irregulären ArbeiterInnen dar. Im europäischen Vergleich lässt die BRD mit Abstand die meisten ausländischen Arbeitskräfte regulär ins Land. Die anderen Ökonomien ziehen, eventuell auch wegen einer größeren Flexibilisierung und einem weiter vorangeschrittenen Abbau sozialer Sicherungssysteme, einen Großteil ihrer Arbeitskräfte aus dem Reservoir der "Sans Papiers" (Bell 2003b; P.H. 2003). Die meisten billigen Arbeitskräfte bezieht die BRD im Moment noch aus dem neuen EU-Beitrittsland Polen. Die durch die Erweiterung forcierte (relative) Lohnangleichung dürfte in den nächsten Jahren zu einer Substitution der polnischen "BilligarbeiterInnen" durch Menschen aus den Ländern führen, die außerhalb der EU bleiben müssen. Nach wie vor werden in der bundesdeutschen Wirtschaft MigrantInnen für die nicht besetzbaren und schlechter bezahlten Arbeiten benötigt und durch die Politik in unterschiedlichen rechtlichen Formen angeworben. Diese verdrängten nicht – wie es in rassistischen Argumentationen heißt – inländische Arbeitkräfte, sondern führten dazu, dass diese in besser bezahlte Positionen aufsteigen konnten und es zu einer ethnischen Unterschichtung des Arbeitsmarktes kam. Zu dieser Erkenntnis kommt auch das konservative Forschungsinstitut Economix Research

& Consulting im Auftrag des Referates Arbeit und Wirtschaft der Stadt München in einer Studie über den derzeitigen Arbeitsmarkt und die notwendige Zuwanderung: "Modellrechnungen für Deutschland und andere Volkswirtschaften zeigen, dass Einwanderung langfristig zu höherer Beschäftigung führt. Arbeitslosigkeit und Lohnniveau werden nur wenig verändert, auch wenn es kurzfristig zu negativen Effekten kommen kann. Die Wachstum steigernden Effekte treten vor allem dann auf, wenn es gelingt, die zugewanderten Arbeitskräfte reibungslos zu integrieren. Sie schaffen sich letztlich ihre eigenen Arbeitsplätze und ihr eigenes Einkommen, wenn man ihnen dazu nur die Chance bietet." (Vogler Ludwig 2002: 6) Es wird davon ausgegangen, dass der Zuzug von MigrantInnen zwar zu einer Lohnsenkung der sowieso schlecht bezahlten Arbeit der unteren Segmente und damit zu einer Konkurrenz zwischen den in den dort bereits arbeitenden MigrantInnen und den neu ankommenden führt. In der Vergangenheit hatte dies aber eine Lohnsteigerung der "weißen deutschen" ArbeiterInnen zur Folge, da diese in der Regel in den qualifizierteren Jobs arbeiten.

Der irreguläre Arbeitsmarkt

Im Rahmen der Umstrukturierung zur postfordistischen Regulation der Wirtschaft wurden die ausländerrechtlichen Instrumente zum Herausdrängen ausländischer Arbeitskräfte aus den sozialversicherungspflichtigen Jobs forciert (Karakayali/ Tsianos 2002: 255). Weiterhin wurden aber billige und flexible Arbeitskräfte benötigt, vor allem in Bereichen, in denen schwere körperliche Arbeit anfällt, keine Qualifikation und nur rudimentäre Sprachkenntnisse notwendig sind wie in der landwirtschaftlichen Produktion, im Baugewerbe und im unteren Dienstleistungsbereich – Haushalt und Prostitution. Da die "GastarbeiterInnen" "[m]it zunehmender Integration [...] ihre primäre Qualifikation für den deutschen Markt [verloren], die gerade darin bestand, nicht integriert, also billig und flexibel zu sein" (ebd.: 256) und sie und die deutschen ArbeiterInnen aufgrund des (noch) bestehenden Sozialsystems nicht bereit waren, Arbeiten unterhalb des Sozialhilfeniveaus anzunehmen, wurde – neben der oben aufgezeigten Regelung zur kurzfristigen Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte – die Anwesenheit von "Sans Papiers" zunehmend akzeptiert und der Hauptaugenmerk auf deren Regulation und rechtliche Segregation gelegt. Der derzeitige neoliberal begründete Abbau der sozialen Sicherungssysteme trifft die hier lebenden MigrantInnen am härtesten und mit den Umstrukturierungen im Rahmen der Hartz-Gesetze wird von staatlicher Seite versucht, MigrantInnen ohne Arbeitsverhältnis aus den staatlichen Sicherungsnetzen zu lösen und wieder zu flexibilisieren. Durch die von der EU forcierte Deregulierung nationaler Wirtschaften, den Ausbau eines militärisch hochgerüsteten europaweiten Grenzregimes und die gleichzeitig immer restriktiveren Zuwanderungsbedingungen kristallisiert sich ein von der Administration der EU gesteuertes Migrationsregime (vgl. dazu Düvell 2002) heraus, das sich durch vier rein ökonomisch begründete Eckpfeiler beschreiben lässt: (1) Abwerben hochqualifizierter Fachkräfte aus den Peripherien des Kapitalismus, (2) ethnische Unterschichtung durch kurzfristige Anwerbung von Saison und WerkvertragsarbeiterInnen, wobei dies in dem beschriebenen Ausmaß nur auf die BRD zutrifft, (3) Regulation und Akzeptanz von illegalisierten Arbeitskräften in großem Ausmaß und (4) Flüchtlingsabwehr, also Abwehr der ökonomisch nicht verwertbaren Menschen. Die Flüchtlingsabwehr setzt sich wiederum aus drei zentralen Momenten, (I) der Verschärfung der Asylgesetzgebungen, (II) den immer höheren Barrieren des Grenzregimes und (III) der Flüchtlingsregulation vor Ort zusammen. Insgesamt wird die Zahl der in der EU anwesenden und somit auch irregulär arbeitenden "Sans Papiers" auf 5 6,5 Millionen geschätzt (Düvell 2002: 166). Es kann angenommen werden, dass die europäische Landwirtschaftsmaschinerie, die Bauwirtschaft sowie das Putz, Haushalts und Prostitutionsgewerbe ohne diese billigen, flexiblen und ausbeutbaren Menschen zusammenbrechen würden. Ein Problem bei Schätzungen der anwesenden und arbeitenden "Sans Papiers" ist der methodische Zugang, der sich aus der "Illegalität" selbst ergibt. Es wurden verschiedene Schätzverfahren entwickelt, die aber alle mit nicht evaluierbaren Variablen arbeiten (Alt 1999: 48ff). So wird versucht, von den ausländerpolizeilichen Verfahren auf die Gesamtanzahl der "Sans Papiers" zu schließen, doch sind Razzien nur in bestimmten Arbeitsbereichen die Regel und auch hier richtet sich die Dichte der Kontrollen eher nach politischen als nach statistischen Vorgaben, so dass eine allgemeine Schlussfolgerung nicht möglich ist. Andere Schätzverfahren versuchen von den an der Grenze aufgegriffenen bzw. zurückgewiesenen und den durch "Sans Papiers" angegeben durchschnittlich notwendigen Anläufen für die Überwindung der Grenzen die Gesamtzahl hier lebender "Sans Papiers" hochzurechnen, doch sind die Zahlen auch hier nicht überprüfbar und zudem ist nicht klar, wie viele der MigrantInnen hier bleiben oder nach vollendeter Arbeit wieder zurückkehren. Unter Berücksichtigung dieser

Schwierigkeiten kommt Alt zu dem Ergebnis, dass "die bei Lederer [S. 5] angegebenen 'Regelschätzwerte' für die Anzahl 'Illegaler' in Deutschland, die derzeit zwischen 500.000 bis 1,5 Millionen liegen sollen, eher jenseits der Millionengrenze anzusiedeln [sind]" (ebd.: 50). "Sans Papiers" sind auf irreguläre Lohnarbeit angewiesen, da es für sie keine staatlichen sozialen Sicherungsnetze gibt. Zwar könnte ein Teil der "Sans Papiers" von FreundInnen oder Verwandten mitversorgt werden, doch dürfte dies in vielen Fällen keine langfristig befriedigende Lösung sein. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Menschen u.a. zum Arbeiten emigriert, um das internationale Lohngefälle auszunutzen, mit dem Ziel, Verwandte in der Heimat direkt zu unterstützen oder sich eine eigene Perspektive zu schaffen. Aufgrund der Rücküberweisungen "stellt die Arbeitsmigration [laut IWF-Statistiken] eines der wichtigsten Exportprodukte vieler ärmerer Länder dar, dessen Ertrag die offizielle Entwicklungshilfe' weit übersteigt" (Lanz 2002). Wenn die geschätzten Zahlen der in der BRD lebenden MigrantInnen, die auf irreguläre Arbeit angewiesen sind, mit denen der geschätzten "Sans Papiers" addiert werden und davon ausgegangen wird, dass ein Großteil zur Arbeit unter miserablen Bedingungen gezwungen ist, kann davon ausgegangen werden, dass die hiesige Ökonomie einen Arbeitskräftebedarf von ca. 2 Millionen irregulär arbeitender MigrantInnen hat. Bei der Analyse der politischen Akzeptanz der Anwesenheit einer solchen Zahl von "Sans Papiers" und irregulärer Beschäftigung von hier lebenden MigrantInnen sind einige strukturelle Widersprüche zu beachten, die jedoch gerade in ihrem Gesamtarrangement deren Effektivität begründen. So begründet die ständige Suche des Kapitals nach billigen und flexiblen Arbeitskräften die Nachfrage nach "Sans Papiers". Die freie Warenzirkulation des globalen Kapitalismus über die nationalen Grenzen hinweg bedingt sowohl den Transport der Waren als auch die regulierte Migration unqualifizierter ArbeiterInnen in großem Ausmaß. Allerdings findet die irreguläre und nicht kontrollierte Migration immer Wege, die Grenzen zu überwinden. Die Durchlässigkeit der Grenzen ist quasi das notwendige Nebenprodukt weltweiter (Waren)zirkulation und somit wäre eine absolute Abschottungspolitik der kapitalistischen Zentren ein Widerspruch in sich. Dennoch werden nicht alle Möglichkeiten der nationalen Kontrolle der irregulären Arbeitsmigration ausgeschöpft, sondern regelmäßig intervenieren WirtschaftsvertreterInnen bei einer wirksamen Verschärfung der Kontrolltechniken wie z.B. die aktuelle Diskussion um irreguläre Beschäftigung von Haushaltshilfen zeigt, wo es derzeit überhaupt keine staatlichen Kontrollen gibt. Die populistisch als "rigorose Bekämpfung von Schwarzarbeit" angekündigte Kampagne endete aus Sicht des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei Freiberg in einer Verkehrung der angekündigten Ziele: "Man muss fast zu der Überzeugung gelangen, dass der Gesetzentwurf den Datenschutz mit Täterschutz verwechseln will" (Freiberg 2004). Hierbei sind die Täter das Kapital, denn "[o]hne Auftraggeber keine Schwarzarbeit" (ebd.). Die vor allem in der Baubranche stattfindenden Kontrollen sind aufgrund der politischen Vorgaben auf die Aufdeckung von "Sans Papiers" ausgerichtet und dienen laut Selbstaussagen involvierter PolizeibeamtInnen zur Befriedigung rassistischer Vorstellungen des "deutschen Michels" bzw. der Instrumentalisierung rassistischer Denkmuster durch die Politik (Alt 1999: 402). Hierbei spielen Gesetzeslage, ökonomische Nachfrage und rassistische Kontrollen Hand in Hand. Denn die zu erwartenden Strafen sind so gering, dass es sich für Unternehmen immer lohnt, die Einstellung von "Sans Papiers" mit einzuplanen, wobei die "kriminelle Ausbeutung", also die Vorenthaltung jeglichen Lohnes keine Seltenheit ist und häufig bereits in der Kostenkalkulation der Unternehmer implizit enthalten ist. Die Unternehmen schützen sich durch ein Geflecht an General und Subunternehmen und bis die Gerichtsverfahren beginnen, hat die institutionellrassistische Maschinerie unumkehrbare Fakten geschaffen, die notwendigen ZeugInnen sind häufig bereits abgeschoben (ebd.: 381).

In einem scheinbaren Widerspruchsverhältnis dazu steht die restriktive Einwanderungspolitik und die populistischrassistische Stimmungsmache gegen "Sans Papiers" und MigrantInnen, die mit Schuld daran seien, dass dem Staat die Steuereinnahmen wegbrächen und die den Deutschen "ihre" Arbeitsplätze wegnähmen. Da in der BRD durch rassistische Parolen immer noch Wahlen gewonnen werden können (z.B. die Landtagswahl in Hessen 1999, Shah/Sirin 1999: 5), ist deren Instrumentalisierung funktional für die Politik. Entsprechend manifestierte sich in der Debatte um das Zuwanderungsgesetz der Widerspruch zwischen Anforderungen des Kapitals – vertreten durch die rotgrüne Regierung – und konservativrassistischen Politikvorstellungen. Gleichzeitig jedoch schaffen gerade die Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen durch die rechtliche und gesellschaftliche Segregation von MigrantInnen erst die Vorraussetzung für die billigen Löhne irregulärer Arbeit. Ein ethnisierter Arbeitsmarkt ist daher funktional für das Kapital und durchlässige Nationalgrenzen bilden wie auch

die damit verbundene institutionalisierte Form der Differenzierung von Menschen durch den Ein bzw. Ausschluss in bzw. aus gesetzlich garantierten Rechten ein konstitutives Moment kapitalistischer Produktionsbedingungen. Irreguläre, also entrechtlichte und billige Arbeitskräfte sind das Schmieröl kapitalistischer Entwicklung. Und wo ein Bedarf in der Ökonomie an Arbeitskräften entsteht, reagiert und reguliert die Politik, in ihren rassistischen Praxen und Widersprüchen durch die Konstitution gegeneinander ausspielbarer Gruppen.

(...)

Ethnisierter Arbeitsmarkt und Lagersystem im Neoliberalismus

Bei der Analyse des im europäischen Vergleich staatlich stark regulierten Arbeitsmarktes in der BRD (Hillmann 2000: 415) ist nicht nur eine einfache ethnische Unterschichtung sondern eine mehrfache oder differentielle Unterschichtung bzw. Ethnisierung feststellbar. Der formelle Arbeitsmarkt für Menschen mit unbeschränktem Arbeitsmarktzugang (2002: ca. 38,5 Millionen) ist ethnisch segmentiert. Ähnlich der klassenspezifischen Schichtung ist hier keine generelle Durchlässigkeit feststellbar, ein Aufstieg ist die Ausnahme und die Eintrittsbeschränkungen lassen sich vor allem als durch kulturelles und soziales Kapital (Bourdieu 1997: 49ff) strukturiert beschreiben. Die so definierte "Qualität der Verwertbarkeit" schlägt sich in den unterschiedlichen Arbeitslosenquoten der ethnischen Arbeitsmarktsegmente nieder. Ergänzt wird der formelle Arbeitsmarkt durch Segmente von Arbeitskräften mit durch ausländerrechtlichen Regelungen befristeten Arbeitsmarktzugang. Hier gibt es fließende Übergänge zu wiederum ethnisch differenzierten irregulären Sektoren. Dennoch ist eine Konkurrenz zwischen den regulierten und den irregulären Segmenten zur Zeit noch eine scheinbare, die durch die ideologische Funktion des Rassismus konstituiert wird und real der Legitimation von Stellenabbau, Lohnsenkung und Deregulierung sozialer Sicherungssysteme dient. Erst im Rahmen der derzeitigen neoliberalen Deregulierung und Umstrukturierung wie durch die Hartz-Gesetze wird es an den Rändern der rassistisch definierten Segmente zu realer Konkurrenz kommen. Lange hier lebende MigrantInnen werden aus den Sicherungsnetzen hinausgedrängt und flexibilisiert; sie treten dann in Konkurrenz mit den irregulären Arbeitskräften. Durch die fortschreitende Deregulierung staatlicher Sicherungsleistungen werden auf der einen Seite Einkommensgegensätze zwischen Arm und Reich weiter auseinander gehen, wobei sich diese Entwicklung analog der rassistischen Segmente vollzieht, die "weißen Deutschen" also von der ethnischen Unterschichtung direkt profitieren. Auf der anderen Seite werden im Rahmen ideologischer Begründungen die durch den Abbau sozialer Sicherungssysteme real gewordene Konkurrenz zwischen den nicht mehr verwertbaren "Weißen" und hier lebenden MigrantInnen forciert. Populistischer Ausweg aus der produzierten Krise sind rassistische Schuldzuweisungen von Seiten der Politik und die Konstitution eines in Krisenzeiten zusammenhaltenden "deutschen Kollektivs". Dies bildet die ökonomische Grundlage, in der auch das dezentrale Lagersystem eine spezifische Funktion übernimmt. Historisch entstanden sind die dezentralen Arbeitskräftereservoire von Flüchtlingen, um den durch den Anwerbestopp entstandenen Arbeitskräftemangel zu beheben. Im Rahmen rassistisch motivierter Politik wurden diese zu dezentralen Kleinlagern umgebaut. Die dezentralen Kleinlager bilden heute die Grundlage der Pufferfunktion, wobei organisatorische Voraussetzung die parallel zur ökonomischen Umstrukturierung ablaufende zunehmende Privatisierung der Heimunterbringung war. Private Betreiberfirmen setzten sich gegen die großen Wohlfahrtsverbände durch, da sie ohne inhaltliche Richtlinien die Preise durch Abbau der SozialarbeiterInnenstellen und mittels systematischer Überbelegung drastisch senken konnten. So fällt die Kontrollfunktion weg, die die Betreuung immer auch innehat. Die systematische Überbelegung ist ein weiterer Punkt, an denen es zur Aufrechterhaltung der Heimordnung für die Betreiberfirmen funktional wird, das Verschwinden zum irregulären Arbeiten zu akzeptieren oder gar zu unterstützen. Die ökonomische Funktion des dezentralen Lagersystems lässt sich also als historisch entstandener, gesetzlich konstituierter Puffer für die Anforderungen lokaler Wirtschaftsbereiche beschreiben, der heute eine Scharnier oder Selektionsfunktion zwischen formellen und informellen Segmenten übernimmt. So können Flüchtlinge in Bundesländern mit einem hohen Arbeitskräftebedarf regulär trotz gesetzlicher Beschränkungen arbeiten, die Beschäftigungsquote von AsylbewerberInnen reicht in Baden-Württemberg mit knapp 42 % an die der gesichert hier wohnenden MigrantInnen heran. In Bayern haben die lokalen Arbeitsämter in einigen Lagern Vermittlungsstellen eingerichtet, um den Bedarf an billigen Arbeitskräften zu decken. Im Gegensatz zu SaisonarbeiterInnen mit ihrem dreimonatigem Aufenthalt können Flüchtlinge den Arbeitskräftebedarf für langfristig angelegte (prekäre) Arbeitsplätze decken und stehen hier in direkter Konkurrenz sowohl mit den unteren migrantischen Seg-

menten (befristeten Aufenthalts) als auch mit den "Sans Papiers". Flüchtlinge migrieren trotz Residenzpflicht und nach rassistischen Merkmalen ausgerichteten Polizeikontrollen innerhalb der BRD in Richtung informeller Märkte, so dass in den östlichen Bundesländern ein Teil der "arbeitsfähigen" Flüchtlinge in Berlin oder in den südwestlichen Bundesländern irregulärer Arbeit nachgehen. Hierbei zeigt sich die Regulationsfunktion rassistischer gesellschaftlicher Strukturen analog der differentiellen Ethnisierung von MigrantInnen. Da in den östlichen Bundesländern die irreguläre Arbeit von Menschen aus Polen und den südosteuropäischen Ländern übernommen wird, haben Flüchtlinge aus außereuropäischen Ländern vor allem in ländlichen Gegenden keine Chance auf einen Job, zu groß ist die Wahrscheinlichkeit, aufgrund ihres Äußeren angezeigt zu werden, denn jede/r in der Öffentlichkeit arbeitende Nichteuropäer ist ein/e potentieller "Sans Papiers". Durch die Abstufung der Kontrollen lässt sich das Unterbringungssystem als ein System beschreiben, das auf unkontrolliertes Verschwinden zwecks Arbeit ausgerichtet ist: gesetzlich vorgesehen ist ein Meldetermin pro Monat beim Sozialamt, der eingehalten werden muss, um den Heimplatz und damit auch den rechtlichen Aufenthaltsstatus nicht zu verlieren. Die ökonomische Ausrichtung ergab sich vor knapp 30 Jahren aus dem Arbeitskräftebedarf noch vor der rassistischen Lagerunterbringung. Auf der Basis dieser dezentralen Arbeitskräftereservoire wurde dann das heute vorfindbare Lagersystem aufgebaut und durch den zeitweiligen Ausbau auf eine Verwaltungskapazität von über einer Millionen Menschen entstand bei gleichzeitiger Privatisierung der Unterbringung die heutige Struktur. Diese hat weiterhin Bestand, obwohl dieses System maßlos überteuert ist, die Argumentationsfigur der Flüchtlingsabwehr durch soziale Degradierung scheinbar aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden ist und die Wirtschaft wieder auf eine gelockerte Einwanderungspolitik drängt. Gleichzeitig wird derzeit das dezentrale Lagersystem in seiner restriktivsten und modernsten Ausformung weiter ausgebaut, sichtbar als überall entstehende "Ausreisezentren". Der diskursive Schnittpunkt zur neoliberalen Ideologie manifestiert sich in dem Bild des Flüchtlings: die "Flüchtlinge" bzw. die "Sans Papiers" stellen die Prototypen der neoliberal konstituierten ArbeiterInnen dar – flexibel, ohne soziale Sicherungssysteme den Anforderungen der Wirtschaft ausgeliefert und durch rechtliche und polizeiliche Repression in der Artikulation ihrer Rechte ruhig gestellt. Als diskursive Formation dient es der Gewöhnung an die "Normalidentitäten" neoliberaler ArbeiterInnen im Allgemeinen. Gleichzeitig ist das Bild des Flüchtlings als Prototyp neoliberal flexibilisierter ArbeiterInnen immer rassistisch aufgeladen, so dass es sowohl als Negativbild einer abzulehnenden Zukunft fungiert als auch durch die gleichzeitige Realisation im Bildes des Flüchtlings als "dem Staat auf der Tasche liegend" und durch "Schwarzarbeit deutsche Arbeitsplätze vernichtend" der Begründung des weiteren Abbau von Arbeitsrechten dient. Dabei stellt der Rassismus die notwendige Ideologie zur Verdeckung des eigentlichen Motors und Profiteurin in dieser Entwicklung dar, nämlich die hiesige Wirtschaft und Politik (Ruf 1992: 80). Diese Entwicklung der ethnischen Unterschichtung von Arbeitsmärkten ist eine allgemein zu verzeichnende Tendenz der derzeitigen Reorganisation kapitalistisch-fordistischer Produktionsregimes, wobei die Integration prekärer und informeller Arbeitsmarktsektoren sowohl in den Metropolen als auch in den Niedriglohnländern der Peripherien "konstitutiver Bestandteil" (Bese 2003) ist.

Tobias Pieper, Psychologe / Politikwissenschaftler, Arbeitsschwerpunkte Flucht, Migration, Rassismus, Arbeitsmarkt und Ausbeutungsstrukturen im (globalen) Kapitalismus,

Kontakt: tobias.pieper@web.de

Literatur

Alt, Jörg (1999): Illegal in Deutschaland, Karlsruhe.

Baumgarten/Körner/Weiler (Hrsg.) (1982): Ein Jahr Abschreckungslager – ThiepvalKaserne Tübingen, Wurmlingen.

Beese, Birgit (2003): Flüchtlinge und MigrantInnen im industriellen Niedriglohnsektor wie weit trägt das USamerikanische Beispiel der sweatshopisierung www.expertbase.net/forum/reader/beese.html

Bell, Nicholas (2003a): 3DPerspektiven, in: express, Zeitschrift für sozialistische Betriebsund Gewerkschaftsarbeit, 3/03, www.labournet.de/diskussion/wipo/migration/bell.html

Bell, Nicholas (2003b): Illegale Arbeit in der europäischen Landwirtschaft, le monde diplomatique, 11.4.03

Bell, Nicholas; Berg, Silvia (2002): Der bittere Geschmack von unserem Obst und Gemüse, in: Forum Wissenschaft 4/2002, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, www.bdwi.de/forum/fw40223.htm

Bourdieu, Pierre (1997): Die Verborgenen Mechanismen der Macht – Schriften zur Politik und Kultur 1, Hamburg

Bundesanstalt für Arbeit (2003): Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsgenehmigungen 2002, Nürnberg.

Bundesanstalt für Arbeit (2002): Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsgenehmi-

gungen 2001, Nürnberg.

Bundesanstalt für Arbeit (2001): Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsgenehmigungen 2000, Nürnberg.

Classen, Georg (2000): Menschenwürde mit Rabatt – Das Asylbewerberleistungsgesetz und was wir dagegen tun können, Karlsruhe

Das Bedeutungslexikon (1985), Mannheim de la Torre, Julia Paz: Lateinamerikanische Immigrantinnen und ihre Integration in den deutschen Dienstleistungssektor, in: Aktionsgemeinschaft solidarische Welt (Hrsg.): Traumwelt, Migration und Arbeit, 3743, Berlin, www.mujeresdeestatierra.de/ artike01.php3

Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2002): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, www.integrationsbeauftragte.de/ publikationen/index.stm

Dünnwald, Stephan (2002): Die BRD als Lagergesellschaft, in: Bayerischer Flüchtlingsrat: Infodienst Nr. 2, München, http://lola.dash.org/~rp/az/ Publikationen/ Duennwald_Die_BRD_als_Lagergesellschaft.pdf

Düvell, Frank (2002): Die Globalisierung der Migrationskontrolle, in: Materialien für einen neuen Antiimperialismus 7 (2002): Die Globalisierung des Migrationsregimes, Berlin

Freiberg, Konrad, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (2004) in: Kritik an Ausnahmen bei der Schwarzarbeit, Frankfurter Rundschau vom18.2.2004

Fuchs, Johann (2002): Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise in: Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.) (2002): IAB-Kompendium Arbeitsmarkt und Berufsforschung, BeitrAB 250, 7984, Nürnberg

Heinhold, Hubert (2000): Recht für Flüchtlinge, Karlsruhe

Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, München

Hess, Sabine (2003): "Suche nettes, fleißiges Au Pair Mädchen..." Au Pairs als informalisierte Hausarbeiterinnen Flexibilisierung und Ethnisierung der Versorgungsarbeiten http:// www.expertbase.net/ forum/reader/ shess1.html

Hess, Sabine (2000): Au Pairs – die postmodernen Dienstmädchen Oder wie das deutsche Migrationsregime deutsche Frauen unterstützt, in: Diskus: home sweet home, 2/2000, www.expertbase.net/forum/reader/ shess2.html

Hillmann, Felicitas (2000): Ethnisierung oder Internationalisierung Ethnische Ökonomien als Schnittpunk von Migrationssystem und Arbeitsmarkt in Berlin, in: PROKLA 120, 3/2000: Ethnisierung und Ökonomie, 415432, Münster.

HöflingSemnar, Bettina (1995): Flucht und deutsche Asylpolitik, Münster.

Jürgens, Bernd (1989): Asylrecht und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Kassel.

Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis (2002): Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus, in: Bojadzijev, Manuela; Demirovic, Alex (Hrsg.) (2002): Konjunkturen des Rassismus, 246267, Münster

Kühne, Peter und Rüßler, Harald (2000): Die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in Deutschland, Frankfurt a. M./New York

Lanz, Anni (2002): Remissen: Sanspapiers als EntwicklungshelferInnen www.sosf.ch/kampagnen/ sans_papiers/2.16.html

Lederer, Harald W.; Nickel, Axel (1997): Illegale Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Neubauer, Martin (1995): Die Unterbringungssituation von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland, Dissertation, Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln

Neumann, David (2003): Vom wirtschaftlichen Nutzen der illegal Eingewanderten, in Frankfurter Rundschau 3.7.2003.

P.H. (2003): Legale Diskriminierung, in: le monde diplomatique, 11.4.03

Pieper, Tobias (2004): Weder Gespenst noch autonom – Eine kritische Auseinandersetzung mit der "Autonomie der Migration", in ak 485, Analyse und Kritik Zeitung für linke Debatte und Praxis.

PROKLARedaktion (1999): Editorial, in: PROKLA 117, Heft 4/1999, 498502, Münster

res publica: Ausreisezentren – der Reader, (September 2003), München.

Ruf, Werner (1992): Ökonomie und Rassismus, in: Autrata, Otger u.a. (Hrsg.) (1992): Theorien über Rassismus, 6384, Hamburg.

Schultz, Susanne (2003): Domestic Slavery oder Green Card Feministische Strategien zu bezahlter Hausarbeit, www.expertbase.net/forum/reader/ respect.html

Shah, Ahmed; Sirin, Alper (1999): Rassismus in Deutschland, in Callinicos, Alex (1999): Rassismus, Frankfurt a. M.

Timm, Elisabeth (2000): Kritik der "ethnischen Ökonomie", in: PROKLA 120, Ethnisierung und Ökonomie, 3/2000, 363376, Münster

VoglerLudwig, Kurt (2002): Der Beitrag der ausländischen Bevölkerung zur Wirtschaft Münchens und der Region, in: Referat für Arbeit und Wirtschaft, Juni 2002, Heft Nr. 138, www.wirtschaft.muenchen.de/ studie_ausl.pdf

Weitkamp, Rolf (1995): Spielball des deutschen Arbeitsmarktes – Zur rechtlichen Hierarchisierung von MigrantInnen, in: BUKO (Hrsg.) (1995): Zwischen Flucht und Arbeit, Hamburg.

Gegen Blocher und den unsozialen Angriff von Arbeitgebern und Behörden

EINE GEMEINSAME ANTWORT IST NÖTIG

Flyer der BFS/MPS zur Demo gegen Rassismus vom 18: Juni 2005 in Bern

Asylgesetz, Ausländergesetz, Schengen-Dublin und "Personenfreizügigkeit" mit wirkungslosen flankierenden Massnahmen im Rahmen der Bilateralen I und II: das sind vier Pfeiler einer fremdenfeindlichen und unsozialen Migrationspolitik im Dienste der Arbeitgeber – die die Demontage des Arbeitsrechtes, die Spaltung der Lohnabhängigen und den Lohndruck heute konsequent vorantreiben.

Der Nationalrat hat die Fortsetzung der Debatten über die Revision des Asylgesetz (AsylG) und über das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) auf den nächsten Herbst vertagt. Zuvor hatte der Ständerat mit erdrückender Mehrheit beschlossen, die Schrauben bei der geplanten Revision des Asylgesetzes weiter anzuziehen. Er hat alle Vorschläge von Blocher zur weiteren Verschärfung des Asylgesetzes gutgeheissen - einschließlich jener, die der Bundesrat abgelehnt hatte.
Je länger je mehr erleben wir die fortschreitende Liquidation eines Asylrechtes, das schon fast keines mehr ist. Das Recht, Zuflucht in einem Land der eigenen Wahl zu suchen, das die Grundlage des Asylrechts ist, wird immer mehr in Frage gestellt. Die derzeitige Asylpolitik verfolgt zwei Zielsetzungen:

1. Die bereits angekommenen Asylsuchenden sollen ausgeschlossen werden (Nichteintretensentscheide, Zwangsmassnahmen, geschlossene Erfassungszentren, Warteräume usw..);

2. Die Menschen, die ihr Land verlassen, sollen "präventiv" auf Distanz zur "Festung Europa" gehalten werden (Auslagerung der Asylanträge: Bau von Lagern und von "Schutzgebieten" möglichst nahe bei Krisenregionen, um die Anträge vor Ort zu behandeln und um die Asylsuchenden vor Ort zu selektionieren). Das von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (SP) vehement unterstützte und von den Schweizer Stimmberechtigten am 5. Juni angenommene Schengen-Dublin-Abkommen bildet das Gerüst für diese menschenverachtende Festung Europa.

Die Verschärfung der Schweizer Gesetzgebung folgt den Mechanismen der Europäischen Union (EU). Die EU ist dabei, das Asylrecht zu begraben: Sie ist alles andere als seine Garantin. Mehrere Regierungen (GB, I, D, NL, usw.) zögern nicht mehr, die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 offen in Frage zu stellen. Man hält sie für "veraltet" und für "ungeeignet, um der Wirklichkeit der heutigen Migrationsströme gerecht zu werden".

Unter diesem steigenden Druck laviert nun auch das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) zwischen einer Öffnung gegenüber den geplanten Auslagerungen und der Aufrechterhaltung eines Rechts auf Asyl. Einerseits zeigt sich das UNHCR besorgt über bestimmte Exzessse bei Blochers Vorschlägen, mit denen abgewiesene AsylbewerberInnen von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden sollen. Auf der anderen Seite sprechen sich alle "demokratischen Länder" für die Schaffung militarisierter Flüchtlingslager aus, die in Ländern wie Libyen errichtet werden sollen, die die Genfer Konvention nicht unterschrieben haben.

Zwischen der Politik der Demontage des Asylrechts, der Stigmatisierung der MigrantInnen (Fremdenhass, Rassismus) und den breiten sozialen Angriffen gegen die Lohnabhängigen in der Schweiz und in ganz Europa seit über einem Jahrzehnt, besteht ein innerer Zusammenhang. Die Arbeitgeber nutzen die prekäre Lage der MigrantInnen aus, um sie besser ausbeuten zu können, um sie auszulesen, um die soziale Verunsicherung zur Alltagsnorm zu erheben. Damit kann die Arbeitgeberschaft diese Präkarisierung und die Erpressung mit den Arbeitsplätzen konzentrisch auf die Gesamtheit der Lohnabhängigen ausdehnen.

Das Asylrecht wird wie die Sozialvorsorge auf dem Altar der Politik der leeren Kassen geopfert. Für die Unternehmerschaft ist das Asylrecht lediglich ein unnötiger Kostenfaktor, genauso wie ein Teil der Leistungen aus der Arbeitslosenkasse. Die Unternehmer wollen die Profite maximieren. Die Senkung der Sozialleistungen ist für sie somit eine zentrale Forderung. Die Verschlechterung der Lage wachsender Teile der Gesellschaft wird das Lohndumping weiter anheizen. Den 1000-Franken-Jobs, wie sie Monika Stocker (Grüne) fordert, entspricht der Ausschluss jener AsylbewerberInnen von der Sozialhilfe, die von einem Nichteintretens-Entscheid betroffen sind.

Jean-Daniel Gerber, ehemaliger Exekutivdirektor der Weltbank und ehemaliger Chef des Bundesamtes für Flüchtlinge (BfF), heute Bundesamt für Migration (BfM) und seinerzeitiger Initiator der Nichteintretensentscheide (NEE), verkörpert auf vollkommene Weise die organischen Verbindungen, die zwischen den Sozialangriffen und der Asyldemontage bestehen. Er ist heute Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) und hat als solcher vor kurzem die Privatisierung der Sozialvorsorge gefordert!

Die Solidarität mit den Flüchtlingen und den MigrantInnen erhält also eine neue Bedeutung: die Verteidigung des Asylrechts und des Rechts auf Bewegungsfreiheit verbindet sich untrennbar mit der Verteidigung der Interessen aller Lohn-

abhängigen.

Die "Personenfreizügigkeit", die in den Bilateralen Abkommen I und II zwischen der Schweiz und der EU eingeführt wurde, fügt sich in diese unsoziale Arbeitgeberpolitik ein. Der Demontage und Aushöhlung der Gesamtarbeitsveträge (GAV) entspricht eine Logik der Segregation, Ausbeutung und Diskriminierung der immigrierten ArbeiterInnen. Das Entsende-Statut, die L-Bewilligung und die vom AuG vorgesehene Verallgemeinerung des Kurzaufenthaltes funktionieren als Hebel für einen brutalen Angriff auf die Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen, SchweizerInnen wie AusländerInnen (Flexibilisierung, Jahresarbeitszeit, Sonntagsarbeit, usw.).

Mit diesem neuen Modell des Wegwerf-Arbeiters, der Wegwerf-Arbeiterin erleben wir momentan einen weiteren Schritt bei der Umwandlung des Menschen in eine Ware. Wenn die Arbeitskraft zeitweilig überflüssig oder unbrauchbar wird, kann sie einfach weggeworfen (Arbeitslosigkeit), ausgestoßen (Kurz-Aufenthalt) oder entlassen werden. Es kann ihr der Zugang zu den elementarsten Sozialrechten verwehrt werden. Sie kann für illegal erklärt und als solche behandelt und unterdrückt werden (Papierlose, Asylsuchende).

Keiner/m LohnempfängerIn nützt diese Situation! Weil der Kampf für die Bewegungsfreiheit der Menschen aufs engste mit dem Kampf für die Wahrung der Sozial- und Gewerkschaftsrechte verknüpft ist, müssen wir nicht nur das Ausländergesetz und die Revision des Asylgesetzes, sondern auch das Bilateralen-Paket, das am 25. September zur Abstimmung kommt ("Personenfreizügigkeit" mit wirkungslosen flankierenden Massnahmen), ablehnen!
In der Tat geht es am 25. September nicht darum, ob man für oder gegen die Personenfreizügigkeit ist - wir sind für dieses Grundrecht -, sondern ob man bereit ist, dafür einzustehen, dass sich das von Arbeitgeberseite betriebene Lohn- und Sozialdumping gegenüber allen arbeitenden Menschen in der Schweiz nicht weiter durchsetzen kann.

Ohne konkrete Rechte der Lohnabhängigen am Arbeitsplatz (Minimallöhne, Kündigungsschutz, starke GAV's, usw.) und ohne dass sie dank gewerkschaftlicher und ziviler Wachsamkeit gegenüber den Unternehmern auch umgesetzt werden, wird den fremdenfeindlichen Kräften, die auf Sündenböcke zeigen - wie es im Asylbereich bereits geschieht - Tür und Tor geöffnet.

ÖKOLOGIE UND SOZIALISMUS

Entwurf zur Vorlage an den Weltkongress der IV. Internationale 2001

Vorwort

Die Menschheit ist auch in anderen Zeiten mit Umweltproblemen konfrontiert gewesen, aber heute haben sie aufgrund ihres Ausmaßes und des Ernstes der Lage eine neue Qualität erhalten. Die Schädigung der Umwelt hat oft nicht wiedergutzumachende Auswirkungen auf den Menschen und die Natur. Am Morgen des 21. Jahrhunderts gefährdet die sich abzeichnende ökologische Krise das Leben von Millionen Menschen.

Im Gegensatz zu den Hauptströmungen der Arbeiterbewegung, die dazu neigten, Umweltangelegenheiten zu missachten oder herunterzuspielen, kann den Umweltbewegungen und den Grünen Parteien zugebilligt werden, dass sie diese entscheidenden Fragen auf die Tagesordnung gesetzt haben. Jedoch sind die von ihnen vorgeschlagenen Lösungsmodelle oft vollkommen falsch, da sie die innere strukturelle Verbindung zwischen Umweltzerstörung und kapitalistischer Profitlogik übersehen. Um den ökologischen Gefahren ernsthaft begegnen zu können, müssen wir aus dem vom Gewinnmotiv beherrschten Rahmen ausbrechen, und uns in Richtung einer demokratisch geplanten sozialistischen Gesellschaft orientieren.

Elemente der ökologische Krise

Die ökologische Krise als Ergebnis des menschlichen Einwirkens auf die Natur hat ein Ausmaß angenommen, das das bloße Überleben der Menschheit bedrohen könnte. Im Einklang mit den wirtschaftlichen Interessen einer kleinen Minderheit werden neue Produktionsmethoden immer schneller eingeführt, ohne zuvor ihre ökologischen Folgen abzuschätzen. Ebenso bedingen diese Interessen einer Minderheit, dass als schädlich erkannte Produktionsverfahren aufrechterhalten werden. Das geschieht, obwohl der technische Fortschritt die Möglichkeiten der Naturbeherrschung ständig vergrößert und sie daher auch in Unordnung bringen oder völlig zerstören kann.

Die industrielle Revolution, die mit dem Aufstieg des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts verbunden ist, hat die Abgasmenge, die in die Atmosphäre abgegeben wird, wesentlich vermehrt und die Gesundheit der Arbeiter und Stadtbewohner schwerwiegend beeinträchtigt. Überall erfolgten rasche und heftige Wellen vom Menschen verursachter ökologischer Erschütterungen. Dennoch ist die ökologische Krise, wie wir sie kennen, nicht das lineare Ergebnis der industriellen Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert. Sie ist die Folge eines qualitativen Sprungs, bedingt durch die Verallgemeinerung der Nutzung des Erdöls, die unglaubliche Entwicklung des Autoverkehrs und der chemischen Industrie sowie deren Anwendung in allen wirtschaftlichen Bereichen, vor allem in der Landwirtschaft mittels Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel. Seit den Siebzigern wurde dieser qualitative Sprung noch spektakulärer: einerseits infolge der Krise der bürokratisch geplanten Gesellschaften, zum anderen, auf besonders dramatische Weise, vor allem durch das zeitliche Zusammentreffen einer Wirtschaftskrise mit einer wilden Woge der Industrialisierung in der sogenannten "Dritten Welt".

Klimaveränderung

Menschliche Tätigkeit, die in der Energieproduktion und im Verkehr auf der Nutzung fossiler Brennstoffe beruht, sowie die Nutzung von Feuerholz für Haushaltszwecke in der Dritten Welt treibt eine dramatische Entwaldung voran. Dies und die Landwirtschaft sind hauptverantwortlich für die vor sich gehende globale Erwärmung. Diese Aktivitäten stoßen pro Jahr um die 7 Milliarden Tonnen Treibhausgase (CO_2, CH_4, N_2O, CFC) in die Atmosphäre aus. Die Hälfte dieser Menge wird von den Wäldern und Ozeanen nicht wiederaufgenommen. Als Ergebnis ist der Treibhauseffekt, welcher für die Aufrechterhaltung von für das Leben auf der Erdoberfläche günstigen Temperaturen verantwortlich ist, außer Kontrolle geraten. Das hat zum Beginn einer schwerwiegenden Zerrüttung der komplexen Systeme der Klimaregulation geführt, von welchen die Erderwärmung nur ein Aspekt ist. In vielen Regionen werden die Folgen für die Wirtschaft großer menschlicher Gemeinschaften katastrophal sein. Die Störungen im Wasserkreislauf der Atmosphäre sind besonders besorgniserregend, da sie das Verhältnis zwischen Niederschlägen und Verdunstung verändern und die Anzahl und Gewalt der tropischen Wirbelstürme vermehren. Eine Erhöhung des Meeresspiegels ist wahrscheinlich. Abhängig von ihrem Ausmaß wird dies bestimmte Inseln und Küstengebiete gefährden.

Vorausberechnungen zufolge werden sich diese klimatischen Störungen mit dem weiteren Rückgang des stratosphärischen Ozons und einem entsprechenden Anstieg krebserregender ultravioletter Strahlung in Bodennähe verbinden. Die Zerstörung der Ozonschicht wird verursacht durch halogenierte Kohlenwasserstoffverbindungen Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), die vor allem in Kühlsystemen und Sprays Verwendung finden. Obwohl diese Verbindungen heute weitgehend verboten sind, ist der zerstörerische Einfluss bereits freigesetzter FCKW noch lange wirksam: Voraussagen zufolge wird er bis 2060 anhalten.

Weltweite Veränderungen der Steuerungsabläufe innerhalb und

zwischen den Hauptkomponenten der irdischen Umwelt (Atmosphäre, Ozeane, Biosphäre) werden durch das ganze 21. Jahrhundert ihren Widerhall finden. Der Zeitrahmen dieses Geschehens wird variieren, aber im Allgemeinen weit über den Zeitraum hinausgehen, in dem die ihr zugrundeliegende menschliche Aktivität erfolgte. Diese Tatsache unterstreicht die Dringlichkeit der Einbeziehung ökologischer Fragestellungen in die Gesamtorganisation der Gesellschaften.

Luftverschmutzung

Industrie, Verkehr und der Verrottung unterschiedlich lang haltbarer Konsumgüter geben eine Vielfalt giftiger Substanzen an die Luft ab. Das ungezügelte und offenbar nicht steuerbare Wachstum des KfzVerkehrs macht diesen zur Hauptquelle der Produktion von Schwefeldioxid und Stickoxide vor Industrie und Haushalt. Formaldehyd, Quecksilber und Asbest sind Industriegifte. In einem beträchtlichen Ausmaß sind sie auch in Gütern des täglichen Gebrauchs enthalten, Formaldehyd und Asbest in Baustoffen, Quecksilber in Batterien.

Die Luft der Städte kann diese Gifte in der 1000fachen Konzentration der Landluft enthalten. Die Luftverschmutzung ist zu einem richtigen Fluch der großen städtischen Zentren geworden. Das gilt sowohl für die reichen Länder als auch für die wuchernden, anarchischen Städte der armen Länder. Im städtischen Umfeld hat diese Verschmutzung zu einer alarmierenden Zunahme von Atemwegserkrankungen wie Asthma, Bronchitis und Lungenkrebs geführt. Untersuchungen in Europa haben gezeigt, dass die Luftverschmutzung in den großen Metropolen Westeuropas für mehrere Tausend Todesfälle im Jahr verantwortlich ist. Asbest verursacht mehrere tödliche Formen von Krebs bei Werft und Bauarbeitern. Da diese Krebsformen erst nach einer bestimmten Latenzzeit ausbrechen, steigt die Sterberate pro Jahr sprunghaft an und enthüllt so das Ausmaß des Problems. Allein in Frankreich werden im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts mehr als 100 000 durch Asbest verursachte Todesfälle erwartet. Proteste gegen die asbestbedingten Gesundheitsrisiken haben die Verwendung dieses Stoffes in den reichen Industrieländern weitgehend eingeschränkt und zu einer Suche nach Ersatzstoffen geführt. Die Verwendung in der "Dritten Welt" nimmt jedoch weiterhin zu. Schwefeldioxid und Stickoxide sind die Ursachen des sauren Regens, der die Wälder der gemäßigten Zonen der nördlichen Halbkugel schädigt.

Wasserverschmutzung und Bodenerosion

Der Abfall von Haushalten, Landwirtschaft und Industrie wird in die Gewässer der Welt entsorgt und verwandelt diese in eine gewaltige Kloake. Die Gewässer der Kontinente, Flüsse und Seen, sind am schwersten betroffen. Aber über Flüsse und an der Küste gelegene Städte erreicht die Verschmutzung immer mehr die Meere. Zu den unmittelbaren Folgen zählt die Anreicherung von Schwermetallen (Quecksilber, Kadmium usw., sowie deren hochgiftige organischen Verbindungen) in den Sedimenten des Ozeanbodens, der Fluss und Seeböden. Darüber hinaus hat die Anreicherung mit Kunstdüngern, die Nitrate und Phosphate enthalten, zu einer ungehemmten Vermehrung von Algen und Wasserpflanzen geführt. Deren Zerfall verbraucht den Sauerstoff des Wassers und führt zu einem Massensterben allen Lebens im Wasser. Der Zustand der Ozeane verschlechtert sich darüber hinaus rasch, da sie auch direkt verschmutzt werden: durch ungeheure Mengen an Rohöl, die aus unterseeischen Bohrlöchern und Schiffen austreten und durch das Versenken von giftigem chemischen und radioaktiven Müll.

Der Zustand der Ozeane verschlimmert sich rapide. Die Zunahme des Schiffsverkehrs muss in Frage gestellt werden, und zwar schon allein deswegen, weil viele Schiffe so verrottet sind, dass sei große Mengen an Schadstoffen, vor allem Öl, an die Meere abgeben. Das systematische Bestreben der Ölmultis, ihre Kosten zu senken, ist ganz ursächlich für solche Katastrophen verantwortlich wie die der Exxon Valdez oder der Erika. Neben der sichtbaren Verschmutzung durch die Ölpests allein im Jahr 1996 sind 70 Öltanker verunglückt kommt noch die astronomische Menge von Erdöl hinzu, die bei den Bohrinseln unter Wasser austritt, sowie die Reinigung der Schiffe. Schließlich werden zudem noch giftige Abfälle sowie sonstige chemische oder radioaktive Stoffen ins Meer gekippt.

Die Wasserverschmutzung ist eng mit der Bodenvergiftung verknüpft, die beide Ursache und Folge bestimmter Formen von Wasser und Luftverschmutzung darstellen. Dies ist das Ergebnis landwirtschaftlicher Methoden, die aufgrund des Drucks der Märkte eingeführt wurden: Intensivlandwirtschaft (Missbrauch von Düngern und Pflanzenschutzmitteln), Monokultur, Anbau von Feldfrüchten, die nicht dem lokalen Ökosystem und Klima entsprechen, usw. Das bedeutet massive weltweite Bodenzerstörung. Eine hochgiftige Mischung aus Verschmutzung, Bodenerschöpfung, Wüstenbildung und Erosion ist mit den wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Hungers verbunden, der 800 Millionen Menschen in der Dritten Welt betrifft.

Waldzerstörung

Eine der dramatischsten Auswirkungen der ökologische Krise, die weltweite Zerstörung der Wälder, ist aufgrund des Ausmaßes ihrer Folgewirkungen besonders beunruhigend. In 50 Jahren ist ein Drittel der Wälder der Erde verschwunden. Am schlimmsten sind die tropischen Länder betroffen. In den Industrieländern blieb der Umfang der Wälder einigermaßen stabil, aber sie sterben eines langsamen Todes durch die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden. Indes stellt in der "Dritten Welt" die Entwaldung den Kern der ökologische Krise dar. Die Entwaldung ist Folge eines Teufelskreises aus Armut und Erschöpfung des Ackerlands. Eine weitere Ursache ist die Übernutzung tropischer Edelhölzer ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeit. Dieser Prozess zerstört die biologische Vielfalt die tropischen Wälder beherbergen über 50% der Pflanzen und Tierarten des Planeten und die Ressourcen der Waldbevölkerung, um für die westlichen Bau und Einrichtungsmärkte billigere Waren

liefern zu können.

Darüber hinaus wurden seit 1997 Amazonien, Zentralamerika, Russland und Südostasien von vermehrten Ausbrüchen von Waldbränden heimgesucht. In Indonesien betrafen die Auswirkungen ausgedehnter Waldbrände, die 10 Millionen Hektar in 3 Jahren vernichteten, an die 70 Millionen Menschen und verursachten Kosten in Höhe von 4,5 Milliarden USDollar. Weltweit verstärkt die Entwaldung den Treibhauseffekt.

Bedrohung der Artenvielfalt

Die Existenz Zehntausender Arten ist durch die pausenlosen Angriffe auf die natürliche Umwelt bedroht. Ein Viertel der Artenvielfalt der Erde könnte innerhalb der nächsten 25 Jahre verschwinden. In bestimmten Fällen könnten diese Angriffe möglicherweise das ökologische Gleichgewicht zerstören mit unvorhersehbaren Folgen für die Lebensbedingungen der Menschen.

Die biologische Artenvielfalt muss verteidigt werden, nicht aus sentimentalen oder ästhetischen Gründen, sondern der Gattung Mensch zuliebe. Da die Menschheit die Auswirkungen der nicht umkehrbaren Veränderungen, die sie der Umwelt zufügen kann, nicht beherrschen kann, muss sie ihre Unternehmungen sorgsam und mit Achtung vor dem ökologischen Gleichgewicht der Natur in Angriff nehmen.

Jeder, der das ökologische Gleichgewicht bewahren will, muss die wirkliche Grundlage des Kapitalismus angreifen. Der Kapitalismus kümmert sich nicht um Umweltverschmutzung und beutet die natürlichen Reichtümer ausschließlich unter dem Gesichtspunkt kurzfristigen Gewinns aus, sogar dann, wenn dies die nackte Existenz tropischer Regenwälder, einer Schatzkammer an Tier und Pflanzenarten, oder des Meereslebens gefährdet.

Gleichermaßen versucht er sich technologische Neuerungen wie etwa genetisch veränderte Organismen anzueignen, deren Ausbreitung in der Umwelt einen unumkehrbaren und gefährlichen Prozess einleiten kann. Anstatt eine Labortechnik zu bleiben, wurde die Herstellung genetisch veränderter Organismen zu einer Schlüsselbiotechnologie, die der Kapitalismus dazu benutzt, neue Märkte zu finden. Der Kapitalismus strebt die Kontrolle über die intimsten Ebenen an, die bis jetzt außerhalb seiner Reichweite lagen: Fortpflanzung und genetische Kontrolle über Pflanzen und Tierarten.

Industriekatastrophen und Atomgefahr

Die verhängnisvollen ökologischen Folgen der kapitalistischen Produktion nehmen in Industrieanlagen wie Chemiefabriken oder Atomkraftwerken auch die Form größtmöglicher Unfälle oder eines potenziellen Risikos für solche Unfälle an. Die Katastrophe von Bhopal [am 3.12.84] mit ihren 15 000 Toten und dem Leiden der vielen MethylisocyanatOpfer, die noch immer jedes Jahr zu Hunderten sterben, war zusammen mit Tschernobyl eines der tragischsten Beispiele.

Der besondere Charakter der Kernkraft, das unberechenbare Ausmaß ihrer widrigen Auswirkungen und besonders ihre extrem langfristigen Folgen stellen angesichts der Existenz von alternativen Lösungen ein besonders beunruhigendes Beispiel für die widersinnige Wahl dar, die hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte getroffen wird.

Das Risiko der Radioaktivität bedeutet nicht nur die Bedrohung durch große Unfälle. Nachdem die Atomindustrie seit 40 Jahren existiert, hat sie noch immer keine Lösung für das Problem des Atomabfalls gefunden. Vom Niedergang bedroht hebt sie nun ihre ökologischen Tugenden hervor, um neue Atomstromprogramme zu initiieren, die derzeit stillstehen. Die Atomkraft wird als Weg zur Verminderung der CO_2 Emissionen angeboten. Diese Behauptung verharmlost die Risiken durch radioaktive Verseuchung (genehmigtes oder "wildes" Müllabladen) und die Tatsache, dass die Hauptursache der CO_2 Emissionen der Autoverkehr ist.

Darüber hinaus monopolisiert ein derart inflexibles Energiesystem, das auf großen Produktionseinheiten beruht und Hunderte neuer Kraftwerke errichtet, die Investitionen, und zwar auf Kosten anderer Systeme (Energiesparmaßnahmen, erneuerbare Energien). Des weiteren begünstigen Überkapazitäten in der Energieproduktion und Verluste über die Verteilersysteme die Energieverschwendung. Dies würde auch ein Entwicklungsmodell, das sich auf lange Sicht als schädlich erwiesen hat, verewigen.

Zu diesem ständigen Gefahrenpotenzial kommen noch die imperialistischen Kriege hinzu, die sehr schwerwiegende ökologische folgen haben, und zwar wegen der hohen Zerstörungskraft der eingesetzten Waffen und der dauerhaften Umweltschäden, die sie hervorrufen. Als Beispiele seinen nur genannt der Vietnamkrieg, der Golfkrieg und der NATOKrieg auf dem Balkan.

Die ökologische Krise stellt nun keine neuartige Notlage dar, die alle traditionellen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme bedeutungslos werden lässt. Im Gegenteil alle ihre Elemente sind eng mit diesen "traditionellen" Fragestellungen verknüpft.

Die ökologische Krise ist dramatisch, weitet sich aus und verursacht örtliche und Teilkatastrophen. Diese verursachen manchmal nicht wieder gut zu machende Schäden, in anderen Fällen kann kurz , mittel oder auch langfristig über 23 Jahrhunderte (dem Alter vieler Bäume) gegengesteuert werden. Aber das hängt von den bewussten Entscheidungen der menschlichen Gemeinschaften ab.

III. Strukturelle Ursachen der ökologische Krise

Obwohl die kapitalistische Produktionsweise den Gesetzen der Natur nicht entrinnen kann, steht sie doch in verschiedener Hinsicht in grundsätzlichen Gegensatz zur Natur und zum Prozess der natürlichen Evolution. Für das Kapital ist ausschließlich der quantitative Aspekt ausschlaggebend, nämlich das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Geld im Rahmen des Wertgesetzes bestimmt,. Qualitative und globale Bezüge können nicht berücksichtigt werden.

Die kapitalistische Produktion beruht auf der Durchführung eines zyklischen Prozesses, bei dem in der kürzest möglichen Zeit das investierte Kapital sich vermehren soll. Folglich muss sie den natürlichen Prozessen einen Rhythmus und einen Rahmen aufzwingen, der ihnen fremd ist. Die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer kann den Zeitraum, den diese benötigen um zu entstehen oder sich zu erneuern, nicht berücksichtigen. Die Ausbreitung der Warenproduktion kann keine Rücksicht nehmen auf vorbestehende Formen der gesellschaftlichen Organisation. Indem sie sich den Raum nimmt, den sie für einen zügigen Produktionsprozess benötigt, muss die Energieversorgung und Verteilung ohne Beachtung der natürlichen Umwelt, der Pflanzen und Tierwelt voranschreiten. Nicht der Mangel an Weisheit im Kapitalismus führt zur Umweltzerstörung sondern die ihm zugrundeliegende Logik. Daher wird der Ruf der Sozialdemokratie nach "qualitativem Wachstum" durch die Logik des Kapitals vereitelt: Qualitatives Wachstum und Wertgesetz schließen sich gegenseitig aus.

Die kapitalistische Rationalität bestimmt die Bewegung des einzelnen Kapitals. Doch die Konkurrenz zwischen den Kapitalien macht das System als Ganzes irrational. Die Intelligenz, die benutzt wird, um die Produktion zu verbessern oder Rohstoffe einzusparen, endet am Fabriktor. Der Umwelt wird die Rechnung präsentiert, für die sich niemand verantwortlich fühlt z. B. im Fall der Wasser, Luft und Bodenverschmutzung. Ferner führt die Konkurrenz zu periodischen Überproduktionskrisen, die zum Ergebnis haben, dass ein beträchtlicher Teil von Energie und Rohstoffen in Waren investiert wurde, die sich nicht verkaufen. Des weiteren begünstigt der Markt die Produktion von aus Gebrauchswertsicht überflüssigen Produkten (Werbung, verschiedene Drogen, Waffen etc.), die aber einen Tauschwert haben, der hohe Gewinne ermöglicht. Wettbewerb und die Jagd nach Profit und Mehrprofit sind letztendlich die Ursache von verbrecherischem Verhalten, wie es von der kapitalistischen Gesetzgebung selbst erkannt wird: Missachtung von Umweltschutzgesetzen, Gebrauch giftiger Stoffe, nicht angemessene Qualitätskontrolle, Fälschung von Inhaltsangaben, nicht genehmigte Müllentsorgung, usw.

Der Begriff des "Produktivismus", wie ihn die ökologische Bewegung popularisiert hat, drückt zuweilen in konfuser Weise einen Aspekt der Irrationalität des kapitalistischen Systems aus. Statt eine Chance für den sozialen Fortschritt zu sein, bewirkt die Steigerung der Produktivität eine verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft, eine Produktion, die sich weder an den sozialen Bedürfnissen noch an den ökologischen Erfordernissen orientiert sowie immer wieder neue Überproduktionskrisen. Wie in einem Blindgang funktioniert die Produktion so, als ob sie ihr eigenes Ziel darstellte.

Die ökologische Krise in den imperialistischen Metropolen

Die entwickeltste Form der wirtschaftlichen Ausbeutung, d.h. die wirtschaftliche Inwertsetzung vorbestehender natürlicher, gesellschaftlicher und geschichtlicher Grundlagen, findet sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Heutzutage beherrscht die Warenproduktion alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, während der gesellschaftliche Prozess der Produktion immer mehr zersplittert wurde. Die Besitzverhältnisse sind immer weiter zentralisiert worden die Konkurrenz zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel bewirkt eine ständige Bewegung.

Das hat in allen imperialistischen Ländern zu den gleichen großen ökologischen Problemen geführt, was einmal mehr beweist, dass diese Probleme nicht als "Betriebspannen" oder "Systemfehler" angesehen werden können. Sie sind in der ganzen Welt eine logische Folge dieses Systems. Die praktisch völlige Ausbeutung der letzten Quadratzentimeter Land für die Nutzung als Industriegebiete, Shoppingcenter, Schlafstädte, Themenparks und Verwaltungszonen hat ständig die zurückzulegenden Wegstrecken verlängert, während die Struktur der Bedürfnisse im Wesentlichen unverändert geblieben ist. Die Verkehrspolitik, die auf der privaten Nutzung von benzinbetriebenen Pkws beruht, hat zu chronischem Verkehrsstau geführt, der alle großen Ballungsräume mit Lähmung und Erstickung bedroht.

Die Zentralisation der Eigentumsverhältnisse hat insbesondere im Energiesektor den Bau riesiger Kraftwerkskomplexe vorangetrieben, die mit fossilen Brennstoffen oder Atomenergie betrieben werden. Diese Entscheidung hat verheerende Auswirkungen auf die Luftqualität und ist vom Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen Energienutzung aus gesehen gänzlich unvernünftig. Die Irrationalität des Marktes und das Profitstreben spielen eine entscheidende Rolle beim Abfallproblem. Für jede Firma wird es immer "nützlicher" das in der Produktion Nutzlose einfach weg bzw. in den Müll zu werfen oder zu verbrennen. Daher sind die Berge von Müll, besonders von Giftmüll, zum Symbol der kapitalistischen Überflussgesellschaft geworden.

Die Folgen dieser grundsätzlichen Umweltprobleme sind: Naturzerstörung, wuchernde Städte, Überfüllung des Straßennetzes, Luftverschmutzung durch das Privatauto, Vergiftung durch die chemische Industrie radioaktive Verseuchung durch die Kernenergie, ständig wachsende Müllberge. Der Kapitalismus ist nicht imstande, diese Fehlentwicklungen zu korrigieren. Solange die natürlichen Reichtümer wie Wasser, Holz, Boden, "frei" verfügbar sind, werden sie im Kapitalismus verbraucht, verschwendet und verschmutzt meistens ohne jede Kontrolle. Sie sind und nicht nur im ökonomischen Sinn "exogene Faktoren" . Sie bleiben abhängig, das heißt sie sind Objekte für das Streben nach privatem Profit. In anderen Worten: die begrenzte Natur dieser Reichtümer wird nur von denen gesehen, die sie kaufen müssen. Ihre Verkäufer haben ein grundlegendes Interesse an der Expansion und widerstehen jedem Versuch sie zu bewahren.

Alle Versuche der Korrektur stoßen auf dem Druck der Kapitalisten nach größerer Deregulierung. Ansonsten können sie nur auf der Grundlage einer falschen Voraussetzung in Betracht gezogen wer-

den: Dass das Wertgesetz zwischen "guten" (umweltverträglichen) und "schlechten" Profiten unterscheiden kann.

Daher finden sich die imperialistischen Länder damit ab zu versuchen, die Probleme, nachdem der Schaden erfolgt ist, zu reparieren. Bestenfalls kann dies nur zu sehr begrenzter und unvollständiger Abhilfe führen wie verbindliche Filter zur Wasser und Luftreinigung etc.

Die kapitalistische Produktion prägt auch die Verbraucher. So ist das Verhalten der Einzelnen ein Element, das die ökologische Krise verschlimmert und ihre Lösung behindert. Ein schlagendes Beispiel ist das, was man die "Diktatur des Autos" nennen könnte, nämlich das ökologisch katastrophale System des motorisierten Individualverkehrs. Er wird von der Werbung des Automobilindustrie vorangetrieben, aber auch von der individualistischen bürgerlichen Ideologie, der absichtsvollen Vernachlässigung der öffentlichen Verkehrsmittel sowie durch die Struktur der Großstädte, die die Lohnabhängigen zur Zurücklegung immer längerer Wegstrecken zwingt. Die Verhaltensänderungen des Einzelnen können nur einen winzigen Einfluss auf die grundsätzlich umweltzerstörerische Natur der kapitalistischen Produktion haben.

Die ökologische Krise in den abhängig gehaltenen Ländern

Eine Studie der UNOUmweltbehörde ist zu dem klaren Schluss gekommen, dass die Umweltprobleme der "Dritten Welt" Armutsprobleme sind. Das ist soweit richtig, wenn wir bedenken, dass diese Armut keine Schicksalsfolge ist, sondern das Ergebnis der Wirtschaftspolitik und des Handelns der imperialistischen Länder. Durch Verdrehen der Tatsachen könnte es möglich sein die ökologische Krise in den imperialistischen Ländern als Folge der Wohlstandsgesellschaft und nicht als Ergebnis der Marktwirtschaft darzustellen. Aber in den abhängigen Ländern von Asien, Afrika und Lateinamerika ist die Beziehung zwischen Wirtschafts und ökologische Krise vollkommen offensichtlich. Für Millionen Menschen sind die wachsende Zerstörung von Umwelt und Biosphäre und der alltägliche Kampf ums Überleben nur zwei Seiten der gleichen unmittelbaren Erfahrung. Über 800 Millionen Menschen sind unterernährt, 40 Millionen sterben jährlich an Hunger und an Erkrankungen, die durch Mangelernährung bedingt sind. Annähernd 2 Milliarden haben keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Trinkwasser, als Folge sterben jährlich 25 Millionen. 1½ Milliarden Menschen leiden an akutem Mangel an Brennholz, ihrer einzigen Energiequelle. In diesem Teil der Welt herrscht schwerwiegender Mangel an Nahrung, Wasser, und Brennstoff den drei wesentlichen Grundlagen für das nackte Überleben der Menschen. Die UNO schätzt, dass etwa 500 Millionen Menschen "Umweltflüchtlinge" sind, die gezwungen waren ihre Heimat in der Folge von Dürre, Überschwemmungen, Bodenerosion, Ausbreitung exportorientierter Landwirtschaft usw. zu verlassen. Tatsache ist, dass die ökologische Krise in diesen Teilen der Welt keine "Zeitbombe" oder ein Problem der Zukunft ist, sondern eine Existenzkrise hier und heute.

Die Hauptursache der schrecklichen Armut und der ökologische Krise ist die kapitalistische Produktionsweise. Die altbekannten Strukturen der imperialistischen Abhängigkeit und der Weltmarkt, der sie beherrscht, haben die Umwelt der beherrschten Länder einer weit unmittelbareren und brutaleren wirtschaftlichen Ausbeutung unterworfen, als die der imperialistischen Länder. Die Zerstörung der Umwelt entsprechend den Bedürfnissen des Weltmarkts und den Interessen der multinationalen Konzerne steht dort in noch extremerem Gegensatz zu den aus der Geschichte ererbten gesellschaftlichen Strukturen und Lebensweisen. All diese Länder hat der Imperialismus durch die Errichtung einer Infrastruktur umgestaltet, die beinah völlig um Zentren herum erbaut wurde, deren wirtschaftliche Tätigkeit vom Weltmarkt abhängt. Das ist die Grundlage auf der Rohstoffzonen, Geschäftszentren, Touristenzonen, Plantagen und Weideländer für die exportorientierte Produktion ausgewählt werden.

Das setzt die Menschen, die diesem Prozess zum Opfer fallen, unter gewaltigem Druck und treibt andere Lebensweisen und "überholte" gesellschaftliche Funktionen in die abgelegenen Regionen eines Landes. Die Auswirkungen waren und sind weiterhin viel schwerwiegender als in den kapitalistischen Metropolen, da diese Länder Prozessen unterworfen sind, die von anderen in Bewegung gesetzt werden.

Auch vom ökologischen Standpunkt aus betrachtet können wir die verhängnisvollen Auswirkungen des Gesetzes der "kombinierten und ungleichen Entwicklung" in den abhängigen Ländern beobachten. Der Weltmarkt bringt seine umweltzerstörende Dynamik und seine schreiendsten Widersprüche in die hintersten Winkel der Welt. Sein Werk ist hier unvergleichlich verheerender, die Gegenkräfte unvergleichlich schwächer. Wir können eine Reihe struktureller Merkmale dieses Mechanismus benennen:

- Direkte Ausbeutung von Rohstoffen für den Weltmarkt (Mineralien, Holz, Baumwolle, Kautschuk etc.) und die parallele Entwicklung der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Kraftwerke etc.).
- Die Umwandlung von Land in Akkerland oder Weide, reserviert für die Exportproduktion, durch eine Politik der Rodungen und unter heftiger Verwendung von Kunstdünger und Pestiziden mit daraus folgender Umweltbelastung.
- Diese zwei Prozesse machen die Landfrage zur brennendsten Streitfrage in den meisten abhängigen Ländern. Die Landbevölkerung wird in Gegenden gedrängt, die nicht für dauerhafte Besiedlung und Landwirtschaft geeignet sind. Diese Menschen haben keine andere Wahl, als das Land zu roden und Ackerbaumethoden zu benutzen, die die Erschöpfung des Bodens und seine Erosion beschleunigen. Abholzung der Berghänge, Abbrennen des tropischen Regenwaldes, Besiedelung von dürre oder flutgefährdeter Regionen, die Zerstörung der fruchtbaren Humusschicht des Bodens usw. verbinden sich mit der Gefahr langfristiger Klimaveränderungen und "Naturkatastrophen".
- Eine Verstädterung, die durch die besondere wirtschaftliche Struktur

und die Landfrage hervorgebracht wird. Nach UNSchätzungen wachsen die Städte der abhängigen Länder dreimal schneller als in den kapitalistischen Industrieländern. In diesen Städten sind die üblichen städtischen Probleme noch verheerender für die Umwelt und die Lebensbedingungen. Luftverschmutzung durch den Autoverkehr und den Hausbrand stellt eine akute Bedrohung dar. Die Qualität des Trinkwassers ist das zweite Problem, mit dem die Städte in den abhängigen Ländern zu kämpfen haben. Die Müllentsorgung ist das Dritte. In den meisten großen Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika wird der Abfall einfach aufgehäuft oder an der freien Luft verbrannt.

- Für den Großteil der Bevölkerung in den abhängigen Ländern ist die Versorgung mit Energie eine Frage des täglichen Überlebens. 1,5 Milliarden Menschen mangelt es an Brennholz. Die jährliche Arbeitszeit, die für das Sammeln von Brennholz (oder anderer Energiequellen wie Dung oder Pflanzenreste etc.) aufgewendet wird, hat sich vervierfacht und erreicht manchmal 190 bis 300 Arbeitstage im Jahr. Besonders in den ländlichen Gegenden im Umkreis der Städte, aber auch in vielen anderen Regionen, sind die Wälder infolge des Energiemangels gänzlich abgeholzt.

- Das Problem der abhängigen Länder, das heute am häufigsten herausgestrichen wird, ist das der Verschuldung bei den Banken und imperialistischen Regierungen. In den Jahren 199095 war die Entwaldung in den 33 armen, am meisten verschuldeten afrikanischen Ländern 50% höher als in den anderen afrikanischen Ländern und 140% höher als im Durchschnitt aller Länder dieser Welt. Gleichzeitig sind keine Mittel vorhanden, um irgendwelche Naturschutzmaßnahmen zu finanzieren. Die internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds fordern einen immer höheren Zoll von Mensch und Natur für den Schuldendienst. Im Agrarsektor hat die Sparpolitik, die durch die aufgezwungenen Strukturanpassungsprogramme verursacht wurde, die Agrarmärkte geöffnet und die Subventionen für die einheimischen Nahrungsmittelproduzenten gestrichen. Der Mangel an öffentlichen Investitionen verschärft die Infrastrukturprobleme im Verkehrssektor und bei der Bewässerung. Seit 1994 haben die Abkommen der WTO das Schleifen der Landwirtschaft in den anhängig gehaltenen Ländern noch beschleunigt. Das ungebremste Drängen nach Exporterlösen auf Kosten der Lebensmittelproduktion für die eigene Bevölkerung bewirkt in mehreren Ländern Afrikas und Asiens Krisen der Unterversorgung von Nahrungsmitteln. Die extreme Armut und die Landflucht nehmen zu, während gleichzeitig die Schädigung der Umwelt voranschreitet.

- All das wird zynisch abgerundet durch eine Reihe von unmittelbar naturzerstörenden Handlungen und Umweltverbrechen, die von den imperialistischen Multis begangen werden. Gefährliche Produktionsanlagen (besonders der chemischen Industrie) werden in die abhängigen Länder verlagert. Hier ziehen sie nicht nur den Nutzen aus der billigen Arbeitskraft sondern können auch ungestraft die Umwelt vergiften. Die Regierungen der meisten abhängigen Länder sind angesichts der ökologische Krise völlig machtlos. Ihre Verbindung mit den imperialistischen Interessen und ihre eigenen Privilegien oder Klasseninteressen vergrößern die wirtschaftliche Abhängigkeit und die ökologische Krise. Sogar bestimmte internationale Hilfsprogramme (zur Bekämpfung des Hungers, zur Bekämpfung von Umweltkatastrophen oder die neuen Pläne zur teilweisen Entschuldung im Austausch für Umweltschutzmaßnahmen) tragen oft nur zur Bereicherung der herrschenden Eliten bei.

Die Lösung der ökologische Krise in den abhängigen Ländern ist ohne den Bruch mit der Abhängigkeit vom Imperialismus undenkbar. Der Versuch einer "Modernisierung" mit Krediten und Schulden zur Lösung der dringenden sozialen Probleme war ein Irrtum, der die Lage nur verschlimmert hat. Das trifft noch mehr auf die ökologische Krise zu. Armut und wirtschaftliche Abhängigkeit zwingen Millionen Menschen dazu, sich so zu verhalten, dass die Umwelt verheerend geschädigt wird, aber sie könnten anders nicht überleben. Das bedeutet, dass der Prozess der antiimperialistischen Revolution, der "permanenten Revolution", in den abhängigen Ländern bewusst ökologische Anliegen aufgreifen und in ihr Kampfprogramm gegen den kapitalistischen Raub aufnehmen muss. Dies ist die Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau alternativer, sozialistischer Produktionsverhältnisse.

Ökologische Krise in den früheren bürokratisierten Gesellschaften

Trotz des Verschwindens der UdSSR und der meisten nach Sowjetvorbild gestalteten Gesellschaften ist es notwendig deren Umweltpolitik kurz zu beleuchten. Das ökologische Sündenregister der UdSSR und der Länder mit einem System der bürokratischen zentralen Planung ist genauso schlimm, wenn nicht schlimmer, als das der imperialistischen Metropolen, besonders hinsichtlich der Luft, Wasser und Bodenverschmutzung, der Atomenergie (Tschernobyl!) und der Probleme, mit denen die großstädtischen Regionen zu kämpfen haben. Einer der Gründe für diese Situation ist, dass diese Gesellschaften nur teilweise darin erfolgreich waren, das kapitalistische Wertgesetz und die mit ihm verbundenen objektiven Beschränkungen der Produktion zu überwinden. In vielen Schlüsselsektoren war die Abhängigkeit vom Kapitalismus und dem Weltmarkt noch gegeben.

1 Die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer für die Exportwirtschaft und die Abhängigkeit von Produkten und Technologien, die von kapitalistischen Industrien herrühren führten ebenso zu einer zwangsläufigen Zerstörung der Umwelt in diesen Ländern. Dies geschah auf eine Art und Weise, die mit dem, was wir in den abhängigen Ländern sehen, vergleichbar ist. Die Planwirtschaft war ein Anlauf um eine unmittelbar soziale Wirtschaft zu entwickeln. Im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem die Nützlichkeit der Arbeit sich nur im Nachhinein, über den Markt, herausstellt, das heißt von der Möglichkeit, die entsprechenden Waren dort los zu werden, versuchten nichtkapitalistische Gesellschaften, die sozialen Bedürfnisse vor der Produktion zu bestimmen und zu planen. Offensichtlich kann dieser Versuch nur erfolgreich sein, wenn

alle menschlichen Bedürfnisse und besonderen Interessen in einen umfassenden Prozess demokratischer Beratung und Entscheidungsfindung eingebracht werden. Wenn ein wirklicher Mangel verteilt werden muss, wird die Demokratie noch bedeutsamer. Aber die Bürokratisierung der Übergangsgesellschaften beseitigte jegliche Demokratie.

Die Vielfalt der gesellschaftlichen und nationalen, der kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse verschiedener Menschen wurden genormt und gewaltsam in einen von oben diktierten Plan eingefügt. Da alle qualitativen Bezüge mit der Demokratie begraben wurden, konnten die entscheidenden Kennzeichen des Plans nur quantitative Maßstäbe und Wachstumsraten sein. Auf diese Weise legten die Übergangsgesellschaften die Betonung auf quantitatives Wachstum, manchmal sogar mehr als die kapitalistischen Gesellschaften. Diese Raten wurden mittels Dekret bekanntgegeben und mit Gewalt durchgesetzt. Der Schutz der Ressourcen und der Umwelt waren in diesen Plänen bestenfalls in Form von quantitativen Begriffen enthalten (Zahl der Kläranlagen, Filter, bestimmte Budgetposten, usw.). Diese Planung war vom Beginn an mit Irrtümern und blinden Flecken sowie einem entsprechenden Missbrauch von Ressourcen behaftet. Ohne gesellschaftliche Kontrolle wurde das nur berichtigt, wenn es letztlich "höher oben" bemerkt und anerkannt wurde.

Darüber hinaus entsprachen die unterschiedlichen Abschnitte des Plans den Interessen verschiedener Fraktionen der Bürokratie, die sie ausarbeiteten. Das ist die Ursache für die Gigantomanie, die so typisch für die UdSSR und die anderen bürokratisierten Staaten war. Je größer der Maßstab und je zentralisierter diese Vorhaben waren (Beispiel: Veränderung des Laufs der sibirischen Ströme), umso mehr Macht bedeutete das für die Bürokraten. Ab den siebziger Jahren wurden Bürokraten, die mit Umweltangelegenheiten zu tun hatten, eingesetzt, aber sie hatten keine Macht und blieben in kleinen Abteilungen der unteren Ebene.

Optimismus und Fortschrittsglauben waren die Leitlinien in der Ideologie der Bürokratie. Die Bürokratien betonten die Vorstellung von "einem Wettbewerb zwischen zwei Systemen" und "dem Überholen" der kapitalistischen Gesellschaften. Von diesem Standpunkt aus waren die kapitalistischen Modelle des Konsums und der Modernisierung, die der Umwelt solchen Schaden zugefügt haben, hochgeschätzt. Diese Modelle wurden als ideologische Werte übernommen und spielten eine Rolle bei der Planerstellung. Die Bürokratie benutzte nur Modelle, die auf der Quantifizierung natürlicher Ressourcen beruhten (namentlich Modelle, die von konservativen bürgerlichen Ökonomen benutzt werden). Es muss hier nicht betont werden, dass die ökologische Krise sich im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Ausplünderung und des ungehemmten Kapitalismus, wie er nun seit dem Fall der UdSSR mit dem Segen der Westmächte und des IWF in Russland herrscht, nur verschlimmern kann.

IV. Arbeiterbewegung und Ökologie

Die Grünen bezichtigen Marx und Engels des Produktivismus. Ist diese Beschuldigung gerechtfertigt? Nein, und zwar deswegen nicht, weil sich niemand mit solcher Kraft wie Marx gegen die kapitalistische Logik der Produktion um der Produktion Willen, der Anhäufung von Kapital und Reichtum und der Warenproduktion als Selbstzweck ausgesprochen hat. Die eigentliche Idee des Sozialismus ist im Gegensatz zu ihrer erbärmlichen bürokratischen Karikatur die Produktion von Gebrauchswerten, das heißt von Gütern, die gebraucht werden um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Das höchste Ziel des technischen Fortschritts ist in den Augen von Marx nicht ein unendliches Wachstum von Gütern ("Haben") sondern ein kürzerer Arbeitstag und mehr Zeit für Muße ("Sein").

Dennoch ist es wahr, dass wir manchmal bei Marx und Engels und noch häufiger im späteren Marxismus eine Tendenz aufspüren, die die "Entwicklung der Produktivkräfte" zur Haupttriebkraft des Fortschritts macht und eine verhältnismäßig unkritische Haltung zur industriellen Zivilisation, insbesondere hinsichtlich ihrer zerstörerischen Beziehung zur Umwelt. Der folgende Abschnitt aus den Grundrissen ist ein schlagendes Beispiel für die allzu unkritische Bewunderung von Marx für die "zivilisatorische" Mission der kapitalistischen Produktion und ihre brutale Instrumentalisierung der Natur:

> "So schafft das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft. Hence the great civilising influence of capital; seine Produktion einer Gesellschaftsstufe, gegen die alle frühren nur als lokale Entwicklungen der Menschheit und als Naturidolatrie erscheinen. Die Natur wird erst rein Gegenstand für den Menschen, rein Sache der Nützlichkeit; hört auf, als Macht für sich anerkannt zu werden; und die theoretischen Erkenntnisse ihrer selbständigen Gesetze erscheint selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion, zu unterwerfen." (MEW, Band 42, 1983, Seite 323)

Andererseits finden wir bei Marx auch Texte, die ausdrücklich die Verheerungen erwähnen, die das Kapital der natürlichen Umwelt zugefügt hat und die Zeugnis von einer dialektischen Sicht der Widersprüche des "Fortschritts", die von den Produktivkräften herbeigeführt werden, ablegen zum Beispiel, in der berühmten Passage über die kapitalistische Landwirtschaft im Kapital Band I:

> "Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größre Flüssigmachung der Arbeit erkauft durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt in der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner

> Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen des Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (MEW 23, S. 529530, 1979)

Sogar bei Engels, der so häufig die "Überlegenheit" und die "Beherrschung" der Natur durch den Menschen gefeiert hat, können wir Texte finden, die unsere Aufmerksamkeit ausdrücklich auf die Gefahren einer solchen Sichtweise richten. Als Beispiel können wir die folgenden Abschnitte aus dem Artikel "Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen" erwähnen:

> "Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, dass sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen.(...)
>
> Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und dass unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen, ihre Gesetze zu erkennen und richtig anwenden zu können. (MEW 20, S. 452453, 1978).

Es wäre nicht schwierig, weitere Beispiele zu finden. Tatsächlich fehlte Marx und Engels jedoch eine umfassende ökologische Perspektive. Die ökologische Frage ist eine der größten Herausforderungen für eine Erneuerung des marxistischen Denkens am Morgen das 21. Jahrhunderts. Es verlangt von den Marxisten eine sorgfältige und kritische Neubeurteilung ihres traditionellen Konzepts der "Produktivkräfte" und einen radikalen Bruch mit der Ideologie eines linearen Fortschritts und dem technologischen und ökonomischen Paradigma der modernen industriellen Zivilisation.

Zusammen mit der Entwicklung des Reformismus in den Reihen der Arbeiterbewegung wurde Marx' und Engels' kritische Betrachtung über die Bedrohung der Natur durch die kapitalistische Zivilisation heruntergespielt. Der Reformismus übernahm die produktivistischen Konzepte und Anschauungen der bürgerlichen Gesellschaft im selben Ausmaß, wie er ein eingegliederter Teil derselben wurde und sich in ihre Haupteinrichtungen (Staat, Armee, Gesetzgebung etc.) integrierte. Zum Beispiel erklärte der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV), die von der Sozialdemokratie geführte Organisation der deutschen Metallarbeiter, zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einer bezeichnenden Stellungnahme:

> "Je rascher die technische Entwicklung voranschreitet, desto rascher wird die kapitalistische Produktionsweise den Punkt erreichen, wo sie sich selbst hemmen wird und von einer höheren Produktionsweise abgelöst werden muss."

Sozialdemokratie und Stalinismus hatten beide trotz ihrer Meinungsverschiedenheit in vielen Fragen ein produktivistisches Wirtschaftskonzept und einen völligen Mangel an Sensibilität in Umweltfragen gemein. Wir müssen zugeben, dass im Allgemeinen revolutionäre Strömungen, auch die IV. Internationale, die ökologische Frage erst sehr spät aufgegriffen haben.

Die Nachhaltigkeit ökologischer Katastrophen, das Wachstum von Umweltschutzbewegungen, die Teilerfolge dieser Bewegungen und ihre Versuche, sich politisch zu strukturieren ("Grüne" Parteien etc.), haben innerhalb der Arbeiterbewegung zu Differenzierungen geführt. In einer Anzahl von Ländern widersetzen sich ganze Gewerkschaften oder zumindest starke Minderheiten in ihren Reihen der "friedlichen" Nutzung der Atomkraft und entfalten eine erhöhte Sensibilität in ökologischen Fragen: CGIL in Italien, Britische Bergarbeiter, CUT in Brasilien, SUD in Frankreich, die Arbeiterkommissionen in Spanien, die IG Metall in Deutschland etc.

Gegenwärtig können wir vier Strömungen in den Parteien und Gewerkschaften, die behaupten, für die ArbeiterInnen zu sprechen, unterscheiden:

1. Die "Betonfraktion", die so weitermachen will, als hätte sich nichts verändert. Sogar diese Fraktion musste einige Anpassungen vor dem Hintergrund der verhängnisvollen Entwicklungen der Umwelt vornehmen. Diese Strömung fordert nun Grenzwerte für Emissionen und neue Regelungen, befürwortet aber den weiteren Einsatz der Kernkraft. Ohne ihre kurzsichtigen Positionen zu überdenken, erklärt sie sich mit einem ökologischen Flickwerk einverstanden, insbesondere wenn dies neue Märkte öffnet.
2. Eine technokratische Strömung, die glaubt, sie könne die ökologischen Probleme mit Hightechmethoden lösen. Tatsächlich würden diese meistens nur die Probleme verschieben: Zum Beispiel, was macht man mit den enormen Mengen an Filterstaub, Klärschlamm und anderem Abfall? Peter Glotz von der deutschen Sozialdemokratie regt eine Zusammenarbeit mit der sogenannten "Hochtechnologiefraktion" des Kapitals an. Durch ein Bündnis zwischen der "traditionellen Linken", den technischen Eliten und den kritischen Minderheiten unter den Kapitalisten mit vernünftigen Ansichten, was die Wachstumsraten" angeht, könnte eine gesellschaftlich gelenkte Er-

neuerung erreicht werden. Er lehnt ausdrücklich jede Infragestellung des Privateigentums über die Produktionsmittel ab.
3. Die dritte Strömung, die "Ökoreformisten" genannt werden könnten, weigern sich ebenfalls, über die Produktionsverhältnisse zu sprechen. Einmal mehr behaupten sie, dass es möglich sei den Kapitalismus, oder die "Industriegesellschaft", wie sie verschämt formulieren, von den Sünden gegen die Umwelt zu befreien. Erhard Eppler erklärt als Vorsitzender der "Grundwertekommission" der SPD: " Mehr denn je ist es die Pflicht der Sozialdemokratie durch eine neue Politik der Reformen mit demokratischen, menschlichen und ökologischen Verbesserungen der Industriegesellschaft fortzufahren."
4. Die vierte Strömung in der Minderheit, aber weit davon entfernt, zahlenmäßig unbedeutend zu sein ist der Ökosozialismus, der die grundlegenden Errungenschaften des Marxismus aufnimmt und ihn von seiner produktivistischen Schlacke befreit. Die Ökosozialisten verstehen, dass Markt und Profitlogik genauso wie das autoritäre Regierungssystem der ehemaligen "Volksdemokratien" mit ökologischen Bedürfnissen unvereinbar sind. Sie kritisieren die von den führenden Strömungen der Arbeiterbewegung vertretene Ideologie und verstehen, dass die Arbeiter und ihre Organisationen eine unentbehrliche Kraft für die Umwandlung des Systems sind.
Der Ökosozialismus ist unter den Strömungen der Arbeiter und Ökologiebewegung diejenige, die am meisten auf die Interessen der Arbeiter und der Völker des Südens achtet. Er bricht mit der produktivistischen Ideologie des Fortschritts in ihrer kapitalistischen und/oder bürokratischen Form (der sogenannte "real existierende Sozialismus") und widersetzt sich der grenzenlosen Ausbreitung einer umweltzerstörenden Produktions und Konsumtionsweise.

Er versteht, dass "nachhaltige Entwicklung" innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Marktwirtschaft unmöglich ist.

Als Revolutionäre haben wir das Ziel, unsere Kräfte mit dieser Strömung zu verbinden und die ArbeiterInnen davon zu überzeugen, dass teilweise Reformen vollkommen unangemessen sind. Die Mikrorationalität (Teilrationalität) muss durch eine sozialistische und ökologische Makrorationalität (Gesamtrationalität) ersetzt werden, was eine wirkliche Veränderung der Zivilisation verlangt. Dies ist ohne eine tiefgehende technologischen Neuorientierung unmöglich, die sich um die Ersetzung der derzeitigen Energiequellen durch andere, nicht verschmutzende und erneuerbare, wie die Sonnenenergie bemüht.

Das bedeutet, das erste auf der Hand liegende Problem ist die Frage nach der Verfügbarkeit über die Produktionsmittel und darüber hinaus nach der Entscheidungsgewalt über Investitionen und den technologischen Wandel.

Eine umfassende Reorganisierung der Produktions und Konsumtionsweise tut Not, die auf Kriterien beruht, die dem kapitalistischen Markt fremd sind, nämlich den wirklichen Bedürfnissen der Menschen und der Sicherung der Umwelt. Mit anderen Worten, eine Wirtschaft im Übergang zum Sozialismus, die auf den demokratischen Entscheidungen der Menschen über Prioritäten und Investitionen und nicht auf den "Gesetzen des Marktes" oder einem allwissenden Politbüro beruht. Eine Planwirtschaft, die fähig ist, dauerhaft die Spannungen zwischen der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und ökologischem Gebot zu überwinden. Ein Übergang, der zu einer alternativen Lebensweise, einer neuen Zivilisation führen wird, die jenseits der Herrschaft des Geldes, des von der Werbung künstlich angeheizten Konsumverhaltens und der unendlichen Produktion umweltschädlicher Güter (z. B. das Privatauto!) stehen wird.

V. Errungenschaften und Grenzen der Umweltbewegung

Die grundsätzliche Errungenschaft der Umweltbewegung, die eine tiefgreifende Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung von Umweltfragen mit sich gebracht hat, war und bleibt das Verständnis dafür, in welchem Ausmaß der Spätkapitalismus die Umwelt zerstört hat. Die Zerstörung der Natur hat einen Punkt erreicht, der die ganze Menschheit bedroht. Hier wie im Fall eines nuklearen Weltkriegs geht es um das Überleben schlechthin. Jedoch im Gegensatz zur Gefahr der nuklearen Vernichtung handelt es sich um eine stets "neue" Problemstellung, die immer offensichtlicher wird und sich zunehmend verschärft. Die grundlegende Errungenschaft der Umweltbewegung ist zur selben Zeit ihre wesentliche Beschränkung. Diese Bewegung sieht die Umweltfrage als entscheidend für die ganze Menschheit an und sucht Lösungen über die Klassenschranken hinweg. So versäumt sie es in der Folge, den einzig wirksamen Hebel anzusetzen, nämlich den Klassenkampf gegen das Kapital.

Eine weitere Errungenschaft der Umweltbewegung ist die Art und Weise, wie sie das Konzept des "Fortschritts" hinterfragt. Sie hat die Mängel der marxistischen Analyse des Spätkapitalismus dargelegt. Wir können nicht länger von einer positiven Entwicklung der Produktivkräfte sprechen, wie zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung, oder davon, dass sie nur durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln gehemmt oder auf Kosten des Proletariats entwickelt werden. Immer mehr verwandelt der Kapitalismus, der viel länger "überlebt" hat, als es historisch "erforderlich" gewesen ist, die Produktivkräfte in Destruktivkräfte. Aber das bedeutet auch, dass diese Kräfte nicht als solche befreit werden und in einem sozialistischen System zugunsten aller verwendet werden können. Sie werden überprüft und kritisch untersucht werden müssen. Das ist nicht bloß eine theoretische Frage, sondern eine ausgesprochen praktische, die eine Kritik der Idee vom "Überholen des Kapitalismus" beinhaltet, die für das stalinistische bürokratische Denken typisch war. Darüber hinaus wird das erste Mal eine sorgfältige Analyse der materiellen (Gebrauchswert) Seite der Produktion durchgeführt, indem danach gefragt wird, welche Güter von einem ökologischen und gesellschaftlichen Standpunkt aus wünschenswert sind etc.

Nach dem Rückfluten der 68er Bewegung, hat die Umweltbewegung wieder eine utopische Dimension in

die Politik eingebracht. Diskussionen über einen grundlegenden Wandel im Gesellschaftssystem, eine andere Art zu leben und zu produzieren werden ausgehend von ökologischen Fragestellungen wiederbelebt. Die zuvor erwähnte Debatte über den Gebrauchswert von Produkten beinhaltet auch eine Diskussion über gesellschaftlich nützliche Produktion. Neue utopische Ideen über eine andere Gesellschaft werden geäußert und konkrete "Umwandlungspläne" werden skizziert.

Die Umweltbewegung entwickelte sich zuerst in Europa. Sie zog Massenmobilisierungen nach sich, sogar in Ländern, in denen wie in Österreich, der Schweiz und Deutschland, die Arbeiterbewegung auf dem Rückzug war. Militante und greifbare Formen des Kampfes wie Demonstrationen, Blockaden und Geländebesetzungen schufen eine "Kultur des Widerstands". Anfangs konzentrierten sich diese Kämpfe vor allem auf die Frage der Atomenergie, aber die Bewegung griff andere Fragen auf und mobilisierte dafür, wie etwa zur Luft und Wasserverschmutzung und zur Genmanipulation. Skandale wie die BSE-Krise haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf das "junk food" und die Gefahren, die von der Logik des kapitalistischen Marktes ausgehen, gerichtet. In Frankreich war die Vereinigung der Kleinbauern (Confédération paysanne) der Katalysator für eine radikale Entwicklung. Ausgehend von einer symbolischen Aktion (Zerlegung einer McDonalds Filiale) als Vergeltung gegen die von den USA verhängten Sanktionen gegen das französische Importverbot von hormonbehandeltem Rindfleisch, dehnte sich der Kampf aus, um es mit Unterstützung von Gewerkschaften, Umweltorganisationen und Linksparteien und einer starken Sympathie der öffentlichen Meinung und hat dabei auch die WTO angeprangert. Im Juni 2000 wurde den Bauern, die in Millau (Frankreich) vor Gericht gestellt wurden, durch eine Solidaritätskundgebung starke Unterstützung zuteil.

Wichtige ökologische Mobilisierungen haben auch in den USA stattgefunden und eine komplexe, heterogene Bewegung entstehen lassen, die sich von der "Tiefenökologie" ("deep ecology sie fordert den Pflanzen und anderen Tierarten Vorrang vor dem Menschen einzuräumen) bis hin zum Ökosozialismus erstreckt. Die jüngste Mobilisierung in Seattle (Dezember 1999) enthüllte die Stärke dieser Bewegung und die Bereitschaft einiger ihrer Elemente, wie z. B. der großen Umweltvereinigung "Freunde der Erde", ihre Kräfte mit denen von Gewerkschaften und Linken im Kampf gegen die WTO und eine vermehrte Vermarktung der Welt zu vereinen. Seattle ermöglichte auch ein erstes Zusammengehen der Kämpfe von Bewegungen aus Nordamerika, Europa (die Kleinbauernvereinigung war durch ihren Sprecher José Bové vertreten) und der Dritten Welt. Zu nennen ist auch die Existenz der Netzwerke der direkten Aktion, die von ökolibertärem Gedankengut inspiriert sind und aus sehr kämpferischen jungen Menschen bestehen, die in allen großen antineoliberalen Mobilisierungen eine wichtige Rolle spielen.

Man würde sich sehr irren, wenn man dächte, dass ökologische Probleme nur die Länder des Nordens beträfen ein Luxus reicher Länder. Immer häufiger tauchen soziale Bewegungen mit einer ökologischen Komponente an der Peripherie des Kapitalismus im, "Süden", auf.

Diese Bewegungen antworten auf die sich verschlimmernden Umweltprobleme in Asien, Afrika und Lateinamerika, die eine Folge der bewussten Politik der imperialistischen Länder sind, die "Umweltverschmutzung zu exportieren", wie auch eine Folge der entfesselten Produktion, die sich als Reaktion auf die Zwänge zur Herstellung von mehr Konkurrenzfähigkeit ergibt. Wir sind Zeugen des Auftretens von allgemeinen Mobilisierungen im Süden, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft, sowie den gemeinschaftlichen Zugang zu den natürlichen Ressourcen verteidigen, welcher von der energischen Ausdehnung des Marktes (oder des Staates) mit Vernichtung bedroht wird. Andere Kämpfe entstehen, um die Schädigung der unmittelbaren Umwelt zu bekämpfen, die durch den ungleichen Tausch, die abhängige Industrialisierung und die Entwicklung des Kapitalismus (agrobusiness) auf dem Land hervorgerufen wird. Häufig bezeichnen sich diese Bewegungen nicht als ökologisch, aber ihr Kampf hat doch eine wesentlich ökologische Dimension.

Man kann darauf verzichten zu erwähnen, dass diese Bewegungen die Verbesserungen, die der technische Fortschritt ermöglicht, nicht ablehnen. Im Gegenteil, das Verlangen nach Elektrizität, Trinkwasserversorgung, Kanalisation und mehr Gesundheitsstationen stehen auf der Liste ihrer Forderungen ganz oben. Was sie ablehnen ist die Verschmutzung und Zerstörung ihrer natürlichen Umgebung im Namen der "Marktgesetze" und der Zwänge des "kapitalistischen Wachstums".

Ein 1991 verfasster Text des peruanischen Bauernführers Hugo Blanco (Mitglied der IV. Internationale) drückt die Bedeutung dieser "Ökologie der Armen" auf bemerkenswerte Weise aus:

> "Auf den ersten Blick erscheinen die Verteidiger der Umwelt oder die Naturschützer als ziemlich nette, aber exzentrische Leute, deren Hauptziel im Leben ist, die Ausrottung der Blauwale oder der Pandabären zu verhindern. Die gewöhnlichen Leute haben brennendere Anliegen, zum Beispiel, woher sie ihre nächste Mahlzeit nehmen werden (...). Aber in Peru gibt es sehr viele Menschen, die die Umwelt verteidigen. Natürlich, wenn man zu ihnen sagen würde: "Ihr seid Ökologisten", würden sie vermutlich antworten "Ökologisten, so ein Quatsch (...)" Und dennoch: Wer kann bestreiten, dass die Einwohner der Stadt Ilo und der Umlandgemeinden, die gegen die von der "Südlichen Peruanischen Kupfergesellschaft" verursachten Verschmutzung ankämpfen, die Umwelt verteidigen? Und ist nicht die Bevölkerung Amazoniens durch und durch ökologisch, bereit zu sterben um ihre Wälder vor der Rodung zu bewahren? Oder die Armen Limas, die gegen verseuchtes Wasser protestieren?"

Brasilien gehört zu den Ländern, in denen die Verbindung zwischen sozialen und Umweltproblemen auf Massenebene gelungen ist. Wir können die Bewegung der landlosen Bauern (MST) sehen, wie sie gegen gentechnisch veränderte Organismen mobilisieren, in direkter Konfrontation mit einem der größten multinationalen Konzerne, Monsanto. Stadtgemeinden und Provinzen, die von der Arbeiterpartei (PT) regiert werden, versuchen ökologische Ziele zu einem Teil ihres Programms der Beteiligungsdemokratie zu machen. Die Regierung des Bundesstaats Rio Grande do Sul, die der MST und der PT nahesteht, beabsichtigt, genetisch veränderte Organismen aus der Region zu verbannen. Die reichen Landbesitzer der Region sind empört und sprechen sich gegen diese ihrer Meinung nach "archaischen Ansichten" aus. Sie betrachten den Kampf gegen genetisch verändertes Saatgut als eine "Verschwörung um eine Landreform durchzusetzen".

Die indigenen Völker, die unmittelbar im Regenwald leben, zählen zu den ersten Opfern der vom Agrarkapitalismus verursachten "Modernisierung". In der Folge mobilisieren sie sich in vielen lateinamerikanischen Ländern, um ihre herkömmliche Lebensweise, die im Einklang mit ihrer Umwelt steht, gegen die Bagger der kapitalistischen Zivilisation zu verteidigen. Unter den unzähligen Äußerungen der brasilianischen "Ökologie der Armen" ist eine Bewegung als besonders beispielhaft hervorzuheben, auf Grund ihres sozialen und ökologischen, örtlichen und planetaren, "roten" und "grünen" Horizonts: Nämlich der Kampf von Chico Mendes und der Vereinigung der Völker der Regenwalds zur Verteidigung der Amazonasregion gegen den zerstörererischen Hunger der Großgrundbesitzer und des multinationalen Agrobusiness.

Vergegenwärtigen wir uns kurz die Hauptereignisse in dieser Auseinandersetzung. Chico Mendes war ein Gewerkschaftsaktivist, Mitglied der CUT und der Arbeiterpartei (PT). Indem er sich ausdrücklich auf den Sozialismus und die Ökologie bezog, organisierte er in den frühen 80iger Jahren Landbesetzungen mit den Kautschuksammlern (seringueiros), Kleinbauern, die die Gummibäume anzapfen, gegen die Großgrundbesitzer, die Bulldozer schickten, um den Wald niederzuwalzen und ihn durch Weideland zu ersetzen. Später vereinigte er erfolgreich Kleinbauern, Landarbeiter, Kautschuksammler, Gewerkschafter und Indigene mit der Unterstützung von kirchlichen Basisgemeinden zur Allianz der Regenwaldbewohner, der es gelang viele Rodungen zu hintertreiben (verhindern). Die internationale Kenntnis dieser Aktionen sicherte ihm 1987 den Global500-Preis. Kurze Zeit später im Dezember 1988 jedoch, forderten die Großgrundbesitzer einen hohen Preis für diesen ökologischen Kampf, indem sie Mörder anheuerten, um ihn zu töten.

Diese Bewegung kann ein Musterbeispiel für die Volksbewegungen des "Südens" werden, vorausgesetzt die Verbindung zwischen sozialen und ökologischen Kämpfen, von Kleinbauern und indigenem Widerstand, Überleben der ortsansässigen Bevölkerung und Bewahrung eine Elements der Lebensgrundlage für die ganze Welt (Erhaltung des letzten großen tropischen Regenwalds) bleibt fest geschmiedet.

In bestimmten Ländern vor allem in Europa war die Umweltbewegung bei der Erringung von Reformen, die teilweise das halsbrecherische Tempo der Umweltzerstörung verlangsamt haben, erfolgreich. Zum Beispiel werden tatsächlich fast keine neuen Atomkraftwerke gebaut, die Herstellung bestimmter chemischer Erzeugnisse (Fluorkohlenwasserstoffe, Kunstdünger etc.) wurde eingeschränkt, und strengere Normen wurden für bestimmte Fabriken, Kraftfahrzeuge usw. in Kraft gesetzt. Eine kapitalistische Umweltindustrie ist entstanden und ökologische Reformen haben ihren Weg sogar in die Programme bürgerlicher Parteien gefunden.

Und dennoch, trotz aller Reformversuche, trotz der Umweltindustrie ist die Zerstörung auf Weltebene schlimmer geworden als je zuvor. Die Verschmutzung der Meere, die Rodung tropischer Regenwälder und die Klimaveränderung zeigen, dass die globale Dynamik der ökologische Krise ungebrochen bleibt. So zeigt diese Krise nur noch mehr die Dringlichkeit für eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft.

Da die Ökologiebewegung kein schlüssiges revolutionäres Programm besitzt und die ArbeiterInnen nicht als revolutionäres Subjekt sieht, ist sie weit davon entfernt, eine neue soziale Kraft zu werden, die den Platz der Arbeiterbewegung einnehmen oder beerben könnte. Nichtsdestotrotz bleibt die Ökologiebewegung, sofern wir ausdrücklich bürgerliche oder reaktionäre Gruppen, deren zahlenmäßige Bedeutung gering ist, ausnehmen, ein wichtiger Bündnispartner der Revolutionäre im allgemeinen Kampf gegen das kapitalistische System.

VI. Umweltprobleme und bürgerliche Herrschaft

Aufgrund des Einflusses der kapitalistischen Produktion auf die Umwelt hat die Zerstörung der natürlichen Grundlage menschlicher Gesellschaften eine neue Ebene erreicht. Dies ist zu einem Problem für die bürgerliche Herrschaft und ihre Ideologie geworden.

- Die ökologische Krise ist weltweit und kann, im Konkurrenzzusammenhang, der dem Kapitalismus innewohnt, nur als allgemeines Übel wahrgenommen werden
- Manche Ursachen der ökologische Krise liegen viele Jahre zurück, andere sind das Ergebnis der miteinander kombinierten Entwicklung verschiedener Einzelfaktoren. Aus diesem Grund ist es schwer ihre zeitlichen und stofflichen Ursachen festzustellen und zu datieren. Zugleich verlangt die Beherrschung der ökologischen Krise Zeit und Investitionen, die in vollem Widerspruch zu allen bürgerlichen Konzepten von Input/OutputKreisläufen stehen.
- Schließlich können die beherrschten und ausgebeuteten Klassen, im Gegensatz zu dem, was bei klassischen Wirtschaftskrisen, bei den schädlichen sozialen Folgen des Kapitalismus und sogar bei den Nachwirkungen von militärischen Konflikten beobachtet werden kann,

nur dazu gebracht werden, einen Teil der Rechnung für die ökologische Krise zu bezahlen. Trotzdem ist es nicht zu leugnen, dass die unterdrückten Klassen deren Hauptlast tragen, besonders in den abhängigen Ländern. Das wird noch deutlicher, wenn der Zusammenhang zwischen sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Krise in Betracht gezogen wird.
Die wachsende Aufmerksamkeit für die ökologische Krise und die Umweltbewegung, die sich seit den 60ern entwickelt, bedeutet einen energischen Angriff auf eines der Schlüsselkonzepte der bürgerlichen Ideologie: auf die Idee, dass die bürgerliche Gesellschafts und Wirtschaftsordnung in der Lage ist, einen ununterbrochenen "Fortschritt für alle" zu garantieren, dass die fortgesetzte Unterwerfung der Natur schon an sich positiv ist und dass alle Probleme, die damit zusammenhängen, gelöst werden können.

Angesichts dieser ideologischen Herausforderung hat es Versuche gegeben, die bürgerliche Ideologie auf den neuesten Stand zu bringen. Der erste war der weltweit bekannte Bericht des Club of Rome ("Die Grenzen des Wachstums", 1972). Dieser Bericht dokumentierte den raschen Fortschritt der Umweltzerstörung und schlug eine übernationale Politik gegen Bevölkerungswachstum, Vergeudung von Naturschätzen, Umweltzerstörung usw. vor. Diese Studie und die anderen, die folgten, waren ein zweischneidiges Schwert.

Einerseits übernahmen die Wissenschaft und die bürgerliche Ideologie wieder die Initiative in Umweltfragen und führten eine Diskussion über Prognose und Lösungen, die vorzuschlagen wären. Andererseits stützten diese Studien pessimistische Aussichten über die Zukunft der Welt und waren eine weitere Motivation für die Umweltbewegung.

Die existierende Ordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft verlor ihre Aura der Überlegenheit. Ihre Begrenztheit und ihre Mechanismen wurden von innen her hinterfragt. Gleichzeitig führten diese Analysen zu Forderungskatalogen, die dahin tendierten, eine weltweite Planung und eine politische Regulierung der Wirtschaft zu unterstützen. Auf diese Weise kamen sie direkt mit der kapitalistischen Marktwirtschaft, dem Wirtschaftsliberalismus und der Deregulierungspolitik in Konflikt, Offensiven die heute weltweit auf der Tagesordnung stehen.

Schon Mitte der 80iger Jahre erwies sich eine zweite bürgerliche Offensive im Umweltbereich als erforderlich. Seither wurde es notwendig, Lösungen dieser Widersprüche, besonders auf der Ebene der konkreten Politik vorzuschlagen. Der Brundtlandbericht ("Unsere gemeinsame Zukunft"), der von der UN-Vollversammlung 1988 angenommen wurde, brachte dies zum Ausdruck. Er wird bereits von der bürgerlichen Überzeugung geprägt, dass der Kapitalismus, obwohl er unglücklicherweise die Umwelt schädigt, auch in der Lage ist, die notwendigen Korrekturen durchzuführen. So forderte er, dass die Elemente für eine ausgeglichenere Form des Wachstums ("nachhaltige Entwicklung") zusammengeführt werden sollten.

Die 90iger Jahre brachten eine Vertiefung des Widerspruchs zwischen Versprechungen bezüglich neuer internationaler Regulierungen für den weltweiten Kapitalismus und den sehr heftigen sozialen und ökologischen Auswirkungen dieses Systems. Sicherlich führte die Erklärung von Rio, die das Ergebnis der Gipfelkonferenz von 1992 war, gewisse Grundsätze, wie das Vorsorgeprinzip, ein, was einen Fortschritt im Bewusstsein in Bezug auf die Elemente der ökologischen Krise darstellt. Weder die Agenda 21, eine umfassende Mischung von 2500 Maßnahmen, noch die internationalen Abkommen zu Artenvielfalt und Klimawandel, haben zu den notwendigen radikalen Lösungen geführt. Nach der Geburt der WTO, die die Umwelt noch mehr den Auswirkungen des liberalisierten internationalen Handels unterwirft, haben die Umweltabkommen sehr geringe Auswirkungen. Feierliche Verkündigungen zur Verteidigung der Artenvielfalt sind machtlos gegen die fortgeführte Zerstörung der natürlichen Umwelt.

Auf der politischen Ebene stoßen sie sich mit den Interessen der agrochemischen und pharmazeutischen multinationalen Konzerne, die versuchen sich Lebewesen durch vermehrten Gebrauch von genmanipulierten Organismen und der Patentierung von Genomen anzueignen. Das KyotoProtokoll (1997) zum Treibhauseffekt erlegt den reichen Ländern keinerlei Verpflichtung auf, um das sehr bescheidene Ziel erreichen, die Treibhausgasemissionen zu verringern. Anlässlich des Haager Gipfels (2000) konnten sich die imperialistischen Mächte nicht auf seine Anwendung einigen. 125 Milliarden US$ in 10 Jahren wurden in Rio für eine Politik zur Verteidigung der Umwelt auf Weltebene angekündigt. Bis 1996 wurden nur 315 Millionen US$ dafür investiert. In der Auseinandersetzung zwischen den reformistischen Ideen, wie sie vom Brundtlandbericht und später in Rio veröffentlicht wurden und dem vorherrschenden ultraliberalen imperialistischen Modell, hat des letztere derzeit die Nase vorn.

Die Nichtregierungsorganisationen (NRO), die in Rio stark vertreten waren, haben sich zuweilen von den Umweltreden der G 7 und der internationalen Institutionen betören lassen. In Zukunft werden die NRO kaum eine andere Wahl haben als sich zu entscheiden zwischen einer völligen Integration, indem sie dem Kapitalismus zu einem ökologischen Anstrich verhelfen, und der Rückkehr zu einer radikalen ökologischen Kritik, die der Ausgangspunkt vieler NRO war.

Heute ist ein praktisches Herangehen an Umweltprobleme Teil jedes bürgerlichen Regierungsprogramms. Im Allgemeinen gibt es Versuche, der Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser Grenzen zu setzen. Dazu kommen Stufenpläne zur Verminderung der gefährlichen Wirkungen von Rückständen aus dem Produktionsprozess. Diese Pläne werden mit Mühe und Not in internationalen Abkommen festgehalten. Unter dem Strich handelt es sich um Behelfsmaßnahmen, die der wirklichen stattfindenden Zerstörung nicht entgegenwirken. Wirtschaftsprogramme und politische Richtungen, die die "ökologische Marktwirtschaft" betreffen, haben ebenfalls an Bedeutung gewonnen. Bis jetzt sind Versuche, die kapitali-

stische Wirtschaft auf ein umweltfreundliches Funktionieren umzuorientieren, über das Stadium theoretischer Betrachtungen nicht hinausgekommen.

Im Zusammenhang mit dem Bemühen, das Treibhausgas zu vermindern, ist im Rahmen der kapitalistischen Globalisierung jedoch eine ungeheure Offensive in Gang, auf Weltebene ein System zur "Vermarktung des Rechts zu verschmutzen" einzurichten. Dieser Mechanismus wurde zuerst von den US befürwortet und in der Folge von der EU akzeptiert. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die bekämpft werden muss. Vor allem schafft sie freie Bahn für die Verstärkung der Abhängigkeit der unterentwickelten Länder vom Norden. In einem Mechanismus, der jedem Land einen umtauschbaren Anteil an Verschmutzung zuteilt, gehört die entscheidende Macht jenen, die die finanzielle Macht haben, mit der Verschmutzung so zu handeln, wie sie es für richtig halten. Die hochverschuldeten Länder des Südens und des Ostens würden Gefahr laufen, ihre Anteile an den Norden zu verkaufen, obwohl die letzteren bei weitem die größten Verschmutzer sind.

Darüber hinaus bezweckt das System, aus der Verschmutzung eine Ware zu machen, also zu einer Quelle des Profits. Wie können wir uns unter diesen Umständen vorstellen, dass das zu einer wirksamen Verminderung der Verschmutzung führen würde?

Schließlich muss unterstrichen werden, dass es der Zweck dieses Mechanismus, das Schlüsselelement der neoliberalen Offensive auf dem Gebiet des Umweltschutzes, ist, die subversive Macht der ökologischen Kritik zu entschärfen, die eine Kampfansage an das gesamte Funktionieren des kapitalistischen Systems verursacht. Er zielt darauf ab, die Glaubwürdigkeit der Idee, dass der Markt das beste Instrument zur Bekämpfung der Verschmutzung ist, wiederherzustellen in dem Sinn, dass mehr Kapitalismus zu einem wesentlich "saubereren" Kapitalismus führen würde.

Diese Idee muss bekämpft werden, ebenso wie die These, die besagt, dass der Umweltschutz zum Motor einer "neuen Modernisierung der kapitalistischen Wirtschaft" werden könnte. Eine große Kluft trennt die reichen Staaten von den armen. Während in den wohlhabenden imperialistischen Ländern ein gewisser Fortschritt in der Eindämmung der schlimmsten Probleme der Verschmutzung und Zerstörung erzielt worden ist, versagen in den armen Ländern sogar die unbedeutendsten notwendigen Maßnahmen wegen Geldmangels oder angesichts der Interessen einiger weniger Firmen, die erfolgreich durch Umweltzerstörung Profite machen.

VII. Erfahrungen in der politischen Organisation der Umweltbewegung

In einer wachsenden Zahl von Ländern entwickeln sich Grüne Parteien. In Westeuropa sind sie in so verschiedenen Ländern wie Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Schweden und Portugal in den Parlamenten vertreten und sie stellen eine bedeutende Gruppe von 47 Abgeordneten im Europaparlament. Sie sind derzeit an Regierungen der Linkskoalition in drei Ländern der Union beteiligt: Deutschland, Frankreich und Belgien. Man findet Grüne Parteien auch in abhängigen Ländern (Brasilien, Türkei etc.). In den Vereinigten Staaten symbolisiert die Kandidatur Ralph Naders im Präsidentschaftswahlkampf ausgehend von Kämpfen gegen die Globalisierung die politische Entstehung einer Front aus vereinigten Umweltschützern, der Jugend und Gewerkschaftern auf der Grundlage.

Natürlich kann die Entwicklung grüner Organisationen und Parteien in den letzten 20 Jahren durch das Auftauchen der ökologische Krise auf Weltebene erklärt werden. Dennoch kann sie nicht ohne weitere politische Faktoren wie das Fehlen einer allgemeinen Perspektive bei der traditionellen Führung der Arbeiterbewegung oder dem Ausbleiben von revolutionären Durchbrüchen im kapitalistischen Europa seit 1968 verstanden werden.

Es ist vollkommen falsch, alle verschiedenen "grünen" Erfahrungen in dieselbe Schublade zu stecken. Abhängig von den Ländern, der politischen Kultur, ihren konkreten historischen Ursprüngen haben sie besondere Eigenschaften. Ihre Bandbreite reicht von einem starken Einfluss bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kräfte bis zur Koexistenz von Linken, Alternativen und Ökosozialisten und schließt reformistische grüne Strömungen ein.

Wir können im Allgemeinen und mit gebührender Vorsicht feststellen:

- Es sind Organisationsversuche innerhalb der reformistischen Linken, meistens irgendwo links der traditionellen Führungen.
- Obwohl 75% ihrer sozialen Basis aus Lohnabhängigen besteht, sehen sich diese Strömungen nicht als Teil der Arbeiterbewegung
- Zwar haben grüne Bewegungen oft als informelle Wahlplattform auf der Grundlage umweltzentrierter Programme begonnen, aber sie haben auch kritische Standpunkte auf anderen Gebieten (Sozialpolitik, Rüstungswettlauf, Dritte Welt etc.) bezogen.

Die Aktivitäten der Grünen haben das Gepräge einer Kombination aus häufig richtiger Kritik an sozialen Ungerechtigkeiten in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen und illusorischen reformistischen Strategien. In den meisten Fällen würgt die Regierungs oder Parlamentsarbeit praktisch die Basisaktivität der Grünen Parteien ab, fördert das Auftauchen traditioneller Formen der Machtdelegation und neigt dadurch zur Untergrabung der radikalen Natur dieser Bewegung. Noch schlimmer: Die deutschen Grünen z.B. befinden sich in einem Prozess, in dem sie all den utopischen Inhalt verlieren, den die ökologische Kritik verkörpert, und werden eine einfache "Reformpartei" unter vielen. Als die Grünen Ende 1998 in die Regierung eintraten verursachte das ein regelrechtes politisches Erdbeben in ihren Reihen. Die Schockwellen setzten sich mit dem schwierigen Kompromiss in der Kernenergiefrage, dem Kosovokrieg und dem verschärften neoliberalen Kurs der Regierungspolitik fort. Trotzdem ist es fruchtlos, über den Rhythmus und die Formen der Ver-

änderungen Vermutungen anzustellen, die die ökologistischen Parteien durchmachen werden und bis zu welchem Ausmaß sich die eigentliche Natur der Grünen durch die Wahl, die sie treffen und die politischen Schwenks, die sie machen, verändern wird.

Revolutionäre Marxisten beurteilen die politischen Akteure nicht auf der Grundlage ihrer Forderungen, ihrer Programme oder ihres Bewusstseins über die eigene Rolle, sondern zuallererst auf der Grundlage ihrer wirklichen Funktion im Klassenkampf. Allgemein kann man davon ausgehen, dass das Auftauchen der grünen Organisationen und Parteien kein Schritt zurück gewesen ist. Im Gegenteil, es hat den Aktionsradius der Linken in vielen Fällen erweitert.

Die Grünen dürfen nicht ignoriert werden, im Gegenteil muss eine aktive Politik ihnen gegenüber entwickelt werden: gemeinsame Aktionen, Debatten über ihre theoretischen Positionen etc. In bestimmten Ländern sind Protestparteien und Umweltbewegungen entstanden, die Wahlbündnisse bilden und einen Teil der kritischen Meinung organisieren. Es obliegt jeder Sektion der Internationale die beste Form der Zusammenarbeit mit solchen Parteien oder Bewegungen konkret festzulegen.

VIII Die Vierte Internationale und die ökologische Krise

Wie wir in Kapitel 4 gesehen haben, finden wir die Voraussetzungen für eine radikale ökologische Kritik des Kapitalismus im ursprünglichen Denken. Aber unsere Internationale versäumte es, ebenso wie die meisten Parteien der Arbeiterbewegung, in den ersten Jahren ihrer Existenz diese Kritik aufzunehmen. Zum Beispiel wäre es nutzlos, im Übergangsprogramm, dem grundlegenden Dokument des Gründungskongresses 1938, danach zu suchen. Im Zeitraum, der dem II. Weltkrieg folgte, übersahen die revolutionären Marxisten die Umweltzerstörung oder die Luft und Wasserverschmutzung nicht mehr. Dennoch wurden diese Phänomene als Teil der negativen Folgen eines ausbeuterischen, unmenschlichen Gesellschaftssystems gesehen und nicht als eine weltweite Erscheinung betrachtet, die die Grundlage des Lebens auf der Erde zu zerstören droht.

Das hat sich seit Anfang der 70iger Jahre geändert, als der Hang zur Selbstzerstörung der kapitalistischen Gesellschaft zu einem weithin diskutierten Thema wurde, einem Diskussionsgegenstand selbst für so bürgerliche Denkweisen wie den Club of Rome 1972. Artikel und Studien, die von Mitgliedern unserer Bewegung verfasst waren, erschienen.

Aber die wirkliche Prüfung für die Organisationen der Arbeiterbewegung war die Geburt einer Massenbewegung gegen die Atomenergie, insbesondere in Japan, Westeuropa und den Vereinigten Staaten.

Praktisch alle Sektionen der IV. Internationale waren an diesen Massenbewegungen beteiligt, obgleich sehr wenige Sektionen beim Nachlassen der AntiAKWBewegung in der Lage waren, ihre ökologische Arbeit zu konsolidieren. Die Erfahrung dieser Bewegungen fand ihren Weg in unsere Weltkongressdiskussionen. In den Texten des X. Weltkongresses wurden die Ökologie und verwandte Themen nicht einmal erwähnt. Jedoch auf dem folgenden Kongress im Jahr 1979 wurde der Kampf gegen die Atomindustrie als eine "Überlebensfrage für die Arbeiterklasse" angesehen und es wurde erklärt, dass es die Pflicht der Internationale und ihrer Sektionen sei, "durch die Einbeziehung von Industriearbeitern die Bewegung zu stärken". Auf dem Kongress von 1985 wurden die Positionen weiterentwickelt. Die Dokumente liefern eine detailliertere Analyse für jeden der drei Sektoren der Weltrevolution. Die wichtigste Entschließung forderte die Internationale und ihre Sektionen auf, der Umweltfrage in ihrer Propaganda und ihren Aktivitäten größeres Gewicht zu geben und gemeinsame Aktionen an der Seite der Umweltbewegung zu organisieren. 1990 skizzierte eine Kommission, die von verschiedenen Sektionen gebildet wurde, den Entwurf für eine Ökologieresolution, der während der Diskussionen auf dem 13. Kongress vorgestellt wurde, aber es wurde beschlossen, weitere Debatten zu führen, bevor eine Entschließung verabschiedet würde.

Heute betrachtet die IV. Internationale die Umweltzerstörung als eine der Hauptbedrohungen für die Menschheit, als ein Problem, dass der berühmten Formulierung von Rosa Luxemburg "Sozialismus oder Barbarei" eine neue Bedeutung gibt. Sie sieht ihre Hauptaufgabe auf diesem Gebiet darin, eine Verbindung zwischen der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen mit dem Kampf gegen die Zerstörung des Planeten zu schaffen. Sie ist bestrebt den Weg für eine Zusammenarbeit zwischen der sozialen Bewegung und der Umweltbewegung zu ebnen, nicht nur gegen die verschiedenen Formen der Zerstörung, sondern auch gegen das Gesellschaftssystem, das in erster Linie dafür verantwortlich ist. Sie möchte sich an den Diskussionen in diesen Bewegungen beteiligen und versuchen den weitverbreiteten Illusionen über einen "sauberen" Kapitalismus entgegenzuwirken.

In vielen Ländern spielt die Internationale eine aktive Rolle in den laufenden Kämpfen, so beim Kampf gegen genmanipulierte Organismen und die Zerstörung des Amazonasregenwalds in Brasilien. Die europäischen Sektionen sind zunehmend an der Umweltbewegung ihrer Länder beteiligt. In unserer Analyse stellt das Umweltthema einen der wichtigsten Pole dar, um den sich die Arbeiterbewegung reorganisieren muss.

All das bedeutet nicht, dass es keine Probleme dabei gegeben hat, diese neuen Themen in die Aktivitäten unserer Bewegung einzubringen. Viele Genossen blickten weiterhin auf die Umweltprobleme als einen der vielen Widersprüche des Kapitalismus neben anderen.

Sie haben sie nicht als Probleme gesehen, die eng mit dem alltäglichen Überlebenskampf der Arbeiterklasse gegen unmenschliche Lebens und Arbeitsbedingungen und die Kriegsdrohung verbunden sind. Die meisten Sektionen begannen erst über Umweltfragen nachzudenken, wenn es Schlagzeilen in

den Zeitungen im Anschluss an Aktionen anderer Kräfte gab. Als Ergebnis hat die Debatte in der Internationale eher langsam Gestalt angenommen. Während andere Strömungen und Individuen die Frage von Ökologie und Sozialismus seit Jahrzehnten erörtert haben, blieben die revolutionären Marxisten verhältnismäßig still. Es wird immer deutlicher, dass die Marxisten sich besonders anstrengen müssen, ihre Methoden auf die objektiv aufgeworfenen Fragen anzuwenden. Es ist nicht länger möglich, einfach ein paar Elemente ökologischen Denkens zu nehmen und ihnen einen Klecks roter Farbe zu geben.

Die IV. Internationale will nicht einfach nur an Diskussionen über konkrete Umweltpolitik teilzunehmen. Sie will auch die politischen und organisatorischen Schritte nach vorne tun, die für die Massenaktion notwendig sind. Nur durch die Aktion von Massenbewegungen können die gegenwärtigen Bedingungen verändert werden.

IX. Aktionsprogramm

Heute gibt es in der ganzen Welt ein breites Spektrum von Initiativen und Bewegungen gegen die Ausplünderung und Zerstörung der Natur. Die IV. Internationale unterstützt diese Initiativen und diese Bewegungen und beteiligt sich an ihnen, manchmal kritisch, da die allgemeinen Positionen gewisser Ökologen oft ziemlich verworren sind. Die Erfahrungen der Umweltbewegung zeigen, dass nur breite Mobilisierungen und Massenproteste es ermöglichen, die öffentliche Meinung auf unsere Seite zu ziehen und wirkliche Ergebnisse zu erzielen.

a. Vorschläge

Es sei hier an einige grundlegende ökologische Probleme erinnert, die gelöst werden müssen, wenn die Menschheit überleben soll. All diese Fragen können nur international angegangen werden. Hierauf wollen wir unsere Kräfte konzentrieren zum Beispiel im Rahmen internationaler Kampagnen , hier wollen wir unsere Vorschläge einbringen und auch aufzeigen, wie sie umgesetzt werden können.

Diese Mobilisierungen können sich entlang folgender Achsen entwikkeln; die Aufzählung ist keineswegs erschöpfend:

Forderungen:

- Radikaler Bruch in den Ländern der "Dritten Welt" mit dem Agrarsystem, das auf der Produktion für den Export beruht, einem System, das Hunger und Elend erzeugt;
- Gegen das kapitalistische Agrobusiness, das die Umwelt schädigt und schwerwiegende gesundheitliche Probleme (z. B. Rinderwahnsinn) erzeugt;
- Sofortiger Ausstieg aus der Nuklearwirtschaft;
- Stopp der Zerstörung tropischer Wälder und der Schädigung von Wäldern in den industrialisierten Ländern;
- Die Meere, Flüsse und Seen dürfen nicht länger als Müllkippen verwendet werden;
- Gegen die Patentierung von Lebewesen; Moratorium für genetisch manipulierte Produkte;

Stopp der beschleunigten Ausrottung von Tier und Pflanzenarten; Erhalt der Artenvielfalt.

Alternativen:

- Eine landwirtschaftliche Produktion in der "Dritten Welt", die vorrangig die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt;
- Rationeller und geplanter Gebrauch der Energie statt des Raubbaus an nicht erneuerbaren Energiequellen: Entwicklung von alternativen Energiequellen wie Sonnen und Windenergie, Biomasse usw.
- Organisierung der Landwirtschaft nach ökologischen Kriterien;
- Statt einer weiteren Ausdehnung des motorisierten Individualverkehrs Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, speziell der Eisenbahn;

Eine radikale Politik, die auf die Vermeidung und die Wiederverwendung von Abfällen zielt: Der Einbau von Filtern, Reinigungseinrichtungen usw. genügt nicht. Wir brauchen einen völligen Umbau der Industrie, der von vornherein auf die Vermeidung von Umweltverschmutzung am Ort des Entstehens abzielt.

Wie sollen diese Alternativen verwirklicht werden?

Der Kampf muss organisiert werden für:

- Eine tiefgreifende Landreform in den Ländern der "Dritten Welt";
- Vollständige Schuldenstreichung der unterentwickelt gehaltenen Länder;
- Entwicklung von Plänen zur Erschließung alternativer Energiequellen, die von der Arbeiterbewegung und der ökologischen Bewegung ausgearbeitet werden in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Wissenschaftlern;
- Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses (das zum Beispiel die Verheimlichung von giftigen Emissionen ermöglicht) und die Verpflichtung zur Erstellung eines Registers der verwendeten Stoffe und der erzeugten Produkte; freie Einsicht in diese Register;
- Schaffung einer "ökologischen Gegenmacht" und zwar vermittels gesellschaftlicher Kontrolle über die Produktion
- Eine Produktion, die ökologischen Kriterien gerecht wird und die auf die Befriedigung der Bedürfnisse und nicht auf das Profitsystem oder die Macht der Bürokratie ausgerichtet ist;

Eine sozialistische, freie, demokratische, pluralistische und selbstverwaltete Gesellschaft, die die Umwelt bewahrt.

b. Die Verbindung von ökologischer und sozialer Frage

Die ökologische Krise und die soziale Krise werden weitgehend von den gleichen Mechanismen geschürt. Die Interessen der großen Wirtschaftslobbies, die immer ausschließlichere Diktatur der "Märkte", die Weltordnung, die durch WTO, IWF, Weltbank und G 8 usw. verkörpert wird, verbinden sich, um Menschen und Natur ausbluten zu lassen. Gemeinsame Elemente wirken in der gegenwärtigen ökologi-

schen und sozialen Krise, gemeinsame Gegenmittel können und müssen aufgeboten werden. Es ist unentbehrlich, den Würgegriff des "Wirtschaftsliberalismus" zu zerbrechen und die menschlichen Bedürfnisse und die ökologischen Erfordernisse ins Zentrum zu stellen. Daher gibt es eine Gemeinsamkeit des ökologischen und sozialen Kampfes und ein naheliegendes Terrain für eine Annäherung.

1. Verteidigung des Öffentlichen Dienstes

Das Beispiel des Verkehrs zeigt deutlich, in welchem Ausmaß die staatliche Politik für eine angemessene Antwort auf die sozialen und ökologischen Erfordernisse geboten ist. In Europa erfordert die Logik des Marktes die Beschneidung des Eisenbahnnetzes auf "gewinnbringende" Technologien und Strekken, und vertraut auf Straßen und Autobahnen als die Lösung für alles andere. Soziale (billiger öffentlicher Verkehr, ein das ganze Staatsgebiet umfassendes Streckennetz, akzeptable Löhne und Arbeitsbedingungen) und ökologische Bedürfnisse (Verminderung der am stärksten verschmutzenden, gesundheitsschädlichsten und energieintensivsten Formen des Verkehrs) erfordern die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs in einer Logik des öffentlichen Dienstes. Dasselbe gilt für andere Gebiete.

Aber mit dieser Feststellung ist die Auseinandersetzung darüber, wie die öffentlichen Dienste in der modernen Welt organisiert sein sollen, nicht beendet. Tatsächlich neigen die staatlichen Monopole dazu, ihre Politik auf der Grundlage undemokratischer Ziele zu entwickeln. (Auf dem Gebiet der Energieversorgung seien nur Verbindungen zwischen Erdölproduzenten und imperialistischen Interventionen in Afrika oder die Verbindungen zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Kernkraft erwähnt.) Sie benutzen kapitalistisch ausgerichtete Managementmethoden und Produktionsmodelle und verwenden Rentabilitätsstandards, die von den privaten Monopolen übernommen wurden.

2. Der Kampf gegen die Umweltverschmutzung

Die Öffentlichkeit ist sich der menschlichen (Schädigung der Gesundheit, Preiserhöhungen, usw.) und der natürlichen Kosten (Angriffe auf die Artenvielfalt) der Umweltverschmutzung immer stärker bewusst geworden, ebenso der Rolle, die bei der Verschärfung dieses Problems von vielen etablierten wirtschaftlichen Interessen gespielt wird. Dies gilt für die beherrschende Stellung des Autos, die davon herrührende Luftverschmutzung und die wachsenden Gesundheitsprobleme in den städtischen Zentren. Die Macht des Agrobusiness, die scheußliche Verschmutzung der Gewässer und die kaum wieder rückgängig zu machende Verschmutzung des Grundwassers. Das Gewicht der Atomlobby und die Anreicherung radioaktiven Abfalls über sehr lange Zeiträume in Frankreich und anderen Ländern. Die Rolle, die wichtige private Interessen bei der Erhöhung der Trinkwasserpreise im Norden und beim fehlenden Zugang zu Trinkwasser für viele Menschen im Süden spielen. Auf jedem dieser Gebiete brauchen die ökologischen und sozialen Kämpfe als Gegengewicht eine alternative Logik zu der von den herrschenden wirtschaftlichen Kräften vertretenen.

Die Tragweite der Umweltverschmutzung und der Probleme der öffentlichen Gesundheit haben zu einer gesteigerten öffentlichen Aufmerksamkeit geführt. Es ist schwieriger geworden sogenannte Umweltangelegenheiten als Randfragen, als mit sozialen Fragen nicht verbunden, oder als elitäre Sorgen und kleinbürgerlichen Luxus abzutun. In Europa markiert die "BSEKrise" wahrscheinlich eine Trendwende vergleichbar mit Tschernobyl auf dem Gebiet der Atomenergie. Sie hat ein grelles Licht auf die ernste Bedrohung geworfen, die von der Produktionsweise der Agrarindustrie ausgeht.

Es ist auch erforderlich, trügerische Strategien zu bekämpfen, wie einen Markt für Verschmutzungsrechte, den die Länder des Nordens auf diesem Planeten einzuführen versuchen. Die Umweltverschmutzung sollte beseitigt und nicht an den Meistbietenden verkauft werden.

3. Verteidigung der Arbeitsplätze

Eine Umweltschutzpolitik würde viele neue Arbeitsplätze auf zahlreichen Gebieten schaffen. Mehr noch: Die herrschende Wirtschaftslogik, die die natürliche Umwelt übermäßig ausbeutet, erzeugt auch die Arbeitslosigkeit. Dies ist eindeutig im Fall des Agrobusiness, das die ländlichen Gegenden sowohl ihres natürlichen (drastische Verminderung der Landschafts und Artenvielfalt) als auch ihres menschlichen (drastischer Rückgang der Beschäftigung und Landflucht) Gehalts beraubt. Das ist ebenso der Fall bei der Autoindustrie, die massiv Arbeitskräfte abbaut, während sie ihre Produktionskapazität erhöht und deren Wort hinsichtlich Verkehrsangelegenheiten, Stadt und Regionalplanung sowie Stadtentwicklung Gesetz ist. Eine alternative sozioökonomische Logik würde es möglich machen, Produktionsverhältnisse zu entwikkeln, die weniger räuberisch gegenüber der Natur und unserer Lebensweise sind und gleichzeitig mehr Arbeitsplätze schaffen.

Andererseits muss klar sein, dass die Revolutionärinnen und Revolutionäre nicht alle heute existierenden Arbeitsplätze verteidigen, etwa in der Nuklear oder der Automobilindustrie ganz zu schweigen von der Produktion von Tiermehl... Wir kämpfen dafür, dass jeder und jede einen Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen hat, aber nicht notwendigerweise gerade den Arbeitsplatz, den er oder sie heute hat.

4. Der Kampf um Land

Auf internationaler Ebene ist der Kampf um Land einer der bedeutendsten Vermittler für die Annäherung zwischen sozialen und Umweltbewegungen. Nicht zufällig sind die von einem sozialen Standpunkt aus radikalsten Landbewegungen auch jene mit dem entwickeltsten Umweltbewusstsein. Sie stehen auf gegen das umweltverschmutzende Agrobusiness mit seinen gentechnisch veränderten Organismen, seinen Kunstdüngern und Pflanzenschutzmitteln, die die Umwelt vergiften. Sie beziehen Stellung gegen die kapitalistische Landwirtschaft,

die den Boden und die Wälder zerstört. In den Ländern des Südens ist dieser Kampf untrennbar mit dem Kampf für radikale Landreform, gegen das Monopol der Großgrundbesitzer auf das Eigentum an Land und für die Neuverteilung des Bodens verknüpft. Aber der Kampf für eine alternative Landwirtschaft, die mit der Umwelt achtsam umgeht und die auf der Arbeit von Kleinbauern, Kooperativen, ländlichen oder indigenen Gemeinschaften beruht, ist eine planetare Herausforderung, die sowohl die Dritte Welt als auch die kapitalistischen Metropolen angeht. Eine der wichtigsten Kräfte in dieser Schlacht um Land ist "Via Campesina", ein internationales Netzwerk der Landlinken, das von so wichtigen Bewegungen wie der brasilianischen Landlosenbewegung (MST) und der französischen Kleinbauernvereinigung (Confédération paysanne) getragen wird. Diese sozialen Bewegungen unterstützen eine andere Auffassung von landwirtschaftlicher Produktion mit dem Ziel, die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung, statt die des globalen kapitalistischen Marktes zu befriedigen, und achten das Recht der Völker, ihre Ernährung selbst zu erzeugen.

5. Abschaffung des Schuldensystems

"Entwicklung durch Verschuldung", angeregt durch die Finanzmächte des Nordens, führte zu einem System der Kontrolle über die Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer (vor allem im Süden) und mehrte die Macht von IWF und Weltbank (auch im Norden). Das Diktat von Zinsforderungen und von ultraliberalen Scharfmachern der WTO hat unheilvolle Folgen für die menschlichen Gesellschaften (Zerstörung des sozialen Netzes, der Subsistenzwirtschaft) und für die Natur (Zerstörung natürlicher Ressourcen für Exportzwecke). Das bedeutet, dass die grundlegenden Mechanismen dieses Systems der Vorherrschaft sowohl von der sozialen als auch der ökologischen Seite her bekämpft werden müssen. Die vom GATT und später von der WTO formulierten Regeln für den Welthandel verstärken die Vorherrschaft der wichtigsten Multis im Norden. Indem sie lokale Märkte für ihre Waren aufbrechen, haben diese Institutionen die Abhängigkeit vermehrt (sogar von Nahrungsmitteln), das soziale Gleichgewicht untergraben und zu einem verrücktem Wachstum des internationalen Warenverkehrs geführt, das die Energie und ökologische Krise anheizt.

6. Langzeitperspektive und Demokratie

Die Umweltfrage verlangt, dass wir uns über die langfristigen Folgen im Klaren sind, denn die Rhythmen der Natur weisen einen ganz anderen Zeitrahmen auf als die notwendigerweise kurzen des Marktes. Viele soziale Bedürfnisse (Erziehung, Gesundheit, usw.) verlangen ebenso einen längeren Zeitraum als der "allmächtige Markt", um ihre Zwekke zu erreichen, und das ist einer der Hauptgründe für die Existenzberechtigung eines öffentlichen Dienstes, der diesen Namen verdient. Die ökologischen Notwendigkeiten und die menschlichen Bedürfnisse verlangen beide, dass unsere alternative Politik diese langen und sehr langen Zeiträume berücksichtigt. Dies führt zu einer generationenübergreifenden Solidarität. Neben der Verteidigung der sozialen Bedürfnisse hat auch die Ökologie dem Konzept der Planung neue Legitimität verliehen. Was bedeutet Planung anderes, als die Langzeitwirkungen in Betracht zu ziehen?

Aber die Ökologie hat auch Anteil an der Entwicklung einer eingehenden Kritik der bürokratischen Erfahrungen der früheren Ostblockländer. Ist dieses unerlässliche Zusammentreffen von ökologischen, demokratischen und sozialen Zielen und Kräften möglich? Ja, weil heute die ökologische und die soziale Krise ihren gemeinsamen Ursprung im Kapitalismus haben. Gemeinsame Ursachen rufen nach gemeinsamen Lösungen.

Der Antikapitalismus ist keine Sammlung "negativer" Ideen. Tatsächlich ermöglicht er es, den Zusammenhang von ökologischen und sozialen Kämpfen vorauszusehen. Er hilft auch, gemeinsame Alternativen in einem positiven Geist der Solidarität zu schaffen. Er beleuchtet sowohl die Ursachen als auch die Lösungen auf. Andererseits, sollte die politische Ökologie dabei versagen, eine Kritik am Kapitalismus einzubeziehen, läuft sie Gefahr, sich dem Mainstream anzupassen, ihre radikalen Seite zu verlieren und in elitäre, letztlich antidemokratische Lösungen zurückzufallen, die zugleich unsozial, ungerecht und ohnmächtig sind.

Dies verlangt nach wirklichen Verknüpfungen, nicht nur danach, Ökologie mit ihren sozialen Auswirkungen gleichzusetzen. Das ökologische Denken hat tatsächlich eine wesentliche Dimension erschlossen, die als solche im sozialen Denken nicht auffindbar ist, eine Analyse der Beziehung zwischen der menschlichen Gesellschaft und der Natur. Das ist sein wesentlicher Beitrag und sein eigenes Gebiet. So können wir festhalten, dass wir weder die Umweltfrage allein auf soziale Folgewirkungen beschränken, noch die sozialen Gegensätze im Namen der weltweiten ökologischen Erfordernisse missachten dürfen.

Chris Harman

Globalisierung: Kritik einer neuen Orthodoxie (1996)

„Globalisierung“ ist eine der Orthodoxien der 1990er Jahre geworden. Das Wort taucht auf in den Wirtschaftsseiten der Zeitungen und in den Jahresberichten von Firmen, man hört es in den Reden fast aller Politiker in den parlamentarischen Parteien von John Redwood zu Tony Blair, es ist ein allgemeiner Begriff in den Rundschreiben von Konzernen und bei Versammlungen von Betriebsräten. Überall wird es verwendet, um zu bezeichnen, daß sie Weltwirtschaft eine neue Stufe erreicht hat, der Regierungen sowie Arbeiter fast ohnmächtig gegenüberstehen und sich nicht widersetzen können.

Diese neue Stufe sollte aus einer wachsenden Internationalisierung der Produktion und der Vermarktung entstehen. Firmen, wird behauptet, sind viel abhängiger als je zuvor von ihrer Fähigkeit, im Ausland trotz der „globalen Konkurrenz“ zu verkaufen. Sie können das erfolgreich machen, nur wenn sie multinationale Korporationen werden, die Produktion selbst in einem internationalen Ausmaß organisieren und nationale Grenzen ignorieren. Sie können dann jeder Kontrolle durch Nationalstaaten oder Arbeiterbewegungen entkommen, die innerhalb nationalen Grenzen funktionieren. Sie sind frei dazu, ihr Kapital dahin zu verschieben, wo die Arbeitskräfte am billigsten sind, und daher können sie alle Versuche durchkreuzen, Löhne und Bedingungen durch gewerkschaftliche Aktion zu verteidigen.

Dieser Konsens wird normalerweise von „neoliberalen“ Befürwortern der freien Marktwirtschaft artikuliert [ausgedrückt]. Sie bestehen darauf, daß die neue Weltordnung jeden Versuch ausschließt, das System durch den Keynesianismus oder den Staatskapitalismus zu regeln, geschweige denn vom Sozialismus zu sprechen. Jeder solche Versuch, behaupten sie, kann nur zu einer rückständigen Belagerungswirtschaft, eigentlich zu einer schrecklichen Wiederholung des Jahres Null in Kambodscha führen. Aber nicht bloß weitreichende Änderung wird dadurch ausgeschlossen. So auch die mildesten Reformen – ein Mindestlohn von mehr als ein Drittel des Zentralwerts, jede weitere Kürzung der Arbeitsstunden [Arbeitswoche], jeder Versuch, Arbeitsplätze gegen die welkenden Wirkungen der Rezession zu verteidigen. Wenn Arbeiter ihre Forderungen zu hart drängen, dann werden die Firmen einfach ihr Zeug einpacken und irgendwo anders umziehen. Wenn Regierungen bedeutende Reformen durchführen, dann wird neue Investition einfach zu rentableren Teilen der Welt fließen. Alles, was man machen kann, ist, Politik [Pläne] zu entwickeln, die eine bestimmte Gruppe Arbeiter produktiver und kostengünstiger machen wird [werden] als die Arbeiter anderswo in der Welt, oder die es einer Regierung ermöglicht [ermöglichen], andere beim Garantieren der Rentabilität zu überbieten.

Diese Behauptungen untermauern die Erklärungen, die von den orthodoxen „neoklassischen“ Ökonomen für die zunehmende Kluft in fast jedem Land zwischen den Einkommen der Reichen und denen der Masse der Bevölkerung liefern. Die Reichen, wird behauptet, werden dafür „belohnt“, daß sie Fertigkeiten haben, die knapp sind, während die Arbeiter den Preis bezahlen, weil sie Fertigkeiten haben, die durch den weltweiten Arbeitsmarkt leicht zu ersetzen sind. Aber das Argument über „Globalisierung“ hat einen größeren Widerhall. sie wird von einigen auf der revolutionären Linke sowie einigen vom protektionistischen Rechtsaußen wiederholt. So schrieb ein ehemaliger Redakteur dieser Zeitschrift Nigel Harris vor mehr als einem Jahrzehnt von:

> einem einzigen weltweiten Arbeitsmarkt, der sich in Richtung eines Preises für die Arbeitskraft in jedem Fertigkeitsgrad bewegt, egal ob die Länder mehr oder weniger entwickelt sind ... Das deutet darauf hin, daß Gruppen von Arbeitern in verschiedenen Ländern miteinander um Beschäftigung konkurrieren und bieten den Unternehmern den niedrigsten Preis bei einem gegebenen Niveau der Arbeitsproduktivität an. Die Macht der Gewerkschaften, diesen Handel zu beeinflussen ..., existiert im internationalen Zusammenhang kaum. [1]

Kürzlich behauptete James Goldsmith, der Milliardär und rechte Geißel der britischen Konservativen Partei, in einem Interview in der sozialdemokratischen Zeitung Tribune:

1. N. Harris, The End of the Third World, London 1986, S.198.

> Etwas schuf die Arbeitslosigkeit. Es war nicht die Hochtechnik, die die normale Entschuldigung ist. Was man hat, ist die Massenbewegung des verarbeitenden Gewerbes ins Ausland ... Das System bezahlt den Besitzern einer Firma dafür, Fabriken zu schließen, allen ihren Arbeitsplätze wegzunehmen und sie ins Ausland umzulegen. Und das passiert über das ganze Spektrum. Es gilt für das verarbeitende Gewerbe und für Dienstleistungen ... Transnationale Korporationen sind heute zahlenmäßig wenig, aber sie ziehen mit großer Geschwindigkeit Dänin um, wo die Arbeitskräfte billig sind. [2]

So mächtig ist dieser Konsens über „Globalisierung“ geworden, daß diejenigen, die die Logik des Weltsystems herausfordern wollen, oft als einen Rückgriff auf die Vergangenheit behandelt werden. Das ist eine besonders ungewöhnliche Situation für revolutionäre Sozialisten, denn es ist nicht lange her, seitdem wir von einem großen Teil der Orthodoxie wegen unserer Betonung auf die Macht des internationalen Kapitalismus völlig abgetan wurden.

Es gibt jedoch einige wenige Stimmen außerhalb der revolutionären Linke, die bereit sind zu sagen, daß der König wenige Kleider hat. Der radikale amerikanische Ökonom David Gordon forderte den Konsens in einem wichtigen Artikel vor acht Jahren heraus. Kürzlicher haben die akademischen Reformisten Paul Hirst und Grahame Thompson, der einflußreiche nichtmarxistische Soziologe Michael Mann sowie W. Ruigrok und R. Van Tulder die Golbalisierungsthese frontal herausgefordert. [3] Die Mehrheit ihrer praktischen Schlußfolgerungen sind von unseren sehr unterschiedlich: Mann, Hirst und Thompson insbesondere wollen Platz für die alte Art Reformismus finden und Argumente ordnen, die Hirst z.B. schon in einer Debatte vor 18 Jahren verwendete. [4] Trotzdem lohnt es sich, ihre Herausforderungen des Konsenses zu überprüfen, weil sie wirklich einige seiner größeren Behauptungen lochen, auch wenn sie absolut darüber verwirrt sind, womit sie ihn ersetzen sollten..

Das Gegenargument [Die Gegenargumentation]

Der Kern ihres Arguments besteht darin, daß die „Globalisierung“-Orthodoxie vielleicht mit einigen unbestreitbaren Tatsachen anfängt, aber einige davon sind überhaupt nichts Neues. Und die Orthodoxie geht weiter und errichtet auf ihnen eine Darstellung der Weltwirtschaft und des Verhaltens von Firmen darin, sie sich von der Realität in vielen wichtigen Hinsichten unterscheidet. allzu oft verwechseln ihre Anhänger das, was laut der „neoklassischen“ Theorie der freien Marktwirtschaft der Fall sein sollte, mit dem, was wirklich passiert.

Der internationale Charakter des Kapitalismus ist nichts Neues. Die Suche nach Märkten, die so weit wie möglich über die Welt verstreut sind, und die Umlegung [Umlagerung] von Geldern über Staatsgrenzen sind ein Merkmal des Kapitalismus seit seinen Ursprüngen im Mittelalter gewesen. [5] Der klassische Nationalökonom David Ricardo bestand darauf so weit zurück wie 1821, daß der Staat nicht versuchen sollte, Arbeitsplätze durch Einmischung mit Investition zu schützen, weil: „Wenn man einem Kapital nicht erlaubt, das größte Nettoeinkommen zu bekommen, das die Anwendung von Maschinerie hier ermöglichen wird, wird sie ins Ausland getragen“, was zu „ernsthafter Abhaltung von der Nachfrage für Arbeitskraft“ führen wird. [6]

Bis zur Zeit des Kommunistischen Manifests in 1848 konnten Marx und Engels über das System schreiben mit Worten, die denen sehr ähneln, die heute von Leuten verwendet werden, die die Globalisierung als radikale neue Entwicklung betrachten:

> Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.
>
> Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und die Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung heischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allsei-

2. Tribune, 21. Juni 1996.

3. D. Gordon, The Global Economy New Left Review 168, März/April 1988; P. Hirst und G. Thompson, Globalisation in Question, London 1996; M. Mann, As the twentieth century ages, New Left Review 214, 1995; W. Ruigrok und R. van Tulder, The Logic of International Restructuring, London 1995).

4. Bei Marxism, der theoretischen Veranstaltungswoche der britischen SWP, in 1978.

5. Wie z.B. der große Wirtschaftshistoriker Ferdinand Braudel deutlich in seinem Buch The Wheels of Commerce (dem zweiten Band seiner Trilogie Civilisation and Capitalism), New York 1982, beschreibt.

6. D. Ricardo, On the Principles of Political Economy and Taxation, Cambridge 1995, S.39.

> tiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. [7]

Das Wachstum der globalen Operationen des Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war gut und gerne ebenso groß wie das, was man in den letzten drei Jahrzehnten beobachtet hat. Der Welthandel wuchs um 900 Prozent bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs – mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 3,4 Prozent pro Jahr zwischen 1870 und 1913. Daneben gab es ein enormes Wachstum der internationalen Finanz, da das Finanzsystem sich auf dem unbeschränkten Goldfluß von einem Land zum anderen. Bis die 1880er und 1890er Jahre floß etwa die Hälfte der Investitionen aus Großbritannien – immer noch dem mächtigsten kapitalistischen Land – ins Ausland. [8]

Die Wachstumsrate des internationalen Handels in den letzten Jahren ist bloß etwa um das gleiche Tempo wie vor einem Jahrhundert, während Regierungen viel mehr einmischen, um den Fluß von Waren und Kapital zu beeinflussen, als sie damals machten. Exporten haben sich vielleicht verdoppelt zwischen 1960 und 1990, bis sie etwa 20 Prozent des weltweiten Ausstoßes bilden. Aber das bedeutet, daß 80 Prozent des Ausstoßes für Märkte innerhalb der Länder bestimmt sind, wo er produziert wird.

Der internationale Handel wuchs in der Tat schneller während der 1950er und 1960er Jahre als während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – um etwa 9,9 Prozent pro Jahr bis 1973 –, aber das hat kürzlicher nicht gestimmt. Und der Anteil der Importe und Exporte für die drei wichtigeren Teile der fortgeschrittenen Welt – die USA, Japan und die EU – ist seit 15 Jahren mehr oder weniger gleich geblieben. [9] Eigentlich ist die Ausnahme, was die Geschichte des Kapitalismus betrifft, nicht das Wachstum des internationalen Handels gewesen, sondern die Tatsache, daß er stagnierte und sogar fiel für mehr als 30 Jahre nach 1914. Das heißt: Wenn der internationale Handel 1914 gleich 100 war; dann fiel er 1920–25 auf 82; bis 1931–35 war sie bloß auf 93 gestiegen, und erst 1948 stieg er auf 103, gerade über dem Niveau von 1913.

Der Fall im Außenhandel während dieser Jahre wurde von zwei Zusammenbrüchen im alten auf Gold gestützten internationalen Währungssystem begleitet – mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs und dann wieder während der Großen Depression Anfang der 1930er Jahre. Ein neues auf dem Dollar wie auch Gold gestütztes internationales Währungssystem, daß sie auf die Regierungen verließ, um Den Versuch zu machen, ihre Wechselkurse festzulegen, das „Bretton Woods“-System, entstand erst gegen Ende des Zweiten Weltkriegs. Seitdem ist es auch Anfang der 1970er Jahre zusammenbrach, sind die Währungen frei dazu, wertmäßig in Verhältnis miteinander zu „schweben“, aber Regierungen (in der Form der Zentralbanken) haben großen Einfluß durch Intervention ausgeübt, um Währungen zu kaufen und zu verkaufen. Das Ergebnis ist, daß die Wechselkurse zu einem bedeutenden Teil von Verhandlungen zwischen Regierungen (oder Zentralbanken) abhängen, eher als von reinen Marktkräften. Wie Mann bemerkt.

> Inländische Ersparnisse und Investition stehen immer noch miteinander in Verhältnis auf einem Niveau von 75 Prozent unter den OECD-Ländern, was darauf andeutet, daß ausländisches Kapital nicht so mobil [beweglich] ist ... Und die Unterschiede in realen Zinsraten in den verschiedenen Ländern sind etwa denen vor einem Jahrhundert gleich. In der Tat, es läßt sich zweifeln, ob in vielen Hinsichten das Kapital transnationaler ist als vor 1914, außer im Sonderfall der Europäischen Union. [10]

Bedeutender als das Wachstum des Handels ist das Wachstum der direkten Investition im Ausland, die viermal so schnell wie der Handel Mitte der 1980er Jahre wuchs und seitdem zweimal so Schnell wie Handel gewachsen ist. [11] Ein großer Teil der Glaubwürdigkeit der Orthodoxie über „Globalisierung“ entsteht aus dieser Erscheinung. Sie ermöglicht der Orthodoxie, ein Bild des Kapital zu malen, das gleichmäßig über die Oberfläche der Erde fließt, sich unaufhörlich von einem Ort zum anderen verlegt auf der Suche nach niedrigeren Löhnen und höheren Profiten mit einer Tendenz dazu, Produktionsanlagen gleichmäßig über die fünf Kontinente zu streuen.

Tatsächlich aber unterscheidet sich das wahre Bild der Erörterung des Kapitals davon sehr. Fast alle größeren multinationalen Firmen investieren mehr in einem Land als in allen anderen. Von den 100 größten Firmen, die in der Zeitschrift Fortune aufgelistet werden, machen 40 die Hälfte ihrer Verkäufe oder mehr in ausländischen Märkten, aber bloß 18 erhalten die Mehrheit ihres Vermögens im Ausland und 19 mindesten die Hälfte ihrer Arbeiterschaft. [12] Noch dazu, diese Minderheit, die sich in dieser weise internationalisiert hat, besteht normalerweise aus denjenigen, die ihren Sitz Hohn den kleineren europäischen Ländern – der Schweiz, den Niederlanden, Schweden – haben

7. Marx u. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in Marx u. Engels, Ausgewählte Werke (später MEAW), Bd.I, Berlin 1986, S.420.

8. Zahlen für den internationalen Handel und den Fluß von Investitionen werden in Hirst u. Thompson, a.a.O., und in Ruigrok u. van Tulder, a.a.O., S.124, gegeben.

9. Hirst u. Thompson, a.a.O., S.19–22.

10. Mann, a.a.O., S.117–8.

11. Zahlen für die Flüsse des internationalen Handels und Investition werden gegeben in Hirst u. Thompson, a.a.O., sowie in Ruigrok u. van Tulder, a.a.O., S.124.

12. Ruigrok u. van Tulder, a.a.O., S.156.

und die „Internationalisierung“ nimmt normalerweise die Form der Investition in industriellen Regionen in enger Nähe zur eigenen an (Niederländisches Kapital, das nach Großbritannien und Deutschland schaut, schweizerisches Kapital, das nach benachbarten Regionen in Deutschland und Frankreich schaut, usw.). Was hier stattfindet ist oft eher eine „Regionalisierung“ als eine Internationalisierung des Kapitals.

Die größten multinationalen Firmen investieren nicht gleichmäßig über die ganze Welt. Die Mehrheit des Handels und der Investition findet zwischen fortgeschrittenen Ländern statt. So war Anfang der 1990er Jahre die Hälfte der kumulativen Investition Großbritanniens in den USA, 27 Prozent in Westeuropa. Für weltweite Gesamtinvestition im Ausland waren drei Viertel in Nordamerika, Westeuropa oder Japan konzentriert. Die zehn wichtigsten Schwellenländer machten bloß 16,5 Prozent aus (das wär's, was die Geschichte darüber betrifft, daß Firmen ihr ganzes Geld nach Singapur oder Taiwan verlegen), während die übrige Welt neu 8,5 Prozent bekommt. Mit anderen Worten, weit davon entfernt, ein homogenes „globales“ Spielfeld für Investition zu sein, wird fast zwei Drittel der Welt praktisch von der Karte abgeschrieben, was direkte Investition betrifft. Wie Stopford und Stange darauf hingedeutet haben:

> Als Firmen die Kraft der neuen Technik [Technologie] anspannen, um neue Systeme der Tätigkeit zu schaffen, die direkt über Grenzen verbunden sind, so konzentrieren sie sich auf diejenigen Territorien, die das größte Potential dafür anbieten, ihre Investition zurückzugewinnen. Außerdem verschiebt sich in einer wachsenden Anzahl von Schlüsselbranchen die Basis der Konkurrenz, um Produktqualität zu betonen, nicht nur Kosten. attraktive Standorte für neue Investition sind zunehmend diejenigen, die Fachkräfte und effiziente Infrastruktur anbieten ... [13]

Anteil des Geschäfts der multinationalen Firmen im eigenen Land (Prozentsatz) [14]

	Verkäufe Verarbeitung	Verkäufe Dienstleistungen	Vermögen Verarbeitung	Vermögen Dienstleistungen
USA	64	75	70	74
Japan	75	77	97	74
Deutschland	48	65	n. vorh.	n. vorh.
Frankreich	45	69	55	50
Großbritannien	36	61	39	61

Noch dazu konzentriert sich der Großteil der Investition der Firmen eines Landes im gleichen bzw. in benachbarten Ländern, wie folgende Tabelle für die größeren multinationalen Firmen im Jahr 1992–93 zeigt:

Das Vermögen der multinationalen Korporationen der USA sind hauptsächlich zu Hause konzentriert, und das Vermögen der japanischen ist überwiegend da konzentriert. Im Fall der europäischen Mächte ist das Bild nicht sehr viel anders, wenn man sich auf den Standort des „ausländischen“ Vermögens achtet – es ist überwiegend in den anderen europäischen Staaten. So sind 31 Prozent des Vermögens im verarbeitenden Gewerbe und 35 Prozent des Vermögens im Dienstleistungssektor in anderen europäischen Ländern – was kumulativen Zahlen von 86 bzw. 85 Prozent des Vermögens in dem, was man als Frankreichs „Heimatregion“ nennen könnte. Zahlen sind für die Verteilung des Vermögens der deutschen und italienischen Firmen vorhanden, aber Studien über ihr Verhalten deuten darauf hin, daß sie dazu neigen, den gleichen „regionalen“ Ansatz zu verfolgen wie die Franzosen. [15]

Für Europa wird dieses Bild durch eine 1990er Untersuchung „unter den führenden Managern von 200 großen europäischen Firmen“ bestätigt. Sie zeigte, sie „planten in den nächsten fünf Jahren, 93 Prozent ihrer gesamten Produktion innerhalb Europas durchzuführen, 80 Prozent ihrer Zufuhr von europäischen Quellen zu kaufen und 83 Prozent ihres Ausstoßes an europäische Kunden zu verkaufen“. [16] Wie Hirst und Thompson erklären:

> Die extreme Konzentration des Vermögens im Heimatland ist für Japan und die USA offensichtlich ... Die multinationalen Korporationen verlassen sich immer noch auf ihren „Heimatstandort“ [„Home Base“] als das Zentrum ihrer ökonomischen Aktivitäten trotz der ganzen Spekulation über Globalisierung. [17]

Das Bild ist ein bißchen wenige deutlich im Falle der europäischen multinationalen Firmen, weil viele

13. J. Stopford u. J. Stange, Rival States, Rival Firms. Cambridge 1991, S.1.

14. Die Tabelle stützt sich auf Zahlen in Hirst u. Thompson, a.a.O., S.128. (n. vorh. = nicht vorhanden)

15. Ruigrok u. van Tulder, a.a.O., S.128.

16. ebenda, S.159.

17. Hirst u. Thompson, a.a.O., S.95.

damit angefangen haben, in benachbarten europäischen Ländern zu investierten, aber wenn man die Europäische Union als „Heimatregion“ behandelt, findet man Konzentrationsgrade die mit denen in den USA und Japan vergleichbar sind. Britische multinationale Firmen bilden eine Ausnahme, insofern 20 Prozent ihres Vermögens in den USA sind, eine Zahl, die der für das kontinentale Europa ähnelt. Beide Zahlen sind jedoch viel höher als die für in der ganzen übrigen Welt erörtertes Vermögen (einschließlich den sehr hochgespielten asiatischen „Tigern“).

Das Bild deutet darauf hin, daß wir nicht vor einer globalen Integration stehen, sondern vor einer regionalen Integration innerhalb jeweils der nordamerikanischen, japanischen und europäischen Teile der fortgeschrittenen industriellen Welt. Wenn das so wäre, müßte man das Modewort „Globalisierung“ durch das Wort „Regionalisierung“ ersetzen. [18]

Die multinationalen Firmen

Der „gesunde Menschenverstand“ über Globalisierung betont den unerbittlichen Aufstieg der multinationalen Firmen, die von ihm als Organisationen dargestellt werden, die auf der Suche nach dem billigsten Ort für Investition in jeder Stufe der Produktionsprozesse die Welt durchkreuzen.

Diese Behauptung scheint vielen wahr, weil er von wirklichen Entwicklungen in einer Reihe wichtiger Industrien anfängt. Die Behauptung kann man auch nicht widerlegen, indem man auf die oben zitierten Zahlen für Handel und Investition hindeutet – ein Fehler die Hirst und Thompson begehen. Die Tatsache, daß das Niveau des Außenhandels und der ausländischen Investition 1914 höher waren als heute, beweist nicht an sich, daß sich nichts in bezug auf die Organisation der Produktion geändert hat. Die gleiche Milliarde Pfund könnte Investition in 100 Fabriken darstellen, die gegeneinander konkurrieren, oder sie könnte Investition in einer Gruppe von Fabriken darstellen, die je verschiedene Teile eines einzigen Produktionsprozesses durchführen.

Tatsächlich hat es bestimmte Änderungen in der Produktion gegeben, die die rohe Zahlen für Investition nicht zeigen. Bis 1880 bestanden die meisten Industrien aus einer Vielzahl von kleinen verarbeitenden Einheiten. am Ende des Jahrhunderts fang dieses an, sich mit der Konzentration der Produktion innerhalb jedem Land zu Trusts und Kartellen (?) zu ändern, die dann damit anfingen, die Welt von ausländischen Rivalen zu erobern. Aber es gab kaum internationale Integration des verarbeitenden Gewerbes, und die frühen multinationalen Firmen neigten dazu, entweder sich auf der Gewinnung von Rohstoffen aus der Dritten Welt für Verarbeitung im Westen (wie z.B. Unilever oder die Ölkonzernen) zu stützen oder sich auf dem Besitz von ausländischen Tochterfirmen zu stützen, die sich an völlig lokale Produktion beteiligten (wie z.B. Ford).

So blieb das Bild durch und durch bis Ende der 1960er Jahre. Eine Handvoll Firmen mit einheimischem Sitz (auch wenn sie manchmal in ausländischem Besitz waren), die oft eng mit dem Staat verbunden waren, dominierte jede größere Industriebranche in jedem Land. Aber dann fing die Entstehung von neuen Produktionsmustern an. Es gab eine Umstrukturierung der Industrie in Weisen, die über nationale Grenzen hinaus strecken konnten und die dazu neigten, mit dem Aufstieg einer neuen Welle von europäischen multinationalen Firmen verbunden zu sein. Die Umstrukturierung der Industrien nach den Rezessionen Mitte der 1970er und Mitte der 1980er Jahre war zum großen Teil im internationalen Ausmaß, vielmehr als bloß in einem nationalen Ausmaß.

Aber diese als Entwicklungen von größerer Bedeutung anzuerkennen, die eine neue Phase in der Geschichte des Kapitalismus genau wie die nationale Konzentration am Anfang des Jahrhunderts einleiten, heißt nicht, die „Globalisierungs“-Orthodoxie zu akzeptieren. Ruigrok und van Tulder, obwohl sie in einem äußerst akademischen Stil schreiben, haben den Vorzug über Hirst und Thompson, weil sie sehen, daß größere Änderungen stattgefunden haben, aber darauf bestehen, daß sie nicht zu den Schlußfolgerungen der Orthodoxie über Globalisierung führen.

Sie deuten darauf hin, daß die Rationalisierung der Produktion, um mit der zugenommenen internationalen Konkurrenz zurechtzukommen, nicht heißt, daß alle, oder sogar die meisten, multinationalen Firmen integrierte Produktionsprozesse über die ganze Welt – was man vielleicht „globale Montagebänder“ [19] nennen könnte – gegründet haben. Verschiedene multinationale Firmen reagieren in verschiedenen Weisen auf dem Zwang zu Umstrukturierung. Die Gründung von globalen Montagebändern ist bloß eine besondere Reaktion, nicht die häufigste. Und viele Versuche, sie zu erreichen, sind schiefgegangen. Es schien Ende der 1970 Jahre, als ob Ford und Generals Motors in diese Richtung gingen, als sie zum ersten Mal über das „Weltauto“ sprachen. Aber die Vorstellung wurde nicht Wirklichkeit, und beide Korporationen fuhren mit dem System fort, wo die Fließbän-

18. Eigentlich, wie ich früher argumentiert habe, gibt es starke Gegentendenzen, die ständig die „regionale“ Integration stören. Das ist besonders offensichtlich im Fall von Großbritannien, wo einerseits Investition in den USA genauso wichtig ist für die größeren Firmen als die Investition im übrigen Europa, während auf der anderen Seite Investition aus Japan in bestimmten Industriebranchen bedeutend ist. Und auch im Falle von Frankreich und Deutschland wird die Tendenz zur europäischen Integration durch eine weitergehenden Tendenz zur Konzentration des Kapitals in konkurrierende national integrierte Blöcke in der Maschinenbau- und der Luftraumfahrtindustrie ausgeglichen; s. meinen Artikel The State and Capital Today, in International Socialism

19. Ruigrok und van Tulder benutzen den Ausdruck „Makrofordismus“ – aber sie verwenden ihr auch für die Integration der Produktion auf einer kontinentalen Basis in Europa wie für die globale Integration.

der in Europa sehr unterschiedliche Autos mit ganz anderen Bestandteilen produzieren als die Fließbänder in Nordamerika.

In einer Schrift vor acht Jahren deutete Gordon darauf hin, daß Zahlen für amerikanische multinationale Firmen nicht die Behauptungen unterstützen, daß im allgemeinen sie sich auf Bestandteilen verließen, die sie in ihren Werken in anderen Weltteilen produzierten:

> Im Jahre 1966 kam der Handel innerhalb von Firmen, der aus Importen von die ausländischen Tochterfirmen mit Mehrheitsanteilnahme von amerikanischen transnationalen Firmen mit ihren amerikanischen Mutterfirmen bestand, auf 16,8 Prozent der gesamten Importe der USA. Bis 1982 hatte sich das Verhältnis kaum geändert, ein Aufstieg auf 17,1 Prozent.
>
> Noch dramatischer kam der Anteil der gesamten US-amerikanischen Importe von verarbeiteten Gütern, wo transnationale Korporationen in irgendwelcher Form beteiligt waren, auf 75 Prozent. Bis 1977 war dieser Prozentsatz auf 58 zurückgegangen. Bis 1983 war er noch weiter zurückgegangen auf 46,3 Prozent.
>
> Ähnlicherweise kam unter den US-Importe, die von den Steuerbestimmungen über Teilbau im Ausland geregelt werden, der Anteil des gesamten Importwerts, den der ausländische Mehrwert darstellte, auf 51,7 Prozent 1966 und auf 50,9 Prozent 1979, was darauf andeutet, daß es kein Wachstum des Anteils des Mehrwerts gibt, der aus überseeischen Standorte stammt. [20]

Er deutet darauf hin: „Auch in der Dritten Welt richtet sich die Investition der US-amerikanischen Multinationalen in der Verarbeitung auf die Produktion für den einheimischen Markt, nicht für Export ...“ [21] Die Elektronik war eine Industrie, die anscheinend mehr als alle andere als Beispiel für den weltweiten [globalen] Fließband-Ansatz während der 1970er und Anfang der 1980er Jahre, wobei Chips und andere Bestandteile in einigen Ländern der Dritten Welt produziert wurden, die Montage in anderen stattfand und die Produkte schließlich in den fortgeschrittenen Ländern verkauft wurden – aber mindesten eine Studie deutetet darauf hin, daß es eine Umkehrung dieses Trends Mitte der 1980er Jahre gab:

> Als die Integration der Chips größer wird, wird verhältnismäßig die Menge der Montagearbeit, die zu tun ist, kleiner ... Diese Änderungen reduzieren die Bedeutung der Arbeitskosten und daher die Anziehungskraft der Standorte in der Dritten Welt im Verhältnis zu den Einsparungen, wenn man die Standorte für halbautomatisierte Montagen und Waferherstellung in den entwickelten Ländern zusammenstellt. Obwohl Werke in der Dritten Welt allen Anschein nach nicht aufgegeben werden, es scheint, als ob Standorte in den fortgeschrittenen Ländern für neue Montagewerke bevorzugt werden ... Viele der Merkmale der Geographie der Herstellung von Halbleitern passen nicht den landläufigen radikalen Stereotypen der Standortsstrategien der multinationalen Firmen und der sich verändernden internationalen Arbeitsteilung. [22]

Eigentlich verlassen sich die meisten multinationalen Firmen immer noch weniger auf dem weltweiten [globalen] Fließband-Ansatz als auf dem alten, wo sie ihre Investitionen in einem bestimmten fortgeschrittenen Land und seinem Nachbarn konzentrierten, und dann verlassen sie sich auf dem reinen Ausmaß der Investition, der Forschung und der Entwicklung da, um einen Vorteil über alle Konkurrenten zu liefern, ob in einem Land basiert oder multinational. Gerade in dieser Weise z.B. kam Boeing zur Vorherrschaft im Weltmarkt für Zivilflugzeuge, erreichten die japanischen Autohersteller ihre riesigen Exporte (erst während der 1990er Jahre fingen die Firmen Toyota und Nissan mit ernsthaften Investitionen im Ausland an), und baute sich die südkoreanische Werftindustrie einen riesigen Anteil des Weltmarkts auf. Gordon deutete darauf hin: „Seit Mitte der 1960er Jahre sind die größten Gewinne der Schwellenländer in Industrien gekommen, die höchst kapitalintensiv sind, wie Stahl, Schiffbau, Chemikalien und in letzter Zeit Autos. Der Schlüssel zu diesen großen Fortschritte ist der massive staatliche Investition und das dramatische Wachstum der Produktivität der Arbeit gewesen.“ [23]

Von steigender Wichtigkeit ist ein dritter Ansatz. er bricht mit der vorwiegend nationalen Basis der Produktion, ohne daß er sich jedoch zum Stereotyp des „weltweiten [globalen] Fließbands“ wendet. Er bedeutet, daß eine vorher national basierte Firma versucht, den ausländischen Widerstand gegen ihren Exporterfolg zu überwinden, indem sie Werke vor Ort gründet. Diese fangen vielleicht als „Schraubenzieher-Werke“ an, die sich einfach zur Montage von Bestandteilen widmen, die aus dem einheimischen Standort der multinationalen Firma importiert werden. Aber dann gibt es eine Tendenz dazu, daß sie sich an Firmen vor Ort für die Lieferung dieser Bestandteile wenden. Die Firmen werden effektiv zu Satelliten der multinationalen Firma innerhalb des Landes und sie kämpfen um

20. G. Thompson, a.a.O., S.49.

21. ebenda, S.50.

22. A. Sayer, Industrial location on a world scale, in Scott u. Storpfer (Hrsg.), Production, Work, Territory, Boston 1986, S.116–20.

23. D. Gordon, a.a.O., S.52.

ihre Interessen gegen andere lokale bzw. regionale Konkurrenten. Dieser Muster ist laut Ruigrok und van Tulder nicht die „Globalisierung“, wie sie normalerweise verstanden wird, sondern die Glokalisierung.

Eine solche Strategie hat für die betroffene Firma den Vorteil, daß ihre Wirkung auf dem lokalen Markt beträchtlich größer sein kann als die Investition, die sie macht, da praktisch sie das Kapital ihrer lokalen Lieferanten für die eigenen Zielen im Konkurrenzkampf mobilisiert. Die eigenen Kapitalaufwände können viel niedriger sein als unter dem „weltweiten [globalen] Fließband“-Ansatz. Sie ermöglicht es auch der Firma, die Kosten bei der Lieferung ihrer lokalen Fabriken mit Bestandteilen enorm zu senken – was der Grund ist, warum sie, unter dem Namen „Outsourcing“ [1*], von Ford und General Motors in den Vereinigten Staaten sowie in Europa angenommen wird. [24] Wie der Geschäftsführer der schottischen Tochterfirma von Samsung erklärt:

> Samsungs europäische Investitionen beginnen ihr Leben mit einem durchschnittlichen Anteil des Stammkapitals von 30 Prozent aus der koreanischen Muttergesellschaft. Der Rest wir vor Ort finanziert ... Samsung hat ehrgeizige Ziele dafür, ihre europäische Operationen unabhängig zu machen.
>
> Es dauert 40 bis 50 Tage, um Produkte aus Korea zu transportieren. Die Reaktion der Lieferungskette ist für unseren Erfolg kritisch. Die Lieferungskette ist das größte einzige Element in unseren Kosten. [25]

Das erklärt zum Teil die Tatsache, daß Löhne nicht das Hauptmerkmal sind, das bestimmt, wo Samsung investiert. Ihre durchschnittlichen Stundenlohnkosten schwanken zwischen $3 in Malaysia, $10 in Korea und Schottland, $13 in Barcelona und $27 in Berlin. [26] Eine solche „toyotaistische“ oder „Glokalisierungs“-Ansatz führt zu einem ganz anderen Verhalten zu dem, das vom Konsens über Globalisierung mit seinem Glauben an dem Weitermarsch der globalen Fließbänder angenommen wird.

Erstens ist eine multinationale Firma, die einen solchen Ansatz annimmt, wahrscheinlich weniger darauf erpicht, eine jede individuelle Investition anderswohin zu tun, da sie dazu dient, das zusätzliche Kapital der lokalen Lieferanten an sich zu binden, als eine Firma, für die eine bestimmte Investition bloß eine kleines Bestandteil einer weltweiten Produktionskette ist. Zweitens, während eine multinationale Firma, die einen „globalen Fließband“-Ansatz annimmt, sich protektionistische Versuche durch einzelne Regierungen oder Gruppen von Regierungen entgegenstellen wird, da diese ihre globalen Kalkulationen stören kann, können „toyotaistische“ multinationale Firmen als „lokale“ Hersteller gegenüber protektionistischen Maßnahmen des Staats, wo sie Tochtergesellschaften haben, gleichgültig sein – und auch gelegentlich solche Maßnahmen gutheißen als eine Weise, wie sie Konkurrenz von anderen multinationalen Firmen abwehren können, die anderswo gesiedelt sind. Daher z.B. investieren japanischen und koreanische Firmen in Großbritannien aus Furcht davor, daß die Europäische Union protektionistische Maßnahmen einführen wird, die ihre Export einschränken. Aber einmal hier gegründet, können sie zum Gefühl gelangen, daß sie aus solchen Maßnahmen positiv gewinnen werden, da diese sie als „lokale Hersteller“ nicht, aber andere ausländische Konkurrenten doch betreffen werden.

Die Globalisierungs-Orthodoxie unterscheidet nicht zwischen diesen ganz verschiedenen Weisen, wobei multinationale Firmen auf die steigende Konkurrenz reagieren kann, weil sie annimmt, daß der Fortschritt der Innovation auf einer Weltebene auch die Integration der Produktion auf einer Weltebene benötigt. Aber das stimmte überhaupt nicht immer.

Firmen in bestimmten Ländern können es nicht leisten, von den Fortschritten abgeschnitten zu werden, die man erst vom Ausmaß der Forschung und der Entwicklung bekommen kann, der weltweit nur einer Handvoll von Firmen zur Verfügung steht, die mit dem Geld locker sein können. Ein Grund für das schließliche Scheitern dabei, national selbstgenügsame Industrien im alten Ostblock und in vielen Entwicklungsländern zu entwickeln, bestand darin, daß ohne Zugang zu vielen neuen in den USA und Japan entwickelten Techniken [Technologien] (besonders in Bereichen wie Mikroelektronik und Computern), ihre Produktionskosten weit über dem Weltdurchschnitt lagen. Aber globale Fließbänder sind nicht eine notwendige Voraussetzung für die Anwendung der neuen Technologien [Techniken]. Oft besteht alles, was benötigt wird, darin, daß eine national bzw. regional basierte Industrie mit einem globalen Zentrum der Innovation verbunden ist., während sie weiter vor Ort die Produktion konzentriert. Eine multinationale Firma muß vielleicht riesige Summen für Forschung und Entwicklung ausgeben, die sie nur ausgleichen kann, wenn sie in so vielen Teilen der Welt wie möglich produziert. Aber das heißt nicht, daß sie einen integrierten weltweiten Produktionsprozeß bilden muß. Sie kann ihre Ausgaben ebenso gut decken, wenn sie ihre neuen Technologien [Techniken] gleichzeitig in Operationen einführt, die in anderen Hinsichten unabhängig voneinander

24. s. z.B. die Darstellung von Fords Pläne für ihr Werk bei Halewood in Liverpool, Roller Coaster Ride for Mersey Plant, The Guardian, 19. September 1996.

25. Financial Times, 21. Oktober 1996.

26. ebenda.

in verschiedenen Weltteilen stattfinden. [27]

Es gibt auch Fälle, wo Firmen, die früher nach dem Muster des „globalen Fließbands“ arbeiteten, die jetzt zu diesem anderen Ansatz gewechselt haben. Ein typisches Beispiel ist die Erdölindustrie. Jahrzehnte lang wurde sie von den berüchtigten Sieben Schwestern dominiert, multinationalen Firmen, die darauf zielten, jeden Schritt im Produktionsprozeß vom Auspumpen des Erdöls aus dem Boden bis zum Tanken der Autos zu besitzen. Während des letzten Vierteljahrhunderts sind sie dazu gezwungen wurden, ihren Ansatz in einigen Weisen zu ändern, unter der Wirkung von Forderungen der Regierungen in der Erdöl produzierenden Ländern für die Übernahme der Ölfelder und der Gründung von Raffinerien und vom Aufstieg von staatlich gesponserten Firmen wie Elf in Frankreich und AGIP in Italien. Aber das heißt nicht, daß die Sieben Schwestern gelitten haben. Sie haben ihre Fähigkeit benutzen können, Ressourcen und Technik [Technologie] weltweit [global] zu mobilisieren, um zu versichern, daß, auch wenn sie nicht unmittelbar Ölfelder bzw. Raffinerien besitzen, sie die Kontrolle über ihre Operationen ausüben und einen schönen Anteil der Profite bekommen.

Theoretiker der Globalisierung können solche Entwicklungen nicht erkennen. Trotzdem versuchen sie oft, die eigene Argumentation zu stärken durch Hinweise auf Investitionen wie die der japanischen Autofirmen in Großbritannien, die von dieser Art sind. Sie beziehen sich oft auf die „flexible Produktion, die z.B. ein Merkmal eines Teils der italienischen Strickwarenindustrie ist, und auf Methoden der „Just-In-Time“-Produktion [2*] als typische Beispiele der Globalisierung, obwohl, wie Mann ganz zurecht bemerkt hat, beide lokalisierte bzw. regionale, eher als globale Produktion implizieren. [28]

Multinationale Firmen und die Bewegung des Kapitals

Ein zentraler Grundsatz des gesunden Menschenverstands über „Globalisierung“ heißt, daß die multinationalen Firmen ihr Kapital bewegen können, wohin auch immer sie sollen, und dabei die Versuche der Regierungen, sie unter Kontrolle zu halten, oder die der Arbeiter, Löhne und Bedingungen zu verbessern, durchkreuzen können. Es ist sehr leicht für Firmen, die im internationalen Handel tätig sind, Geld international zu bewegen. Aber Geld zu bewegen, ist nicht der Bewegung des produktiven Kapitals gleich.

Das produktive Kapital besteht aus Fabriken und Maschinerie, Bergwerken, Docks [Häfen], Büros usw. Es dauert Jahre, um diese aufzubauen, und man kann sie nicht einfach nehmen und abtransportieren. Manchmal kann eine Firma Maschinerie und Anlagen befördern. Aber das ist normalerweise ein anstrengender Prozeß, und bevor man irgendwo anders mit der Arbeit anfangen kann, muß die Firma eine ausreichend fachlich begabte Arbeiterschaft einstellen und ausbilden. Inzwischen muß man nicht bloß die Investition in den alten Gebäuden abschreiben, sondern es gibt auch keinen Ertrag aus der Investition in der Maschinerie.

Noch dazu: wenige Produktionsprozesse sind je völlig selbstgenügsam. Sie hängen von Zufuhr von außerhalb und von Verbindungen mit Verteilungsnetzen ab. also, wenn eine Firma ein Autowerk gründet, muß sie versichern, daß es sichere Quellen für Schrauben, Bolzen und Schraubenmutter, Stahl von der richtigen Qualität, eine Arbeiterschaft mit dem richtigen Ausbildungsniveau, zuverlässige Strom- und Wasserversorgung, ein vertrauenswürdige Finanzsystem, freundliche Bankiers, und ein Straßen und Bahnnetz gibt, das fähig ist die fertigen Produkte zu befördern. Sie muß andere Menschen – andere Firmen oder Regierungen – überzeugen, diese Sachen zu liefern, und der Prozeß der Sammlung dieser Bedingung kann Monate oder sogar Jahre von Verhandlungen brauchen, was Ausprobieren wie auch Zukunftsplanung umfaßt. Multinationale Firmen werfen diese Vorzüge [Haben] nicht einfach weg in der Hoffnung, daß sie die wiederfindet Tausende von Kilometern weg, weil die Arbeitskräfte ein bißchen billiger sind oder die Regierungen ein bißchen kooperativer sind. Solche Umzüge brauchen Zeit und Anstrengung und fassen die Abschreibung der bestehenden „ausgelegten Kosten“ um. Das produktive Kapital kann nicht einfach ungebunden sein.

In der Praxis arbeiten die meisten kapitalistischen Unternehmen nicht einfach auf der Basis von Marktkalkulationen, sondern auch auf der Basis der langfristigen Verhältnisse, die sie mit anderen Unternehmen bilden, die ihnen verkaufen und von ihnen kaufen. Sonst würden sie in ständiger Angst davor leben, daß jede Änderung in den Marktbedingungen ihre Lieferanten dazu bringen würde, anderswo zu verkaufen, und daß diejenigen, die ihre Waren transportieren oder im Einzelhandel verkaufen, plötzlich Interesse an ihnen verlieren würden. Sie versuchen, diese ändern Firmen durch eine Mischung aus finanziellen Anreizen, geschäftlichen Gefälligkeiten und persönlichem Kontakt „einzuschließen“.

27. Diese ist eine Unterscheidung, die ich für meinen Teil in der Vergangenheit nicht gemacht habe; s. die relevante Passage in meinem Buch Explaining the Crisis, London 1984.

28. M. Mann, a.a.O., S.117.

Ruigrok und van Tulder betonen diesen Punkt, indem sie darauf bestehen, daß die Produktion nicht in einzelnen Firmen stattfindet, sondern in „industriellen Komplexen“, die über Jahre hin gewachsen sind und die nicht leicht stückweise abzubauen sind: „Weder einzelne Firmen noch Staaten, sondern industrielle Komplexe bilden den Schwerpunkt des internationalen Wettrennens über Umstrukturierung.“ [29]

Natürlich verschieben Firmen die Standorte ihrer Werke und zukünftige Investitionen finden nicht immer in den gleichen Orten statt, wo frühere Investitionen stattfanden. Die Umstrukturierung faßt oft die Schließung von alten Werken und die Eröffnung von neuen um. Aber Entscheidungen darüber, solche Sachen zu machen, werden nie leichtfertig getroffen und Kosten werden immer dadurch verursacht. Aus diesem Grund bevorzugen Firmen, wenn sie sich umstrukturieren, normalerweise den Weg des „Gradualismus [Allmählichkeit]“ – den stückweisen Umzug von einem alten Werk zum neuen, wobei sie die alten Lieferungs- und Verteilungsnetze unversehrt halten und die Beeinträchtigung des „Komplexes“ um sie minimiert.

Arbeitsplatzverluste und die Bewegung des Kapitals

Die Behauptung, daß die Bewegung des Kapitals in die weniger entwickelten Länder auf der Suche nach niedrigen Lohnkosten, die Hauptursache der steigenden Arbeitslosigkeit in den fortgeschrittenen Ländern gewesen ist, wird kaum von den Tatsachen bestätigt. Natürlich hat es einige Stellenverluste gegeben. Die Publicity, die einigen Fällen gegeben wird – wie z.B. dem Fall von British Airways, die einen Teil ihrer Computerarbeit nach Indien verlegte –, sollte niemanden zum Glauben führen, daß diese die Haupterklärung für das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit ist. Schließlich beträgt auch bei British Airways die Zahl der Entlassungen seit der Privatisierung 17.000; die Zahl der in Indien eingestellten Computerbedienungskräfte bloß 130. [30] Etwas anderes steht hinter der Verlust der anderen 16.870 Arbeitsplätze.

Das Muster der Investitionen durch die multinationalen Firmen liefert sicherlich nicht ein Bild der massiven Investition in Ländern mit billigen Arbeitskräfte auf Kosten der Arbeitsstellen in den fortgeschrittenen Ländern. Ganz im Gegenteil, wie oben bemerkt – die Mehrheit der direkten ausländischen Investition durch die multinationalen Firmen findet in den fortgeschrittenen Ländern statt. Das ist so wegen des einfachen Grundes, daß die multinationalen herausgefunden haben, daß diese die rentabelsten Länder sind, wo sie investieren können:

> Mitte der 1970er Jahre betrug die durchschnittliche Ertragsrate der US-amerikanischen Korporationen für ihre ausländischen Investitionen im verarbeitenden Gewerbe in den Schwellenländern etwas mehr als die entsprechende Ertragsrate für die entwickelten Länder; bis 1985 war die Ertragsrate im verarbeitenden Gewerbe für direkte US-amerikanische Investitionen im Ausland in den weniger entwikkelten Ländern auf bloß zwei Drittel ihres Niveaus in den entwickelten Ländern zurückgegangen. [31]

Noch dazu: Die Schwellenländer, die den größten Aufstieg der Investition erlebt haben, sind nicht im allgemeinen diejenigen gewesen, die die niedrigsten Löhne haben. Also, während der größte Teil des ärmsten Kontinents, Afrika, stagniert und einen Abfluß des Kapitals erfährt, hat das Wachstum sich mit einer verhältnismäßig raschen Tempo in Ländern wie Südkorea fortgesetzt, die verhältnismäßig hohe Löhne haben (durchschnittlich nur etwas niedriger als in Großbritannien). Es hat eine beträchtliche Bewegung von Industrien mit einem relativ niedrigen Fachinhalt, wie billige Textilien und Schuhwerk, Kleidung und grundsätzliche Haushaltswaren (die Art Waren, die in „Pfennigmärkten“ verkauft werden), nach Wirtschaften mit niedrigen Löhnen in Indien und besonders in China. Aber die Herstellung von Textilien und Schuhwerk von höhe-

29. W. Ruigrok u. R. van Tulder, a.a.O., S.164. Das Argument ist demjenigen sehr ähnlich, das ich selbst in meinem Artikel The State and Capital Today in International Socialism 2:51 machte:

> Jedes produktive Kapital wächst innerhalb der Grenzen eines bestimmten Territoriums auf, in Nachbarschaft von anderen verwandten Kapitalien (sie sind ‚feindliche Brüder‘ wie Marx es formulierte). Sie stehen in wechselseitiger Abhängigkeit zueinander in bezug auf Rohstoffquellen, Finanzen und Märkte. und sie arbeiten zusammen, um die sozialen und politischen Bedingungen in ihrem Territorium möglichst den eigenen Zielsetzungen anzupassen ... Der Nationalstaat und verschiedene national ansässigen Kapitalien wachsen zusammen auf wie Kinder innerhalb einer Familie. Die Entwicklung des einen beeinflußt unweigerlich die Entwicklung der anderen ...
>
> Die verschiedenen Kapitalgruppen und der Staat, mit dem sie verbunden sind, bilden ein System, in dem jeder den anderen beeinflußt. Der spezifische Charakter eines jeden Kapitals wird durch das Zusammenwirken mit anderen Kapitaleinheiten und dem Staat beeinflußt. Er spiegelt also nicht nur den allgemeinen zwang zur Wertsteigerung, zur Akkumulation, wider, sondern auch die spezifische Umgebung, in der es aufgewachsen ist. Der Staat und die individuellen Kapitalien sind miteinander verquickt, eines nährt sich vom anderen ... Die Marktmodelle der klassischen und neoklassischen Ökonomie stellen die Einzelkapitalien als isolierte Atome dar, die in blindem Wettkampf mit anderen Kapitalien leben. In der wirklichen Welt haben Kapitalisten immer versucht, sich einen Wettbewerbsvorsprung durch Bündnisse untereinander und durch Bündnisse mit ehrgeizigen politischen Führern zu verschaffen – die ebenso durch Geld zementiert werden, wie auch durch Eheschließungen, durch die Filzokratie der Elite [alte Seilschaften] und durch Geselligkeiten.

30. Laut einer Pressemitteilung der Gewerkschaft GMBATU, 11. Juni 1996.

31. D. Gordon, a.a.O., S.42.

rer Qualität, von weißen Waren (wie Kühlschränken, Herden usw.), von Autos, Flugzeugen, Werkzeugmaschinen usw. bleibt innerhalb der fortgeschrittenen Ländern konzentriert., während es auch eine Tendenz für Elektronik gegeben hat, sich zurück zu den fortgeschrittenen Ländern zu verlegen.

Gesamtimporte in die fortgeschrittenen OECD-Länder aus den Nicht-OECD-Ländern wuchsen von etwa 1 Prozent bis auf etwa 2 Prozent des Bruttosozialprodukts zwischen 1982 und 1992. Aber diese zahlen können nicht das Niveau der Arbeitslosigkeit erklären, das von 6 Prozent bis auf 20 Prozent überall in den fortgeschrittenen OECD-Ländern reicht. Maximal einige Hunderttausende der Zehnmillionen von Arbeitsplätzen, die während der letzten zwei Jahrzehnten vernichtet worden sind, lassen sich direkt der Fertigimporte zuschreiben, die einheimisch hergestellten Produkte ersetzt haben.

Es gibt andere Beweise, die den gleichen Punkt zeigen. Die Arbeitslosigkeit während der letzten beiden Jahrzehnten hat nicht bloß Arbeitsplätze in Industrien betroffen, die der ausländischen Konkurrenz ausgesetzt sind. Die Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften insbesondere ist gefallen in fast allen Industrien. Unter den am härtesten Betroffenen sind die, wo das Eindringen von Importen notwendigerweise klein oder nicht existent ist – im Baugewerbe, im Zeitungsdruck, in der Hafenarbeit, im öffentlichen Dienst, in der Polizei und Telekommunikation, im Müllabfuhr und in einer Menge von anderen. Stellenverluste in diesen Industrien lassen sich nur einerseits der Tatsache, daß Firmen versuchen, die Profite die Senkung von Kosten und neue Technologie [Technik] zu erheben, und andererseits den immer wiederkehrenden Rezessionen zuschreiben.

Dies wurde von zwei Studien über Stellenverluste in den USA Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre bestätigt. Eine schaute Änderungen bei der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe zwischen 1972 und 1980 an. Sie fand heraus, daß die Stagnation der Wirtschaft für einen Rückgang von 1,5 Prozent bei der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe verantwortlich war, während Änderung beim Außenhandel ein Wachstum von 2,1 Prozent verursachte. Die andere Studie behauptet, daß 20 Prozent der Stellenverluste zwischen 1972 und 1980 unmittelbar Importen zuzuschreiben waren, aber 64 Prozent der Mangel an Nachfrage in der US-amerikanischen Wirtschaft. [32]

Der Ökonom Adrian Wood von der Universität Sussex behauptet, daß Exporte aus der Dritten Welt für einen beträchtlichen Teil der Arbeitslosigkeit in den fortgeschrittenen Ländern, er behauptet, sie haben zu „einem Fall von 20 Prozent in der Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften überall in der entwikkelten Welt“ geführt haben. [33] Aber auch er versucht nicht, den Schuld direkt auf Importe zuzuschieben, die Arbeitsplätze ersetzen. Statt dessen behauptet er, daß sie indirekt die Zahl der Arbeitsstellen reduzieren, indem sie Firmen dazu veranlassen, sich zu neuer arbeitssparenden Technik [Technologie] umzustellen, um rentabel und konkurrenzfähig zu bleiben. Mit anderen Worten: Es ist hauptsächlich die Rationalisierung, die Arbeitsplätze vernichtet, nicht Importen aus bzw. die Bewegung des Kapitals nach, Wirtschaften mit niedrigen Löhnen.

Multinationale Firmen und Staaten

Die Argumentation für Globalisierung nimmt an, daß das Kapital zunehmend auf die Dienste eines Nationalstaats verzichtet. Hirst und Thompson sowie Ruigrok und van Tulder stellen diese Behauptung in Frage, indem sie eine Masse von Beweisen über die weitere Abhängigkeit jeder multinationalen Firma von einem „nationalen Stützpunkt“ und von den Operationen des Staats innerhalb dieses nationalen Stützpunkts liefern:

(i) Erstens, wie gesehen, konzentriert die Mehrheit der multinationalen Firmen weiter die Mehrheit ihrer Produktion innerhalb des einen Staats, oder mindestens innerhalb des einen Staats und seiner engen Nachbarn.

(ii) Auch die Investition, die in Richtung Standorte mit „billigen Arbeitskräfte“ außerhalb der fortgeschrittenen Länder fließt, ist nicht von den Operationen im heimischen Staat unabhängig. Hirst und Thompson deuten darauf hin, daß die multinationalen Firmen aus jedem der größeren Staaten dazu neigen, ihre Investitionen und ihre Verkäufe in der Dritten Welt und in den Schwellenländern auf bestimmte Länder zu konzentrieren, wo der Staat Einfluß ausübt. Also fließt das deutsche Kapital nach Osteuropa; das französische nach Mittel-, West- und Nordafrika; das US-amerikanische nach bestimmten Ländern in Lateinamerika, Japan nach Ländern am Rande des Pazifiks usw. „Die Richtung der Verhältnisse der direkten Investitionen im Ausland ist zwischen dem einer oder der anderen ... Großmacht und ihre um sich scharenden ‚Klient‘-Staaten, eher als zwischen den Klientstaaten selbst.“ Ruigrok und van Tulder merken, daß mindestens zehn „führende Kernfirmen“ ihre Internationalisierungsstrategie „teilweise nach den geopolitischen Mustern der kolonialen Herrschaft (Royal Dutch Shell, British Petroleum, Uni-

32. Die beiden Studien werden zitiert und analysiert ebenda, S.39.

33. Für eine Darlegung seiner Ansichten s. S. Flanders, Developing Countries Call the Tune, Financial Times, 6. Oktober 1995.

lever, Elf-Aquitaine, Alcatel-Alsthom, Total, ICI, British Aerospace, Petrofina, BTR)“ aufgebaut haben.

(iii) Auch wo die Produktion international stattfindet, konzentrieren sich Forschung und Entwicklung im heimischen Stützpunkt. So auch bei den am meisten internationalisierten Firmen, den aus den Niederlanden, Schweden und der Schweiz, sie „führen die Mehrheit ihrer Forschung und Entwicklung zu Hause – zwei Drittel im Falle der schweizerischen Firmen, 75 Prozent im Falle von 20 führenden schwedischen multinationalen Firmen“. Patel und Pavitt fanden in Studien über die Globalisierung der Technik [Technologie], daß „in den meisten Fällen die technologischen [technischen] Aktivitäten von großen Firmen in ihrem Heimatland konzentriert werden“. [34]

(iv) Der Staat spielt weiter eine Schlüsselrolle bei der Gründung und der Aufrechterhaltung viele Schlüsselfirmen:

> Mindestens 20 Firmen in der 1993 „Fortune 100“-Liste hätten überhaupt nicht als unabhängige Firmen überlebt, wenn sie nicht von ihren entsprechenden Regierungen während der letzten anderthalb Jahrzehnte gerettet worden wären. Unter den wichtigsten Fällen sind die britischen, französischen und italienischen Stahlkonzerne Anfang der 1980er Jahre, Chrysler Anfang der 1980er Jahre, und McDonnel Douglas, die SEAT-Tochtergesellschaft von VW.
>
> So spät wie 1993 kam die schwedische Regierung zur Unterstützung der Skandinavska Enskilda Banken (der Familienbank des Wallenberg-Konsortiums) und der Handelsbanken, Schwedens beider größerer Banken mit großen Anteile in schwedischen Produktionsfirmen wie Volvo, Electrolux, Ericsson, Asea, Stora und SKF. Das Wallenberg-Konsortium allein macht 40 Prozent der Stockholmer Börse aus. [35]

Ähnlicherweise war es der südkoreanische Staat, der Daewoo 1987 vor der Pleite rettete. Zusätzlich dazu hängen alle der wichtigsten Telekommunikationsfirmen für ihre größeren Verträge von Regierungen ab – sowie von Verhandlungen zwischen Regierungen und internationalen Konsortien –, was auch natürlich der Fall ist für Firmen in der Rüstungsindustrie. „Alle früher bzw. gegenwärtig führenden US-amerikanischen Hersteller von Computern, Halbleitern und Elektronik in der 1993er „Fortune 100“-Liste haben enorm von bevorzugten Rüstungsverträgen profitiert.“ [36]

(v) Nicht zuletzt waren 23 aus der „Fortune 100“-Liste des Jahres 1993 „unmittelbar an der Erdölindustrie beteiligt“ [37] – einer Industrie, die berüchtigt abhängig von der durch die US ausgeübte militärische Hegemonie ist, um Drohungen gegen ihre Operationen im Nahen Osten abzuwehren.

Die Umstrukturierung der Industrie, um zunehmender internationaler Konkurrenz zu begegnen, bedeutet keineswegs das Ende der Abhängigkeit der Firmen von Staaten, auf denen sie einen besonderen Einfluß ausüben. Eigentlich kann gerade die von der Konkurrenz geprägte Lage der globalen Wirtschaft die Abhängigkeit der multinationalen Firmen von Regierungen steigern, wie Stopford und Strange in einer Studie über die Verhältnisse zwischen den beiden darauf bestanden haben:

> Wachsende gegenseitige Abhängigkeit heißt jetzt, daß die Rivalität Zeichen Staaten und die Rivalität zwischen Firmen über einen sicheren Platz in der Weltwirtschaft viel erbitterter, viel intensiver geworden ist. Als Ergebnis davon sind Firmen mehr mit Regierungen verwickelt geworden und Regierungen sind zur Erkenntnis gekommen, daß sie zunehmend von den knappen Ressourcen unter der Kontrolle von Firmen abhängig sind. [38]

Daher können die „toyotaistischen“ Firmen, die parallele Produktionseinheiten in verschiedenen Weltteilen bauen, können erst Hegemonie über die lokalen Firmen (vielmehr als ihrem Druck unterworfen werden), wenn die Vorherrschaft in Schlüsselbereichen wie Forschung und Entwicklung, ihnen die obere Hand gibt, wenn es zu Verhandlungen kommt. Aber das heißt, daß man diese Aktivitäten da hält, wo man sie unter strenger Kontrolle stellen kann, im Land ihres „heimischen Stützpunkts“ mit einem Staat, auf dem sie sich verlassen können, um ihre Interessen in internationalen Verhandlungen über „intellektuelles Urheberrecht“ zu verteidigen.

Aber nicht nur die „heimischen“ Regierungen sind für die multinationalen Firmen wichtig. Wenn auch immer sie eine beträchtliche Investition in irgendwelchem Land gemacht haben, werden die Politiken seiner Regierung für sie ein wichtiger Faktor – sie liefert ihnen Subventionen, schafft ein zugängliches Steuersystem für sie, liefert infrastrukturellen Verbindungen, bildet eine Arbeiterschaft mit den notwendigen Fertigkeiten aus uns so fort. Sie können beträchtliche Verluste machen, wenn sie die Regierung ihrem Willen geringfügig machen kann, und daher neigen sie dazu, von ihr abhängig zu werden, gerade wie sie von ihnen abhängig wird. Das gibt

34. zit. in Ruigrok u. van Tulder, a.a.O., S.138.

35. ebenda, S.218.

36. ebenda, S.219.

37. ebenda.

38. J. Stopford u. J. Strange, a.a.O.

Regierungen etwas Einfluß über multinationale Firmen, auch wenn aus politischen Gründen sie oft das Gegenteil behaupten. Wieder, wie Stopford und Strange merken:

> Nur wenige Firmen können in einem „grenzenlosen“ Welt [einer Welt „ohne Grenzen“] funktionieren. Regierungen, sowohl im Gastland als auch zu Hause, spielen weiter eine äußerst wichtige und, vielleicht paradoxerweise, eine wachsende Rolle. [39]

Eine Welt aus nichtnationalen Kapitalien?

„Die Nationalitäten von Firmen wird zunehmend irrelevant“, behauptete Großbritanniens Schatzkanzler [Finanzminister], als er 1988 Industrieminister war. [40] Es ist eine Behauptung, die von vielen Befürwortern der Globalisierungs-These wiederholt worden ist. Trotzdem sind die empirischen Beweise, die sie untermauern sollten, in Wirklichkeit äußerst spärlich. Die Kapitalisten eines jeden Landes heute fliegen wirklich von einem Weltteil zum anderen und verhandeln Geschäfte, sie führen wirklich Tarnfirmen in Dutzenden Finanzzentren und Offshore und schieben Gelder von der einen zur anderen, während sie von der einen Ferienwohnung zur anderen pendeln. Es entsteht das, was Stopford und Strange „eine privilegierte transnationale Geschäftszivilisation“ [41] nennen, der Embryo einer einzigen weltumspannenden herrschenden Klasse.

Aber die Kontrolle über jede multinationale Firma bleibt in den Händen von Kapitalisten aus einem bestimmten Land fest verankert, wie Ruigrok und van Tulder durch eine Masse Forschung beweisen. Von 30 US-amerikanischen „Kern“firmen hatte 1991 nur fünf ein ausländisches Mitglied im geschäftsführenden Vorstand, und bloß 2 Prozent der Mitglieder der Vorstände von großen amerikanischen Firmen waren Ausländer. Bloß zwei aus 20 großen japanischen Firmen hatten ein Ausländer in ihrem Vorstand. Von 15 deutschen „Kern“firmen hatte bloß vier einen Ausländer im Vorstand. [42]

Auch der Besitz von Aktien ist viel nationaler konzentriert, als durch das ganze Gerede über „globale Märkte“ impliziert wird. Ruigrok und van Tulder merken, daß wenige „Kernfirmen haben über 10 Prozent ihrer Aktien im ausländischen Besitz haben“, und die meisten japanischen und koreanischen kümmern sich überhaupt nicht darum, um zu sichern das ihre Aktien in ausländischen Börsen zugelassen werden, während die meisten ausländischen Anteile von deutschen Aktien in der deutschsprachigen Schweiz und Österreich sind. [43] Niederländische, schwedische und schweizerische multinationale Firmen sind wegen der Kleinheit [Bescheidenheit] der nationalen Stützwirtschaft gezwungen worden, ihre produktive Aktivitäten zu internationalisieren, aber: „Viele von ihnen bleiben in vielen Hinsichten bemerkenswert nationalistische ... Sie unterscheiden sich nicht durch ihre Zulassung in ausländischen Börsen ...“, und sie „neigen dazu nur wenige Leute in den oberen Vorständen und Aufsichtsräten zu haben, die nicht Staatsbürger sind ... Bis 1994 hatte bloß Phillips einen wirklich internationalisierten Vorstand und Aufsichtsrat.“ [44]

Wenn Firmen nicht den internationalen Aktienbesitz und die internationale Kontrolle ermutigen, machen sie es auch nicht leicht für einzelne Investoren in dem einen Land, rentabel in multinationalen Firmen anderswo zu investieren. Wie Peter Martin von der Financial Times vor kurzem in einem Artikel merkte, die „die Schaffung einer homogenen globalen Wirtschaft“ pries:

> Es wird immer leichter sein, das herauszufinden, was innerhalb einer lokal basierten Firma passiert, als ein Geschäft mit Sitz auf der anderen Seite der Welt zu überprüfen ... Das Risiko bei einer Währung ist noch schwieriger. Ein Investor ... würde ... vor einem potentiellen Mißverhältnis stehen zwischen der Währung, worin seinen Besitz bezeichnet wird, und der Währung, worin am wahrscheinlichsten seine Ausgaben stattfinden. [45]

Die Bewertung der Argumentation

Der Kern des Beweismaterials, die sich gegen den Konsens über „Globalisierung“ zurechtlegen, läßt sich nicht herausfordern. Das System ist international, aber so ist es immer gewesen. Firmen werden die rentabelsten Standorte für Investitionen international aufsuchen, aber das heißt nicht, daß sie „ungebunden“ sind und bestehende Standorte kurzfristig verlassen können, noch heißt es, daß sie irr dahin gehen, wo die Arbeitskräfte am billigsten sind. Es gibt eine Tendenz dazu, die Produktion über nationale Grenzen hinweg umzustrukturieren., aber das hindert nicht die multinationalen Firmen daran, sich auf nationale bzw. regionale Stützpunkte zu verlassen, woher sie sich in die breite Welt lancieren, und es impliziert keineswegs immer die Gründung von weltweiten Fließbändern. Kapitalistische Staaten werden in ihrer Fähigkeit eingeschränkt, das Funktionieren des Systems, das sie unterstützen, unter Kontrolle zu halten, aber das

39. ebenda.
40. zit. in der Financial Times, 20. Juni 1988.
41. J. Stopford u. J. Strange, a.a.O.
42. Ruigrok u. van Tulder, a.a.O., S.157–8.
43. ebenda.
44. ebenda, S.161-3.
45. Financial Times, 3. August 1996.

heißt nicht, daß sie dafür irrelevant sind.

Trotzdem sind die von Mann, Hirst und Thompson gezogenen Schlußfolgerungen in zweierlei Hinsicht falsch.

Erstens betrachten sie, daß die Beschränkungen des gesunden Menschenverstands über Globalisierung Platz für eine Wiederkehr an den nationalen Reformismus lassen – oder auch den regionalen bzw. globalen Reformismus. So schlägt Mann vor, daß es eine „nordische" Weise gibt, wie man mit der zugenommenen globalen Konkurrenz zurechtkommen kann durch „eine Strategie des hohen Niveaus der Fertigkeiten und der Bildung sowie der High-Tech, die große Regierungsausgaben braucht", die zu „einem größeren nationalen Reichtum" führen würde, [46] während die Stabilität international möglich ist durch „trilaterale [dreiseitige] Vereinbarungen zwischen US-amerikanischen, japanischen und doppelt deutsch-europäischen Regierungseinrichtungen, manchmal in den breiteren G7-Staaten verankert", die es für den „Kernpunkt der Modernität der Aufklärung, den Weltfrieden" möglich macht, endlich „mindestens in einem Weltteil Wirklichkeit" zu werden. [47]

Hirst und Thompson sind noch expliziter über ihren fortdauernden Glauben an der Wirksamkeit der stückweisen Reform.

Sie glauben, Regierungen können Ordnung in die Wirtschaft durch eine geringe Anpassung der traditionellen Verfahren bringen. Alles, was benötigt wird, argumentieren sie, ist, daß diese Regierungen ihre gegenwärtigen „ökonomischen Gipfeltreffen" zur systematischen Zusammenarbeit auszubreiten. Wenn nur die „G3" (die USA, Japan und „Europa") Regeln für die Geldmärkte und die direkte Investition festlegen, wird die daraus ergebende „Herrschaft" das System zur Ordnung bringen. Dann werden andere Nationalregierungen, und innerhalb deren Landes- und Kommunalbehörden, „den Konsens orchestrieren" können, worin „die verschiedenen Faktoren der Produktion eine Beziehung zueinander nicht bloß zu Marktbedingungen haben, d.h. Arbeit und Management und Kapitalgeber und Firmen."

Das ist alles ein Hirngespinst – und ein Hirngespinst, das zu reaktionären Schlußfolgerungen führt. Die ökonomischen Gipfeltreffen kein Zeichen, daß sie die Weltwirtschaft regeln, noch weniger sie in eine rationale Richtung lenken können. Die sind ein großer Kuhhandel, wo die konkurrierenden Regierungen die Interessen der mit ihnen verbundenen konkurrierenden Firmen fördern. Sie handeln konzertiert, wenn zufällig ihre Interessen miteinander übereinstimmen (z.B. wenn es dazu kommt, ein Land irgendein anderes Land für die gemeinsame Ausbeutung zu eröffnen), oder wenn die mächtigste von ihnen (die USA) erfolgreich die anderen dazu einschüchtert, ihre Hegemonie zu akzeptieren (was als „eine neue Weltordnung" verkleidet wird). Meistens ist jedoch das Ergebnis nicht konzertierte Aktion, sondern die Unfähigkeit, eine Übereinstimmung zu erreichen – „die neue Weltunordnung".

Den Aufruf zu machen, daß diese Körperschaften größere „Herrschaft" ausüben sollten, heißt, daß man fordert, daß sie mehr Macht dafür haben sollten, die übrige Welt im Interesse der mächtigsten Kapitalisten unterzuwerfen, und daß man innerhalb dieser Situation eine noch größere Vorherrschaft des US-amerikanischen Kapitalismus fordert. Das Gerede über „Europa" als eine „ökonomische" Macht ist auch im Reich der Phantasie. Europa ist nicht eine einzige Einheit, sondern eine sich miteinander streitende Koalition aus konkurrierenden Staaten, deren Kapitalisten sich gegenüberstehen, ebenso sehr wie sie denen aus den USA und Japan gegenüberstehen. Zu Gelegenheiten heißt diese Konfrontation Bündnisse, um Märkte untereinander aufzuteilen, aber zu anderen Gelegenheiten heißt sie erbitterte Streiten als diese Bündnisse auseinanderbrechen und neue konkurrierende Bündnisse gebildet werden.

Es gibt natürlich mächtige Interessen die auf einen integrierteren europäischen Kapitalismus drängen, und damit auf die Anfänge eines zusammenhängenden europäischen Staates. Aber diese Interessen rechnen nicht mit einer friedlichen, harmonischen und humanen Welt, der die Art „Herrschaft" vorsteht, die das Leben der Menschen verbessern würde. Vielmehr sind sie darauf erpicht, ein Europa zu bilden, wo die uneingeschränkte Vorherrschaft des Kapitals durch die Maastrichter Kriterien und einer vor jeder Art der demokratischen Kontrolle sicheren Zentralbank geschützt wird.

Der zweite Fehler in ihrer Darstellung betrifft ihre Interpretation der Geschichte des Systems während des 20. Jahrhunderts. Wie gesehen, ignoriert die Betonung von Hirst und Thompson auf quantitativen Wachstumszahlen für den internationalen Handel und Investition wichtige Änderungen, die von einer Periode zur anderen bei der qualitativen Organisation der Produktion ereigneten. Sie machen auch keinen wirklichen Versuch, eine Erklärung dafür zu geben, was während der Periode vom Ersten Weltkrieg bis Anfang der 1950er Jahre hindurch passierte, wo der internationale Handel und Investition sank – eine Periode, die eine Tendenz

46. M. Mann, a.a.O., S.120.

47. ebenda.

überall in der Welt zur wachsenden Integration zwischen Kapital und Staat oder zum „Staatskapitalismus“, wie Lenin und Bucharin sie nannten, bezeugte.

Hirst und Thompson teilen in ihrer Bewertung dieser Periode die gleich Meinung mit den meisten Theoretikern der Globalisierung. Sie betrachten die staatliche Intervention als die Aktion der Regierungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung, um durch die Anwendung von „keynesianistischen“ Methoden der ökonomischen Lenkung eine Depression zu abzuwehren. Aber während die Theoretiker der Globalisierung glauben, daß es eine radikale Änderung gegeben hat, die solche Macht von den Staaten abgenommen hat, glauben Hirst und Thompson, daß Staaten immer noch die Macht haben, wenn sie sich bloß dazu bringen können, sie anzuwenden.

Zugrundeliegend bei den beiden Positionen ist ein Mißverständnis darüber, was während der Blütezeit des Staatskapitalismus stattfand. Regierungen überall in der Welt sprachen von „ökonomischer Planung“, verstaatlichten bestimmte Industrien und brachten mehr oder weniger Entscheidungen über Investition den einzelnen Kapitalisten ab. [48] Und während des letzteren Teils dieser Periode, ab den 1940er bis Anfang der 1970er Jahre gab es einen beispiellosen Aufschwung sowie einen beispiellosen Aufstieg im Lebensstandard der Arbeiter – was von einigen Schriftstellern als „das goldene Zeitalter des Kapitalismus“ bezeichnet worden ist.

Aber der Aufschwung und der steigende Lebensstandard waren nicht das Ergebnis des Keynesianismus bzw. der Einmischung der Regierungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Regierungen fanden sich völlig unfähig dazu, die Wirtschaft anzukurbeln, als ihre Hauptmotivation dazu die Beseitigung der durch den ökonomischen Abschwung verursachten Massenarbeitslosigkeit und Armut war. Mann bemerkt ganz zurecht, daß, lange bevor überhaupt jemand über „Globalisierung“ sprach:

> Es ist zweifelhaft, ob reformistische Politiker ihre „potentielle“ Macht dazu, Wechselkurse oder Zinsraten zu manipulieren, viel angewandt hatten, um frei Gelder auszugeben und eine Umverteilung einzuleiten. Sie machten es am meisten in den merkwürdigen Umständen der Nachwirkungen von zwei Weltkriege ... Bei den meisten anderen Gelegenheiten sind sie anscheinend völlig durch kapitalistischen Orthodoxien und das Gespenst der Kapitalflucht und der Kursschwankungen diszipliniert worden ... Ich denke ... vom absoluten Zusammenbruch der linken politischen Ökonomie vor den internationalen kapitalistischen Zwängen in Ländern wie Großbritannien, Deutschland oder Spanien ab 1929. Ich bin immer noch nicht überzeugt, daß die internationalen kapitalistischen Zwänge auf dem Nationalstaat in der gegenwärtigen Periode einzigartig bedrohlich sind. Die Zwänge hat es immer gegeben. [49]

Und es war nicht, wie Mann vorschlägt, bloß eine Mangel an Willenskraft seitens der reformistischen Regierungen, die zu solchen Versäumnissen führte. Sie waren in Wirklichkeit von der Logik des Reformismus selbst gefangen, die den Versuch umfaßte, das System funktionsfähig zu machen – und das hieß, daß sie ihre Politik den Bedürfnissen der Kapitalakkumulation unterordneten. Daher stammt die Tatsache, daß Regierungen mit Interventionsprogrammen in den Jahren zwischen den 1930er und den 1970er Jahren nur wirksam waren, als die Akkumulation oder den Trieb zum Rüstungswettbewerb erleichterten. Sie waren unwirksam, als ihre Hauptmotivation darin bestand, Reformen im Interesse der Masse der Bevölkerung zu liefern.

Das erklärt, warum der Aufstieg der staatlichen Intervention – die Tendenz zu größeren oder minderen Graden des Staatskapitalismus – von Kriegsvorbereitungen unzertrennlich war, Vorbereitungen, die während der 1930er Jahre eher von Angriffen auf den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der Masse der Menschen als von Verbesserungen begleitet wurden. Erst nachdem die Kriegsvorbereitungen als unbeabsichtigte Folge die Depression zu einem Aufschwung gewandelt hatten, fing die Verbesserung des Lebensstandards und der Arbeitsbedingungen in Ländern wie Großbritannien und den USA an.

Die vorherrschende ökonomische Orthodoxie der Periode stellte die Wirklichkeit auf den Kopf und schrieb den Aufschwung den eigenen „keynesianistischen“ Ansichten zu. Aber eine Untersuchung der empirischen Belege für diese Jahre zeigt, daß die Intervention der Regierungen in den fortgeschrittenen Ländern ab den 1940er bis hin zu den 1970er Jahren darauf gezielt war, eher den Aufschwung zu bremsen, als die Rezession zu überwinden. [50]

In weniger fortgeschrittenen Teile der Welt gab es größeren Spielraum für Intervention, da lokale Kapitalistenklassen relativ schwach waren. Gruppen, die nicht notwendigerweise aus der etablierten Kapitalistenklasse konnten die Kontrolle über den Staat gewinnen, ein Programm der Verstaatlichung des lokalen Kapitals durchdrücken, um die Industrialisierung einzuführen,

48. Für eine Darstellung dieser Periode s. mein Buch Explaining the Crisis, Kap. 2-3.

49. M. Mann, a.a.O., S.119.

50. s. R.C.O. Matthews, Why Has Britain Had Full Employment Since The War? Economic Journal, September 1968, S.556.

und sich in eine staatskapitalistische Klasse umwandeln. Daß passierte in Osteuropa nach 1945, in China, Vietnam und Kuba sowie in Ländern wie Argentinien, Ägypten, Syrien, Irak und Algerien.

Typisch benutzten Regimes die direkte Macht des Staates, um die Anzahl der direkten Verbindungen mit ausländischen Kapitalisten zu beschränken, und um Aufschwünge zu verlängern, indem sie den physischen Ausstoß von „nichtvorrangigen“ zu „vorrangigen“ Teilen der Wirtschaft zu Bewegung jedes mal, das Tendenzen zur Rezession erschienen. Diese Regimes sprachen von Planung und beschrieben sich normalerweise als irgendeine Form des Sozialismus (den „Kommunismus“, den „arabischen Sozialismus“, den „afrikanischen Sozialismus“, den „islamischen Sozialismus“ und sogar den „königlichen Sozialismus“). Aber da die „nichtvorrangigen“ Sektoren immer diejenigen waren, die den Lebensstandard der Arbeiter und der Bauern betrafen, war das sicherlich nicht ein Fall, wo der Staat intervenierte, um die Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung zu fördern. Es war eigentlich eine Weise, wie der Staat der inneren Wirtschaft den militärischen oder Marktzwängen vom übrigen kapitalistischen Weltsystem unterordnete. Die „Autonomie“ des Staates bestand darin, daß er wählen konnte, genau wie er die Dynamik des Weltsystems auf die lokale Bevölkerung auferlegte, nicht daß er dieser Dynamik den Rücken wenden konnte.

Es gab weitere wichtige Änderungen im Weltsystem ab Mitte der 1970er Jahre. Aber diese Änderungen beraubten dem Staat nicht irgendwelche magische Kraft, so zu handeln, als ob das übrige Weltsystem nicht existierte. Sie verschoben eher die wirksamsten Weisen, wie Staaten die Akkumulation des national basierten Kapitals (ob „staatlich“ oder „privat“) angesichts der Zwänge vom System als Ganzem fördern könnten.

Die Reduzierung der direkten Verbindungen der inneren Wirtschaft mit dem ausländischen Kapital hatte es vielen Staaten ermöglicht, ein hohes Tempo der Kapitalakkumulation für mehr als eine Generation zu leiten. Aber jetzt wurde diese zu einer zunehmend kostspieligen Wahl, weil sie die Möglichkeiten beschränkte, den Zugang zu neuen Technologien [Techniken] zu bekommen, die in den Händen der größten ausländischen Firmen der Welt waren. Während ab Anfang der 1930er Jahre bis Anfang der 1960er Jahre es schien, daß, je weiter Wirtschaften in Richtung des Staatskapitalismus gegangen waren, desto größer ihre Wachstumsraten waren, schien es bis Anfang der 1980er Jahre umgekehrt. Regimes standen unter enormem Druck, um zu erlauben, daß das heimische Kapital sich direkt mit Kapitalien in anderen Teilen des Weltsystems in Verbindung setzten dürfte – Anleihen von ausländischen Banken, die Bildung von Bündnissen mit ausländischen multinationalen Firmen als Gegenleistung für den Zugang zu neuen Technologien [Techniken], Importe von einer zunehmenden Palette von Kapitalanlagen und Bestandteilen, die Bezahlung dafür mit einer immer größeren Betonung auf Verkäufen in ausländischen Märkten.

Das passierte, gerade als die Weltwirtschaft als Ganze in eine neue Periode von Krisen ab 1974 eintrat. Regierungen, die vorher ein Lippenbekenntnis zu keynesianistischen Verfahren abgelegt hatten, ohne sie während des langen Abschwungs je anwenden zu müssen, mußten jetzt vor der Rezession stehen und fanden heraus, daß diese Verfahren nicht funktionierten.

Staaten fanden heraus, daß sie nicht die nationale kapitalistische Akkumulation vor der Weltkrise schützen könnten, gerade zur Zeit, wo die weltweite Krise wieder gewaltig zurückkehrte. Das war verheerend für die konsequentesten Staatskapitalismen, diejenigen, die normalerweise als „sozialistisch“ im Ostblock und in Teilen der Dritten Welt bezeichnet wurden. [51] Es war ebenso verheerend für Reformisten, die glaubten, daß sozialdemokratische sich auf keynesianistischen Vorschriften stützenden Politiken den Weg nach vorne in den fortgeschrittenen westlichen Ländern bildeten. In Großbritannien gab die Labour-Regierung diese Vorschriften 1976 auf. In Frankreich folgte Mitterrand sechs Jahre später. Die Beliebtheit der Vorstellungen der „Globalisierung“ entstand, als die Erfahrung den Glauben widerlegte, daß die von oben durchgeführte Reform des Systems Krisen daran hindern könnte, die Wirtschaft zu befallen. Aber anstatt zu erkennen, daß dieser Glaube nie gestimmt hatte, betrachten die Theorien der „Globalisierung“ diese Situation als neues Merkmal.

Eigentlich ist das, wovor wir heute stehen, keine neu immense Macht in den Händen des internationalen Kapitals, sondern eine Macht, die mindestens so weit zurück wie Ricardo geht. Es ist die Macht dazu, denjenigen zu erzählen, die irgendeinen Teil des Systems zu reformieren versuchen, daß sie die von seiner Dynamik der von der Konkurrenz geprägten Akkumulation geschaffenen Gesetze befolgen müssen. Die einzigen Erfolge, die der Reformismus behaupten kann, sind in Perioden wie am Ende der 1940er Jahre, während der 1950er Jahre und am Anfang der 1960er Jahre, als auch Länder mit ausgesprochen prokapitalistischen Parteien an der Regierung wie die BRD, Italien oder sogar die USA Reformen gewährten, die die Arbeiter

51. Wie ich 1976 schrieb: „Die Ära, wo der Staat Nationalkapitalisten von der unmittelbaren Wirkung der Weltkrise schützen konnte, kommt zu ende ... Jeder nationale Staatskapitalismus wird immer mehr in ein chaotisches desorganisiertes Weltsystem eingesaugt, wo die einzige Ordnung die ist, die von den Krisen und der Zerstörungskraft des Weltmarkts selbst geschaffen wird.“ Poland and the crisis of state capitalism, International Socialism 93 u. 94 (erste Serie).

begünstigten. Im Gegensatz dazu, wenn auch immer das System durch Perioden der Krise gegangen ist, sind reformistische Regierungen machtlos gewesen und ihre Minister haben versucht, sich zu entschuldigen, indem sie auf „internationale“ Kräfte außerhalb ihrer Kontrolle andeuteten. So erklärte Ramsay MacDonald dem Parteitag der Labour Party 1930, daß es wenig gab, das seine Regierung machen könnte:

> Also meine Freunde, stehen wir nicht vor Gericht. Es ist das System, unter dem wir leben. Es ist zusammengebrochen, nicht nur auf diesem kleinen Insel; es ist in Europa, in Asien, in Amerika zusammengebrochen; es ist überall zusammengebrochen, wie es zwangsläufig zusammenbrechen mußte. [52]

Die Argumentation des „Austromarxisten“ und ehemaligen deutschen Finanzministers Rudolf Hilferding war fast identisch: „Das grundsätzliche Problem besteht darin, daß wir dem Volk nicht in einer konkreten Weise erzählen können, wie wir die Krise beseitigen werden, welche sofort erfolgreiche Mittel wir anwenden würden ...“ [53] „Zu viel“, behauptete er, „lag außerhalb der Hände der deutschen Sozialdemokratie, außerhalb der Hände jeder: die Wirtschaftskrise war international.“ [54]

MacDonald und Hilferding benutzten nicht das „G“-Wort, aber ihre grundsätzliche Entschuldigung dafür, daß sie Versprechen nicht hielten, die Bedingungen der Massen zu verbessern, war im wesentlichen dieselben, die reformistische Politiker heute benutzen – daß die Macht des internationalen Systems zu groß ist, daß die Aktion der Regierung überhaupt einen Unterschied machen würde.

Es gibt eine einfache Antwort auf solche Argumente, ob in ihrer 1930er oder in ihrer 1990er Form. Reformistische Regierungen können nicht Kitt der Krise klarkommen, weil sie die Einschränkungen des Systems akzeptieren. Sie sind bereit, die wichtigsten Produktionsmittel in den bestehenden Händen zu lassen, und insofern sie versuchen, die Macht des Kapitals beschränken (Wechselkontrollen, Regulierung der Investition, Programme von öffentlichen Ausgaben), machen sie das von oben durch die bestehenden Staatsapparate – Apparate, die auf der Annahme der Zusammenarbeit mit dem Kapital aufgebaut wurden, und nicht des Widerstands dagegen, und die oben von denjenigen dominiert werden, die sich mit den Interessen des Kapitals identifizieren. In der reformistischen Perspektive gibt es keinen Platz für die direkte Aktion der Arbeiter von unten. Trotzdem ist es gerade solche Aktion, die, wenn sie überall in der Wirtschaft koordiniert wird, Aktionen durch das Kapital (Verlegung des Kapitals ins Ausland, Schließung von Betrieben, das Hamstern von Notwendigkeiten) verhindern, die Versuche verhindern sollten, die Bedingungen der Masse der Bevölkerung zu verbessern – und die weiter gehen können, um die Produktionsmittel zur Arbeit zu stellen, die die Bedürfnisse, nicht den Trieb nach Profit befriedigen sollten.

Natürlich führt das uns dann zurück zum Problem der Revolution in einem Land. Ein einzelnes Land, egal wie groß, hat nicht innerhalb seiner Grenzen die Mittel dazu, eine Gesellschaft der Fülle zu gründen, die die Voraussetzung für den Sozialismus ist. Solche Mittel sind vom Kapitalismus auf einer weltweiten Ebene, und jedes Land, das auf unbestimmte Zeit von der übrigen Welt abgeschnitten ist, weit davon entfernt, den Kapitalismus abzulösen, wird auf lange Sicht seinen Zwängen erliegen. Aber das heißt nicht, daß es nicht kurzfristig manövrieren kann, um sich aufrechtzuerhalten, während es ökonomische Änderungen zugunsten der Mehrheit seines Volkes (Umverteilung des Reichtums von den Reichen zu den Massen, Umlenkung der Verschwendung in Richtung der Bedürfnisse der Menschen, Anwendung der Produktionsmittel, die außer Betrieb gelassen wurden, weil sie nicht ausreichend rentabel waren) durchführt und seine Ressourcen benutzt, um ähnliche Änderung in anderen Ländern zu ermutigen.

Wie erfolgreich es ist, wird von einer Vielfalt von zufälligen Bedingungen abhängen – wie groß es ist, wie sehr es für sein unmittelbares Überleben von Ressourcen außerhalb seiner Grenzen abhängt, vom Grad, wozu die Großmächte, die gegen die von ihm durchgedrückten Änderungen sind, untereinander gespalten sind, und vor allem vom Grad, wozu es die revolutionäre Gärung in anderen Ländern ermutigen kann.

Der wichtige Punkt hier ist jedoch, daß die Änderungen im Kapitalismus, die konventionell unter dem Namen „Globalisierung“ gehen, machen nicht einen solchen Versuch, einen revolutionären Durchbruch zu erringen, qualitativ schwieriger. Zum Beispiel, die Frage der Abhängigkeit von außerhalb der Staatsgrenzen war eine zentrale Frage während der revolutionären Welle am Ende des Ersten Weltkriegs. Bolschewistisches Rußland litt enorm darunter, daß es von den Kohlengruben der von den Deutschen besetzten Ukraine und vom Erdöl des von den Briten besetzten Baku abgeschnitten wurde; Deutschland litt unter einer akuten Mangel an Nahrungsmitteln am Anfang 1919; auch eine Revolution im fortgeschrittensten europäischen Kapitalismus jener Zeit, Großbritannien, hätte vor dem Problem der

52. zit. in R. Skidelsky, John Maynard Keynes, Bd.2, London 1994, S.378.

53. R. Hilferding, Brief an Karl Kautsky, 2. Oktober 1931, zit. in P.F. Wagner, Rudolf Hilferding, Theory and Politics of Democratic Socialism, New Jersey 1986, S.155.

54. ebenda.

Abhängigkeit der Nationalwirtschaft vom Handel gestanden. Für Reformisten waren diese alle, damals wie heute, Argumente dafür, daß man den vom Kapitalismus festgelegten Rahmen akzeptieren muß; Für Revolutionäre sind sie Argumente dafür, daß man eine Perspektive der Ergreifung der Macht und danach der Verbreitung der Revolution haben muß.

Die globale Wirtschaft und die Macht der Arbeiter

Nicht bloß reformistische Regierungen sind laut dem Konsens über „Globalisierung“ machtlos. Auch Arbeiter, wird behauptet, haben eine viel kleinere Fähigkeit, sich den Diktaten des Kapitals zu widersetzen als in der Vergangenheit. Das ist ein Argument gegen jeden Versuch durch eine Arbeiterregierung, mit dem System zu brechen. Aber es ist auch ein Argument über die Vergeblichkeit des Kampfs der Arbeiter sogar um die minimalsten Reformen innerhalb des Systems – ob um Reformen des Sozialstaats oder um Verbesserungen der Löhne oder der Arbeitsbedingungen gegen die Unternehmer. Jeder ernsthafte Versuch der Arbeiter, ihre Forderungen auf das Kapital zu zwingen, wird einfach dazu führen, daß es sie ignoriert oder, wenn notwendig, irgendwohin anders im System abhaut.

Aber, wie früher gesehen, ist das industrielle Kapital nicht ungebunden. Es kann natürlich langfristig umziehen, aber nur wenn es bereit ist, einen hohen Preis zu bezahlen. Noch dazu, Gerade die internationale Integration, worauf der Konsens über Globalisierung eine solche Betonung legt, steigert die Kraft von bestimmten Gruppen von Arbeitern in Verhandlungen. Im echten globalen Fließband könnte prinzipiell eine Gruppe von Arbeitern, die einen einzigen Bestandteil in fast jedem Land herstellen, eine ganze weltumspannende Industrie stillegen. In Wirklichkeit, wie gesehen, ist der globale Fließband ganz selten. Aber die Konzentration auf einer „regionalen“ Basis wird zunehmend häufig – und so auch ist die Erfahrung, daß eine relativ kleine Gruppe von Arbeitern eine ganze multinationale Firma stillegen kann. Das passierte 1988, als Ford-Arbeiter in Großbritannien streikten und die ganzen Operationen von Ford Europa in drei oder vier Tagen zum Stillstand brachten. Es passierte noch kürzlicher, als eine relativ kleine Gruppe von Arbeitern in einem Bestandteilwerk die ganzen nordamerikanischen Operationen von General Motors hielten.

Arbeiter haben viele Niederlagen über die letzten zwei Jahrzehnte gelitten. Aber sehr wenige davon waren deswegen, weil das Kapital einfach seine Koffer packte und irgendwohin anders umzog. Normalerweise sind sie passiert, weil Firmen die Produktion in bestehenden Werken oder manchmal in neuen weiterführen konnten, die ein paar Kilometer weg waren. So beruhte die Niederlage der Druckarbeiter bei Rupert Murdochs News International 1987 auf der Eröffnung von einer neuen Anlage etwa zwei Kilometer entfernt von der alten – und sie hätte vermieden werden können. wenn die Führer der Druckergewerkschaften bereit gewesen wären, die Produktion im alten Werk zu halten, bevor Murdoch bereit war, umzuziehen. Sie hätten dann Murdochs Zeitungsoperation in Großbritannien getroffen und dadurch den geldmachenden Apparat lahmgelegt, von dem er abhing, um die Zinsen für seine enormen globalen [weltweiten] Schulden zu bezahlen. Feigheit, Unfähigkeit oder Mangel an Solidarität seitens der Gewerkschaftsführer eher als die reine Macht der multinationalen Firmen stand hinter der Niederlage der britischen Bergarbeiter 1985, der Matrosen auf den Fähren am Ärmelkanal 1988, der Docker [Hafenarbeiter] 1989. Es erklärt auch viele der Niederlagen, die den US-amerikanischen Arbeitern beigebracht wurden – die Fluglotsen unter den Händen Reagans, die Niederlagen bei Hommel in Iowa, bei Staley im Süden Illinois usw. Das Kapital gewann nicht deswegen, weil es ungebunden war, sondern weil es rücksichtslos kämpfte, während die Gewerkschaftsführungen die Gemäßigtheit und die Anständigkeit predigten.

Die „Globalisierung“ der Produktion spielte keine bedeutende Rolle, die es den Unternehmern bei überhaupt einem von diesen Kämpfen ermöglichte, den Kampf zu gewinnen. Aber die Ideologie der „Globalisierung“ hat eine Rolle gespielt. Sie hat die Vorstellung ermuntert, daß multinationale Firmen zu mächtig sind, daß sie von „altmodischen“ Formen des Arbeiterkampfs getroffen werden können – und die Aufgabe dieser Formen des Kampfs hat den Sieg den multinationalen Firmen übergeben.

Die Gestalt der Zukunft

Es gibt eine letzte Schlußfolgerung, wozu der Konsens über Globalisierung führen kann: daß das System, obwohl unkontrollierbar, weniger gefährlich als in der Vergangenheit geworden ist. Das ist deswegen, weil Staaten mit ihren schwer bewaffneten Streitkräften angeblich von abnehmender Bedeutung für den Kapitalismus sind. Er braucht vielleicht einen Staat, um ihn gegen die Revolte von unten zu schützen, um mit Regimes fertig zu werden, die „bösartige Einzelgänger“ geworden sind und die normalen Spielregeln nicht gehorchen, um die Un-

verletzlichkeit von Verträgen zu garantieren und um bestimmte Teile der Infrastruktur zu liefern. Aber der Kapitalismus braucht keine konkurrierenden Staaten, die die freie Bewegung des Kapitals und des Handels stören. Er sollte sich auf eine hegemonische Macht übereinstimmen können (vermutlich die USA), die eine Weltordnung überwachen wird, wo der Freihandel zunehmend die Norm ist, und wo militärischer Konflikt eine geringfügigere Rolle spielt.

Die Widerlegung des Konsenses sollte zu einer sehr verschiedenen Meinung des Wegs führen, dem das Weltsystem folgt, eines, der von internationalen Konflikten und Kriegen charakterisiert, wie auch von unkontrollierbaren ökonomischen Krisen. Verschiedene Firmen haben verschiedene Interessen und werden zu den einzelnen Staaten schauen, über die sie Einfluß ausüben, um diese Interessen durchzusetzen.

Es gibt Firmen, die dazu schauen werden, die globale Vorherrschaft durch den Freihandel durchzusetzen – entweder durch die national basierte Produktion, die alle Konkurrenten unterdrücken kann, oder durch globale Fließbänder. Offensichtlich ist das die Perspektive von wichtigen Teilen des US-amerikanischen Großkapitals, wie auch von einigen britischen multinationalen Firmen, die bereit sind, in einem Bündnis mit ihnen zu arbeiten. Aber auch im Falle dieser Firmen ist ihr „National"staat –und besonders das Pentagon mit seinen riesigen Rüstungsverträgen – von äußerster Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Produktion. Sie hängen auch von ihrem Nationalstaat ab, um ihre Interessen gegen andere durchzusetzen, wenn es darauf kommt, das System als Ganzes zu gestalten. Daher z.B. die langwierigen Anstrengungen des US-Staats, um die Erzwingung des „intellektuellen Urheberrechts" während der letzten GATT-Verhandlungen zu bekommen, und sein Bestehen darauf, daß internationale Behörden wie der IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation einen „Freihandel"-Ansatz zur ökonomischen Entwicklung gutheißen.

Andere Firmen können jedoch andere Strategien für die Eroberung der Weltmärkte verfolgen – Strategien, die eine andere Haltung zur Rolle er Staaten implizieren. Also bauten die meisten japanischen Firmen ihre globale Präsenz durch das Exporten von innerhalb einer Wirtschaft, wo der Nationalstaat und die nationalen Geschäftspraktiken einen starken Grad des Schutzes lieferten. Dann zu einem bestimmten Zeitpunkt, als sie mit Schutzzölle oder Quoten von anderen Staaten bedroht wurden – Drohungen, auf die sie oft reagierten, indem sie „freiwillige Beschränkungen" auf Exporten zugestanden – haben sie damit angefangen, sich zur Produktion durch lokale Tochtergesellschaften zu wenden (der „toyotaistische" oder „Glokalisierungs"-Ansatz). Wenn das einmal geschehen ist, können sie ganz glücklich den Protektionismus vom lokalen Staat akzeptieren, sogar ermutigen, als eine Weise, wie man die Konkurrenz von konkurrierenden multinationalen Firmen abwehrt, die ihren Stützpunkt anderswo haben.

Deutsche und französische Firmen neigen dazu, sich aus ihren nationalen Stützpunkten in die benachbarten Teile Europas auszudehnen, was sie dazu führt, zu einer regionalen europäischen Politik zu schauen, die durch verstärkte europäische Einrichtungen, eher als durch den weltweiten Freihandel erlassen sollte.

Keine von diesen Strategien bedeutet, daß wir eine Wende zur Aufteilung der Welt in fast selbstgenügsame nationale bzw. regionale Wirtschaften bezeugen, wie es die Tendenz während der 1930er Jahre war. Der Welthandel steigt weiter. Aber er ist kein Freihandel, der sich auf der Nichteinmischung der Staaten stützt, er ist eher der „verhandelte Handel", wobei Staaten sich weiter gegenseitig unter Druck setzen, die Forderungen der mit ihnen verbundenen Kapitalien zuzugestehen.

Ein großer Teil des britischen Kapitalismus steht in einer eigenen Kategorie. Ruigrok und van Tulder deuten darauf hin, daß er das einzige fortgeschrittene Industrieland ist mit „schwacher Zusammenhalt". [55] Es gibt eine außergewöhnlich hohe Anzahl von ausländischen Investoren in der heimischen Wirtschaft und sie kommen in fast gleichen Zahlen aus den USA und aus der Europäischen Union. [56] Gleichzeitig führen multinationale Firmen mit Sitz in Großbritannien einen viel höheren Anteil ihrer Produktion im Ausland durch, als es der Fall seit mit denjenigen aus den anderen großen fortgeschrittenen Ländern – und wieder ist diese Produktion nicht in einer Region konzentriert, sondern ist fast gleich zwischen Europa und Nordamerika aufgeteilt, mit einer kleineren Menge in Ostasien.

Diese Tatsachen erklären vielleicht die Begeisterung für das Gerede über „Globalisierung" in Großbritannien. Schriftsteller verallgemeinern auf den ganzen Weltkapitalismus aus der Erfahrung eines abnehmenden [zurückgehenden] Teils. Aber dabei lassen sie die Komplexität dieser Erfahrung außer acht. Denn ein Teil der Investition kommt von multinationalen Firmen, die weltweite Produktionsstrategien haben (z.B. IBM), aber die am schnellsten

55. W. Ruigrok u. R. van Tulder, a.a.O., S.284.

56. Die neuesten Zahlen, für das Jahr 1993, zeigen, daß Firmen im ausländischen Besitz für 25 Prozent des verarbeiteten Ausstoßes verantwortlich waren, und daß 35 aus den 100 größten Firmen im verarbeitenden Gewerbe im ausländischen Besitz waren (eine Steigerung ab 19 in 1986). Die Hälfte der großen Firmen im ausländischen Besitz kommt aus den USA (unverändert seit 1986), 39 Prozent aus Europa (mehr als das Doppelte der 1986er Zahl), aber bloß 7 Prozent aus Japan oder Korea, trotz der riesigen Aufmerksamkeit der Medien dafür. Financial Times, 4. September 1996.

wachsenden Investitionen kommen von multinationalen Firmen, die europaweiten Strategien haben (nicht bloß die europäischen Firmen, sondern auch die amerikanischen und fernöstlichen Autohersteller). Und gleichzeitig gibt es sehr wichtige multinationale Firmen mit Sitz in Großbritannien (British Aerospace, GEC, Plessey, Rolls Royce) die von den beträchtlichen militärischen Ausgaben des britischen Staates für einen großen Teil ihrer Forschung und Entwicklung und einen beträchtlichen Teil ihrer Märkte abhängig sind.

Diese auseinandergehenden Perspektiven von verschiedenen Branchen des multinationalen Kapitals in Großbritannien führen zu ganz unterschiedlichen Interpretationen der internationalen Strategie, die vom Nationalstaat verfolgt werden sollte, besonders wenn es zur Haltung zur ökonomischen und Währungsunion in Europa kommt. Für einige Branchen ist eine solche Union eine natürliche Folgerung ihrer zunehmend europäischen Organisation der Produktion. Für andere könnte sie zum gefährlichen Hindernis zu ihren globalen Ambitionen sein. Das Argument ist nicht zwischen denjenigen, die sich darauf verlassen, daß der Staat ihre Wünsche erfüllt, und denjenigen, die sich nicht darauf verlassen. Es ist vielmehr zwischen unterschiedlichen Strategien für die Verwendung des Staates, der einen, die ihn als Stützpunkt betrachtet, wovon man globale Vereinbarungen verhandelt, und der anderen, die die Betonung auf der europäischen Umstrukturierung legt. Und das Bild wird weiter durch die Anwesenheit von wichtigen Teilen der mittleren und der kleinen Industrie kompliziert, die immer noch in einer überwiegend nationalen Perspektive arbeiten.

Das modische Gerede über „Globalisierung“ kann nicht diese Spaltungen beleuchten, weil es nicht zwischen den ganz verschiedenen Weisen unterscheiden kann, wie verschiedene Firmen sich angesichts der internationalen Konkurrenz umstrukturieren. Und wenn sie die Fragen in Großbritannien, der am meisten internationalisierten der wichtigsten Wirtschaften, eher verhüllt, als beleuchtet, dann führt es einen völlig irre im Falle der anderen Wirtschaften. Entwicklungen im Weltsystem verändern vielleicht das Verhältnis zwischen Staaten und Firmen. Aber sie führen nicht zur Verlust der Verbindung zwischen Firmen und Staaten, noch führen sie die größeren Kapitalien, die um die weltweite Vorherrschaft ringen, zur Verlust einer bestimmten nationalen Stützpunkt.

Diese ist nicht die Welt, die von der Theorie der Globalisierung dargestellt wird, die sich auf irgendwelcher „neoklassischen“ Modell des Systems stützt, die aus gleichmäßig verteilten Atome des Kapitals besteht, die in freier Wechselwirkung miteinander stehen. Vielmehr ist sie eine Welt, wo eine beschränkte Zahl von Staaten und multinationalen Firmen gegeneinander drückt, sie schieben und ziehen sich gegenseitig, als jeder versucht, die anderen zu überreden, seine Wünsche zu erfüllen, wie riesige Kraken mit ineinander verschlungenen Tentakeln. Und die Überredung ist nicht bloß auf ökonomische Manöver beschränkt, denn diese beliebt eine Welt, wo die größten Industriestaaten darauf bestehen, daß sie ihre militärische Fähigkeit trotz der Beendigung des Kalten Krieges behalten, und wo die am schnellsten wachsenden Schwellenländer in Ostasien sich an einem Wettrüsten miteinander und mit ihren Nachbarn beteiligen.

Das System ist instabil und gefährlich gerade deswegen, weil Kapitalien Verbindungen mit Staaten behalten, und die Möglichkeit der Anwendung der Gewalt weiter eine wichtige Rolle spielt, als die multinationalen Firmen weiter gegeneinander um die weltweite Vorherrschaft kämpfen. Die Tatsache, daß die Gewalt normalerweise außerhalb der fortgeschrittenen Länder selbst angewandt wird, verkleinert nicht ihre abscheulichen Wirkung auf die Bevölkerung vor Ort, noch ihre destabilisierende Wirkung auf das System als Ganzes. Die Bombardierung von Bagdad ist ebenso sehr Teil der Logik des Systems als die Handelsvereinbarung über Mehrfachfasern oder das Gefeilsche über Tantiemen für die Verwendung der neuesten Software.

Die Globalisierungstheorie kann das nicht sehen. Noch können diejenigen Reformisten wie Hirst und Thompson, die für eine mythische keynesianistische Vergangenheit nostalgisch sind, egal wie richtig die einzelnen Punkte sind, die sie gegen die Globalisierungstheorie machen. Aber iß ist etwas, das revolutionäre Sozialisten verstehen können müssen. Es heißt, daß Wirtschaftskrisen sich immer in politischen Erschütterungen ausdrücken. Und es heißt auch, daß der Kampf nicht bloß gegen die materielle Mangel ist, sondern auch für das Überleben der Menschheit, für den Sozialismus gegen die Barbarei.

Wladimir Iljitsch Lenin

Staat und Revolution

I. Kapitel
Klassengesellschaft und Staat

Die Schrift Staat und Revolution verfaßte Lenin im August bis September 1917 in der Illegalität. Den Gedanken, daß es notwendig sei, die Frage des Staates theoretisch auszuarbeiten, hatte Lenin in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 geäußert. Damals schrieb er die Notiz Jugend-Internationale (siehe Werke, Bd.23, S.163-167), in der er die Postition Bucharins in der Frage des Staates kritisierte und versprach, einen ausführlichen Artikel über die Frage Marxismus und Staat zu schreiben. In einem Brief an A.M. Kollontai vom 17. Februar 1917 (neuen Stils) teilte Lenin mit, daß er das Material über die Frage Marxismus und Staat fast fertig vorbereitet habe. Dieses Material hatte Lenin in kleiner, enger Schrift in einem Heft mit blauem Umschlag niedergeschrieben, das von ihm Marxismus und Staat betitelt wurde. Es ist eine Sammlung von Zitaten aus Werken von Karl Marx und Friedrich Engels nebst Auszügen aus Büchern von Kautski, Pannekoek und Bernstein mit kritischen Bemerkungen, Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen W.I. Lenins.

Nach dem ursprünglichen Plan sollte die Schrift Staat und Revolution aus sieben Kapiteln bestehen, doch hat Lenin das letzte, VII. Kapitel, Die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917, nicht geschrieben. Erhalten ist nur ein ausführlich ausgearbeiteter Plan dieses Kapitels (siehe W.I. Lenin, Marxismus und Staat, Berlin 1970, S.124/125). Zur Herausgabe des Buches schrieb Lenin in einer Notiz an den Verleger, falls er sich „mit der Beendigung des VII. Kapitels zu sehr verspäten oder es übermäßig anschwellen sollte, müßte man die ersten sechs Kapitel gesondert, als ersten Teil erscheinen lassen ...“

Auf der ersten Seite des Manuskripts wird der Autor mit dem Pseudonym F.F. Iwanowski bezeichnet. Unter diesem Pseudonym wollte Lenin sein Buch erscheinen lassen, da es andernfalls die Provisorische Regierung beschlagnahmt hätte. Das Buch wurde jedoch erst 1918 herausgegeben, und die Notwendigkeit des Pseudonyms entfiel. Die zweite Auflage des Buches erschien 1919 mit dem von Lenin in das zweite Kapitel eingefügten neuen Unterabschnitt Marx’ Fragestellung im Jahre 1852.

1. Der Staat – ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze

Mit der Lehre von Marx geschieht jetzt dasselbe, was in der Geschichte wiederholt mit den Lehren revolutionärer Denker und Führer der unterdrückten Klassen in ihrem Befreiungskampf geschah. Die großen Revolutionäre wurden zu Lebzeiten von den unterdrückenden Klassen ständig verfolgt, die ihrer Lehre mit wildestem Ingrimm und wütenstem Haß begegneten, mit zügellosen Lügen und Verleumdungen gegen sie zu Felde zogen. Nach ihrem Tode versucht man, sie in harmlose Götzen zu verwandeln, sie sozusagen heiligzusprechen, man gesteht ihrem Namen einen gewissen Ruhm zu zur „Tröstung“ und Betörung der unterdrückten Klassen, wobei man ihre revolutionäre Lehre des Inhalts beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgarisiert.

Bei einer solchen „Bearbeitung“ des Marxismus findet sich jetzt die Bourgeoisie mit den Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung zusammen. Man vergißt, verdrängt und entstellt die revolutionäre Seite der Lehre, ihren revolutionären Geist. Man schiebt in den Vordergrund, man rühmt das, was für die Bourgeoisie annehmbar ist oder annehmbar erscheint. Alle Sozialchauvinisten sind heutzutage „Marxisten“ – Spaß beiseite! Und immer häufiger sprechen deutsche bürgerliche Gelehrte, deren Spezialfach gestern noch die Ausrottung des Marxismus war, von dem „nationaldeutschen“ Marx, der die zur Führung des Raubkrieges so glänzend organisierten Arbeiterverbände erzogen haben soll!

Bei dieser Sachlage, bei der unerhörten Verbreitung, die die Entstellungen des Marxismus gefunden haben, besteht unsere Aufgabe in erster Linie in der Wiederherstellung der wahren Marxschen Lehre vom Staat. Dazu wird es notwendig sein, eine ganze Reihe langer Zitate aus den Werken von Marx und Engels selbst anzuführen. Gewiß, die langen Zitate werden die Darstellung schwerfällig machen und ihrer Gemeinverständlichkeit keineswegs förderlich sein. Es ist aber absolut unmöglich, ohne sie auszukommen. Alle oder zumindest alle entscheidenden Stellen aus den Werken von Marx und Engels über die Frage des Staates müssen unbedingt möglichst vollständig angeführt werden, damit sich der Leser ein selbständiges Urteil bilden kann über die gesamten Auffassungen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und über die Entwicklung dieser Auffassungen, dann aber auch, um deren Entstellung durch das heute herrschende „Kautskyanertum“ dokumentarisch nachzuweisen und anschaulich vor Augen zu führen.

Wir beginnen mit dem verbreitetsten Werk von Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, das

1894 in Stuttgart bereits in sechster Auflage erschienen ist. Wir sind gezwungen, die Zitate selber aus dem deutschen Original zu übersetzen, da die russischen Übersetzungen, so zahlreich sie sind, zum größten Teil entweder unvollständig oder äußerst unbefriedigend sind.

> „Der Staat“, sagt Engels bei der Zusammenfassung seiner geschichtlichen Analyse, „ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungenen Macht; ebensowenig ist er ‚die Wirklichkeit der sittlichen Idee‘, ‚das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft‘, wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“ (S.177/178 der sechsten deutschen Auflage.) [2]

Hier ist mit voller Klarheit der Grundgedanke des Marxismus über die historische Rolle und die Bedeutung des Staates zum Ausdruck gebracht. Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können. Und umgekehrt: Das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind.

Gerade in diesem wichtigsten und grundlegenden Punkt beginnt die Entstellung des Marxismus, die in zwei Hauptlinien verläuft.

Auf der einen Seite pflegen bürgerliche und besonders kleinbürgerliche Ideologen – die sich unter dem Druck unbestreitbarer geschichtlicher Tatsachen gezwungen sehen, anzuerkennen, daß der Staat nur dort vorhanden ist, wo es Klassengegensätze und Klassenkampf gibt – Marx in einer Weise „zu verbessern“, daß der Staat sich als ein Organ der Klassenversöhnung erweist. Nach Marx hätte der Staat weder entstehen noch bestehen können, wenn eine Versöhnung der Klassen möglich wäre. Bei den kleinbürgerlichen und philisterhaften Professoren und Publizisten kommt es – oft unter wohlwollenden Hinweisen auf Marx! – so heraus, daß der Staat gerade die Klassen versöhne. Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen „Ordnung“, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft. Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker ist die Ordnung gerade die Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; den Konflikt dämpfen bedeute versöhnen und nicht, es den unterdrückten Klassen unmöglich machen, bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrücker zu gebrauchen.

Alle Sozialrevolutionäre und Menschewiki zum Beispiel sind während der Revolution 1917, als sich die Frage nach der Bedeutung und der Rolle des Staates gerade in ihrer ganzen Größe erhob, sich praktisch erhob als Frage der sofortigen Aktion, und zudem der Massenaktion – alle sind sie mit einem Schlag gänzlich zur kleinbürgerlichen Theorie der „Versöhnung“ der Klassen durch den „Staat“ hinabgesunken. Die zahllosen Resolutionen und Artikel der Politiker dieser beiden Parteien sind völlig von dieser kleinbürgerlichen und philisterhaften Theorie der „Versöhnung“ durchdrungen. Daß der Staat das Organ der Herrschaft einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) nicht versöhnt werden kann, das vermag die kleinbürgerliche Demokratie nie zu begreifen. Das Verhältnis zum Staat ist eines der anschaulichsten Zeugnisse dafür, daß unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki gar keine Sozialisten sind (was wir Bolschewiki schon immer nachwiesen), sondern kleinbürgerliche Demokraten mit einer beinah-sozialistischen Phraseologie.

Auf der anderen Seite ist die „kautskyanische“ Entstellung des Marxismus viel feiner. „Theoretisch“ wird weder in Abrede gestellt, daß der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist noch daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind. Außer acht gelassen oder vertuscht wird aber folgendes: Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine über der Gesellschaft stehende und „sich ihr mehr und mehr entfremdende“ Macht ist, so ist es klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt, in dem sich diese „Entfremdung“ verkörpert. Diese theoretisch von selbst einleuchtende Schlußfolgerung hat Marx, wie wir weiter unten sehen werden, auf Grund einer konkreten historischen

2. Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates: Barbarei und Zivilisation (Marx u. Engels, Werke, Bd.21, S.165).

Analyse der Aufgaben der Revolution mit größter Bestimmtheit gezogen. Und gerade diese Schlußfolgerung hat Kautsky, wir werden das ausführlich in unserer weiteren Darlegung nachweisen, ... „vergessen“ und entstellt.

2. Besondere Formationen bewaffneter Menschen, Gefängnisse u.a.

> „Gegenüber der alten Gentilorganisation“, fährt Engels fort, „kennzeichnet sich der Staat erstens durch die Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet.“

Uns kommt diese Einteilung „natürlich“ vor, sie hat aber einen langwierigen Kampf gegen die alte Organisation nach Geschlechtern und Stämmen erfordert.

> „Das zweite ist die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondre, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden seit der Spaltung in Klassen ... Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art, von denen die Gentilgesellschaft nicht wußte.“

Engels entwickelt nun den Begriff jener „Macht“, die man als Staat bezeichnet, der Macht, die aus der Gesellschaft hervorgegangen ist, sich aber über sie stellt und sich ihr mehr und mehr entfremdet. Worin besteht hauptsächlich diese Macht? In besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben.

Wir sind berechtigt, von besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu sprechen, weil die jedem Staat eigentümliche öffentliche Gewalt „nicht mehr unmittelbar zusammenfällt“ mit der bewaffneten Bevölkerung, mit ihrer „selbsttätigen bewaffneten Organisation“. Wie alle großen revolutionären Denker sucht Engels die Aufmerksamkeit der klassenbewußten Arbeiter gerade auf das zu lenken, was dem herrschenden Spießertum am wenigsten beachtenswert, am gewohntesten erscheint, auf das, was nicht nur durch fest eingewurzelte, sondern, man kann sagen, durch verknöcherte Vorurteile geheiligt ist. Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht, aber – kann denn das anders sein?

Vom Standpunkt der ungeheuren Mehrheit der Europäer am Ausgang des 19. Jahrhunderts, an die sich Engels wandte und die keine einzige große Revolution selbst miterlebt oder aus der Nähe beobachtet hatten, kann das nicht anders sein. Für sie ist es völlig unverständlich, was das für eine „selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung“ ist. Auf die Frage, warum besondere, über die Gesellschaft gestellte und sich ihr entfremdende Formationen bewaffneter Menschen (Polizei, stehendes Heer) nötig geworden seien, ist der westeuropäische und der russische Philister geneigt, mit ein paar bei Spencer oder Michailowski entlehnten Phrasen zu antworten, auf die Komplizierung des öffentlichen Lebens, die Differenzierung der Funktionen u.dgl. mehr hinzuweisen.

Ein solcher Hinweis hat den Anschein der „Wissenschaftlichkeit“ und schläfert den Spießbürger vortrefflich ein, da er das Wichtigste und Grundlegende vertuscht: die Spaltung der Gesellschaft in einander unversöhnlich feindliche Klassen.

Ohne diese Spaltung würde sich die „selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung“ zwar durch ihre Kompliziertheit, die Höhe ihrer Technik usw. von der primitiven Organisation der mit Baumästen bewaffneten Affenherde oder der des Urmenschen oder der in der Gentilgesellschaft zusammengeschlossenen Menschen unterscheiden, aber eine derartige Organisation wäre möglich.

Sie ist unmöglich, weil die zivilisierte Gesellschaft in feindliche und noch dazu unversöhnlich feindliche Klassen gespalten ist, deren „selbsttätige“ Bewaffnung zu einem bewaffneten Kampf unter ihnen führen würde. Es bildet sich der Staat heraus, es wird eine besondere Macht geschaffen, besondere Formationen bewaffneter Menschen entstehen, und jede Revolution, die den Staatsapparat zerstört, zeigt uns sehr deutlich, wie die herrschende Klasse die ihr dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu erneuern sucht und wie die unterdrückte Klasse danach strebt, eine neue Organisation dieser Art zu schaffen, die fähig ist, nicht den Ausbeutern, sondern den Ausgebeuteten zu dienen.

Engels wirft in der angeführten Betrachtung theoretisch dieselbe Frage auf, die uns jede große Revolution in der Praxis anschaulich und zudem im Ausmaß der Massenaktion stellt, nämlich die Frage nach dem Verhältnis zwischen den „besonderen“ Formationen bewaffneter Menschen und der „selbsttätigen bewaffneten Organisation der Bevölkerung“. Wir werden sehen, wie diese Frage durch die Erfahrungen der europäischen und der russischen Revolutionen konkret illustriert wird.

Doch kehren wir zur Darstellung von Engels zurück.

Er weist darauf hin, daß zuweilen, zum Beispiel hier und dort in Nordamerika, diese öffentliche Gewalt schwach ist (es handelt sich um eine für die kapitalistische Gesellschaft seltene Ausnahme und um diejenigen Teile Nordamerikas in seiner vorimperialistischen Periode, wo der freie Kolonist vorherrschte), daß sie sich aber, allgemein gesprochen, verstärkt:

> „Sie“ (die öffentliche Gewalt) „verstärkt sich aber in dem Maß, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staats sich verschärfen und wie die einander begrenzenden Staaten größer und volkreicher werden – man sehe nur unser heutiges Europa an, wo Klassenkampf und Eroberungskonkurrenz die öffentliche Macht auf eine Höhe emporgeschraubt haben, auf der sie die ganze Gesellschaft und

selbst den Staat zu verschlingen droht."

Das ist nicht später als Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geschrieben worden. Das letzte Vorwort von Engels datiert vom 16. Juni 1891. Damals nahm die Wendung zum Imperialismus – sowohl im Sinne der völligen Herrschaft der Trusts und der Allmacht der größten Banken als auch im Sinne einer grandiosen Kolonialpolitik usw. – in Frankreich gerade erst ihren Anfang, noch schwächer war sie in Nordamerika und Deutschland.

Seitdem hat die „Eroberungskonkurrenz" Riesenschritte vorwärts getan, um so mehr, als zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts der Erdball endgültig unter diese „konkurrierenden Eroberer", d.h. die räuberischen Großmächte, aufgeteilt war. Seit dieser Zeit sind die Rüstungen zu Lande und zu Wasser ins Ungeheure gewachsen, und der Raubkrieg 1914-1917 um die Beherrschung der Welt durch England oder Deutschland, um die Teilung der Beute hat das „Verschlingen" aller Kräfte der Gesellschaft durch die räuberische Staatsmacht in solchem Maße gesteigert, daß eine völlige Katastrophe naht.

Engels vermochte schon 1891 auf die „Eroberungskonkurrenz" als auf eines der wichtigsten Merkmale der Außenpolitik der Großmächte hinzuweisen; doch in den Jahren 1914-1917, als gerade diese um ein vielfaches verschärfte Konkurrenz den imperialistischen Krieg hervorgerufen hat, bemänteln die Halunken des Sozialchauvinismus die Verteidigung der Raubinteressen „ihrer" Bourgeoisie mit Phrasen über „Verteidigung des Vaterlandes", über „Schutz der Republik und der Revolution" u.dgl.m.!

3. Der Staat – ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse

Zur Aufrechterhaltung einer besonderen, über der Gesellschaft stehenden öffentlichen Gewalt sind Steuern und Staatsschulden nötig.

„Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung", schreibt Engels, „stehn die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft. Die freie, willige Achtung, die den Organen der Gentilverfassung gezollt wurde, genügt ihnen nicht, selbst wenn sie sie haben könnten ..." Es werden Ausnahmegesetze über die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Beamten geschaffen. „Der lumpigste Polizeidiener ... hat mehr ‚Autorität' als alle Organe der Gentilgesellschaft zusammengenommen; aber der mächtigste Fürst und der größte Staatsmann oder Feldherr der Zivilisation kann den geringsten Gentilvorsteher beneiden um die unerzwungene und unbestrittene Achtung, die ihm gezollt wird."

Hier wird die Frage nach der privilegierten Stellung der Beamten als Organe der Staatsgewalt aufgeworfen. Als das Grundlegende wird hervorgehoben: Was stellt sie über die Gesellschaft? Wir werden sehen, wie die Pariser Kommune 1871 diese theoretische Frage praktisch zu lösen suchte und wie Kautsky sie 1912 reaktionär vertuschte.

„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse." Nicht nur der antike und der Feudalstaat waren Organe zur Ausbeutung der Sklaven und leibeigenen und hörigen Bauern, sondern es ist auch „der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Ausnahmsweise indes kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält."

So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, so der Bonapartismus des ersten und zweiten Kaiserreichs in Frankreich, so Bismarck in Deutschland.

Und so – fügen wir von uns hinzu – die Regierung Kerenski im republikanischen Rußland, nachdem sie dazu übergegangen ist, das revolutionäre Proletariat zu verfolgen, in einem Moment, da die Sowjets infolge der Führung der kleinbürgerlichen Demokraten schon machtlos sind und die Bourgeoisie noch nicht stark genug ist, um sie ohne weiteres auseinanderzujagen.

In der demokratischen Republik, fährt Engels fort, „übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus", und zwar erstens durch seine „direkte Beamtenkorruption" (Amerika) und zweitens durch die „Allianz von Regierung und Börse" (Frankreich und Amerika).

Heute haben Imperialismus und Herrschaft der Banken diese beiden Methoden, die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhnlichen Kunst „entwickelt". Wenn beispielsweise schon in den ersten Monaten der demokratischen Republik in Rußland, sozusagen im Honigmond des Ehebundes der „Sozialisten" – der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki – mit der Bourgeoisie, Herr Paltschinski in der Koalitionsregierung alle Maßnahmen zur Zügelung der Kapitalisten und ihrer Raubgier, ihrer Plünderung der Staatskasse durch Heereslieferungen, sabotierte, wenn dann der aus dem Ministerium ausgetretene Herr Paltschinski (der natürlich durch einen anderen, ebensolchen Paltschinski ersetzt worden ist) von den Kapitalisten durch ein Pöstchen mit einem Gehalt von 120.000 Rubel jährlich „belohnt" wurde – wie nennt man das dann? Direkte Korruption oder indirekte? Allianz der Regierung mit den Syndikaten oder „nur" freundschaftliche Beziehungen? Welche Rolle spielen die Tschernow und Zereteli, die Awksentjew und Skobelew? Sind sie „direkte" Bundesgenossen der Millionäre, die den Staat bestehlen, oder nur indirekte?

Die Allmacht des „Reichtums“ ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politischen Mechanismus, von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es (durch die Paltschinski, Tschernow, Zereteli und Co.) von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.

Es muß noch hervorgehoben werden, daß Engels mit größter Entschiedenheit das allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Das allgemeine Stimmrecht, sagt er unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, ist „... der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat ...“

Die kleinbürgerlichen Demokraten vom Schlage unserer Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowie ihre leiblichen Brüder, alle Sozialchauvinisten und Opportunisten Westeuropas, erwarten eben vom allgemeinen Stimmrecht „mehr“. Sie sind in dem falschen Gedanken befangen und suggerieren ihn dem Volke, das allgemeine Stimmrecht sei „im heutigen Staat“ imstande, den Willen der Mehrheit der Werktätigen wirklich zum Ausdruck zu bringen und seine Realisierung zu sichern.

Wir können hier diesen falschen Gedanken nur anführen, nur darauf hinweisen, daß die vollkommen klare, genaue, konkrete Erklärung von Engels in der Propaganda und Agitation der „offiziellen“ (d.h. opportunistischen) sozialistischen Parteien auf Schritt und Tritt entstellt wird. Wie völlig falsch dieser Gedanke ist, den Engels hier verwirft, wird in unseren weiteren Darlegungen der Auffassungen von Marx und Engels über den „heutigen“ Staat ausführlich klargelegt.

Engels faßt seine Auffassungen in seinem populärsten Werk in folgenden Worten zusammen:

> „Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.“

Man trifft dieses Zitat in der Propaganda- und Agitationsliteratur der heutigen Sozialdemokratie nicht oft an. Aber selbst dann, wenn dieses Zitat vorkommt, gebraucht man es meistenteils so, als machte man eine Verbeugung vor einem Heiligenbild, d.h. als offizielle Bekundung der Ehrerbietung vor Engels, ohne jeden Versuch, zu erfassen, einen wie weittragenden und tiefgreifenden Aufschwung der Revolution dieses „Versetzen der ganzen Staatsmaschine ins Museum der Altertümer“ voraussetzt. Meistenteils fehlt sogar das Verständnis für das, was Engels als Staatsmaschine bezeichnet.

4. Das „Absterben“ des Staates.und die gewaltsame Revolution

Die Worte Engels’ über das „Absterben“ des Staates sind weit und breit so bekannt, sie werden so oft zitiert, zeigen so plastisch, worin die Quintessenz der landläufigen Verfälschung des Marxismus zum Opportunismus besteht, daß es geboten erscheint, eingehend bei ihnen zu verweilen. Wir zitieren die ganze Betrachtung, der sie entnommen sind:

> „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebnen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unsrer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrükkung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondre Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft –, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse

> wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft', er stirbt ab. Hieran ist die Phrase vom ‚freien Volksstaat' zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden." (Anti-Dühring, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, dritte deutsche Ausgabe, S.301-303.) [3]

Ohne zu fürchten fehlzugehen, darf man sagen, daß von dieser wunderbar gedankenreichen Engelsschen Betrachtung nur so viel wirkliches Gemeingut des sozialistischen Denkens in den heutigen sozialistischen Parteien geworden ist, daß der Staat nach Marx „abstirbt", im Unterschied zur anarchistischen Lehre von der „Abschaffung" des Staates. Den Marxismus so zurechtstutzen heißt ihn zu Opportunismus herabmindern, denn bei einer solchen „Auslegung" bleibt nur die vage Vorstellung von einer langsamen, gleichmäßigen, allmählichen Veränderung übrig, als gebe es keine Sprünge und Stürme, als gebe es keine Revolution. Das „Absterben" des Staates im landläufigen, allgemein verbreiteten Sinne, im Massensinne, wenn man so sagen darf, bedeutet zweifellos eine Vertuschung, wenn nicht gar eine Verneinung der Revolution.

Indessen bedeutet eine solche „Auslegung" die gröbste, nur für die Bourgeoisie vorteilhafte Entstellung des Marxismus, die theoretisch auf dem Außerachtlassen der wichtigsten Umstände und Erwägungen beruht, wie sie allein schon in der gleichen, von uns vollständig zitierten „zusammenfassenden" Betrachtung von Engels dargelegt sind.

Erstens. Ganz zu Anfang dieser Betrachtung sagt Engels, daß das Proletariat, indem es die Staatsgewalt ergreift, „den Staat als Staat aufhebt". Darüber nachzudenken, was das zu bedeuten hat, ist „nicht üblich". Gewöhnlich wird dies entweder ganz ignoriert oder für eine Art „hegelianische Schwäche" von Engels gehalten. In Wirklichkeit drücken diese Worte kurz die Erfahrungen einer der größten proletarischen Revolutionen, die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 aus, worüber an entsprechender Stelle ausführlicher gesprochen werden soll. In Wirklichkeit spricht Engels hier von der „Aufhebung" des Staates der Bourgeoisie durch die proletarische Revolution, während sich die Worte vom Absterben auf die Überreste des proletarischen Staatswesens nach der sozialistischen Revolution beziehen. Der bürgerliche Staat „stirbt" nach Engels nicht „ab", sondern er wird in der Revolution vom Proletariat „aufgehoben". Nach dieser Revolution stirbt der proletarische Staat oder Halbstaat ab.

Zweitens. Der Staat ist „eine besondre Repressionsgewalt". Diese großartige und überaus tiefe Definition legt Engels hier ganz klar und eindeutig dar. Aus ihr folgt aber, daß die „besondre Repressionsgewalt" der Bourgeoisie gegen das Proletariat, einer Handvoll reicher Leute gegen die Millionen der Werktätigen, abgelöst werden muß durch eine „besondre Repressionsgewalt" des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats). Darin eben besteht die „Aufhebung des Staates als Staat". Darin eben besteht der „Akt" der Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft. Und es ist ohne weiteres klar, daß eine solche Ablösung der einen (bürgerlichen) „besondren Gewalt" durch eine andere (proletarische) „besondre Gewalt" unter keinen Umständen in Form des „Absterbens" erfolgen kann.

Drittens. Vom „Absterben" und noch plastischer und bildhafter vom „Einschlafen" spricht Engels ganz klar und eindeutig in bezug auf die Epoche nach der „Besitzergreifung der Produktionsmittel durch den Staat im Namen der gesamten Gesellschaft", d.h. NACH der sozialistischen Revolution. Wir wissen alle, daß die politische Form des „Staates" in dieser Zeit die vollkommenste Demokratie ist. Doch keinem der Opportunisten, die den Marxismus schamlos verzerren, kommt es in den Sinn, daß hier bei Engels somit vom „Einschlafen" und „Absterben" der Demokratie die Rede ist. Auf den ersten Blick mag das sehr sonderbar erscheinen. Doch „unverständlich" bleibt das nur dem, der nicht bedacht hat, daß die Demokratie auch ein Staat ist und daß folglich auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwindet. Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution „aufheben". Der Staat überhaupt, d.h. die vollkommenste Demokratie, kann nur „absterben".

Viertens. Nachdem Engels seinen berühmten Satz „Der Staat stirbt ab" aufgestellt hat, erläutert er sofort konkret, daß dieser Satz sich sowohl gegen die Opportunisten als auch gegen die Anarchisten richtet. Dabei steht bei Engels an erster Stelle diejenige Folgerung aus dem Satz vom „Absterben des Staates", die gegen die Opportunisten gerichtet ist.

Man könnte wetten, daß von 10.000 Menschen, die vom „Absterben" des Staates gelesen oder gehört

3. Anti-Dühring: Theoretisches (Marx u. Engels, Werke, Bd.20, S.261/262).

haben, 9.990 überhaupt nicht wissen oder sich nicht entsinnen, daß Engels seine Schlußfolgerungen aus diesem Satz nicht nur gegen die Anarchisten richtete. Und von den übrigen zehn Menschen wissen neun sicherlich nicht, was der „freie Volksstaat“ ist und warum in dem Angriff auf diese Losung ein Angriff auf die Opportunisten steckt. So wird Geschichte geschrieben! So wird die große revolutionäre Lehre unmerklich dem herrschenden Spießbürgertum angepaßt. Die Schlußfolgerung gegen die Anarchisten wurde Tausende Male wiederholt, banalisiert und möglichst versimpelt in die Köpfe eingehämmert und gewann die Festigkeit eines Vorurteils. Die Schlußfolgerung gegen die Opportunisten aber wurde vertuscht und „vergessen“!

Der „freie Volksstaat“ war eine Programmforderung und landläufige Losung der deutschen Sozialdemokraten der siebziger Jahre. Irgendeinen politischen Inhalt, außer einer kleinbürgerlich schwülstigen Umschreibung des Begriffs Demokratie, hat diese Losung nicht. Soweit in ihr legal die demokratische Republik angedeutet wurde, war Engels bereit, aus agitatorischen Gründen „zeitweilig“ die „Berechtigung“ dieser Losung gelten zu lassen. Diese Losung war aber opportunistisch, denn sie brachte nicht nur eine Beschönigung der bürgerlichen Demokratie, sondern auch ein Verkennen der sozialistischen Kritik an jedwedem Staat überhaupt zum Ausdruck. Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch in der allerdemokratischsten bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist. Ferner. Jedweder Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“ gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist ein jeder Staat unfrei und kein Volksstaat. Marx und Engels haben das ihren Parteigenossen in den siebziger Jahren wiederholt auseinandergesetzt.

Fünftens. In dem gleichen Werk von Engels, in dem die Betrachtung über das Absterben des Staates enthalten ist – an die sich alle erinnern –, finden sich Ausführungen über die Bedeutung der gewaltsamen Revolution. Die geschichtliche Bewertung ihrer Rolle wird bei Engels zu einer wahren Lobrede auf die gewaltsame Revolution. Dessen „erinnert sich niemand“; über die Bedeutung dieses Gedankens zu reden, ja auch nur nachzudenken, ist in den heutigen sozialistischen Parteien nicht üblich, in der täglichen Propaganda und Agitation unter den Massen spielen diese Gedanken gar keine Rolle. Indes sind sie mit dem „Absterben“ des Staates untrennbar zu einem harmonischen Ganzen verbunden.

Hier diese Ausführungen von Engels:

> „Daß die Gewalt aber noch eine andre Rolle“ (als die einer Vollbringerin des Bösen) „in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx’ Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht – davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde – leider! denn jede Gewaltanwendung demoralisiere den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des Dreißigjährigen Krieges in das nationale Bewußtsein gedrungene Bedientenhaftigkeit auszutilgen. Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?“ (S.193, dritte deutsche Auflage, Schluß des IV. Kapitels, Zweiter Abschnitt.) [4]

Wie läßt sich diese Lobrede auf die gewaltsame Revolution, die Engels beharrlich von 1878 bis 1894, d.h. bis zu seinem Tode, den deutschen Sozialdemokraten darbot, mit der Theorie vom „Absterben“ des Staates in einer Lehre vereinen?

Gewöhnlich vereint man beides mit Hilfe des Eklektizismus, eines ideenlosen oder sophistischen Herausgreifens willkürlich (oder den Machthabern zu Gefallen) bald der einen, bald der anderen Betrachtung, wobei in 99 von 100 Fällen, wenn nicht noch öfter, gerade das „Absterben“ in den Vordergrund geschoben wird. Die Dialektik wird durch Eklektizismus ersetzt. Das ist, was den Marxismus anbelangt, die allgemein übliche, am weitesten verbreitete Erscheinung in der offiziellen sozialdemokratischen Literatur unserer Tage. Ein solches Ersetzen ist natürlich nichts Neues, es war sogar in der Geschichte der klassischen griechischen Philosophie zu beobachten. Bei der Verfälschung des Marxismus in Opportunismus pflegt die Verfälschung der Dialektik in Eklektizismus die Massen am leichtesten zu täuschen, sie gewährt eine scheinbare Befriedigung, berücksichtigt scheinbar alle Seiten des Prozesses, alle Entwicklungstendenzen, alle widerspruchsvollen Einflüsse usw., während sie in Wirklichkeit gar keine einheitliche, keine

4. Anti-Dühring: Gewaltstheorie (Marx u. Engels, Werke, Bd.20, S.171).

revolutionäre Auffassung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses gibt.

Wir haben schon oben davon gesprochen und werden in der weiteren Darstellung ausführlicher zeigen, daß die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser kann durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des „Absterbens“ abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution. Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des Elends der Philosophie [5] und des Kommunistischen Manifests [6] mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875 [7], fast dreißig Jahre später, in der Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelte) – diese Lobrede ist durchaus keine „Schwärmerei“, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in diesen, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden sozialchauvinistischen und kautskyanischen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß man hier wie dort diese Propaganda, diese Agitation vergessen hat.

Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich. Die Aufhebung des proletarischen Staates, d.h. die Aufhebung jeglichen Staates, ist nicht anders möglich als auf dem Wege des „Absterbens“.

Eine ausführliche und konkrete Entwicklung dieser Auffassungen lieferten Marx und Engels, indem sie jede einzelne revolutionäre Situation studierten, die Lehren aus den Erfahrungen jeder einzelnen Revolution analysierten. Wir gehen nunmehr zu diesem fraglos wichtigsten Teil ihrer Lehre über.

5. Das Elend der Philosophie (Marx u. Engels, Werke, Bd.4, S.63-182.)

6. Manifest der kommunistischen Partei (Marx u. Engels, Werke, Bd.4, S.493.)

7. Kritik des Gothaer Programms (Marx u. Engels, Werke, Bd.19, S.11-32, 521/522.) Auf dem Parteitag in Gotha 1875 vereinigten sich die „Eisenacher“ (Bebel, Liebknecht, Marx, Engels) mit den „Lassalleanern“ (Lassalle) zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Das neue, gemeinsame Programm enthielt zwar wichtige politische und soziale Forderungen, war jedoch insgesamt durchdrungen vom opportunistischen Gedankengut des Lassalleanismus. Marx und Engels unterzogen den Entwurf des Gothaer Programms einer vernichtenden Kritik und bezeichneten ihn als entschiedenen Rückschritt gegenüber dem Eisenacher Programm von 1869.

Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) und AL-Antifaschistische Linke

Thesen zu Mittel- und Südamerika

September 2006

In den Ländern Mittel- und Südamerikas, wo insgesamt rund 500 Millionen Menschen leben, findet in den letzten Jahren ein Linksruck von kontinentalem Ausmaß statt. Soziale Bewegungen und Klassenkämpfe gewinnen an Intensität. In Venezuela, Bolivien, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Ecuador und Chile wurden in den vergangenen Jahren als fortschrittlich geltende Regierungen gewählt und auch in der nächsten Periode sind weitere Linksverschiebungen in verschiedenen Ländern der Region möglich. Die europäische Linke kann an diesem Phänomen nicht spurlos vorbeigehen und ist gefordert, sich dazu zu positionieren, Einschätzungen und Entwicklungsperspektiven abzugeben. Wir wollen im Folgenden aus unserer Sicht einige wesentliche Eckpunkte markieren.

Die Eroberung des Kontinents begann 1492 mit der Fahrt von Christoph Columbus, der eigentlich eine bessere Möglichkeit suchte, den indischen Subkontinent für die europäische Ausbeutung zu erschließen.. Die Besiedelung des amerikanischen Kontinents hatte allerdings bereits rund 15.000 Jahre davor begonnen, als die ersten asiatischen NomadInnen den Weg über die Beringstraße fanden. Im Folgenden entwickelten sich verschiedene Gesellschaftsmodelle vom nomadisch und halbnomadisch bis zu den hoch differenzierten Gesellschaften der Maya, Inka und AztekInnen. Doch auch diese konnten dem überlegenen Waffeneinsatz und den Krankheitserregern der spanischen und portugiesischen EroberInnen nichts entgegensetzen und wurden binnen weniger Jahre besiegt. Diejenigen, die überlebt hatten, wurden entweder ausgerottet oder durch Zwangsarbeit getötet (auf Haiti beispielsweise wurde die indigene Bevölkerung binnen 15 Jahren von ursprünglich 500.000 bis einer Million Menschen auf rund 60.000 reduziert). Bald mussten schwarze SklavInnen aus Afrika importiert werden, um den Arbeitskräftebedarf des Kolonialismus zu decken, was auch zu einer nachhaltigen Veränderung der Bevölkerungsstruktur geführt hat. Diese SklavInnen und der Handel mit ihnen sowie die Rohstoffe Mittel- und Südamerikas (und Asiens) waren verantwortlich für den Aufstieg der europäischen Staaten, vor allem Spaniens, Portugals und später Frankreichs und Großbritanniens, zu weltweit bedeutenden Kolonialmächten.

Bereits im Jahr 1494 wurde Südamerika im Vertrag von Tordesillas zwischen Spanien und Portugal aufgeteilt. Der östliche Teil, auf dem sich heute Brasilien befindet, wurde Portugal zugeschlagen, der westliche Spanien. Deshalb wird in Brasilien heute Portugiesisch gesprochen, während in fast allen anderen mittel- und südamerikanischen Staaten die Landessprache Spanisch ist. Daneben gibt es einige kleinere Länder oder Kolonien, in denen Französisch bzw. Kreolisch (Französisch-Guyana, Haiti, Guadeloupe, Martinique...), Niederländisch (Surinam, Niederländische Antillen) und Englisch (Guyana, Jamaika, Puerto Rico, Virgin Islands, Antigua...) gesprochen wird. Hinzukommen zahlreiche Indigenensprachen, wobei der Indigenen-Anteil in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ist und von kleineren Minderheiten bis zu einer Mehrheit der BewohnerInnen, wie etwa in Bolivien, reicht. In einzelnen Ländern, z.B. Guatemala, ist die sprachliche Vielfalt der Indigenos/as dabei so verzweigt, dass dies die politische Organisierung der Indigenen äußerst schwierig macht. Doch insgesamt unterstützt das dominierende Spanisch überregionale Organisierungen, da ein sehr großer gemeinsamer Sprachraum besteht, in dem die Aufmerksamkeit für die Situationen in angrenzenden Ländern sehr hoch ist und Bewegungen sich gegenseitig vorwärts treiben können.

Der Widerstand gegen die Kolonialmacht nahm unterschiedliche Formen an. Einerseits gab es immer wieder Aufstände der indigenen Bevölkerung gegen die Kolonialmächte, so etwa in Peru 1780 unter Tupac Amaru. Andererseits versuchten sich die SklavInnen aus ihrem Joch zu befreien und flüchteten oder erhoben sich gegen die UnterdrückerInnen. In der französischen Kolonie Saint-Domingue war dies in Folge der französischen Revolution von 1789 erfolgreich: die SklavInnen besiegten englische und – nachdem Napoleon die von den JakobinerInnen abgeschaffte Sklaverei wieder eingeführt hatte – französische Kolonialherren und gründeten den Staat Haiti.

Am Anfang des 18. Jahrhunderts war die spanische Krone massiv

geschwächt, Ausdruck davon war die Eroberung Spaniens durch Napoleon. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Kolonien, der spanischstämmige Nationalist Simon Bolívar begann einen Unabhängigkeitskampf gegen die Kolonialherrschaft. Seine hauptsächlichen Verbündeten waren dabei allerdings VertreterInnen der spanischen („kreolischen“) Oberschicht, SklavInnen und Indigene waren für ihn kein Bezugspunkt, kein Wunder, ging es doch vor allem um nationale und nicht um soziale Befreiung. Schließlich wurden unter seiner Führung Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien (das nach Bolívar benannt ist) von der Kolonialherrschaft befreit. Bolívar gilt bis heute in Mittel- und Südamerika als Vorbild im Kampf gegen Kolonialismus, entsprechend bezeichnet sich Venezuela heute als „bolivarische Republik“.

Ausdruck dieses antikolonialen Selbstverständnisses in Mittel- und Südamerika ist bis heute ein sehr unbeschwertes Verhältnis zum Umgang mit Nationalfahnen oder nationalen Symbolen, die vor allem positiv wahr-genommen werden. Oft ist für Außenstehende auf den ersten Blick kaum erkennbar, ob eine Demonstration von fortschrittlichen oder von reaktionären Kräften organisiert wird, weil überall Nationalfahnen dominieren. Zu verstehen, dass nationale Symbole in Mittel- und Südamerika einen anderen Stellenwert haben als in Europa, bedeutet aber nicht, vor diesem Nationalismus zurückzuweichen.

Nach dem Abschütteln der Kolonialherrschaft gab es Konflikte zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen, die mit denjenigen im BürgerInnenkrieg in den USA zwischen den kapitalistischen Nordstaaten und den Südstaaten, wo mit SklavInnenarbeit Baumwolle für die britische Textilindustrie produziert wurde, verglichen werden könnten. Allerdings gewannen in Mittel- und Südamerika jene Kapitalfraktionen, die denen in den Südstaaten der USA entsprachen. Dieser historische Prozess führte auch zu Parteibildungsprozessen, die mit denen in den USA vergleichbar sind, in vielen Mittel- und Südamerikanischen Ländern gab es lange Zeit ein bürgerliches Zwei-Parteien-System, das dem der Demokraten und den Republikaner der USA ähnelt.

Eine wesentliche ungelöste Frage war und ist bis heute die Landfrage. Alle heimischen Kapitalfraktionen sind eng mit dem Landbesitz und dem Feudalsystem verknüpft, daher gab es nie eine nachhaltige Landreform nach europäischem Muster. Aufstände, Guerillabewegungen und Bürger-Innenkriege rund um die Verteilung des Landes spielten daher ab dem 19. Jahrhundert eine wesentliche Rolle. Stellvertretend seien die Aufstände in Mexiko ab 1911 unter Emiliano Zapata, in Nicaragua in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts unter Augusto Sandino sowie in El Salvador 1932 unter Augustín Farabundo Martí genannt.

Das 20. Jahrhundert sah eine beschränkte Industrialisierung und damit auch das Aufkommen einer eigenständigen ArbeiterInnenbewegung. Allerdings organisierte sich – wie auch in anderen Teilen der halbkolonialen Welt – die ArbeiterInnenbewegung teilweise als Flügel bürgerlich-nationalistischer Parteien und bildete keine eigenen relevanten sozialistischen Organisationen aus. Die Gründung der ersten ArbeiterInnenparteien erfolgte zuerst in jenen Ländern, welche die frühesten Industrialisierungsschübe durchlaufen hatten (Argentinien 1895, Chile 1912). In Argentinien, wo das Industrieproletariat früh zu einer bedeutenden gesellschaftlichen Klasse geworden war, entstanden bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Massengewerkschaften. Die Streiks und Bewegungen dieser Gewerkschaften zeichneten sich durch ihre Heftigkeit und Radikalität aus. Die Auswirkungen der Oktoberrevolution von 1917 erreichten Mittel- und Südamerika allerdings recht spät, die entstehenden Kommunistischen Parteien waren so oft schon bei ihrer Gründung stalinisiert.

Gegen Ende des 19. Jahrhundert war die koloniale Aufteilung der Welt im Wesentlichen abgeschlossen, der Kapitalismus trat in sein imperialistisches Stadium. Somit stellte sich auch in Mittel- und Südamerika die Frage des Einflusses der verschiedenen Großmächte (und bis heute halten Frankreich, Großbritannien, die USA und die Niederlande Kolonien in Mittel- und Südamerika oder der Karibik). Bereits 1823 wurde unter US-Präsident James Monroe die so genannte Monroe-Doktrin verabschiedet, die den Anspruch der USA auf Mittel- und Südamerika festlegte, der in den folgenden Jahrzehnten weitgehend durchgesetzt werden konnte. Und auch Nazi-Deutschland versuchte dann in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, sich in der Region Verbündete und Unterstützung zu beschaffen und konnte dabei auf die Sympathien großer Teile der spanischstämmigen Oberschicht zählen (die sich auch den reaktionären Diktaturen in Spanien unter Francisco Franco bzw. in Portugal unter António Salazar verbunden fühlte).

Das 20. Jahrhundert war auch eine Geschichte von Interventionen des US-Imperialismus, um seine Vormachtstellung in Mittel- und Südamerika zu sichern. Reguläre US-Truppen, von den USA unterstützte Söldnerbanden oder einheimische KapitalistInnen mit US-Unterstützung sicherten den Einfluss der USA. Missliebige Regierungen wurden destabilisiert oder militärisch abgesetzt.

Gleichzeitig bildeten sich auch immer wieder „fortschrittliche“ bürgerliche Regierungen, die unter dem Druck der Bevölkerung teils relativ radikale Maßnahmen setzten. Diese Regierungen waren Produkt der Widersprüche der mittel- und südamerikanischen Gesellschaft. Die Rohstoffe der Region waren über Jahrhunderte vom europäischen und später US-amerikanischen Imperialismus ausgebeutet worden. In dieser Frage gab (und gibt) es in großen Teilen der Bevölkerung ein hohes Unrechtsbewusstsein und immer wieder großen Druck zur Rückholung der „eigenen Reichtümer“, dem manche Regierungen mit teils nicht unerheblichen Verstaatlichungen nachkamen. Diese Verstaatlichungen betrafen fast ausschließlich den Rohstoffbereich und multinationale Konzerne – hier trafen sich die Forderungen der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen oft auch mit den Inter-

essen der einheimischen Bourgeoisie. So verstaatlichte die linksnationalistische mexikanische Cárdenas-Regierung in den 30er Jahren die Erdölindustrie in Mexiko. Ihre politische Ausrichtung spiegelte sich auch in der Außen- und Einwanderungspolitik wider: Mexiko war neben der stalinistischen Sowjetunion das einzige Land, welches das republikanische Spanien unterstützte. ExilantInnen und Flüchtlinge fanden in Mexiko Zuflucht. Der berühmteste dieser „Transterrados" war der russische Revolutionär Leo Trotzki, der 1940 in Mexico City von einem stalinistischen Agenten ermordet wurde. Und auch nach dem 2. Weltkrieg konnten in Mittel- und Südamerika immer wieder fortschrittlich-bürgerlich Regierungen an die Macht gelangen, die zumindest kleine Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse und die Bauern und Bäuerinnen erreichten – manchmal im Bündnis mit Teilen der Linken, vor allem den Kommunistischen Parteien, oft auch in Verbindung mit Repression gegen diese (und manchmal in einem Wechselspiel zwischen beiden Varianten). Das bekannteste Beispiel dafür ist der nach dem argentinischen Präsidenten Juan Domingo Perón Sosa benannten Peronismus in Argentinien.

Ein wesentlicher Aspekt für die Möglichkeit der Existenz dieser Regierungen war auch der in Folge des 2. Weltkriegs und der chinesischen Revolution von 1949 massiv steigende weltweite Einfluss des Stalinismus und damit die Möglichkeit des Lavierens zwischen verschiedenen Blöcken. Und auch für viele Menschen in Mittel- und Südamerika stellte der Stalinismus eine attraktive und fortschrittliche Alternative zum Kapitalismus dar.

Während des 2. Weltkriegs und nach seinem Ende waren Lebensmittel eine begehrte Ware. Länder wie Argentinien konnten mit ihrem Verkauf an das hungernde Europa ihren Lebensstandard heben, Argentinien etwa hatte zeitweise den fünfthöchsten Lebensstandard der Welt (und Staatschef Peron konnte so seine Sozialreformen finanzieren). Doch auf längere Sicht gesehen und unter dem Druck der sich stabilisierenden Weltökonomie blieb dieser Zustand eine Episode.

Die meisten mittel- und südamerikanischen Staaten blieben im 2. Weltkrieg vorerst neutral und traten erst spät und auf nachdrückliche Aufforderung der USA auf Seiten der Alliierten in den Krieg ein. Portugal und Spanien selbst waren trotz ihrer rechtsextremen Militärdiktaturen neutral geblieben. Der westliche Imperialismus bedankte sich, indem die dortigen Machthaber nach dem 2. Weltkrieg ungebrochen bis zur portugiesischen Nelkenrevolution 1974 bzw. bis zu Francos Tod 1975 regieren konnten. Nach dem 2. Weltkrieg waren Mittel- und Südamerika für viele ehemalige Nazis Asylland, auch der Vatikan und die CIA halfen ihnen mit der so genannten Rattenlinie bei ihrer Flucht. Im später folgenden Zyklus von Militärdiktaturen waren diese „ExpertInnen" willkommene HelferInnen. Nach Kriegsende war der Kontinent weiter instabil, viele Länder waren von kurzen und abwechselnden Perioden zwischen reaktionären oder fortschrittlichen bürgerlichen Regierungen und rechtsextremen Militärdiktaturen dominiert, Putsche und Putschversuche waren fast an der Tagesordnung.

Doch auch die Linke meldete sich zu Wort: in Bolivien erzwang eine sozialrevolutionäre Bewegung im Jahr 1952 umfangreiche Reformen (Verstaatlichungen, Landreform, BürgerInnenrechte für Indigene, teilweise Umwandlung der Armee in ArbeiterInnenmilizen). Diese Revolution stand stark unter dem Einfluss von Organisationen, die aus trotzkistischer Tradition stammten, so hatte die BergarbeiterInnengewerkschaft, die wichtigste Gewerkschaft in Bolivien, 1946 ein sich am trotzkistischen Übergangsprogramm orientierendes Grundlagendokument, die „Thesen von Pulacayao", angenommen, das bei seiner Gründung 1952 auch vom Gewerkschaftsdachverband COB verabschiedet wurde. Die Revolution blieb allerdings auf Grund der objektiven Situation und auch auf Grund der inkonsequenten Politik der trotzkistischen Organisation POR rund um Guillermo Lora stekken und konnte keine nachhaltige sozialistische Entwicklung in Gang setzen. Doch die Traditionen der Revolution von 1952 finden sich in der heutigen Bewegung in Bolivien wieder.

Die wesentlichste Umwälzung nach dem Krieg war aber zweifellos die kubanische Revolution. Im Jahr 1953 begann die Guerilla unter Fidel Castro und Che Guevara ihren Kampf mit dem Angriff auf die Moncada-Kaserne, der 1959 in der siegreichen Revolution gegen das Batista-Regime und dem Einmarsch der Guerilla in Havanna mündete. Anfänglich war die Revolution keineswegs als Umwälzung der Eigentumsverhältnisse geplant (Fidel Fidel Castros politische Vorbilder waren nicht Marx oder Lenin sondern die bürgerlichen amerikanischen Revolutionäre Jefferson und Washington, er erklärte: „Unsere Revolution ist eine grüne, keine rote"). Doch unter dem Druck der städtischen ArbeiterInnenklasse und der bäuerlichen Massen sowie der Frontstellung, die die USA gegen die neuen MachthaberInnen einnahm, wendeten sich Castro und Guevara der stalinistischen Sowjetunion zu und begannen mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und dem Aufbau eines deformierten ArbeiterInnenstaats nach dem Vorbild der stalinistischen Staaten Mittel- und Osteuropas. In den folgenden Jahrzehnten und bis heute war und ist Kuba Vorbild für viele Linke in Mittel- und Südamerika, die sehen, dass die planende Wirtschaft auch in ihrer bürokratisierten Form dem kapitalistischen Chaos überlegen ist. Bis heute ist Kuba auch ein Stachel im Fleisch des US-Imperialismus, der die kubanische Wirtschaft durch einen Boykott seit Jahrzehnten destabilisiert.

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus von 1989-1991 stand Kuba, das kaum industrialisiert worden war und von der Sowjetunion die Rolle als Rohstofflieferant zugewiesen bekommen hatte, mit dem Rücken zur Wand. Damit einher ging ein Rechtsruck und eine Hinwendung zur EU. Als Beispiele für diesen Rechtsruck seien die zahlreichen Joint-Ventures mit ausländischen Betrieben, der Besuch des Erzreaktionärs Karol Wojtyla („Papst Johannes Paul II") oder auch der nationalistische Ton der

Parolen in den 90ern („Sozialismus oder Tod“ wurde durch „Vaterland oder Tod“ ersetzt) genannt. Wie sich die Situation in Kuba weiter entwickeln wird, ist nicht absehbar. Letztlich wird nur die internatonale ArbeiterInnenklasse durch einen Angriff auf den weltweiten Kapitalismus nicht nur die Errungenschaften der kubanischen Revolution verteidigen, sondern diese auch ausweiten können mittels einer politischen Revolution gegen die dort herrschende Bürokratie. Unter den gegenwärtigen weltpolitischen (Klassenkampf-) Bedingungen und der Organisierung der ArbeiterInnenavantgarde wird aber Kuba weiter massivem Druck des (US-) Imperialismus ausgesetzt und von kapitalistischer Restauration bedroht sein. Und das, obwohl heute durch die Entwicklung in den anderen Staaten des Kontinents und vor allem durch die Öllieferungen Venezuelas die Spielräume der kubanischen Bürokratie wieder größer sind als noch vor einigen Jahren. MarxistInnen verteidigen die sozialen Errungenschaften und vor allem die nachkapitalistische Produktionsweise Kubas gegen den Imperialismus und würden sich im Falle eines imperialistischen Angriffs kritisch, aber bedingungslos an die Seite Kubas stellen. Gleichzeitig treten MarxistInnen für eine politische Revolution gegen die kubanische Bürokratie und für den Aufbau eines echten ArbeiterInnenstaates ein.

Ein Ausdruck der instabilen Lage war und ist die Bereitschaft der herrschenden Klassen Mittel-und Südamerikas, auf die militärische Karte zu setzen. In der Mehrzahl der Länder der Region existierten über längere Zeiträume blutige Militärdiktaturen nach faschistischem Vorbild, die die Linke und die Gewerkschaften brutal unterdrückten. Vor allem zwei Jahrzehnte lang – von 1965 bis 1985 – dominierten Militärdiktaturen das politische Gesicht Lateinamerikas. Im Jahre 1976 wurden nur noch (das quasiautoritär regierte) Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Costa Rica nicht diktatorisch regiert. Rechtsextreme Diktatoren und das Militär regierten beispielsweise in Argentinien (1966-1973 und 1976-1983), Bolivien (1971-1979 und danach zeitweise bis 1985), Brasilien (1964-1985), Chile (1973-1989), Guatemala (1954-1986), Honduras (1963-1982), Nicaragua (1933-1979), Paraguay (1954-1989) oder Uruguay (1973-1985).

All diese Diktaturen wurden direkt vom US-State Departments und der CIA eingesetzt oder genossen zumindest deren Unterstützung. Allein nach dem 2. Weltkrieg intervenierten die USA selbst militärisch offen oder verdeckt in El Salvador, der Dominikanischen Republik, Nicaragua, Grenada, Bolivien, Panama, Haiti, Honduras, Guatemala, Guyana, Chile und Peru.

Ein Beispiel für diese Interventionen und gleichzeitig ein weiterer wesentlicher Versuch, den Kapitalismus in Frage zu stellen, war die Volksfront-Regierung in Chile unter Salvador Allende von 1970-1973. Die sogenannte „Volksfront“, ein Zusammenschluss aus sozialdemokratischer Sozialistischer Partei, stalinistischer Kommunistischer Partei und einigen kleineren linken und bürgerlichen Parteien, versuchte in diesen 3 Jahren in der Regierung den Spagat zwischen den Forderungen der Massenbewegung auf der einen Seite und den „Sachzwängen“ des Kapitalismus und den Wünschen der bürgerlichen Kräfte auf der anderen Seite zu bewältigen. Die „Volksfront“ glaubte, getreu dem stalinistischen Etappenkonzept, substantielle Verbesserungen für die Massen ohne einen Bruch bzw. in Kooperation mit den kapitalistischen Eliten, dem Staatsapparat, dem Militär und der US-Botschaft erreichen zu können. Der Putsch von Augusto Pinochet, den Allende selbst als Zugeständnis an die Rechte zum Oberbefehlshaber ernannt hatte, ertränkte diese Illusion in Blut, bis zu 80.000 Menschen wurden ermordet. Bis 1990, also 17 Jahre, hielt die Diktatur das Land in brutaler Geiselhaft, die Unterdrückung der Linken ging einher mit wirtschaftsliberalen Experimenten der „Chicago Boys“, eines neoliberalen US-Think-Tanks. Nach dem Rückkehr der bürgerlichen Demokratie im Jahr 1990 im Zuge des Zusammenbruchs einer ganzen Reihe von Diktaturen nach dem Ende des Stalinismus änderte sich zwar das äußere Erscheinungsbild des Staates, doch die herrschenden Eliten wurden nicht angetastet (und konnten mit der neuen Regierungsform weitaus konfliktfreier und gefahrloser weiter regieren). Mit der Wahl der Sozialdemokratin Michelle Bachelet bei den Präsidentschaftswahlen Anfang 2006 hat sich auch Chile in die Reihe der Länder eingereiht, in denen in Europa von einem Linksruck gesprochen wird - allerdings war tatsächlich bereits ihr Vorgänger Ricardo Lagos ein Sozialdemokrat, insofern kann hier nicht von einer qualitativen Veränderung gesprochen werden.

Ebenfalls in Frage gestellt wurde der Kapitalismus in Nicaragua im Jahr 1979 nach einer fast 50 Jahre andauernden Diktatur mit dem Sieg der FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional), die sich in ihrem Namen auf den Aufstand von Augusto Sandino gegen die Diktatur Somoza-Clans in den 20er und 30er Jahren bezog (der selbe Clan regierte dann bis 1979 das Land). Ähnlich wie die chilenische Volksfront war die FSLN allerdings nicht bereit, den Bruch mit dem Kapitalismus zu vollziehen. Nach einer jahrelangen militärischen und wirtschaftlichen Destabilisierungskampagne unter Anleitung der USA, die auch die konterrevolutionären Contras in ihrem BürgerInnenkrieg gegen die SandinistInnen ausrüsteten, wurden die SandinistInnen 1990 schließlich von der demoralisierten Bevölkerung abgewählt.

Sowohl die FSLN wie die M-26 von Castro und Guevara sind exemplarische Beispiele für Guerillaorganisationen, wie sie in Mittel- und Südamerika weit verbreitet waren und sind. Zumeist machen sie den ländlichen Raum zu ihrem Kampfgebiet, wo sie versuchen, den bewaffneten Kräften des Staates nadelstichartige Niederlagen beizubringen und im Idealfall immer größere befreite Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Den größten Einfluss haben Guerillagruppen heute in Mexiko (EZLN) und Kolumbien (FARC-EP, ELN). Eine weniger einflussreiche Tendenz stellte die Stadtguerilla dar, deren bekanntestes Beispiel die Tupamaros in Uruguay waren. Vor allem am Vorbild dieser Stadtguerilla und ihrer Konzepte (und hier besonders den Schriften des brasilianischen Stadtguerilleros Carlos Marighella) orientierten sich auch westeuropäische Gruppen wie

die deutsche RAF, die französische AD, die belgischen CCC und die italienischen Roten Brigaden.

Die meisten dieser Guerillagruppen orientierten und orientieren sich nicht am Kampf der städtischen ArbeiterInnenklasse, sondern versuchen, die Städte von Außen einzunehmen. Städtische Gruppen sind bestenfalls Unterstützung und Hilfe. In manchen Fällen, etwa in der Intervention von Che Guevara in Bolivien, drückte sich auch direktes Misstrauen gegen die ArbeiterInnenklasse aus: Anstatt auf die realen Kämpfe der BergarbeiterInnen zu orientieren, versuchte Guevara, den revolutionären Prozess abseits der realen Bewegung militärisch voranzutreiben und scheiterte. Guerillaabteilungen können in manchen Phasen für revolutionäre Parteien als Unterstützung der Kämpfe der ArbeiterInnenklasse ein sinnvolles Mittel sein. Sich aber primär oder ausschließlich auf diese Art des Kampfes zu stützen, bringt die ArbeiterInnenklasse in eine abwartende Position, wo die Guerilla bzw. die bewaffneten Gruppen von Außen stellvertretend kämpfen und die Befreiung bringen. Die Selbstorganisierung der städtischen Massen vor, während und nach dem Sieg des Umsturzes wird so behindert und ist in Mittel- und Südamerika von der Guerilla zumeist auch nicht vorgesehen (diese Systematik machte es z.B. in Kuba nach dem Sieg der Revolution auch sehr leicht, eine stalinistische Diktatur zu etablieren).

Die 80er Jahre sahen in Mittel- und Südamerika den, zumeist friedlichen, Übergang der verschiedenen Militärdiktaturen zu bürgerlichen Demokratien – oft mit immer noch stark autoritärem Einschlag. Eine tatsächliche Abrechnung mit den Verantwortlichen fand nicht statt, unter anderem Namen konnten sie in den meisten Fällen weiter regieren. Die neuen Regierungen brachten zwar in mehr oder weniger beschränktem Umfang bürgerliche Freiheiten, doch wirtschaftlich setzten sie neoliberale Konzepte teils sogar verstärkt fort und um. Ihre hauptsächlichen Ansprechpartner waren der IWF (Internationaler Währungsfonds) und die Weltbank mit ihren „Strukturanpassungsprogrammen“, die Privatisierung, Liberalisierung und Sozialabbau bedeuten. Sie öffneten ihre Länder für ausländische InvestorInnen und begannen eine Privatisierungsoffensive, die nationale Industrien ebenso umfasste wie wesentliche Teile der Infrastruktur, besonders im Bereich der Telekom-munikation sowie der Strom- und Wasserversorgung.

Der Beginn der 90er Jahre war geprägt vom Zusammenbruch des Stalinismus von 1989-1991 und einer damit einhergehenden Stagnation sozialer Kämpfe sowie dem Rechtsruck vieler Parteien der ArbeiterInnenklasse, vor allem solcher aus stalinistischer Tradition. Denn gerade in den kolonialisierten Ländern des Südens stellte der Stalinismus bis dahin für viele ein Beispiel für eine Alternative zum Kapitalismus dar, da er trotz der bürokratisierten Form der Planwirtschaft in etlichen Ländern, unter anderem auch in Kuba, soziale Fortschritte für große Teile der Bevölkerung erzielen konnte.

Nach der Periode des Zusammenbruchs des Stalinismus wurde mit dem Aufstand der mexikanischen Indigenenorganisation EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional), die sich mit ihrem Namen auf den Bauern/Bäuerinnenbefreier Emiliano Zapata bezog, am 1. Jänner 1994 ein neues und weltweit beachtetes Kapitel sozialer Kämpfe aufgeschlagen. Die EZLN, die bis heute aktiv ist, war mit ihrem Aufstand in einer Zeit der Apathie für viele Linke, auch in Europa, ein wesentlicher Referenzpunkt, Subcommandante Marcos, der Sprecher der EZLN, wurde eine Zeitlang fast so „in“ wie Che Guevara. So wesentlich der Aufstand der EZLN in dieser Zeit gewesen ist, darf die Sympathie für diesen doch nicht darüber hinweg täuschen, dass er wesentliche Probleme der Guerillabewegung reproduziert hat, vor allem aber, dass die ZapatistInnen ihren mittlerweile sehr großen Einfluss in Mexiko nicht für die Propagierung einer revolutionären Alternative nützen, sondern im Rahmen des Kapitalismus verharren.

Der Aufstand der EZLN war ein international besonders wahrgenommener Ausdruck der sich verändernden politischen Stimmung in Lateinamerika, doch sowohl davor wie danach waren soziale Bewegungen am Kontinent, vor allem im Kampf gegen IWF-Programme und Privatisierung, aktiv. Ein sehr weit fortgeschrittenes Beispiel war Ecuador: 1997 wurde Präsident Bucaram von einer Massenbewegung gestürzt, nachdem er ein halbes Jahr zuvor auf Basis sozialer Versprechungen gewählt wurde und diese dann gebrochen hatte. Im Jänner 2000 wurde der nächste Präsident, Jamil Mahuad, gestürzt und musste den Präsidentensessel räumen, nachdem er versucht hatte, die ecuadorianische Währung Sucre durch den US-Dollar zu ersetzen. Im Jahr 2002 schließlich wurde Lucio Gutiérrez zum neuen Präsidenten gewählt. Gutiérrez war ein äußerst populärer Offizier, der im Jahr 2000 bekannt geworden war, nachdem er auf die Seite der aufständischen Bewegung gegen Mahuad übergegangen war und einen kurzfristigen Putsch angeführt hatte. Gutiérrez selbst wurde dann allerdings im April 2005 ebenfalls gestürzt, nachdem er seine Wahlversprechen an die Massenbewegung gebrochen hatte und selbst auf die Seite des Neoliberalismus übergegangen war. Drei Präsidenten verbrauchte die Bewegung also in 10 Jahren. Doch die Bewegung hatte keine revolutionären Organisationen und damit keine weiterführende Perspektive: Der Sturz der Präsidenten bedeutete keinen Wandel der Politik, in allen drei Fällen wurden die Präsidenten schlicht durch ihre Vizepräsidenten ersetzt. Die Bewegung testete immer neue bürgerliche Populisten, doch war die spontane Bewegung nicht dazu in der Lage, ein alternatives politisches Konzept anzubieten bzw. auf der Wahlebene zu verankern.

Vor allem bekannt wurden aber die Demonstrationen des argentinischen Cacerolazo, eines Massenaufstands im Dezember 2000 und Jänner 2001, der unter dem Motto: „Sie sollen alle abhauen, kein einziger soll bleiben“ vier Präsidenten in zwei Wochen stürzte. Doch irgendwann erschöpfte sich der Elan der Bewegung, der fünfte Präsident konnte als Übergangskandidat am Ruder bleiben, bei den folgenden

Wahlen gewann der Peronist Néstor Kirchner. Dieser Kirchner gilt heute dennoch als einer der Vertreter des Linksrucks auf dem Kontinent und als schwankendes Bindeglied zwischen den offen reformistischen Kräften, etwa Brasiliens Lula da Silva, Chiles Michelle Bachelet oder Uruguays Tabaré Vázquez und den radikaleren Kräften rund um Hugo Chávez aus Venezuela und Evo Morales aus Bolivien.

Wesentlich bleibt festzuhalten, dass die Situation in Mittel- und Südamerika zwar von einem allgemeinen Linksruck geprägt ist, dieser aber in unterschiedlichen Ländern sehr unterschiedliche Formen annimmt, von relativ radikalen Bewegungen wie in Venezuela und Bolivien bis hin zu sozialdemokratischen Ausrichtungen in Chile oder Brasilien. Dieser Prozess ist differenziert und muss daher auch differenziert und länderspezifisch betrachtet werden. Dennoch lassen sich einige Gemeinsamkeiten festhalten.

Alle „linken" Parteien, die heute in Mittel- und Südamerika an die Macht gewählt werden, stehen vor ähnlichen Fragen. Trotz einer deutlichen wirtschaftlichen Erholung in den letzten Jahren sind die Verteilungsspielräume in den meisten Ländern relativ eng (Südamerika hinkte im Jahr 2005 mit einem Wirtschaftswachstum von 4,3 Prozent den Entwicklungsländern mit durchschnittlich 5,7 Prozent hinterher und wurde deutlich von China mit 9 Prozent sowie Indien mit 7 Prozent Wachstum überflügelt), die meisten der Parteien suchen nach einem Weg zwischen staatlichen Interventionen und offen neoliberalen Konzeptionen, die etwas radikaleren nach einem „dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Doch jene, die sich in diesem Gassengewirr verirren, finden sich, wie Brasiliens Lula, mittelfristig fast zwangsläufig in der Straße des Neoliberalismus wieder.

Die „progressiven" Regierungen bemühen sich, ihre moderate Wirtschafts- und Finanzpolitik mit einer stärkeren Akzentuierung der sozialen Gerechtigkeit zu verzahnen. Fiskalische Disziplin, die Bedienung der (unter Berechnung des Zinsendienstes) schon lange abgezahlten internationalen Schulden und eine hohe Attraktivität für ausländische AnlegerInnen gelten allerdings zumeist weiterhin als unantastbare Prinzipien, parallel werden Sozialprogramme für die Ärmsten aufgelegt. Dies kommt auch einem Teil der einheimischen Kapitalfraktionen entgegen, die eine Modernisierung des Landes, begleitet von Alphabetisierungs-maßnahmen und einer gewissen Grundversorgung, die politisch stabilisierend wirkt, nicht ungern sehen, solange damit ihre Profite nicht relevant angegriffen werden. Begünstigt wird dieser Kurs durch die aktuell vorteilhaften Weltmarktpreise für viele lateinamerikanische Rohstoffe und Primärgüter, was vor allem Venezuela zu Gute kommt. Der Öl-und Gaspreis wird in den nächsten Jahren auch relativ stabil hoch bleiben, was die Verteilungsspielräume erweitert, doch die generelle Frage der Verteilung des Reichtums und des Eigentums an Produktionsmitteln und Rohstoffen, die von immer mehr Menschen gestellt wird, kann so nicht beantwortet werden. Dabei ist die Erwartungshaltung an die neuen MachthaberInnen relativ groß, wenn diese enttäuscht wird, weil sich die reformistische Linke (wie etwa in Brasilien) als die bessere Marionette des Kapitals herausstellt, ist ein Durchmarsch autoritärer und populistischer Polit-Caudillos nicht ausgeschlossen, falls es nicht gelingt eine glaubwürdige revolutionäre Alternative zu verankern.

Weltweit die meiste Beachtung finden zweifellos die politischen Prozesse in Venezuela. Im Jahr 1998 wurde der ehemalige Fallschirmspringeroffizier Hugo Chávez Frias mit 56% der Stimmen zum Präsidenten des Landes gewählt. Chávez, der bereits 1992 Anführer eines Putsch gewesen war und dafür 2 Jahre ins Gefängnis musste, ist ein typischer Vertreter einer Tradition, die wir in (halb-) kolonialisierten Ländern (aber auch z.B. in der portugiesischen Nelkenrevolution) des Öfteren finden: der Typus des fortschrittlichen Offiziers oder Soldaten, zumeist selbst aus ärmlichen Verhältnissen stammend, der sich über seine Arbeit im Repressionsapparat politisiert, nach links geht und schließlich – seiner militärischen Logik folgend – versucht, das System durch einen Putsch und eine fortschrittliche Militärregierung zu verändern (während in Konsequenz die Massen gleichzeitig passiv bleiben und zu Statisten degradiert werden). Doch Chávez veränderte seine Positionen und kandidierte mit seiner Partei, der MVR (Bewegung für eine Fünfte Republik) erfolgreich bei den Wahlen 1998.

Nach der großen Ölkrise 1973 waren die Einkünfte Venezuelas aus dem Ölexport rapide gestiegen, das Land wurde zu einem der wohlhabendsten in Südamerika. Damit einher ging eine Phase der politischen Stabilität, doch mit dem Einbruch des Ölpreises ab 1983 brachen diese Einkünfte weg, was eine anhaltende Wirtschaftskrise nach sich zog. In Folge versuchten die verschiedenen Regierungen, die daraus entstehenden Probleme nach Weisungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit neoliberalen „Reformen" zu lösen. Das führte im Februar 1989 zum so genannten Caracazo, einem von den Slums der Hauptstadt Caracas ausgehenden Aufstand – bei der Niederschlagung dieses Aufstandes wurden bis zu 5000 Menschen getötet. Dies wiederum war eine der Vorbedingungen des Putsches von 1992 und in Folge der Wahl von Chávez 6 Jahre später.

Zu Beginn unterschied sich Chávez, der seine linksnationalistische politische Theorie in Anlehnung an Simon Bolívar „Bolivarismus" nennt, nicht wesentlich von anderen linksreformistischen Präsidenten in Mittel- und Südamerika. Am Beginn seiner Regierungszeit setzte Chávez sehr widersprüchliche Zeichen, fortschrittlichen Maßnahmen standen reaktionäre Maßnahmen gegenüber. So garantierte die neue Verfassung von 1999 freien Zugang zum Gesundheitswesen, gleiche Löhne für Männer und Frauen, kulturelle Rechte der indigenen Bevölkerung, eine Arbeitszeitverkürzung und das Verbot der Privatisierung der Öl-, und Gasindustrie sowie des Rentensystems. In Folge wurden auch die so genannten Misiónes gegründet, die am traditionellen Staatsapparat vorbei Gelder aus den Ölüberschüssen für Sozialprogramme bereit stellen. Auf der an-

deren Seite wurden zu Beginn der Chávez-Regierung die öffentlichen Ausgaben reduziert, die Löhne im öffentlichen Dienst eingefroren, der Telekommunikationssektor privatisiert und Vorschläge für eine Privatisierung der Aluminiumindustrie und der Elektrizitätswirtschaft in Umlauf gebracht sowie in der Verfassung Privateigentum und Marktwirtschaft fest geschrieben.

Dennoch wurden die sichtbaren Sozialreformen unter Chávez von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen, 2000 wurde er in Neuwahlen mit fast 60% im Amt bestätigt. Im April 2002 schließlich dachte die Opposition, dass die Zeit reif sei für einen Putschversuch. Der korrupte Gewerkschaftsdachverband CTV, Wirtschaftsverbände, katholische Kirche, die bürgerlichen Parteien und die privaten Fernsehsender riefen mit Unterstützung der US-Botschaft in Caracas zum Generalstreik auf, mit dem sie den Rücktritt von Chávez erzwingen wollten. Teile des Militärs nahmen Chávez in Haft. Der Präsident des Unternehmerverbands, Pedro Carmona, ließ sich als Übergangspräsident vereidigen und löste sofort das Parlament und das Oberste Gericht auf. Der Putsch löste Massenproteste bei weiten Teilen der Bevölkerung aus, während die „Chávistas" ziemlich unvorbereitet schienen. Die Putschisten feierten schon ihren Sieg, sie wurden aber bald darauf von regierungstreuen Militärs verhaftet. Chávez wurde befreit und wieder ins Präsidentenamt eingesetzt (und kündigte in Folge eine weiche Linie gegen die PutschistInnen an). Im Dezember des gleichen Jahrs riefen CTV und Unternehmensverbände zu einem unbefristeten Generalstreik auf, der zwei Monate andauerte und in Wirklichkeit eine Aussperrung durch die KapitalistInnen war. 2004 schließlich strengte die Opposition ein Referendum gegen Chávez an, die Bevölkerung entschied mit 60% zu 40% bei einer Wahlbeteiligung von 70% für seinen Verbleib im Amt. Doch all diese Angriffe und Versuche der Reaktion waren nicht nur nicht erfolgreich, sie trieben die Bewegung und damit auch Chávez weiter nach links, der sich immer positiver über sozialistische Ideen äußerte.

Einzelne Betriebe wurden unter der so genannten Cógestion (einer Mischung aus Mitbestimmung und ArbeiterInnenkontrolle) verstaatlicht. Die Ölindustrie wurde allerdings von der Cógestion ausgeschlossen. In diesem Bereich will die Regierung die ArbeiterInnen offenbar in keiner Weise mitreden lassen, sondern selbst die volle Kontrolle behalten. Für die Zukunft schließt Chávez weitere Privatisierung aus und überlegt künftige Verstaatlichungen (betont allerdings gleichzeitig, dass in „Einzelfällen" Privatisierungen weiterhin möglich wären). Vor allem aber sprach Chávez lange Zeit von einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, doch ihn seiner Rede am Weltsozialforum in Porto Allegre 2005 bekannte er, dass er den Sozialismus für die richtige Lösung hält und propagiert nunmehr den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts". In der gleichen Rede allerdings lobte er Brasiliens Präsident Lula.

Die Person Chávez spielt in der politischen Szenerie Venezuelas die Rolle eines Katalysators und Ausdrucks des Wunsches der Massen nach Veränderung. Doch gleichzeitig sollte nicht übersehen werden, dass Chávez weiterhin sehr widersprüchlich ist und bisher auch keine Maßnahmen gesetzt hat, die das Kapital substantiell schmerzen. Die Sozialprogramm werden über die Überschüsse der ohnehin staatlichen Ölgesellschaft finanziert, Neu-Verstaatlichungen betrafen nur einzelne Betriebe – in der Vergangenheit Mittel- und Südamerikas gab es bereits weit radikalere Reformen, die deshalb den Rahmen des Kapitalismus noch lange nicht überschritten haben. Die hohen Öleinkünfte schaffen für die bürgerlich-nationalistische Chávez-Regierung Verteilungsspielräume und stabilisieren sie. Die „bolivarische" Regierung sucht den Ausgleich mit der herrschenden Klasse und den PutschistInnen und sie arbeitet gleichzeitig zunehmend gegen eine von der Regierung unabhängige ArbeiterInnenbewegung. Trotz dieser freundlichen Signale in Richtung des einheimischen und imperialistischen Kapitals steht Chávez mehr als andere Regierungen unter dem Druck der unteren Bevölkerungsschichten und wird deshalb in Washington als unberechenbar betrachtet. Eine wesentliche Bedeutung hat auch Chávez´ Rolle als „schlechtes Beispiel" für andere Länder in der Region, in denen die ArbeiterInnenklasse nach dem Vorbild Venezuelas Forderungen an ihre Regierungen stellt, ohne, dass diese dort ebenfalls aus Ölverkäufen gedeckt werden können.

Vor allem für die USA besteht die Gefahr auch in der Bedeutung Venezuelas für die Ölzufuhr der USA. Wie kaum ein anderes Land Lateinamerikas – mit Ausnahme Panamas – war Venezuela seit den 1930er Jahren an die USA gebunden, für die die venezolanischen Ölreserven von strategischer Bedeutung sind (die USA beziehen aktuell rund 15% ihres Öls aus Venezuela). Chávez hatte wiederholt damit gedroht, dass er im Fall einer Invasion oder Blockade die Öllieferungen an die USA einstellen werde, allein diese Drohung stellt für die USA ein unannehmbares Risiko dar. Dementsprechend waren die USA bisher bereits in mehrere Putschversuche gegen Chávez involviert und rüsten auch die Armee und die rechtsextremen Paramilitärs des Nachbarlands Kolumbien mit seiner reaktionären Regierung auf.

Auch die Zusammenarbeit mit Kuba (von wo im Austausch für billiges Erdöl tausende ÄrztInnen nach Venezuela geschickt werden) und der Versuch, gemeinsam mit Kuba mit der ALBA eine alternative Freihandelszone aufzubauen, passt den USA keineswegs ins Konzept. Gleichzeitig arrangierten sich die internationalen Großkonzerne in den letzten Jahren zunehmend mit der venezolanischen Regierung, ihre Gewinne stiegen rasant an. Und Chávez sucht die Zusammenarbeit mit den neo-liberalen „Linksregierungen" in Brasilien und Argentinien ebenso wie mit den Regimes in China und dem Iran.

Die Frage, welchen Weg Venezuela geht, wird nicht in der Präsidentschaftskanzlei, sondern auf der Straße und in den Kämpfen der Massen entschieden werden. Eine wesentliche Bedeutung kommt da-

bei dem neugegründeten Gewerkschaftsdachverbands UNT (Unión Nacional de Trabajadores, „Nationale Arbeiter Union“) zu, der in Folge der reaktionären Politik des alten Gewerkschaftsdachverbands CTV gegründet wurde und mittlerweile die Mehrheit der Lohnabhängigen vertritt. Innerhalb der UNT spielt die klassenkämpferische Mehrheit rund um die Strömung C-CURA („clasistas“) eine besondere Rolle im Kampf um die Weiterführung des revolutionären Prozesses, gegen reformistische und stalinistische Einflüsse und um die Unabhängigkeit vom chávistischen Staatsapparat. Aus diesem Kreis, aus verschiedenen Organisationen mit trotzkistischem Selbstverständnis sowie aus StudentInnenorganisationen wurde Mitte Juli 2005 die Partido Revolución y Socialismo – PRS (Partei Revolution und Sozialismus) formiert, um den revolutionären Prozess weiterzutreiben und zu vollenden. Entscheidend wird dabei sein, weder anbiedernd noch sektiererisch zu sein, den Prozess kritisch, aber solidarisch zu begleiten, die bisherigen Errungenschaften bedingungslos zu verteidigen und in Verbindung mit den Kämpfen der ArbeiterInnenklasse den Aufbau einer revolutionären Massenpartei zu organisieren.

Zur genaueren Analyse der Entwicklung in Venezuela verweisen wir auf die gemeinsame Broschüre von AL und AGM: Für eine sozialistische Revolution in Venezuela. Bilanz und Perspektiven des „ bolivarischen Prozesses “ und die Chancen für die Arbeiter/innen/ bewegung.

Bolivien ist gemeinsam mit Venezuela das Land, in dem der revolutionäre Prozess am weitesten fortgeschritten ist. Ausdruck dessen war die Wahl von Evo Morales von der MAS (Movimiento al Socialismo, Bewegung zum Sozialismus) zum Präsidenten im Dezember 2005. Morales gilt gemeinhin als Vertreter der Koka-Bauern/ Bäuerinnen, weniger bekannt ist, dass die GründerInnen der MAS die so genannten Cocaleros waren, arbeits- und heimatlose Bergleute, die nun Koka anbauten und die kämpferischen Traditionen der BergarbeiterInnen in die neue Bewegung einbrachten. Ähnlich wie Chávez kommt auch Morales aus der indigenen Bevölkerung (die in Bolivien die Mehrheit stellt), seine Wahl ist schon allein dadurch ein Bruch mit der traditionell spanischstämmigen Oligarchie. Bolivien ist das ärmste Land Südamerikas, durch die anhaltende Wirtschaftskrise verschärft sich für die BolivianerInnen die soziale Lage immer mehr, 60 Prozent der Bevölkerung leben in absoluter Armut. Das Land sah nach dem Ende der Militärdiktatur und verstärkt in den letzten Jahren eine Reihe von äußerst radikalen Kämpfen, die sich vor allem um die Verhinderung der Wasserprivatisierung und um die Forderung nach Vergesellschaftung der Öl- und Gasvorräte drehten.

Im Jänner und Februar 2003 hätte die Massenbewegung bereits erstmals das Potential gehabt, die Regierung zu stürzen, sogar die Polizei beteiligte sich an den Streiks, doch damals unterzeichneten die FührerInnen der MAS und des Gewerkschaftsdachverbandes COB einen Sozialpakt, der der Regierung eine dringend benötigte Atempause verschaffte. Im September 2003 breitete sich der Kampf erneut aus, die indigenen Gemeinschaften beschlossen, der Regierung unter dem Motto "Ahora sí, guerra civil" (Das Maß ist voll – BürgerInnenkrieg!) offen den Krieg zu erklären. Der Verband der GemeinderätInnen von El Alto, einer neben der Hauptstadt La Paz liegenden Schlafstadt mit fast einer Million EinwohnerInnen, rief den Generalstreik aus, dem sich auch die Gewerkschaft COB anschloss. Anfang Oktober musste die Stadt von der Regierung buchstäblich militärisch zurückerobert werden, 20 tote ArbeiterInnen und ein toter Soldat, der durch die Kugel eines Hauptmanns starb, da er sich weigerte, auf die unbewaffnete Menge zu schießen, waren das Resultat. In den Tagen darauf kam es zu dutzenden Aufständen, die sich bald zu einer vorrevolutionären Situation steigerten. Schließlich musste Präsident Gonzalo zurücktreten, nachdem La Paz von den aufständischen Massen überrannt worden war. In El Alto kam es in Folge zu wesentlichen Elementen von ArbeiterInnendemokratie, die Regierung hatte die Kontrolle über die Stadt verloren. Diese lag und liegt in weiten Bereichen bis heute in den Händen eines ArbeiterInnenrates, der Vereinigung der Stadtteilräte (FEJUVE), die auch die bewaffnete Verteidigung der Stadt durch ArbeiterInnenmilizen organisierte und kontrollierte.

Die radikalisierte Situation spiegelte sich auch im COB wieder. Der Bergarbeiter Jaime Solares wurde zum Generalsekretär des COB gewählt und forderte den Kampf „zur Beseitigung des neoliberalen Modells und der kapitalistischen Ausbeuterordnung“ und für „eine Arbeiter- und Bauernregierung." Heute argumentiert der COB, dass es keine revolutionäre Partei gebe, und daher die Revolution in Bolivien noch nicht stattgefunden habe (womit er recht hat) und verweigert somit die Initiative zum Aufstand – wobei die Frage offen bleibt, warum nicht RevolutionärInnen aus dem COB das Projekt des Aufbaus einer revolutionären Partei ernsthaft in Angriff nehmen. Im Juni 2005 haben sich COB, einige andere Gewerkschaften sowie die FEJUVE zu einer „Volksversammlung“ zusammengeschlossen, es bleibt abzuwarten, ob sich daraus eine revolutionäre Partei entwickeln kann und welche Rolle die radikale Linke, insbesondere die aus trotzkistischer Tradition kommenden Organisationen wie die POR, spielen können. Positiv zu vermerken bleibt, das der COB der MAS weiterhin kritisch gegenübersteht. Nach seiner Wahl hatte Morales in der Frage der Verstaatlichung zurückgesteckt und auch teils bekennende SozialdemokratInnen in führende Positionen befördert. Aufflammende Massenproteste haben allerdings Morales dazu gebracht, am 1. Mai 2006 die Eigentumsverhältnisse in der Gasindustrie zu verändern und Teilverstaatlichungen bzw. Neuverhandlungen von Verträgen mit den Gasmultis durchzusetzen. Dies war trotz aller Limitierung und Konzessionen ein wichtiger Schritt, nicht zuletzt, weil hier weltweit sichtbar das Privateigentum an Produktionsmitteln offen in Frage gestellt wurde. Ob längerfristig die Wahl von Morales die Bewegung dämpfen kann oder ob die MAS, die in vergangenen Mobilisierungen eine sehr bremsende Rolle gespielt hat, sich, getrieben von den Erwartungen, weiter radikalisieren muss,

bleibt abzuwarten, in Anbetracht der gesamten Lage auf dem Kontinent ist aber die Perspektive der Radikalisierung die wahrscheinlichere.

In Brasilien, mit rund 200 Millionen EinwohnerInnen dem größten Staat der Region, regiert seit Oktober 2002 Präsident Luiz Inácio da Silva, kurz Lula, von der PT (Partido dos Trabalhadores, Arbeiterpartei). Die PT entstand gegen Ende der 70er Jahre aus ArbeiterInnenkämpfen gegen das Militär, das von 1964-1985 das Land regierte. Luiz Inácio da Silva organisierte 1977 als Chef der Metallarbeiter-Innengewerkschaft in São Paulo Streiks und wurde dafür inhaftiert. Diese Streiks und Demonstrationen führten 1980 zu einer Parteienreform, wodurch die PT legal gegründet werden konnte. Ihr anfängliches Programm beinhaltete ein gesundes Misstrauen sowohl gegen den sozialdemokratischen Reformismus wie gegen das stalinistische Modell. 1984 kam es zu einem weiteren revolutionären Aufstand, an dem sich Arbeitende und StudentInnen beteiligten und in Folge dessen 1985 die Militärdiktatur gestürzt werden konnte.

Doch seitdem ist die PT fast kontinuierlich nach rechts gegangen. Der Bruch mit dem ökonomischen System ist kein Thema mehr – ein humanisierter Kapitalismus ist nun das Ziel der PT. Bereits im Wahlkampf hat die PT enorme Zugeständnisse an das brasilianische Kapital gemacht und Bündnisse mit rechten Parteien geschlossen. Anfänglich dachten viele in der Basis der PT, dass diese Politik nur dazu dienen würde, eine Mehrheit bei den Wahlen zu bekommen, doch die weitere Entwicklung hat sie eines Besseren belehrt. Die PT ist mittlerweile Repräsentantin einer sozialdemokratischen Politik, die für das Kapital äußert beruhigend ist. Die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) etwa erklärte: „Er [Lula] gewann nicht nur die Herzen des Volkes, sondern den Kredit von Banken und Unternehmern." So unterschrieb die PT eine Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), die diesem mehr Zugeständnisse machte, als er tatsächlich forderte. Eine Pensionsreform wurde eingeführt, die das Pensionsalter erhöhte und alle Errungenschaften angriff, die die Angestellten der Bundesstaaten gemacht hatten (woraufhin 600.000 Bundesangestellte rund einen Monat gegen die Regierung streikten). In Folge dessen schloss die PT drei Abgeordnete und die sehr populäre Senatorin Heloísa Helena, die gegen diese Pensionsreform eintraten, aus der Partei aus (den Ausgeschlossenen schlossen sich seitdem weitere Abgeordnete der PT an).

Die Ausgeschlossenen gründeten in Folge die P-SOL (Partei für Sozialismus und Freiheit), eine strömungsübergreifende Partei in trotzkistischer Tradition, die in Umfragen bei rund 3-5% liegt und für ihre erstmalige Wahlzulassung erfolgreich 450.000 Unterschriften sammelte. Eine besonders peinliche Rolle in der Politik der PT spielt hingegen die Mehrheit der brasilianischen Sektion des sich auf den Trotzkismus berufenden „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“ (VS, in Österreich SOAL, in Deutschland RSB und ISL), die der PT als linker Flügel Flankendekkung gibt und sogar mit einem Minister in der kapitalistischen Lula-Regierung vertreten ist (während gleichzeitig die ausgeschlossene Senatorin Helena zur Minderheit im brasilianischen VS gehört). Das VS selbst distanziert sich mittlerweile von der Mehrheit seiner Sektion, hat diesen Schritt allerdings unzumutbar lange hinausgezögert, anstatt sich von Beginn an klar von dieser Politik zu distanzieren und entsprechende organisatorische Konsequenzen zu ziehen.

Neben der P-SOL ist auch die „Linke“ in der PT (deren wesentlichste Organisation allerdings die VSMehrheit ist) durchaus noch nicht besiegt, bei den Wahlen im Herbst 2005 über den Vorsitz der PT, an der sich 230 000 Mitglieder beteiligten, konnte sie 48% (!) der Stimmen auf sich vereinigen, was darauf hindeutet, dass auch in der PT das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Eine wesentliche Bedeutung für die Linke außerhalb der PT-Opposition und der P-SOL hat die PSTU (Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei), eine sich als trotzkistisch verstehende Partei, die selbst ebenfalls eine Zeit lang in der PT gearbeitet hatte und bei den letzten Wahlen 400.000 Stimmen (0,4%) bekam. Weiters hervorzuheben ist die Landlosenbewegung MST (Movimento dos Sem Terra), die mit ihren Landbesetzungen ein beständiger Stachel im Fleisch der Herrschenden ist. Sie spielt auch eine nicht unwesentliche Rolle innerhalb der PT-Linken und kritisiert die PT-Führung scharf wegen ihres Verrats an den Anliegen der Landlosen (so lässt die PT-Regierung zu, dass die Polizei gegen Landbesetzungen der MST eingesetzt wird).

Die Politik der PT-Führung selbst ist allerdings nicht auf persönliches Versagen, Korrumpierbarkeit oder Unfähigkeit zurückzuführen (auch wenn all das eine Rolle spielen mag). Das Problem ist, dass die PT das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich ablehnt und damit nach den Regeln dieses Systems spielen muss. Sozialabbau, Schuldendienst, Kürzungen im öffentlichen Dienst und
ähnliches sind die logische Folge. Und mit dieser Politik hat sie der ArbeiterInnenklasse und den armen Massen Brasiliens nichts zu bieten. Es besteht schließlich die Gefahr, dass von der Enttäuschung von der PT nicht nur die radikalere Linke profitiert, sondern dass auf der Grundlage einer politischen Demoralisierung der Massen rechte PopulistInnen einen Aufschwung erleben können.

Die Wahlen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern im Jahr 2006 brachten nur teilweise eine Fortsetzung des Linksrucks am Kontinent. In Mexiko verlor der eher mit Lula als mit Chávez zu vergleichende Linkskandidat und ehemalige Bürgermeister von Mexiko City, Andrés Manuel López Obrador von der Demokratischen Revolutionären Partei (PRD) knapp gegen seinen Widersacher von der rechtskonservativen PAN. Die Präsidentschaftskandidatur von López Obradors konnte im Vorfeld erst von einer Demonstration von 1,2 Millionen Menschen durchgesetzt werden und es scheint, dass es auch bei der Wahl selbst massive Unregelmäßigkeiten zuungunsten von Obrador gegeben hat. Dieser Wahlbetrug löste anhaltende Massenproteste gegen das rechte Re-

gime aus. Obwohl die Regierungsübernahme durch Obrador vorerst gescheitert ist, bedeuten sein Wahlergebnis und die darauf folgenden Proteste dennoch eine Linksentwicklung in Mexiko.

In Peru verlor im April 2006 Ollanta Humala von der linksnationalistischen Union por el Perú (UPP), besser bekannt als Humala-Bewegung, gegen seinen Gegner Alan García, den Kandidaten der APRA, einer ursprünglich antiimperialistischen Partei mit sozialistischer Rhetorik, die allerdings schon während der ersten Amtszeit Garcías zu einer linksreformistischen Partei verkam.. Humala, der als Verbündeter von Präsident Chávez gilt, ist vor allem im andienen Hochland beliebt und eng mit den Kokaanbauern/bäuerinnen verbündet, die in der Conferencia Nacional de Productores Agropecuarios de las Cuencas Cocaleros del Perú (CONPACCP) zusammengeschlossen sind. Gleichzeitig ist Humala sehr umstritten, so gibt er nationalistische Kriegsdrohungen gegen Chile von sich und ihm wird vorgeworfen, in der Vergangenheit als Offizier an Repressionen beteiligt gewesen zu sein. Bemerkenswert an dieser Wahl ist, dass die Konservativen es nicht einmal in die Stichwahl schafften. Deutlich auch die Wahlen zum Parlament, wo die UPP 44, die APRA 35, das Rechts-Bündnis hingegen nur 19 Mandate hält.

In Nicaragua ist die Rückkehr der SandinistInnen in Gestalt von Daniel Ortega oder seinem Widersachers Herty Lewites wahrscheinlich – wie sich danach der Kurs der FSLN entwickeln wird, ist derzeit nicht abzusehen.

Die Präsidentschaftswahlen in Venezuela, bei denen Präsident Chávez voraussichtlich erneut kandidieren und auch gewählt werden wird, beenden im Dezember 2006 das lateinamerikanische Superwahljahr.

Eine wesentliche Frage für die Zukunft Mittel- und Südamerikas ist die Frage der Landverteilung. Riesigen Latifundien stehen Millionen von landlosen LandarbeiterInnen gegenüber. In Brasilien beispielsweise verfügen knapp 10% der GrundbesitzerInnen über 80% des Landes, die restlichen 90% teilen sich die verbleibenden 20% der nutzbaren Flächen. Die Landfrage und die Verteidigung der Rechte der Landlosen ist eine wichtige Frage für jede marxistische Strömung in Mittel- und Südamerika. Revolutionäre Politik bedeutet, eine Antwort auf die drängende Frage der Landverteilung zu geben und für die entschädigungslose Enteignung der GroßgrundbesitzerInnen zu kämpfen.

Wo sich Bauern/Bäuerinnen wehren, schicken die GroßgrundbesitzerInnen eigene Paramilitärs oder die ihnen ergebene Polizei, die Zahl der allein in Brasilien seit dem Ende der Diktatur von Paramilitärs, Militär oder Polizei getöteten LandarbeiterInnen geht in die Tausende (so wie in vielen Ländern der Region auch klassenkämpferische GewerkschafterInnen immer wieder Opfer der Reaktion werden, in den Werken des Coca-Cola-Konzerns in Kolumbien etwa werden laufend lästige GewerkschafterInnen liquidiert, insgesamt wurden allein in Kolumbien im letzten Jahrzehnt rund 4000 GewerkschafterInnen ermordet). Der Aufbau von bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen der ArbeiterInnenklasse und der landlosen Bauern/Bäuerinnen ist hier eine zentrale Frage.

Auch in Mittel- und Südamerika sind heute – trotz der weiter bestehenden Bedeutung der Landfrage – das städtische Proletariat bzw. die städtischen verelendeten Massen in den Slums, die bestimmende Kraft. Die Proletarisierung der Bevölkerung hat massiv zugenommen, in Venezuela, Argentinien oder Chile etwa leben über 90% der Bevölkerung in Städten, in Brasilien immer noch über 80%. Allein in den 20 größten Städten Mittel- und Südamerikas leben weit über 100 Millionen Menschen, also ein Fünftel der gesamten EinwohnerInnen der Region. Hervorzuheben sind Mexico-City und São Paulo in Brasilien mit jeweils über 20 Millionen sowie Buenos Aires in Argentinien mit weit über 10 Millionen (fast einem Drittel der Bevölkerung Argentiniens!). Auch in den Ländern, in denen derzeit der Linksruck am weitesten fortgeschritten ist, Venezuela und Bolivien, geben große Städte den Ton an: Caracas, die Hauptstadt Venezuelas, ist mit 4,6 Millionen EinwohnerInnen die achtgrößte Stadt Südamerikas, Boliviens Hauptstadt La Paz und seine Satellitenstadt, das revolutionäre El Alto, kommen immer noch auf fast 2 Millionen EinwohnerInnen (obwohl in Bolivien insgesamt der Verstädterungsgrad mit rund 60% deutlich niedriger ist). In diesen beiden Ländern leben auch jeweils ca. 20% der Bevölkerung in der Hauptstadt, ein ähnlich konzentriertes Verhältnis also wie in Österreich.

Einhergehend mit der Proletarisierung wandelt sich in einzelnen Staaten auch die Produktion. Vor allem Mexiko, Brasilien und Argentinien, in gewisser Hinsicht aber auch Venezuela und Chile, sind wirtschaftlich relevante „Schwellenländer“. Beispielsweise wird etwa 40% des Bruttoinlandsprodukts in Brasilien von der Industrie erwirtschaftet, knapp die Hälfte vom Dienstleistungssektor, die Landwirtschaft trägt nur noch zu etwa einem Zehntel bei. Die wichtigsten Exportartikel sind Maschinen (darunter Autos und Flugzeuge), Stahl, Aluminium und Zinn, sowie Kaffee, Zucker und Fleisch. São Paulo, die größte Stadt Südamerikas, ist das größte deutsche Investitionszentrum außerhalb der EU und den USA. Für die Mehrzahl der Länder gilt allerdings weiterhin, dass ihre Exportartikel immer noch fast ausschließlich Rohstoffe sind – vor allem Venezuela profitiert dabei derzeit vom sehr hohen Erdölpreis. Im Land selbst spielt zumeist die Schattenwirtschaft einen bestimmenden Anteil, in Venezuela etwa leben bis zu fünfzig Prozent derjenigen, die sich ihren Unterhalt selbst verdienen, in der Schattenwirtschaft, das heißt, sie arbeiten als StraßenhändlerInnen, SchrottsammlerInnen, TagelöhnerInnen etc. Doch auch eine weitreichende Industrialisierung würde die Länder der Region nicht automatisch aus dem Würgegriff des Imperialismus befreien, wie das Beispiel Südkorea belegt.

Vor allem für die USA spielen Rohstoffreichtum und billige Arbeitskraft auf dem Südkontinent eine wesentliche Rolle. Mit verschiedenen Me-

chanismen versuchen die USA, die wirtschaftliche Kontrolle über den Kontinent zu behalten. Dazu setzen sie wesentlich auf die Etablierung verschiedener Wirtschaftsbündnisse. Unmittelbar involviert sind die USA in die NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone), die die USA, Mexiko und Kanada aneinander binden und im Versuch des Aufbaus der gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA, spanisch ALCA), der alle Staaten Nord-, Süd- und Mittelamerikas sowie der Karibik (mit Ausnahme Kubas) beitreten sollen. Dementgegen steht der 1991 gegründete Mercosur (Gemeinsamer Markt des Südens) mit Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela und die 2005 von Venezuela initiierte ALBA (Bolivarianische Alternative für ganz Amerika), die derzeit Venezuela und Kuba umfasst. Natürlich ist der Versuch, ein Gegengewicht zur ALCA aufzubauen, an sich nachvollziehbar. Denn die ALCA-Verträge versprechen vor allem für die USA Gewinne. Sie würden den USA auf dem Industriesektor, bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, bei öffentlichen Aufträgen und im Agrarexport entgegenkommen und wohl auch Brasilien und Argentinien im Gegensatz zur aktuellen Annäherung an die EU wieder stärker an die USA binden. Doch auch Mercosur und ALBA als Versuche unabhängigen Wirtschaftens können bei der engen Verflechtung der Weltmärkte nicht die Problematik der „Sachzwänge“ des Kapitalismus aufheben, die entstehen, solange die Eigentumsfrage nicht radikal gestellt und beantwortet wird.

Eine weitere Radikalisierung in Lateinamerika könnte in den USA auch die BefürworterInnen einer militärischen Lösung stärken. Bereits jetzt sind gegen Venezuela einige unverhüllte Drohungen ausgesprochen worden und die Aufrüstung von Venezuelas Nachbarn Kolumbien schreitet ungehindert fort. Doch die Ressourcen US-Imperialismus sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit seinen Interventionen im Irak und im Afghanistan (wo zur Entlastung der USA auch EU-Truppen, vor allem aus Deutschland, immer stärker eingesetzt werden), belastet, eine direkte Intervention und damit ein weiterer Krieg, der nur mit Bodentruppen (und gegen motivierte SoldatInnen und Freiwillige) zu führen wäre und womöglich in einer weiteren Besatzung enden könnte, würde derzeit an die Grenzen der Möglichkeiten der US-Militärs gehen. Es ist aber auch davon auszugehen, dass derzeit ein Putschversuch in Venezuela oder Bolivien eher zu einer weiteren Radikalisierung führen würde. Die USA und der US-Imperialismus (aber nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte auch insgesamt die Idee einer Militärdiktatur) sind in breiten Schichten Lateinamerikas sehr verhasst, eine Militärintervention würde auf erheblichen Widerstand stoßen und könnte eine radikalisierende Wirkung auf den ganzen Kontinent haben. Dieser könnte auch relevante Teile der spanischsprachigen ArbeitsimmigrantInnen in den USA umfassen, die mit rund 13 % der Bevölkerung mittlerweile noch vor den Schwarzen die größte Minderheit in den USA stellen. Diese Risken werden die USA derzeit nur im Notfall – etwa im Fall einer proletarischen Revolution – eingehen (noch eher jenes, einheimische PutschistInnen zu unterstützen). Doch damit ist keineswegs gesagt, dass sich dies in Zukunft nicht ändern könnte.

Hier ist auch die Rolle der EU zu betrachten. Derzeit haben die EU und die USA in Mittel- und Südamerika teils gegensätzliche Interessen, die EU versucht, Marktanteile für sich zu gewinnen und hält sogar selbst immer noch Kolonien in der Region (ebenso wie die USA, die die Karibikinsel Puerto Rico ihrem Staatsgebiet zurechnet). Bei den EU-Kolonien handelt es sich um eine Reihe von Karibikinseln in britischem (Virgin Islands, Antigua...), französischem (Guadeloupe, Martinique...) und niederländischem (Niederländische Antillen) Besitz, die teilweise vor der Küste Venezuelas liegen, sowie auf dem Festland selbst Französisch-Guyana – diese Kolonien könnten in Folge auch als militärische Aufmarschgebiete dienen. Denn sollte es eine weitere Radikalisierung geben, wird sich schnell weisen, dass der alte Satz „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“ volle Bestätigung findet und die herrschenden Eliten der USA und der EU ihre Zwistigkeiten beilegen werden, um gemeinsam gegen eine revolutionäre Entwicklung des Kontinents vorzugehen versuchen werden – womit wiederum revolutionäre Kräfte in den imperialistischen Zentren gefordert sind, den Kampf gegen den eigenen Imperialismus zu intensivieren und im Fall eines Angriffs für die Niederlage des eigenen Imperialismus einzutreten. Hier würden Spanien und Portugal durch die gemeinsame Sprache und die kämpferischen Traditionen ihrer eigenen ArbeiterInnenklassen die Rolle eines Brückenkopfes für die Linke in Europa bilden.

Die Ausgangsbedingungen für die Linke sind derzeit relativ günstig. Einheimische autoritäre Lösungen sind weitgehend diskreditiert, der US-Imperialismus ist aktuell kaum interventionsfähig und der EU-Imperialismus hat bisher noch keine Erfahrungen mit Interventionen dieser Größenordung. Die einheimischen kapitalistischen Eliten haben in einigen Ländern empfindliche Niederlagen erlitten, in den Kämpfen gegen die neoliberalen Angriffe der 80er und 90er Jahre ist auch das Vertrauen in den Staatsapparat gewaltig gesunken und hat gleichzeitig das Vertrauen in die eigenen Stärke zugenommen. Allerdings fehlen relevante revolutionäre Organisationen, die die Rolle des Katalysator dieser Prozesse und Stimmungen werden könnten. Sollte es nicht gelingen, solche aufzubauen, kann die Stimmung in Apathie und Frustration umschlagen, was wiederum Putsche einheimischer Eliten oder/und eine militärische Intervention sehr erleichtern würde.

Ein Beispiel für eine solche Intervention stellt aktuell Haiti dar. Dort stehen rund 10.000 UNO-SoldatInnen als Besatzungskräfte, die den 2004 von den USA, Kanada und Frankreich angeleiteten Staatsstreich absichern sollen. Einen Teil dieser Soldaten stellt auch Lulas Brasilien, das damit offenbar versucht, sich als regionale Ordnungsmacht zu etablieren. Der vor dem Putsch regierende Jean-Bertrand Aristide wurde abgesetzt und ins Exil verschleppt.

Das Land hat eine unruhige Geschichte hinter sich. Von 1915-1934

besetzten die USA das Land, ab 1957 regierten die von den USA und Frankreich gestützten Diktatoren Papa Doc Duvalier und sein Sohn Baby Doc, bis ein Aufstand sie 1986 stürzte. 1990 schließlich wurde Jean-Bertrand Aristide, der als Hoffnung der Armen galt, zum Präsidenten gewählt, doch bereits 1991 durch einen reaktionären Putsch zum ersten Mal ins Exil gezwungen. Mit US-Unterstützung und politisch nach rechts gerückt kehrte Aristide mit Hilfe einer US-Intervention 1994 zurück. In seiner zweiten Präsidentschaft 1994-1996 setzte er dann Sozialabbau-Programme (so genannte „Stabilitätsprogramme" des Internationalen Währungsfonds, IWF) um. Unter seinem Nachfolger René Préval (den Aristide anfänglich unterstützt hatte) wurde dieser Sozialabbau fortgesetzt.

Diese Entwicklung brachte im Jahr 2000 erneut Aristide an die Regierung, der sich von Préval gelöst hatte und nun wieder radikaler auftrat. In Folge versuchte Aristide, es allen recht zu tun. Einerseits setzte er Privatisierungen fort und öffnete Freihandelszonen, andererseits begann er mit Sozialprogrammen. Kubanische Ärzte wurden ins Land geholt, Spitäler und Schulen gebaut, eine Alphabetisierungskampagne begonnen und der Mindestlohn verdoppelt. Mit Kuba und Venezuela verhandelte er über einen regionalen Handelsblock, was für den Imperialismus der Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte und schließlich dazu führte, dass er von den USA, Kanada und Frankreich aus dem Amt gejagt wurde (die ihren Putsch durch UNO-SoldatInnen absicherten). Anfang 2006 wurden erstmals wieder Wahlen abgehalten. Diese konnte Ex-Präsident René Préval für sich entscheiden. Préval galt in diesen Wahlen trotz seiner Vergangenheit, seiner nur vagen sozialen Versprechungen und seiner Pro-Besatzungs-Position als Kandidat der ärmeren Bevölkerungsschichten. Daher kann seine Wahl als Linksruck gewertet werden, zwar nicht in der Person von Préval, aber sicherlich im Bewusstsein der Massen, die den, erst durch Massenproteste gegen massive Wahlfälschung durchgesetzten Amtsantritt von Préval als Fortschritt betrachten.

Wie sich die nächste Periode entwickelt, wird wesentlich davon abhängen, ob Préval eher dem Druck dieser Massen oder dem des Imperialismus nachgibt, wie sich Aristides Partei Famni Lavalas positionieren wird und ob revolutionäre Gruppen wie die OTR, die „Organisation des Travailleurs Révolutionnaires" (OTR, Organisation der revolutionären Arbeiter), den Einfluss haben werden, diesen Prozess gegen reformistische und offen reaktionäre Kräfte voranzutreiben.

Einen wesentlichen Anteil an den momentanen Möglichkeiten hat zweifellos auch der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten. Hat dieser Anfang der 90er noch eher negative Auswirkungen gehabt, zeigt sich heute, dass dieser Zusammenbruch neue Räume eröffnet hat. Jahrzehntelang sind stalinistische „Kommunistische" Parteien in der „Dritten Welt" für ein so genanntes Etappenkonzept eingetreten, das besagte, dass unterentwickelte Länder und Kolonialländer noch nicht reif für den Sozialismus seien und zuerst eine kapitalistische Etappe durchlaufen müssten. Ein solches Konzept allerdings widerspricht zutiefst einer marxistischen Herangehensweise und hätte auch die russische Oktoberrevolution von 1917 unmöglich gemacht. Dieser stalinistische Albdruck ist nun weggefallen, ohne Moskaus „Unterstützung" finden eigenständige Debatten statt.

Teils wird nun die Debatte geführt, ob insbesondere für Länder wie Venezuela oder Bolivien ein „kubanischer Weg", also eine bürokratische Umwälzung der Produktionsverhältnisse und der Aufbau eines degenerierten ArbeiterInnenstaats, möglich wäre. Doch ohne die Möglichkeit der politischen Anlehnung und der strukturellen Assimilierung der Ökonomie an einen starken bürokratischen-degenerierten ArbeiterInnenstaat wie die Sowjetunion, die politisch und militärisch dem Imperialismus die Stirn bieten konnte und darüber hinaus zu relevanter ökonomischer Hilfestellung und Integration in der Lage war, ist eine solche Entwicklung ausgesprochen unwahrscheinlich. Festzuhalten bleibt allerdings, dass eine solche bürokratische Umwälzung keine wünschenswerte Alternative darstellen würde, die eine sozialistische Gesellschaft ersetzen kann.

Ein wesentliches Erbe der revolutionären Bewegung ist Leo Trotzkis, durch die Oktoberrevolution eindrucksvoll bestätigte, Theorie der „Permanenten Revolution", die besagt, dass in rückständigen Ländern die Bourgeoisie durch ihre enge Verzahnung mit dem Großgrundbesitz nicht in der Lage ist, auch nur die wesentlichen Fragen der bürgerlichen Revolution (vor allem die Landfrage) zu lösen, und dass statt dessen das Proletariat die Aufgaben der bürgerlichen Revolution mit übernehmen muss und so die bürgerliche Revolution in die sozialistische Revolution weiterführt, sie also „permanent" macht. Für Mittel- und Südamerika hat diese Theorie heute enorme praktische Bedeutung, das Beispiel der Oktoberrevolution zeigt auch sehr deutlich, wie eine entschlossene ArbeiterInnenklasse als Führerin des unterdrückten Klassen auftreten kann.

Eine sozialistische Revolution und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft benötigen die führende Rolle der ArbeiterInnenklasse, die durch ihre Stellung im Produktionsprozess eine einzigartige Rolle einnimmt. Durch diese Stellung sind für ArbeiterInnen – anders als für Bauern/Bäuerinnen und die Stadtarmut – gemeinsame Organisation und kollektive Kampfformen absolut nahe liegend. Bauern/Bäuerinnen schließen sich heute in Mittel- und Südamerika zu wichtigen Verbänden zusammen. Doch letztlich ist ihr Ziel zumeist, selbst BesitzerInnen eines Stück Landes zu werden – im Gegensatz zur ArbeiterInnenklasse, die für kollektiven Besitz der Produktionsmittel kämpft. In kommenden Kämpfen werden sich Bauern/Bäuerinnen und die Stadtarmut an der ArbeiterInnenklasse und ihren Kämpfen orientieren, wenn diese es schafft, eine kämpferische Führung heranzubilden.

In allen vergangenen revolutionären Situationen hat die ArbeiterInnenklasse spontan Vertretungsorgane hervorgebracht, die alle arbeiten-

den Menschen umfassten, das traditionelle System herausforderten und in fortgeschrittenen Situationen in einer Doppelherrschaft mit diesem konkurrierten. Im Russland vor der Oktoberrevolution waren das die Räte („Sowjets“) der ArbeiterInnen, Soldaten und Bauern/ Bäuerinnen, heute kann etwa beispielsweise die FEJUVE in El Alto-/ Bolivien als Keim eines solchen Vertretungsorgans gelten. Doch natürlich kann eine Situation der Doppelherrschaft nicht ewig andauern, da sie für die herrschende Klasse politisch unhaltbar und inakzeptabel ist. Entweder gewinnt also die revolutionäre Klasse die Macht in der Gesellschaft, zerschlägt den bürgerlichen Staatsapparat und kann ihr rätedemokratisches System durchsetzen oder die alten Eliten setzen sich durch und etablieren wiederum bürgerliche Herrschaftsmodelle in bürgerlich-demokratischer oder diktatorischer Form.

Es ist davon auszugehen, dass eine kämpfende ArbeiterInnenklasse in den kommenden Jahren in Mittel- und Südamerika immer wieder auf den entschiedenen Widerstand der Bourgeoisie treffen wird. Wie schon in der Vergangenheit wird das Kapital dabei nicht zögern, Militärs, Polizei und Paramilitärs einzusetzen. Daher ist die ArbeiterInnenklasse gefordert, eigenständige bewaffnete Verteidigungs- und Milizorgane hervorzubringen, um sich gegen die Übergriffe des Kapitals wehren zu können (wie dies die BergarbeiterInnen in Bolivien, die mit Dynamitstangen bewaffnet sind, bereits vorexerzieren). Eine zentrale Aufgabe revolutionärer Organisationen ist auch eine Zersetzungspropaganda gegenüber und in Polizei und Armee. Deren Zersetzung und im Idealfall der Übergang von SoldatInnen und PolizistInnen auf die Seite der RevolutionärInnen ist eine wesentliche Voraussetzung einer erfolgreichen revolutionäre Erhebung. Erste Anzeichen einer solchen Entwicklung zeigten sich 2003 in Bolivien, wo Teile der Polizei ebenfalls in den Streik traten und sich Feuergefechte mit dem Militär lieferten.

Die beste Unterstützung, die die revolutionäre Linke in den imperialistischen Zentren des Nordens den Ausgebeuteten in Mittel- und Südamerika geben kann, ist der entschiedene Kampf gegen die einheimischen kapitalistischen Eliten. Eine realistische Einschätzung der Klassenkampfbedingungen ist dabei notwendig. Dabei ist ein Hyperoptimismus, der die objektiven Probleme des Klassenkampfes nicht wahrnimmt, genauso fehl am Platze wie eine pessimistische Stimmung, die erklärt, jeder Kampf wäre ohnehin sinnlos. Die Aufgabe und Verpflichtung aller revolutionären AktivistInnen in den Ländern des Nordens ist der Kampf gegen den eigenen Imperialismus, den dieser bleibt, wie der deutsche Revolutionär Karl Liebknecht erklärte, der Hauptfeind, der im eigenen Land steht. Darüber hinaus ist eine politische und materielle Unterstützung für klassenkämpferische und revolutionäre Kräfte in Lateinamerika notwendig.

Die objektive Situation der ausgebeuteten und verelendeten Massen Lateinamerikas und die riesigen Differenzen an Reichtum und Land stellen die Frage einer radikalen Umverteilung auf die Tagesordnung. Doch nur eine sozialistische Revolution, für die die objektiven Bedingungen seit vielen Jahren reif sind, kann einen dauerhaften Ausweg aus dieser Misere darstellen. Doch der subjektive Faktor, der Aufbau einer revolutionären Partei und Internationale, hinkt den objektiven Notwendigkeiten hinterher. RevolutionärInnen in Mittel- und Südamerika müssen an der Herausbildung einer solchen revolutionären Partei arbeiten, die nur in einem Umgruppierungsprozess aus verschiedenen Organisationen der radikalen Linken mit den kampfbereitesten Schichten der ArbeiterInnenklasse im Rahmen der sich zuspitzenden Klassenkämpfe entstehen kann. Zentrale Aufgabe ist es, am Bewusstseinsstand der Massen mit einem Übergangsprogramm anzusetzen und nicht auf „demokratische Etappen der Revolution“ zu vertrauen, sondern direkt auf das Zerschlagen des bürgerlichen Staatsapparates und die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft abzuzielen. Wenn der Aufbau dieser Partei und die Bündelung und Weiterentwicklung der Kräfte gelingt, wird die sozialistische Revolution und die darauf folgende vereinigte sozialistische Föderation Lateinamerikas ein wesentlicher Schritt im Aufbau einer sozialistischen Welt-Föderation sein.